

erf vom Dienst:
800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Son- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

F 57.291
1989
Oktober

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: Pressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 2. Oktober 1989

Blatt 2151

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

90. Geburtstag von Franz Jonas (2157)

Kommunal/Lokal:

- Schirmer: Verantwortungsbewußt mit dem Lebewesen Tier umgehen (2152/FS: 30.9.)
- Gleisbauarbeiten in der Schweglerstraße (2153/FS: 30.9.)
- Wiener Südost-Tangente: Fahrbahnverbreiterung im Knoten Landstraße (2153/FS: 30.9.)
- Landesarchiv: Zwei Ausstellungen im Rathaus (2154/FS: 1.10.)
- Neubau des Reitschulsteges (2155)
- Sonderpädagogische Betreuung bis zum 8. Lebensjahr (2156)
- Osterreich-Wochen in Tokio (2158)
- Schüler spielen für Patienten (2159)
- Nach erfolgreichem „Mistfest“ beginnt Dienstag der Abfallwirtschaftskongreß (2160)
- Swoboda: Wiener Flughafen braucht bessere S-Bahn-Verbindung (2161)
- Schirmer: Immuno hat recht bekommen und könnte sich nun großzügig zeigen (2162)
- ÖVP für Demokratiereform in Wien (2163)
- Salzburger Autobus stieß mit Straßenbahn zusammen (nur FS/30.9.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Kultur:

Ausstellungsvorbereitungen im Historischen Museum (2154/FS: 1.10.)

Schirmer: Verantwortungsbewußt mit dem Lebewesen Tier umgehen

Bereits am 30. September 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) „Mit dem Lebewesen Tier müssen wir verantwortungsvoll umgehen. Ich bitte daher alle Wienerinnen und Wiener, die ein Tier haben, sich dieser Verantwortung bewußt zu sein und auch auf andere Menschen einzuwirken, sich menschlich den Tieren gegenüber zu verhalten“, ersuchte die in Wien für den Tierschutz zuständige Stadträtin Christine SCHIRMER anläßlich des kommenden Welttierschutztages.

Schirmer appellierte aber auch speziell an TierbesitzerInnen, sich an Gesetze und Verordnungen zu halten und so in der Öffentlichkeit bzw. bei der Gruppe der Nicht-Tierbesitzer Verständnis für Tiere — statt Aggression gegen diese Geschöpfe — zu wecken. Die Stadträtin bat weiters, Tiere — „was ja selbstverständlich sein sollte“ — nicht auszusetzen und sich vor Anschaffung eines vierbeinigen, gefiederten oder anderen tierischen Hausgenossen genau zu überlegen, ob man das/die Lebewesen auch tatsächlich haben und betreuen möchte. „Tiere sind eine wesentliche Bereicherung; und sie sind fühlende Lebewesen, die, wenn sie von ihrer Bezugsperson ausgesetzt werden bzw. im Tierschutzheim landen, natürlich sehr darunter leiden“, betonte Schirmer. Schirmer appellierte an alle Menschen, die sich um ein Tier kümmern möchten und können, ihren Hausgenossen aus den Tierschutzhäusern, Katzenheimen usw. zu holen.

Die Stadträtin wies außerdem darauf hin, daß bis 10. November, Montag bis Mittwoch und Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, Donnerstag von 8 bis 17.30 Uhr) in den Magistratischen Bezirksämtern der Entwurf für eine Novellierung des Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetzes zur öffentlichen Einsicht aufliegt. Einer der wichtigen Punkte der geplanten Neuerungen ist die Meldepflicht der Intensivtierhaltung an die Behörde, ein — da Massentierhaltung in Wien kaum vorhanden ist — vorbeugender Passus, der der Behörde bessere Möglichkeiten der Kontrolle eröffnet. (Schluß) hrs/rr

Gleisbauarbeiten in der Schweglerstraße

Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Die vorgesehene Änderung der Streckenführung der Straßenbahnlinie „9“ über die Märzstraße zum Gürtel macht im 15. Bezirk in der Schweglerstraße im Bereich zwischen der Hütteldorfer Straße und der Märzstraße Gleisbauarbeiten erforderlich, die kommenden Montag, 2. Oktober, beginnen und voraussichtlich bis Mitte Oktober dauern werden. Der Verkehr wird in beiden Fahrtrichtungen über die Strecke Hütteldorfer Straße — Stättermayergasse — Märzstraße umgeleitet. (Schluß) pz/rr

Bereits am 30. September 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wiener Südost-Tangente: Fahrbahnverbreiterung im Knoten Landstraße

Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Montag, 2. Oktober, beginnen auf der Wiener Südost-Tangente (A 23) im Bereich des Knotens Landstraße die Bauarbeiten an den Fahrbahnen selbst zur Verbreiterung auf drei Fahrspuren, die unter Aufrechterhaltung der bestehenden zwei Fahrspuren — die auf 3,0 Meter Breite verschmälert werden — durchgeführt werden. Die Auffahrt vom Landstraßer Gürtel in Richtung Donaukanal ist ab kommenden Montag nur einspurig befahrbar, eine Abfahrt beim Knoten St. Marx aus Richtung Landstraße wird in dieser Bauphase nicht möglich sein. (Schluß) pz/gg

Bereits am 30. September 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Ausstellungsvorbereitungen im Historischen Museum

Wien, 1.10. (RK-KULTUR) Im Historischen Museum der Stadt Wien werden die Ausstellungen „Arnulf Rainer“ (Beginn 16. November) und „Adolf Loos“ (Beginn 1. Dezember) vorbereitet. Wegen der Vorbereitungs- und Umbauarbeiten für diese Ausstellungen müssen die Schausammlungen im 2. Stock des Museums ab 3. Oktober geschlossen werden. (Schluß) gab/rr

Bereits am 1. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Landesarchiv: Zwei Ausstellungen im Rathaus

Wien, 1.10. (RK-LOKAL) Das Wiener Stadt- und Landesarchiv zeigt zwei interessante Ausstellungen:

- „Der Wienerwald“, eine Dokumentation über Besiedelung, Erschließung, wirtschaftliche Nutzung, Sicherung des Bestandes sowie über die Probleme (Abholzung) im Zusammenhang mit den beiden Weltkriegen sowie die heutigen Schwierigkeiten (Waldzustandskarte), ist nur noch bis 5. Oktober, Montag bis Donnerstag von 8 bis 18 Uhr, im Rathaus, Stiege 6, 1. Stock, zu sehen.
- Die Ausstellung „Zur Geschichte des Wiener Stadt- und Landesarchivs“ zeigt die Entwicklung des Archivs von einem „Anhängsel“ der Kanzlei zu einem Zentrum stadt- und landesgeschichtlicher Forschung (bis 5. Oktober, Montag bis Donnerstag von 8 bis 18 Uhr, in der Schmidhalle des Rathauses; von 9. Oktober bis 30. Dezember im Rathaus, Stiege 6, 1. Stock).

(Schluß) am/gg

Bereits am 1. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Neubau des Reitschulsteges

Wien, 2.10. (RK-KOMMUNAL) Aufgrund des schlechten Bauzustandes ist ein Neubau des bestehenden Reitschulsteges im 3. Bezirk über die Verbindungsbahn erforderlich. Das Tragwerk und die Stiegenanlagen sollen als Stahlkonstruktion ausgeführt werden, wofür Kosten in der Höhe von 2,44 Millionen Schilling veranschlagt wurden. In seiner September-Sitzung genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie die Vergabe der entsprechenden Arbeiten. (Schluß) pz/rr

Sonderpädagogische Betreuung bis zum 8. Lebensjahr

Wien, 2.10. (RK-KOMMUNAL) Die Sonderpädagogischen Ambulanzen, die das Jugendamt der Stadt Wien mit dem Ziel der individuellen Förderung von Kleinkindern eingerichtet hat, haben sich gut bewährt. Die Kinder werden bis zum Schuleintritt in den Sonderpädagogischen Ambulanzen betreut. Nicht immer kann jedoch die Förderung bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen sein. Bedeutet doch gerade der Eintritt in die Schule eine große Umstellung für das Kind, noch nicht gefestigte neue Verhaltensweisen können wieder verloren gehen.

Auch die praktischen Erfahrungen aus den Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen zeigen, daß Kinder aus den 1. und 2. Klassen der Volksschule vielfach wegen Verhaltensauffälligkeiten in der Schule oder wegen Leistungs- oder Konzentrationsproblemen in die Beratungsstelle kommen.

Aus diesen Gründen werden in der Sonderpädagogischen Ambulanz 16., Rosenackerstraße Kinder bis zum 8. Lebensjahr betreut werden, Konzentrationsstörungen, Teilleistungsschwächen, motorische Unruhe und Schwierigkeiten im Sozialkontakt gehören zu jenen Problembereichen, auf die sich die Förderung der Kinder erstrecken soll.

Beratung und Betreuung erfolgen ab Oktober in der Sonderpädagogischen Ambulanz 16., Rosenackerstraße 5, Telefon: 46 36 56, jeweils Mittwoch von 16 bis 18 Uhr. (Schluß) jel/rr

90. Geburtstag von Franz Jonas

Wien, 2.10. (RK-POLITIK) Der ehemalige Wiener Bürgermeister und Bundespräsident Franz JONAS wäre am 4. Oktober 90 Jahre alt geworden.

Franz Jonas wurde am 4. Oktober 1899 als Sohn des aus Mähren eingewanderten Hilfsarbeiters Josef Jonas und dessen ebenfalls aus Mähren stammenden Frau Katharina in Wien geboren. Die kinderreiche Familie (Franz Jonas hatte sieben Geschwister) lebte in sehr dürftigen Verhältnissen, und Franz Jonas mußte schon als Bub durch verschiedene Gelegenheitsarbeiten Geld für den Lebensunterhalt beisteuern. 1913 trat er eine Setzerlehre in der Floridsdorfer Druckerei Perschak an. Bereits damals war Franz Jonas in der Jugendorganisation der Sozialdemokratischen Partei tätig. 1917 wurde er zum Militärdienst einberufen und kämpfte an der russischen und der italienischen Front. Nach dem Zusammenbruch der Monarchie diente er in der Volkswehr und nahm an den Kärntner Abwehrkämpfen teil.

Zwischen 1919 und 1932 arbeitete Franz Jonas zuerst als Schriftsetzer, dann als Korrektor. Die sozialdemokratische Partei ermöglichte ihm den Besuch der Arbeiterhochschule, an der die späteren Bundespräsidenten Karl Renner, Theodor Körner und Adolf Schärf seine Lehrer waren. Als Vertrauensmann der Buchdruckergewerkschaft war er zunächst in der Jugendorganisation, dann in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Floridsdorf tätig; von 1932 bis 1934 fungierte er als Bezirkssekretär. Nach den Ereignissen des Februars 1934 flüchtete er nach Znaim, kehrte aber im Sommer 1934 wieder nach Wien zurück. Wegen Teilnahme an der Brünner Reichskonferenz der revolutionären Sozialisten an der Jahreswende 1934/35 wurde Franz Jonas am 30. Jänner 1935 zusammen mit anderen Teilnehmern (u. a. Bruno Kreisky und Anton Proksch) verhaftet, verbrachte die Zeit bis März 1936 in Untersuchungshaft, mußte aber bei der abschließenden Gerichtsverhandlung mangels an Beweisen freigesprochen werden.

Bis 1938 war Franz Jonas arbeitslos, bekam dann einen Posten als Setzer in der Tagblatt-Druckerei, später eine Anstellung als Verrechnungsbeamter in der Floridsdorfer Lokomotivfabrik.

Nach Kriegsende 1945 wurde Franz Jonas zunächst provisorischer Gemeinderat von Floridsdorf und 1946 Bezirksvorsteher.

1948 wurde er zum Stadtrat für Ernährungswesen und im Spätherbst 1949 zum Stadtrat für das Bauwesen bestellt. Im gleichen Jahr wurde er auch Parteiobmann der Wiener SPÖ.

Nach der Wahl Theodor Körners zum Bundespräsidenten wurde Franz Jonas am 22. Juni 1951 zum Wiener Bürgermeister gewählt. 1952 wurde er auch in den Bundesrat und 1953 in den Nationalrat entsandt.

Als Bürgermeister führte Franz Jonas den Wiederaufbau Wiens weiter.

Anläßlich seiner zehnjährigen Amtsausübung wurde Franz Jonas mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 21. April 1961 zum „Ehrenbürger der Stadt Wien“ ernannt.

Am 23. Mai 1965 wurde Franz Jonas mit der knappen Mehrheit von 50,69 Prozent (Gegenkandidat: Dr. Alfons Gorbach) zum österreichischen Bundespräsidenten gewählt. Er unternahm zahlreiche Staatsbesuche (Iran, Großbritannien, Thailand, Kanada, UdSSR, Jugoslawien, Schweiz, Rumänien, Belgien, Bulgarien, Ungarn, Italien, BRD). Als erster Bundespräsident der Zweiten Republik wurde Jonas am 25. April 1971 mit wesentlich deutlicherer Mehrheit als 1965 in seinem Amt bestätigt.

Franz Jonas verstarb am 24. April 1974 in Wien und wurde in der Präsidentengruft am Wiener Zentralfriedhof beigesetzt.

Nach ihm wurde der „Franz-Jonas-Fonds“, der „Franz-Jonas-Platz“ in Wien-Floridsdorf und der „Franz-Jonas-Steig“ (von Hinternaßwald auf den Großen Sonnleitstein) benannt.

Hervorgehoben sei die große Förderung, die Franz Jonas dem Europa-Gedanken zuteil werden ließ und die sich unter anderem in der Schaffung der „Europa-Gespräche“ der Stadt Wien und der in der MA 9 integrierten Europa-Bibliothek manifestierte. (Schluß) red/gg

österreich-Wochen in Tokio

Besser könnte Werbung für Wien gar nicht sein

Wien, 2.10. (RK-KOMMUNAL) Die Österreich-Wochen in Tokio vom 7. Oktober bis zum 30. November sind das erfreuliche Ergebnis einer Reihe von Einzelinitiativen japanischer und österreichischer Institutionen, die Österreich bzw. Wien eine hervorragende Gelegenheit zur Selbstdarstellung geben. Die kulturellen Attraktionen, mit denen unser Land in Tokio präsentiert wird, sind gleichzeitig hervorragende Werbung für Wien als Ziel japanischer Städtereisen in Europa. Dies betonte Fremdenverkehrsdirektor Dr. Helmut KREBS vor seinem Abflug nach Japan, wo er als Mitglied der Delegation von Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY an der Eröffnung der Großveranstaltung am 6. Oktober teilnehmen wird.

Der Wiener Fremdenverkehrsverband trägt zu den Österreich-Wochen durch ein „Wiener Kaffeehaus“ (Architekt: Joerg NAIRZ) bei, das neben der Ausstellung „Wien um 1900 — Klimt, Schiele und ihre Zeit“ im Sezon Museum in Tokio eingerichtet wurde. Weiters hat der Wiener Fremdenverkehrsverband gemeinsam mit der österreichischen Fremdenverkehrswerbung Tokio alle Veranstaltungen der Österreich-Wochen in einem Programmheft zusammengefaßt, das in einer Auflage von 250.000 Stück in Tokio verteilt wird.

1988 wurden in Wien 205.000 Nächtigungen japanischer Gäste registriert, das waren um 13 Prozent mehr als 1987. In den ersten acht Monaten des heurigen Jahres sind die Japaner-Übernachtungen in Wien neuerlich um 13 Prozent gestiegen. (Schluß) wfv/gg

Schüler spielen für Patienten

Jugendstiltheater Baumgartner Höhe wird belebt

Wien, 2.10. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Mit fünf Aufführungen von „Joseph“, dem ersten Musical, das das Erfolgsteam Tim RICE und Andrew Lloyd WEBBER verfaßt hat, wird am Jugendstiltheater Baumgartner Höhe die Spielzeit eröffnet. Es soll in Zukunft versucht werden, das Theater die ganze Spielzeit über zu bespielen.

Kulturbüro will Krankenhaus kulturell beleben

2.000 Patienten, darunter geistig Behinderte, alte Menschen und chronisch Erkrankte, werden vom Kulturbüro des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe betreut. Für diese Menschen und für ein interessiertes Publikum von außerhalb des Krankenhauses wird als erste Produktion der Spielzeit 1989/90 ab 4. Oktober „Joseph“ von Andrew Lloyd Webber aufgeführt.

130 elf- bis achtzehnjährige Mitwirkende

Unter der Regie von Olivier TAMBOSI singen und spielen Schüler und Schülerinnen sowie Lehrkräfte des Bundesgymnasiums Klosterneuburg in englischer Sprache. Allein der solistisch geführte Chor umfaßt 80 Personen. Die Aufführung, die im Juni in der Babenbergerhalle in Klosterneuburg Premiere hatte, kann nun — mit Unterstützung der Firma Bender — im Jugendstiltheater Baumgartner Höhe gezeigt werden, und zwar von 4. bis 7. Oktober jeweils um 19.30 und am 8. Oktober um 16 Uhr. Kartenbestellung: 91 11 379. (Schluß) emw/rr

Nach erfolgreichem „Mistfest“ beginnt Dienstag der Abfallwirtschaftskongreß

**Publikumsdiskussion zum Thema „Sind die Probleme der
Abfallwirtschaft noch zu lösen?“**

Wien, 2.10. (RK-KOMMUNAL) Nach dem großen Publikumserfolg des „Mistfestes“ am vergangenen Wochenende, bei dem sich tausende Wienerinnen und Wiener im und um das Mistzelt am Rautenweg über die Probleme und Lösungsansätze der Abfallwirtschaft informierten, beginnt morgen, Dienstag, der Kongreß mit Fachausstellung zum Thema „Abfallwirtschaftskonzepte von Städten und Ballungsräumen“ im Austria Center Vienna.

Nach der Eröffnung durch Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL um 9 Uhr findet ein Informationstag statt, zu dessen Abschluß um 18 Uhr eine Publikumsdiskussion beginnt, bei der die Frage „Sind die Probleme der Abfallwirtschaft noch zu lösen?“ zur Diskussion steht.

Am Mittwoch, dem 5. Oktober, präsentieren dann mehrere in- und ausländische Städte ihre Wege, der Abfallprobleme Herr zu werden. (Schluß)
lf/rr

Swoboda: Wiener Flughafen braucht bessere S-Bahn-Verbindung

Wien, 2.10. (RK-KOMMUNAL) Als eine der vor allem im Hinblick auf die EXPO 95 besonders wichtigen Verkehrsverbesserungen bezeichnete am Montag Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA eine optimale S-Bahn-Anbindung des Wiener Flughafens. Der Stadtrat bezog sich dabei auf eine Forderung der Flughafen-Gesellschaft.

„Die EXPO 95 ist dabei aber sozusagen nur der aktuellste Aufhänger für Wiens Forderung an die ÖBB, den S-Bahn-Verkehr nach Schwechat attraktiv zu gestalten. Wenn Wien seine immer dramatischer werdende Verkehrssituation rasch und nachhaltig verbessern will, dann geht das nur mehr über den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Der Ausbau der Flughafen-S-Bahn ist dabei ein wesentlicher Beitrag“, sagte der für Verkehrsplanung zuständige Stadtrat.

Swoboda schlug dazu konkret vor, jeden zweiten Zug vom Flughafen über eine neu zu schaffende Verbindung in die Stammstrecke der S-Bahn zu führen, womit eine Anbindung an die U1 und in Meidling an die U6 möglich wäre.

Eine solche attraktivere Anbindung an das Wiener Verkehrsnetz würde für die ständig steigende Zahl der Fluggäste, die tausenden Flughafenbeschäftigten, aber auch für den Pendlerverkehr aus dem gesamten Einzugsbereich bis Wolfsthal eine bedeutende Verbesserung bedeuten.

S-Bahn bis Bratislava führen

Mittelfristig schlägt Stadtrat Dr. Swoboda vor, diese S-Bahn-Linie bis in die slowakische Nachbarstadt Bratislava zu führen und so eine leistungsfähige Verbindung in die 500.000-Einwohner-Stadt mit ihrem für Wien interessanten Hinterland zu führen. „Eine solche Verbindung ist einerseits für die Bewohner beider Ballungsräume interessant und könnte andererseits einer attraktiven Verbindung beider aufstrebender Flughäfen dienen, die mittelfristig eine arbeitsteilige Bedienung dieser großen mitteleuropäischen Region übernehmen könnten. Besonders eine mitteleuropäische EXPO 95 Wien-Budapest, in die sich Bratislava miteinbeziehen wird, könnte davon profitieren, aber auch für die Zukunft des gesamten zusammenwachsenden Raumes ist eine solche Verbindung von großer Bedeutung“, präzisierte Swoboda.

ÖBB soll Flughafen auch in überregionalen Verkehr einbinden

Neben der dringend notwendigen besseren S-Bahn-Verbindung sollten die ÖBB, meinte der Stadtrat, auch die Einbindung des Airports an das überregionale Bahnnetz neu überprüfen.

„In der Vergangenheit durchgeführte Studien mögen zwar keine ausreichende Wirtschaftlichkeit für eine solche Anbindung ergeben haben, aber aus heutiger Sicht sind solche Überlegungen neu anzustellen. Solange die ÖBB noch über die Zulaufstrecke zu einem Bahnhof Wien nachdenken, sollte auch die Flughafen-Verbindung neu überdacht werden. Die gesamte künftige Entwicklung der Ostregion, aber auch das konkrete vor der Fertigstellung befindliche Projekt eines World Trade Center am Airport müßten eigentlich zu einer Neubewertung durch die nicht nur in dieser Frage skeptische ÖBB genügen“, schloß Stadtrat Dr. Swoboda. (Schluß)
lf/rr

Schirmer: Immuno hat recht bekommen und könnte sich nun großzügig zeigen

Sollte auf Forderung nach den beiden Schimpansen verzichten

Wien, 2.10. (RK-KOMMUNAL) Im Zeichen des Tierschutzes und des Artenschutzes sollte sich die Immuno nun, da sie von den höchsten Rechtsinstanzen der Republik ihr Recht bekommen hat, großzügig zeigen und auf die Herausgabe der beiden Schimpansen Rosl und Hias verzichten. Diesen Appell richtete Wiens Tierschutz-Stadträtin Christine SCHIRMER heute, Montag, aufgrund einer Aussendung des Wiener Tierschutzvereins an die Immuno AG. Die seinerzeit als Babies auf Verlangen der Stadt Wien beschlagnahmten Schimpansen wurden bekanntlich im Wiener Tierschutzhaus untergebracht. Nach einem jahrelangen Rechtsstreit wurden die beiden Tiere nun der Republik Österreich bzw. der Immuno AG zugesprochen. „Ich glaube, daß nun, da die Immuno das von ihr angestrebte Ergebnis des Rechtsstreits erreicht hat, ein großzügiger Verzicht auf die Schimpansen — wobei sich der Wiener Tierschutzverein ja auch zum Kostenersatz bereit erklärt — eine erfreuliche Geste wäre und im Interesse der Tiere läge“, betonte Schirmer.

Mit dem Urteil ist Recht gesprochen worden, nun würde eine Geste der Großzügigkeit durch die Immuno in der Öffentlichkeit sicher positiver beurteilt werden als das Bestehen auf die Herausgabe zweier Tiere. (Schluß)
hrs/gg

ÖVP für Demokratiereform in Wien

Welan: Schließe Gang zum Verfassungsgerichtshof nicht aus

Wien, 2.10. (RK-KOMMUNAL) Dritter Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN sprach sich am Montag in einem Presegespräch für mehr Demokratie in Wien aus. Die Wiener Stadtverfassung und die Tätigkeit der Stadt Wien sollen bürgerfreundlicher werden. Der einzelne soll aktiver am politischen Geschehen teilnehmen und selbst leichter Vorschläge, Forderungen und auch Kritik einbringen können. Daher sollten folgende Punkte in die Verfassung aufgenommen werden:

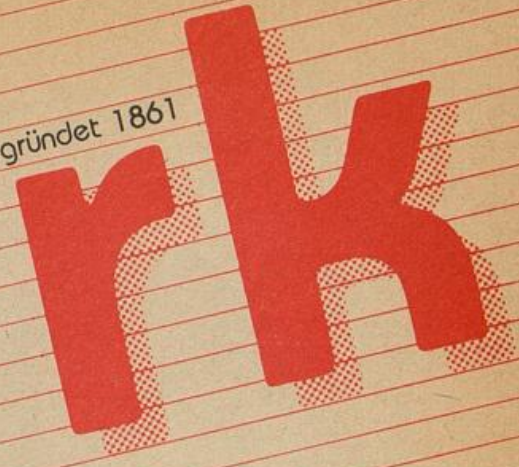
- Bürgerantragsrechte, die in der Bezirksvertretung bzw. im Gemeinderat behandelt werden müssen;
- Bürgerfragerechte, die vom Bürgermeister und von den amtsführenden Stadträten beantwortet werden müssen;
- Unabhängiges Bürgerbüro als Bürgeranwalt;
- Bürgerinitiativerechte für lokale Volksbefragungen.

Seiner Meinung nach sei die Zweiteilung im Stadtsenat in amtsführende und nicht amtsführende Stadträte verfassungswidrig. Er persönlich schließe den Weg zum Verfassungsgerichtshof nicht aus, nötig seien dazu ein Drittel der Landtagsabgeordneten, sagte Welan. Derzeit herrsche aber die Meinung vor, daß Sondierungsgespräche auf freiwilliger Basis vernünftiger seien. (Schluß) fk/rr

ab dem Dienst:
800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonntag und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Anrufzeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien, Schrift in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 3. Oktober 1989

Blatt 2164

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Laser-Show auf dem Rathausplatz (2166)
- Linzer Straße 466: Wohnungen für Zuwanderer, Raum für Behindertenprojekt (2167)
- Stadtrat Dr. Häupl: Frieden mit der Umwelt schließen! (2168)
- Weniger Verkehrstote in Wien (2169)
- Neues Besoldungsschema der Krankenpflege- und der medizinisch-technischen Dienste (2170)
- Wien wächst und wird jünger! (2171)
- Zilk legt Leistungsbilanz vor (2172)
- Donnerstag Pressefahrt U 6 (nur FS)

Kultur:

- Donnerstag Pressekonferenz Pasterk (nur FS)

Sport:

- Goldenes Verdienstzeichen für Wilhelm Alexa (2165/FS: 2.10.)

Goldenes Verdienstzeichen für Wilhelm Alexa

Wien, 2.10. (RK-SPORT) Mit dem Goldenen Verdienstzeichen des Landes Wien wurde Wilhelm ALEXA ausgezeichnet. Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL überreichte das Ehrenzeichen am Montag an den langjährigen Funktionär des Fußballsportes.

Wilhelm Alexa ist mit dem Fußballsport bereits seit dem Jahre 1935 verbunden. Er war Gründungsmitglied des Vereines „Wiener Viktoria“ und durch 15 Jahre Vizepräsident des Wiener Fußballverbandes, dessen Ehrenmitglied er jetzt ist. Auch dem Wiener Landessportverband gehörte Wilhelm Alexa an. (Schluß) and/gg

Bereits am 2. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Laser-Show auf dem Rathausplatz

120 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Japan und Österreich

Wien, 3.10. (RK-LOKAL) Zum 120jährigen Jubiläum der Unterzeichnung des Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen Japan und Österreich im Jahr 1869 findet am Freitag abend eine große japanische Laser-Show auf dem Rathausplatz statt. Die weltberühmte japanische Lichtarchitektin Motoko ISHII wird mittels Laserstrahlen Lichtspiele auf dem Rathausplatz vorführen. Gleichzeitig werden dazu Kompositionen des japanischen Musikers UEDA erklingen. Die Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr.

Aus Sicherheitsgründen dürfen am Donnerstag ab 18 Uhr, wegen der Proben, und am Freitag ab 19 Uhr, die Amtsräume des Rathauses, die Fenster auf den Rathausplatz haben, nicht mehr betreten werden. (Schluß)
fk/gg

Linzer Straße 466: Wohnungen für Zuwanderer, Raum für Behindertenprojekte

Wien, 3.10. (RK-KOMMUNAL) Das Haus Linzer Straße 466, ein aus dem 18. Jahrhundert stammendes Gebäude im 14. Bezirk, wurde im letzten Jahr um 46,7 Millionen Schilling saniert und hat nun zwei neue, wichtige Funktionen: In dem Gebäude hat der Zuwandererfonds 41 Wohnungen für Zuwanderer eingerichtet. Zusätzlich nutzen zwei Sozialorganisationen, der Verein Wiener Sozialdienste und der Club 21, das Haus für Behindertenprojekte — Behindertenwohnungen, entsprechende Werkstätten und Therapieeinrichtungen.

Die umfassende Sanierung, bei der das Haus auch behindertengerecht adaptiert wurde, führte die MIGRA, eine Tochtergesellschaft des Wiener Zuwandererfonds, durch. Eröffnet wird das neue alte Gebäude heute, Dienstag, nachmittag bei einem Festakt mit Vizebürgermeister Hans MAYR und Stadträtin Christine SCHIRMER.

Das mit einem schönen Garten ausgestattete Haus Linzer Straße 466 umfaßt 41 Wohnungen für ZuwanderInnen aus anderen Bundesländern, aber auch aus dem Ausland. Außerdem sind in dem Gebäude auch verschiedene Wohngemeinschaften für behinderte Menschen untergebracht. Schrittweise, in der „ersten Stufe“ mit Betreuung rund um die Uhr, lernen diese Menschen, ein normales Leben zu führen.

Behindertenwerkstätten — das „Kräuterkistl“ z. B. zieht hier mit seiner Kräuteraufzucht ein — und Therapieeinrichtungen für behinderte Menschen sind ebenfalls vorhanden, eine Holzwerkstatt ist noch geplant. (Schluß) hrs. gg

Stadtrat Dr. Häupl: Frieden mit der Umwelt schließen!

Wien, 3.10. (RK-KOMMUNAL) „Wenn man den Frieden mit der Umwelt schließen will, dann geht das ganz sicher nicht mit Angst- und Panikmache, sondern nur mit Information, Aufklärung und Motivation, vor allem bei den jungen Menschen“. Mit diesen Worten eröffnete Dienstag Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL in Vertretung von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK den Internationalen Abfallwirtschaftskongreß im Austria Center Vienna.

„Wer den Menschen Angst macht davor, Kinder zu stillen oder im Freien spielen zu lassen, macht Panik vor der Umwelt. Unser Ansatz muß es sein, erzieherisch zu wirken, aufklärend in der Zielrichtung, mit unserer Umwelt Frieden zu schließen“, sagte Häupl.

Der Stadtrat hob die dramatisch anwachsenden Müllmengen der Ballungszentren, vor allem in den Industrieländern hervor, gegen die es anzukämpfen gelte.

Da Entsorgungseinrichtungen nur mehr unter heftigsten Diskussionen neu geschaffen werden können und die Deponieflächen einfach eng werden, muß es gelten, zu einer Neuorientierung der Abfallbewirtschaftung zu kommen.

Höchste Priorität hat dabei die Müllvermeidung, wobei, dem Verursacherprinzip entsprechend, bei der Produktion, der Distribution, aber auch dem Konsumverhalten des einzelnen anzusetzen ist, betonte Häupl.

Bei allem stehe gerade in den Städten die Entsorgungssicherheit im Vordergrund, weil man den Müll nicht einfach „wegwünschen“ könne, meinte der Umweltstadtrat.

Am heutigen Informationstag des Abfallwirtschaftskongresses stehen noch Vorträge von Senatsrat GILNREINER (MA 48) zum Thema „Abfallwirtschaft in Wien“ und von Doz. VOGEL zum Thema „Was kann ich persönlich zur Abfallverringerung beitragen?“ sowie eine abschließende Publikumsdiskussion unter dem Motto „Sind die Probleme der Abfallwirtschaft noch zu lösen?“ auf dem Programm. Morgen, Mittwoch, beginnt um 9 Uhr die Präsentation der Abfallwirtschaftskonzepte der Städte Budapest, Zürich und München. (Schluß) lf/gg

Weniger Verkehrstote in Wien

Wien, 3.10. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK legte am Dienstag in seinem Pressegespräch die aktuellen Vergleichszahlen über Verkehrstote in Wien vor. In den ersten neun Monaten des heurigen Jahres gab es einen Rückgang um 24 Prozent gegenüber 1988.

Die genauen Zahlen (jeweils in der Zeit von Jänner bis Ende September):

1983	129 Tote
1984	114 Tote
1985	67 Tote
1986	71 Tote
1987	54 Tote
1988	72 Tote
1989	55 Tote

(Schluß) ger/rr

Neues Besoldungsschema der Krankenpflege- und der medizinisch-technischen Dienste

Wien, 3.10. (RK-KOMMUNAL) Dienstag vormittag wurde, wie Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in seinem Pressegespräch bekanntgab, Einigung mit der Gewerkschaft über ein neues Besoldungsschema des Pflegepersonals in Wiens städtischen Spitälern erreicht. Die Mehrkosten bezifferte Vizebürgermeister Hans MAYR auf 308 Millionen Schilling/Jahr.

Die Besoldung des Pflegepersonals wurde aus dem allgemeinen Beamten-schema herausgenommen und neu geregelt.

Verschiedene Zulagen, die im Pflegedienst regelmäßig anfallen, wurden in dieses neue Gehaltsschema eingebaut, das damit klarer und transparenter geworden ist.

Nachdem über den grundsätzlichen Aufbau dieses neuen Gehaltsschemas Einigung erzielt worden war, galt es nun, die entsprechenden Gehaltsansätze festzulegen.

Auf Beamtenebene wurden fiktive Gehaltseinheiten vereinbart; heute wurde auf politischer Ebene in Verhandlungen mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Einigung über die ziffernmäßige Höhe dieser Einheiten und somit der Gehaltsansätze erzielt, und zwar:

- ab 1. Jänner 1990 eine Bewertung mit 13,4 S je Einheit
- ab 1. Juli 1990 eine Bewertung mit 13,6 S je Einheit.

Bei Stationsgehilfen mit Prüfung erfolgt bereits ab 1.1.1990 eine Bewertung mit S 13,6 je Einheit.

Das bedeutet z.B. beim Grundgehalt einer diplomierten Krankenschwester eine Erhöhung des Anfangsbezuges um 791 Schilling und um weitere 200 Schilling zum 1.7.1990. Bei einer Schwester mit zehn Dienstjahren macht die Erhöhung per 1.1.1990 S 1.141 aus; per 1.7.1990 S 1.369.

Des weiteren wurde eine einmalige Abschlagszahlung für das Krankenpflegepersonal vereinbart, die für Stationsgehilfen S 3.000 und für Krankenschwestern S 5.000 betragen soll. (Schluß) red/rr

Wien wächst und wird jünger!

Bevölkerungsgewinn durch niedriges Geburtendefizit und Zuwanderung

Wien, 3.10. (RK-KOMMUNAL) Wie Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters berichtete, ist die Wiener Bevölkerungsentwicklung, die bis zur Mitte der 80er Jahre rückläufig war, wieder im Steigen. Bereits 1987 gab es seit langem erstmals wieder einen Bevölkerungsgewinn, ein Trend, der sich 1988 fortsetzte. Mit einer Geburtenbilanz von minus 6.077 und einer Zuwanderungsbilanz von 13.673 hatte Wien am 31.12.1988 1.531.648 Einwohner. Dies bedeutet eine reale Zunahme von 7.596 Personen.

Der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung beträgt 10,5 Prozent, eine Größenordnung, die — so Swoboda — eine Integration durchaus ermögliche. Auch der Altersaufbau der Bevölkerung hat sich verbessert, der Anteil der Jugendlichen (bis zu 15 Jahren) nimmt zu und beträgt 13,8 Prozent. Der Anteil der über 60jährigen sinkt und liegt derzeit bei 24 Prozent.

Swoboda bezeichnete die Bevölkerungsentwicklung als Zeichen dafür, daß Wien keine „sterbende Stadt“ sei, sondern im Gegenteil eine dynamische Entwicklung nehme. Dies bedeute aber auch, daß man verstärkt in die Infrastruktur investieren müsse und sich auch in der Siedlungspolitik neue Aufgaben ergäben, damit die größere Bevölkerungszahl verkraftet werden könne.

Wien hatte bekanntlich 1914 2.114.000 Einwohner, der höchste Stand in diesem Jahrhundert. (Schluß) emw/rr

Zilk legt Leistungsbilanz vor

Große Fortschritte in Umwelt- und Gesundheitspolitik

Wien, 3.10. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK legte Dienstag in seinem Pressegespräch eine Leistungsbilanz seiner bisher fünfjährigen Amtszeit (1984-1989) vor.

Als besondere Leistungen der Stadt Wien in den vergangenen fünf Jahren bezeichnete Zilk die Fortschritte auf dem Umweltsektor, wobei er hier besonders die Maßnahmen zur Luftreinhaltung, die Fertigstellung der Donauinsel, die Schaffung von zusätzlichen 182.000 Quadratmeter Parkfläche und das Pflanzen von hunderttausenden neuen Bäumen anführte.

Weiters hob er den grünen Spartarif der E-Werke und den schnellen Weiterbau der U-Bahn sowie die großen Fortschritte beim Krankenhausbau (SMZ-Ost, AKH) hervor.

Die umfassende Leistungsbilanz 1984-1989 erscheint als eigene Ausgabe der „rk-spezial“. (Schluß) emw/rr

ief vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
ontag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
amstag 10 bis 17 Uhr,
onn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
brige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



essum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
iege: 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
etzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 4. Oktober 1989

Blatt 2173

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Städten sollen zehntausende Einwohner „wegdefiniert“ werden (2174)
- Oktober: Antiquitäten und Kunst auf der Freyung (2175)
- Erlebnispark in Simmering (2176)
- Drachenfest auf der Donauinsel (2176)
- Terminvorschau der Gebietsbetreuungen für Oktober (2177)
- Kundmachung über Geschwornen- und Schöffenlisten (2178)
- Kurt Heinrich neuer Bezirksvorsteher von Margareten (2179)
- Ausstellung über Leitprojekt für den Donaukanal (2180)
- Abfallwirtschaft: So machen es die Nachbarn (2181-2184)
- Hohe Auszeichnung für Bezirksvorsteher Landsmann (2186)
- Mayr: Keine Veränderung bei Wiener Kurzparkzonen (2188)

Kultur:

- Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien (2187)

Wirtschaft:

- Wiener Hafen auf Erfolgskurs (2185)

Städten sollen zehntausende Einwohner „wegdefiniert“ werden

Städtebund fordert Novelle zum Volkszählungsgesetz

Wien, 4.10. (RK-KOMMUNAL) Bei der bevorstehenden Volkszählung im Jahre 1991 könnte die Feststellung des ordentlichen Wohnsitzes nicht mehr gewährleistet sein. Leidtragende wären die Städte, denen viele Einwohner und damit auch deren Finanzkraft „abhanden“ kommen könnten. Eine bereits seit längerem vorliegende Novelle zum Volkszählungsgesetz sollte deshalb möglichst bald vom Parlament beschlossen werden. Dies forderten Experten des Städtebundes am „Tag der amtlichen Statistik“ in Bregenz.

Zankapfel sind vor allem die Studenten, die ohne Berücksichtigung ihres Studienortes am Wohnsitz ihrer Eltern gezählt werden sollen, was zu einer massiven Benachteiligung der Städte mit Universitäten, Höheren Schulen und weiterführenden Bildungseinrichtungen führen würde. Gelegentlich wird sogar gefordert, daß auch volljährige ledige Berufstätige noch bei ihren Eltern zu zählen sind.

Durch die derzeit im Parlament liegende Novelle sollen objektive Kriterien für die Feststellung des ordentlichen Wohnsitzes festgelegt werden. Die Beschlußfassung der Novelle scheitert momentan daran, daß keine Einigung über den Inhalt der Durchführungsverordnung, die auch die Fragestellung an den Bürger bei der Volkszählung festlegt, zustande kommt. Um eine objektive und damit auch für die Städte befriedigende ordnungsgemäße Volkszählung im Jahr 1991 zu gewährleisten, müßte diese Novelle noch heuer vom Parlament beschlossen werden.

Durch die bisher bekannten und auch bei der Probezählung 1989 verwendeten einseitigen Zuordnungsbestimmungen würden den Städten zehntausende Einwohner auf rein statistischem Weg „wegdefiniert“, was neben den finanziellen Auswirkungen auch zu ganz erheblichen Schwierigkeiten der Städte in den Bereichen Stadtplanung, Verkehrsplanung, Gesundheitsvorsorge und bei anderen infrastrukturellen Maßnahmen führen würde, weil die Volkszählungsdaten in der Praxis dann nicht mehr für solche Anwendungsgebiete verwendbar wären.

„Die beabsichtigten Regeln bei der Volkszählung würden den Tatsachen – einer ausgeglichenen Bevölkerungsentwicklung der Städte – diametral entgegenstehen. Das ist für die Städte nicht akzeptabel. Deshalb fordere ich den Nationalrat auf, die Regierungsvorlage der Volkszählungsnovelle zu beschließen“, erklärte Städtebund-Generalsekretär Dr. Erich PRAMBÖCK in Bregenz. (Schluß) roh/rr

Oktober: Antiquitäten und Kunst auf der Freyung

Bezirk organisiert Veranstaltungen

Wien, 4.10. (RK-KOMMUNAL) Auf der neugestalteten Freyung plant der 1. Bezirk kulturelle, volkstümliche und Marktveranstaltungen. Bereits im Oktober werden auf dem Platz vor der Schottenkirche jeweils Freitag von 13 bis 18 Uhr und Samstag von 9 bis 13 Uhr bei rund fünfzig Verkaufsständen Antiquitäten, Kunstgegenstände und kunstgewerbliche Gegenstände angeboten; die StandlerInnen sind TeilnehmerInnen des nun für die Wintersaison beendeten Kunst- und Kulturmarkts am Donaukanal. Auf Initiative von Bezirksvorsteher Dr. Richard SCHMITZ sollen in Zukunft aber auch weitere Veranstaltungen stattfinden. Gemeinam mit dem Marktamt werden voraussichtlich 1990 auch Kunstmärkte, Bauernmärkte, Blumenmärkte, Obst- und Gemüsemärkte, Kirchweihmarkt und Adventmarkt stattfinden. Und für Dezember ist vom Bezirk aus die Verlegung des bisherigen Adventmarkts am Michaelerplatz auf die Freyung vorgesehen.

Die dafür notwendigen Schritte wurden vom Marktamt bereits eingeleitet, teilte die für das Marktamt zuständige Stadträtin Christine SCHIRMER mit.

Der Veranstaltungskalender für die künftigen kulturellen und Marktveranstaltungen wird vom Bezirk erstellt, die einzelnen Märkte auf der Freyung — genauer: auf dem Vorplatz der Schottenkirche — werden dann in der Marktordnung verankert. (Schluß) hrs/gg

Erlebnispark in Simmering

Wien, 4.10. (RK-LOKAL) Ein Erlebnispark für Kinder wird am kommenden Freitag, dem 6. Oktober, bei der Luise-Montag-Gasse in Simmering eröffnet. Aus diesem Anlaß findet um 14 Uhr eine kleine Feier statt, in deren Rahmen der auf einer Fläche von 11.000 Quadratmetern neugeschaffene Park seiner Bestimmung übergeben wird. Am Tag darauf, Samstag, 7. Oktober, ist ein kleines Volksfest organisiert. Der Erlebnispark soll mithelfen, die häufigen „Spannungen“ zwischen Hunden und Kindern zu verhindern: Für Hunde wurde ein eigener Bereich geschaffen, der mit einem Maschendrahtzaun von den Kinderspielbereichen getrennt ist. (Schluß) red/gg

Drachenfest auf der Donauinsel

Wien, 4.10. (RK-LOKAL) Am kommenden Sonntag, dem 8. Oktober, findet ab 10 Uhr ein vom 1. Wiener Drachenbau- und Flugverein veranstaltetes Drachenfest auf der Donauinsel bei der Floridsdorfer Brücke statt.

Unter dem Motto: „One sky — one world“ steht bis Sonnenuntergang eine Reihe von Vorführungen auf dem Programm, darunter Non-Stop-Fesseldrachen-Flugvorführungen, Drachenketten mit der längsten Drachenkette Österreichs, Lenkdrachen-Synchronflug zu Musik und ein Heißluftballon-Start. Weiters wird ein Kinder-Drachenbau-Workshop abgehalten, bei dem Kinder unter fachkundiger Anleitung einfache Drachen bauen und bemalen lernen. (Schluß) ull/gg

Terminvorschau der Gebietsbetreuungen für Oktober

Seit 15 Jahren Gebietsbetreuung in Wien

Wien, 4.10. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Aus Anlaß ihres 15jährigen Bestehens verstärken die Gebietsbetreuungen in den zehn Wieher Stadterneuerungsgebieten im Herbst ihre Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Im Oktober sind folgende größere Veranstaltungen geplant.

Ideen für den Lorenz-Bayer-Platz

Am Mittwoch, dem 11. Oktober, wird um 18 Uhr in Hernals am Lorenz-Bayer-Platz eine Freiluft-Ausstellung über „Ideen für den Lorenz-Bayer-Platz“ durch Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER und Bezirksvorsteher Robert PFLEGER eröffnet. Die Entwürfe stammen von Studenten der Technischen Universität (Institut Professor GÄLZER) und werden von einer Jury und vom Publikum prämiert. Die Ausstellung wird bis 25. Oktober zu sehen sein. Stellungnahmen und weitere Ideen können bei der Gebietsbetreuung Kalvarienbergviertel (17, Lacknergasse 35, Tel. 45 98 82) bekanntgegeben werden.

Favoriten: Ausstellungen und Beratung

Eine Ausstellung mit Aquarellen und Radierungen örtlicher Künstler wird am 5. Oktober um 19 Uhr durch Bezirksvorsteher-Stellvertreter Johann GMOSEK im Informationslokal der Gebietsbetreuung Inner-Favoriten (10, Quellenstraße 149) eröffnet. Die Ausstellung ist bis 27. Oktober zu sehen.

Eine größere Ausstellung über den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, den öffentlichen Raum, die Wohnhaussanierung, das Baugeschehen und die Gebietsbetreuung in Favoriten wird am 12. Oktober im Informationslokal der Gebietsbetreuung um 18.30 Uhr durch Bezirksvorsteher Leopold PRUCHA eröffnet.

Wie man Heizkosten sparen kann, erfährt man am 19. Oktober um 19 Uhr bei einem Vortrag im Informationslokal der Gebietsbetreuung, bei dem Fachleute der Wiener Stadtwerke Ratschläge geben werden.

Spezielle Wohnungsberatung für Ausländer mit Dolmetschern gibt es in der Gebietsbetreuung Inner-Favoriten am 12. Oktober für türkisch Sprechende und am 19. Oktober für serbokroatisch Sprechende jeweils von 17 bis 19 Uhr.

Diskussion über Sanierungsspekulation

Mit Unterstützung der „Mobilen Gebietsbetreuung“ findet am 18. Oktober ab 18.30 Uhr im Haus der Begegnung Leopoldstadt (2, Praerster 1) eine Diskussion über Sanierungsspekulation statt. Dabei wird neben der „Mobilen Gebietsbetreuung“ auch die „Mieterinitiative Lichtenauergasse“ über ihre Erfahrungen berichten. (Schluß) ah/rr

Kundmachung über Geschwornen- und Schöffnenlisten

Wien, 4.10. (RK-KOMMUNAL) Die Gemeindebezirkslisten der zum Amt eines Geschworenen oder Schöffen geeigneten und im Jahr 1990 zu einem solchen Amt zu berufenden Personen liegen diese Woche täglich zwischen 8 und 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr, sowie nächste Woche bis inklusive Mittwoch, den 11. Oktober, zur öffentlichen Einsicht bei folgenden Amtsstellen auf:

Bez.

1. Amtshaus, 1, Wipplingerstraße 8, 1. Stock, Büro des Bezirksvorstehers
2. Amtshaus, 2, Karmelitergasse 9, 2. Stock, Sitzungssaal der Bezirksvertretung
3. Amtshaus, 3, Karl-Borromäus-Platz 3, 1. Stock, Mitte (Kleiner Sitzungssaal der Bezirksvorstehung)
4. Amtshaus, 4, Favoritenstraße 18, 1. Stock, Büro des Bezirksvorstehers
5. Amtshaus, 5, Schönbrunner Straße 54, 1. Stock, Zimmer 117
6. Amtshaus, 6, Amerlingstraße 11, 1. Stock, Zimmer 109
7. Amtshaus, 7, Hermannsgasse 24-26, 1. Stiege, 2. Stock, Zimmer 204
8. Amtshaus, 8, Schlesingerplatz 4, 3. Stock, Zimmer 306
9. Amtshaus, 9, Währinger Straße 43, 1. Stock, Zimmer 17
10. Amtshaus, 10, Keplerplatz 5, 1. Stock, Zimmer 102/105
11. Amtshaus, 11, Enkplatz 2, 1. Stock, Zimmer 117
12. Amtshaus, 12, Schönbrunner Straße 259, 2. Stock, Zimmer 201
13. Amtshaus, 13, Hietzinger Kai 1-3, 2. Stiege, 2. Stock, Zimmer 116
14. Amtshaus, 13, Hietzinger Kai 1-3, 2. Stiege, 1. Stock, Zimmer 83
15. Amtshaus, 15, Gasgasse 8-10, 1. Stiege, 2. Stock, Zimmer 203
16. Amtshaus, 16, Richard-Wagner-Platz 19, 1. Stock, Zimmer 112
17. Amtshaus, 17, Elterleinplatz 14, 1. Stock, Büro des Bezirksvorstehers
18. Amtshaus, 18, Martinstraße 100, 1. Stock, Büro des Bezirksvorstehers
19. Amtshaus, 19, Gatterburggasse 14, 1. Stiege, 1. Stock, Zimmer 106
20. Amtshaus, 20, Brigittaplatz 10, 2. Stock, Zimmer 225
21. Amtshaus, 21, Am Spitz 1, 2. Stock, Zimmer 207
22. Amtshaus, 22, Schrödingerplatz 1, 1. Stock, Zimmer 111
23. Amtshaus, 23, Perchtoldsdorfer Straße 2, 2. Stock, Zimmer 74

Innerhalb der Auflegungsfrist kann jeder eigenberechtigte österreichische Staatsbürger wegen Eintragung von Personen, die zum Amt eines Geschworenen oder Schöffen unfähig sind (§§ 1 und 2 des Geschwornen- und Schöffnenlistengesetzes) oder nicht berufen werden dürfen (§ 3 des Geschwornen- und Schöffnenlistengesetzes), mündlich zu Protokoll oder schriftlich Einspruch erheben. In gleicher Weise können Ärzte, Apotheker und Dentisten, deren Unentbehrlichkeit vom Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 15 (Gesundheitsamt, Wien 1, Gonzagagasse 23, 2. Stock), sowie in Wien wohnhafte Bedienstete anderer Gemeinden, deren Unentbehrlichkeit vom Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 62 (Wien 8, Lerchenfelder Straße 4, 3. Stock), bestätigt wird, Befreiungsgründe gemäß § 4 Ziffer 3 des Geschwornen- und Schöffnenlistengesetzes geltend machen. Die Geltendmachung anderer Gründe ist nicht mehr zulässig. (Schluß) red/gg

Kurt Heinrich neuer Bezirksvorsteher von Margareten

Wien, 4.10. (RK-KOMMUNAL) Kurt HEINRICH wurde Dienstag nachmittag von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK als neuer Bezirksvorsteher des 5. Bezirks angelobt.

Kurt Heinrich wurde am 2. Jänner 1943 in Wien geboren, erlernte ursprünglich den Beruf des Mechanikers und wurde nach Absolvierung des zweiten Bildungsweges Bankangestellter. Seit 1977 ist er Bezirksrat, 1987 wurde er Klubobmann der SPÖ-Fraktion der Margaretner Bezirksvertretung. Heinrich will sich verstärkt für den Umweltschutz im Bezirk sowie für mehr Wohnqualität und mehr Verkehrsberuhigung einsetzen, da gerade Margareten einer der dichtest bevölkerten Bezirke ist.

Bürgermeister Zilk dankte dem scheidenden Bezirksvorsteher Johann WALTER, der durch zwanzig Jahre hindurch Bezirksvorsteher von Margareten war.

Im Rahmen der Feier im Bezirksamt Margareten überreichte Bürgermeister Zilk an mehrere verdiente Mitglieder der Bezirksvertretung Ehrenzeichen des Landes Wien. (Schluß) fk/rr



Bürgermeister Dr. Helmut Zilk, Bezirksvorsteher Johann Walter, Bezirksvorsteher Kurt Heinrich Foto: PID/Hutterer

Ausstellung über Leitprojekt für den Donaukanal

Wien, 4.10. (RK-KOMMUNAL) Eine Ausstellung über das Leitprojekt Donaukanal ist ab heute, Mittwoch, bis zum 19. Oktober in der Wiener Planungswerkstatt, Friedrich-Schmidt-Platz 9 (Montag bis Freitag 9 bis 16 Uhr, Donnerstag 9 bis 19 Uhr) zu sehen.

Die offizielle Eröffnung werden Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA und Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL am kommenden Montag, dem 9. Oktober, um 16.30 Uhr vornehmen.

Der Wiener Donaukanal bildet mit dem Wiental, dem Gürtel und der Ringstraße eines der wichtigsten städtebaulichen Gliederungselemente im dichtbebauten Gebiet von Wien.

Der Donaukanal, ursprünglich der südwestlichste Seitenarm der ehemals weit verzweigten Donau, war für die städtebauliche Entwicklung von Wien von wesentlicher Bedeutung; so findet man z.B. an seinem rechten Ufer die Wurzeln der heutigen Stadt. Zusammen mit dem Donaustrom bildete er auch lange Zeit eine natürliche Barriere für die räumliche Entwicklung von Wien. Erst der technische Fortschritt des 19. Jahrhunderts ermöglichte einen dauerhaften Brückenschlag in den heutigen 2. und 20. Bezirk und führte so zu einer Ausweitung der Stadt, auch in nordöstlicher Richtung.

Als wichtiger Handelsweg und Energielieferant konzentrierte sich ein wesentlicher Teil des Wirtschaftslebens an seinen Ufern, und er unterlag deshalb auch laufend regulierenden und städtebaulichen Eingriffen. Seine wesentliche Bedeutung verlor er jedoch mit der Donauregulierung. Ende des 19. Jahrhunderts gab es zwar noch Bemühungen, den Donaukanal aufzuwerten, doch wurden die meisten diesbezüglichen Projekte nie durchgeführt bzw. nur zum Teil realisiert.

Aufgrund des Verlustes seiner ursprünglichen Funktionen verlor der Donaukanalraum zunehmend an Interesse und wurde mit den stetig wachsenden Verkehrsbedürfnissen schrittweise zu einem bedeutsamen Hauptverkehrsdurchmesser von Wien ausgebaut.

Damit wurde seine städtebauliche und stadtgestalterische Bedeutung ebenso in den Hintergrund gedrängt wie seine Bedeutung als städtischer Frei- und Erholungsraum. Dies soll sich nun ändern; das Leitprojekt für den Donaukanal zeigt, in welche Richtung die Entwicklung in den kommenden Jahren gehen soll. (Schluß) red/rr

Abfallwirtschaft: So machen es die Nachbarn

Wien, 4.10. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener internationale Abfallwirtschaftskongreß wird heute, Mittwoch, im Austria Center Vienna mit den Präsentationen der Abfallwirtschaftskonzepte der drei Nachbarstädte Budapest, München und Zürich fortgesetzt.

Und so machen es die Nachbarn mit ihrem Mist:

Budapest

Die wichtigsten Zielsetzungen der Abfallwirtschaft für die Perioden 1991 bis 1995 und 1996 bis 2000 sind folgende:

- Wegen der ständig zunehmenden Abfallmenge soll die Zahl der Großgefäße (240 und 1.100 l) sowie der Sammelplätze erhöht werden.
- Die Sammlung mit Großcontainern (4 bis 6 Kubikmeter und 10 Kubikmeter Inhalt) soll in den Bereichen Industrie und Handel erhöht oder zumindest aufrechterhalten werden.
- Durch eine Erhöhung der Anzahl der Fahrzeuge mit großem Aufbaumolumen (15, 20, 24 Kubikmeter), hoher Preß- und Ladekapazität soll die Ausstattung des Fuhrparks verbessert werden.
- Neben dem Auffinden und Erwerben von neuen Ablagerungsstätten wird eine zweite Müllverbrennungsanlage mit rund 300.000 t/Jahr Leistung errichtet werden.

Das zentrale Problem der Abfallwirtschaft ist die entsprechende Entsorgung der Abfälle: Die Kapazität der vorhandenen Deponien ist gering; die Schaffung neuer Ablagerungsstätten ist sehr schwierig, oft beinahe unmöglich (keine Kapazität, hohe Anschaffungskosten, Widerstand der Behörden und der Bürger).

Der Bau einer neuen Müllverbrennungsanlage, welche die Entsorgung für lange Zeit lösen würde, ist wiederum sehr aufwendig.

All diese erwähnten Probleme bedeuten gleichzeitig die Schwerpunkte der Abfallwirtschaft von Budapest.

Die Abfallverwertung erfolgt in erster Linie durch folgende Maßnahmen:

- Müllverbrennung verbunden mit Wärmeverwertung, Magnetabscheidung von Eisenmetallen aus der Schlacke.
- Im Verlauf von Altstoffsammelaktionen werden einzelne Altstoffe (Eisen, Buntmetall) sortiert; dazu wird die Hilfe eines Fachunternehmens (MEH) für die Abfallabnahme und Verwertung in Anspruch genommen.

Der Bereich der Abfallverminderung und Abfallvermeidung wird überlappend mit dem Bereich der Verwertung gesehen: Die Abfallmenge wird durch die Einsammlung von Wertstoffen (Zeitungspapier, Karton, Eisen, Buntmetall, Glas usw.) in Wohngebieten und auch in Handel und Industrie vermindert.

München

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München hat am 14.12.1988 einstimmig ein neues Abfallkonzept beschlossen. Es enthält stichwortartig die folgenden Grundsätze und Maßnahmen:

1. Grundsätze der Konzeptfortschreibung

- Deponieschonung: Alle Maßnahmen eines Abfallkonzeptes sollten auf die Schonung des Deponievolumens ausgerichtet sein, weil neben der Schwierigkeit der Standortfindung auch jede Deponie als Altlast von morgen anzusehen ist.
- Technisch einfache Verfahren, insbesondere möglichst frühe Mülltrennung: Je früher und vollständiger Müll am Anfallort getrennt wird, desto einfacher können die (technischen oder rechtlichen) Verfahren sein, die dann auch zeitlich schneller realisiert werden und zum Zuge kommen können.

- Auf Bewährtem aufbauen: Sinnvolle Ansätze sollen weitergeführt und fortentwickelt werden. Auf die Müllverbrennung in der heute geplanten Kapazität (2 Standorte, Kraftwerk Süd und Nord mit vier Blöcken) kann mittelfristig nicht verzichtet werden, ein weiteres Müllverbrennungswerk ist jedoch nicht geplant.
- Entsorgungssicherheit, Erfüllung der Verpflichtung der Stadt zur sicheren und ökologischen Abfallentsorgung.
- Abfallwirtschaft: Einbeziehung privater Firmen in die Abfallentsorgung.

2. Abfallvermeidung

Die Vermeidung von Abfall ist sicher der optimale Weg jeder Abfallpolitik. Die Zuständigkeiten für entsprechende Rechtsvorschriften liegen allerdings beim Bund bzw. bei den Ländern. Die Stadt ist daher auf den Informationsweg angewiesen. Vorgesehen ist hier u. a. der Einsatz von Abfallberatern, die die Bevölkerung und das Gewerbe informieren und motivieren sollen. Neben der Vermeidung von Abfall an sich ist dabei die Vermeidung von Vergiftungen durch problematische Abfälle und die Vermeidung von Misch- bzw. Verbundprodukten bereits bei der Herstellung Ziel der Aktivitäten.

3. Konzept der maximalen Abfallverwertung

- Baustellenabfälle und verunreinigtes Erdreich:
Durch satzungsmäßige Verpflichtung zur Trennung des Baumülls am Anfallort (Baustelle) soll der zu deponierende Baumüll von 140.000 Tonnen im Jahre 1987 auf 35.000 Tonnen vermindert werden. Davon soll etwa die Hälfte (70.000 Tonnen) als grundwasserungefährliches Material in Kiesgruben verfüllt werden, während etwa 35.000 Tonnen der Wiederverwertung zugeführt werden sollen. Die Wiederverwertung von Baumüll setzt entsprechende Baumülltrennanlagen voraus.
In diesem Zusammenhang ist auch das verunreinigte Erdreich anzusprechen, das zu einer erheblichen Belastung der Deponie geführt hat und in den kommenden Jahren verstärkt führen wird, wenn nicht Reinigungsverfahren angewendet werden, die bereits jetzt von darauf spezialisierten Firmen angeboten werden. Um diese kontaminierten Materialien von der Deponie fernzuhalten wird eine Satzungsregelung eingeführt, wonach verunreinigte Materialien nur deponiert werden dürfen, wenn Reinigungsverfahren entweder technisch unmöglich oder wirtschaftlich unzumutbar sind.
- Gewerbemüllkonzept:
Zielvorstellung für die Behandlung von Gewerbemüll ist es, daß der Anfall solchen Abfalls bei der Deponie oder bei der Müllverbrennung möglichst vermieden wird. Die Entsorgung soll unter Beteiligung privater Recyclingunternehmen erfolgen.
Zur Durchführung soll ein Gewerbemüllkataster erstellt werden. Dieser Kataster soll den Gewerbemüll aufschlüsseln nach dem Ort des Anfalls, nach der Abfallart und nach der Menge, um kürzeste und damit billigste Wiederverwertungsmöglichkeiten verstärkt nutzbar zu machen. Die Erstellung eines solchen Gewerbemüllkatasters nimmt einen nicht unerheblichen Zeitraum in Anspruch.
Daher soll in einem ersten Schritt der Gewerbemüll anhand von Stichproben spezifiziert werden bzw. sollen für bestimmte gewerbliche Bereiche bereits bekannte Gewerbeabfälle gesondert erfaßt und verwertet werden.
- Hausmüllkonzept
Es wird die Einführung einer Biomülltonne vorgeschlagen. Dies bedeutet die getrennte Erfassung des gesamten organischen Abfalls in den Haushalten. Dieser organische Abfall soll entweder über den Weg der Eigenkompostierung, über Kompostieranlagen oder Anlagen zur anaeroben Vergärung einer Wiederverwertung zugeführt werden.
Die systematische Altpapiersammlung soll intensiviert und ausgebaut werden. Dies soll zum einen durch die Verbesserung der sogenannten

Forts. von Blatt 2182

Papierbündelsammlung erfolgen, zum anderen sollen aber auch die Depotcontainer für Papier verbessert und ihre Zahl erhöht werden. Als Fernziel könnte neben der Biomülltonne eine Papiermonotonne eingeführt werden.

Die Glascontainersammlung soll erweitert werden; die Zahl der Container soll erhöht werden, die Ausstattung und die Reinigungsmöglichkeiten der Standplätze sollen verbessert werden.

Zunächst versuchsweise sollen die Glascontainerplätze um Plastik- und Metallcontainer erweitert werden.

Durch eine differenzierte Gebührenregelung soll derjenige auch finanziell belohnt werden, bei dem weniger Abfall anfällt. Dies könnte durch ein Gutscheinsystem ermöglicht werden, nach dem eine Tonnenleerung nur auf Wunsch stattfindet, nämlich dann, wenn die Tonne mit der entsprechenden Marke beklebt ist.

Der noch laufende Versuch mit der Grünen Altstofftonne wird voraussichtlich in diesem Jahr vorläufig abgeschlossen und ausgewertet. Danach wird der Stadtrat über die Weiterführung dieses Versuches entscheiden.

- **Ausbau der Sperrmüll- und Altstoffsammelplätze**

Die derzeit neun Münchner Sperrmüllsammelplätze werden Zug um Zug zu Recyclingzentren ausgebaut. Dadurch sollen die fachgerechte Annahme und Weitergabe von Problemabfällen, die strikte Trennung von Müll bei der Eingabe von Müll in verschiedene Container und der billige Wiederverkauf an Privat (und dadurch Attraktivitätssteigerung) verbessert werden.

4. Müllverbrennung

Zwischen 1964 und 1971 wurden die beiden MVA in München-Nord und -Süd in Betrieb genommen. Anforderungen des Umweltschutzes machen eine ständige technische Verbesserung der Anlage unumgänglich. Dies führt natürlich zu einer stetigen Steigerung der Verbrennungskosten und somit auch der Müllgebühren.

Letztlich bleibt ferner auch nach der Verbrennung noch ein zu deponierender Rest von 10 Volumensprozent, so daß verstärkt das stoffliche Recycling anzustreben ist. Die derzeitige Verbrennungskapazität beträgt rund 516.000 Tonnen pro Jahr, etwa 75 Prozent des Abfalls kann somit thermisch (Strom- und Fernwärme) genutzt werden. Ab 1992 wird eine Steigerung der Verbrennungskapazität auf rund 728.000 Tonnen pro Jahr erfolgen, diese Kapazität wird über das Jahr 2000 hinaus zur Verfügung stehen. Mittelfristig bleibt die Müllverbrennung ein wichtiger Teil der Münchner Abfallwirtschaft, ein weiterer Ausbau soll jedoch nicht erfolgen.

5. Deponieplanung

Da bei jeglichem Abfallkonzept eine Deponie erforderlich ist, muß sich die Stadt München bereits jetzt Gedanken für den Zeitpunkt machen, zu dem die Deponie Nord-West verfüllt sein wird. Dies wird, wenn die derzeit beantragte Erhöhung dieser Deponie genehmigt sein wird, voraussichtlich Anfang 1995 der Fall sein.

Eine neue Deponie hat eine Vorlaufzeit von ca. 5 1/2 bis 6 Jahren (2 Jahre Raumordnung, 2 Jahre Planfeststellung, 1 1/2 bis 2 Jahre Bauzeit). Die Stadt München ist daher bereits jetzt auf der Suche nach einer Nachfolgedeponie. Hierzu ist ein Gutachten in Auftrag gegeben worden, das mögliche Standorte im Hinblick auf Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit untersucht. Sobald die entsprechenden Ergebnisse vorliegen, wird nach einer Vorentscheidung des Stadtrats das zugehörige Raumordnungsverfahren beantragt werden.

Zürich

Gemäß dem Abfall-Leitbild des Gesundheits- und Wirtschaftsamtes will die Stadt Zürich in Zusammenarbeit mit Produzenten, der Verwaltung und den Konsumenten die folgenden Ziele erreichen:

Forts. auf Blatt 2184

1. Abfallvermeidung und Abfallverminderung an der Quelle. Es sollen weniger schadstoffhaltige und mehr wiederverwertbare, umwelt verträgliche Güter produziert und konsumiert werden. Hier will man in erster Linie mit der Abfallberatung ansetzen.
2. Verwertung von Abfällen am Ort ihrer Entstehung, durch Förderung der dezentralen Kompostierung. Diese Aufgabe wird heute durch das Gartenbauamt wahrgenommen und im Versuchsgebiet Witikon vom AWZ durchgeführt.
3. Getrennte Sammlung und Verwertung organischer Abfälle für diejenigen Bürger und Bürgerinnen sowie Unternehmungen, die keine Möglichkeit zur Eigenkompostierung besitzen. Im Rahmen des Quartierversuchs Altstetten wird zur Zeit die Sammlung des Kompostierbaren auch aus der Küche aktiv getestet.
4. Separate Sammlung und Entsorgung umweltgefährdender Stoffe, wie Batterien, Chemikalien, Lösungsmittel usw. Zu diesem Zweck besteht ein Giftbus, der vorerst in jedem Stadtquartier einmal jährlich umweltschädliche Abfälle entgegennimmt, sowie die gut eingespielte Sammlung durch Apotheken und Drogerien.
5. Getrennte Sammlung verwertbarer Altstoffe wie Altpapier, Altglas, Altmetall, Alttextilien, zum Teil im Hol-, zum Teil im Bringsystem.
6. Verbrennung nur der verbleibenden Abfälle, die keiner der vorher genannten Stoffgruppen zugeteilt werden können, in Verbrennungsanlagen, welche den modernsten Erfordernissen der Luftreinhaltung zu genügen vermögen. Dazu werden die Züricher Anlagen in nächster Zukunft mit zusätzlicher Reinigungstechnologie ausgestattet.
7. Bewirtschaftung und Entsorgung der Abfälle in regionaler Zusammenarbeit und nach ökologischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Abfallfragen werden regelmäßig in einer regionalen Arbeitsgruppe besprochen, und gemeinsame Lösungen entwickelt.
8. Einführung eines Gebührensystems nach dem Verursacherprinzip, mit dem Ziel der Verminderung des Abfalls nach marktwirtschaftlichen Prinzipien über den Preis. Deshalb wird aufgrund eines Gemeinderatsentscheids zur Zeit durch das AWZ die Einführung einer Sackgebühr für die Bevölkerung und einer Containergebühr für das Gewerbe studiert und geplant.

Gemäß gemeinderätlichem Beschluß vom 5. Feber 1986 wird in der ganzen Stadt Zürich ab 1. Jänner 1991 eine neue ökologische Abfallbewirtschaftung eingeführt. Dafür wurde ein Projektierungskredit von 8,000.000 SFr bewilligt.

Das Grundelement dieser ökologischen Abfallbewirtschaftung ist die Trennung des Abfalls aus Haushalt und Betrieben in die drei Fraktionen Kompost, Altstoffe und verbrenn-, bzw. deponierbarer Rest. Altstoffe sollen je nach Lage der Dinge eingesammelt oder durch Aufstellen von Sammelcontainern getrennt erfaßt werden.

Teil der neuen Abfallbewirtschaftung wird auch eine neue Gebührenordnung sein, bestehend aus einer Grundgebühr und einer Sackgebühr.

Um die verschiedenen Aspekte dieser Neuerungen im praktischen Versuch erproben zu können, werden in der Stadt Zürich zur Zeit in zwei unterschiedlichen Quartieren Abfallversuche durchgeführt.

Der heutige Tag des Abfallwirtschaftskongresses endet mit einem „Bericht an das Publikum“ (Beginn 18 Uhr). (Schluß) lf/rr/gg

Wiener Hafen auf Erfolgskurs

Wien, 4.10. (RK-WIRTSCHAFT) Das Geschäftsjahr 1988 verlief für den Wiener Hafen, ein Unternehmen der Wiener Holding, sehr zufriedenstellend. Der Geschäftsführer Komm. Rat. Sigmund KRÄMER berichtete über die positive Bilanz am Dienstag abend in einem Pressegespräch gemeinsam mit dem Generaldirektor des größten österreichischen Speditionsunternehmens, der Schenker & Co AG, Paul TEGTMEIER. Der Wiener Hafen konnte im Vorjahr einen Gesamtumsatz von 247 Millionen Schilling sowie einen Jahresgewinn von sieben Millionen Schilling erzielen. Insgesamt wurden 23,6 Millionen Schilling investiert. Die größten Zuwachsraten erreichte der Wiener Hafen im Containergeschäft. Erfreut zeigte sich Krämer über die gute Zusammenarbeit mit den österreichischen Speditionsunternehmungen, was auch die gemeinsame Pressekonferenz beweise.

Zwischen dem Wiener Hafen und der Firma Schenker bestehe seit Jahrzehnten eine enge Zusammenarbeit, betonte Tegtmeier. Sein Unternehmen verfüge im Hafen über ein eigenes Büro, wobei im Donau-Seeverkehr regelrechte Pionierleistungen bei der Zusammenarbeit abgewickelt wurden. Als Beispiel nannte Tegtmeier die Verschiffung von Kraftwerkskomponenten nach Syrien und Indien. Die verkehrsgeographische Lage des Wiener Hafens an bedeutenden Schnittpunkten — Donau, Autobahn, Eisenbahn, Flughafen — werden zu einer weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit führen. Außerdem sprach sich Tegtmeier für den verstärkten Transport von Gütern auf der „Wasserstraße“ aus, da hier mit dem gleichen Einsatz von Energie weit größere Frachtmengen und noch dazu umweltfreundlich transportiert werden können. (Schluß) fk/rr

Hohe Auszeichnung für Bezirksvorsteher Landsmann

Wien, 4.10. (RK-KOMMUNAL) Der Bezirksvorsteher von Floridsdorf, Kurt LANDSMANN - er übt diese Funktion seit nahezu zehn Jahren, seit Jänner 1980, aus - wurde Dienstag nachmittag mit dem „Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien“ ausgezeichnet. Stadtrat Johann HATZL, der die Ehrung vornahm, überreichte bei diesem Anlaß noch 17 weiteren Mitgliedern der Bezirksvertretung Auszeichnungen des Landes Wien. (Schluß) roh/rr

Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien

Rosemarie Isopp ausgezeichnet

Wien, 4.10. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Mittwoch im Wiener Rathaus Dr. Heinz IRRGEHER das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Professor Rosemarie ISOPP und Obermedizinalrat Dr. Norbert BRUNNER wurden mit dem Silbernen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien ausgezeichnet, Günter KRENZ erhielt das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien.

Dr. Heinz Irrgeher hat in seiner nebenberuflichen Funktion als Präsident der Freunde der Wiener Staatsoper zahlreiche künstlerische Aktivitäten initiiert und organisiert und sich auch um die Förderung junger Künstler verdient gemacht.

Obermedizinalrat Dr. Norbert Brunner hat als Direktoriumsmitglied des Wiener Konzerthauses, aber auch als Gründer des Vereins „Musica Juventutis“ der Wiener Musikszene zahlreiche wichtige Impulse gegeben.

Prof. Rosemarie Isopp hat in ihrer langjährigen Tätigkeit als Moderatorin von „Autofahrer unterwegs“, aber auch anderer Sendungen im Österreichischen Rundfunk einen humorvollen und kommunikativen Stil in der Präsentation derartiger Sendungen entwickelt.

Günter Krenz hat in seiner Tätigkeit für den Nordwestdeutschen Rundfunk in Köln immer wieder eine Lanze für die Wiener Musik gebrochen und dabei auch zeitgenössische Repräsentanten der österreichischen Unterhaltungsmusik berücksichtigt.

An der Feier nahmen auch Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS und Bundesminister a.D. Dr. Kurt STEYRER teil. (Schluß) gab/rr

Mayr: Keine Veränderung bei Wiener Kurzparkzonen

Wien, 4.9. (RK-KOMMUNAL) „Kaum, daß die Wiener Kurzparkzonen durch die Kontrolle von Wiener Magistratsbeamten wieder funktionstüchtig sind, versucht die Wiener Arbeiterkammer, mit einem unrealistischen Vorschlag die sinnvolle Einrichtung der Wiener Kurzparkzonen zu gefährden“, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Mittwoch zu Vorstellungen der Wiener Arbeiterkammer, in Kurzparkzonen für Anrainer das Dauerparken zu genehmigen. Mayr: „Dieser Vorschlag ladet geradezu zum Mißbrauch ein. Kennen die Damen und Herren der Kammer nicht das Meldegesetz, wonach die Anmeldung in verschiedenen Wohnungen ohne irgendwelche Überprüfung möglich ist? Da hätte ich wahrscheinlich nur mehr Anrainer, die Kurzparkzonen wären von Dauerparkern vollgestopft. Reden ist Silber, Schweigen ist Gold, kann man zu diesem Vorschlag nur sagen.“ (Schluß) sei/gg

chef vom Dienst:
800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Presseamt: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Druckhaus Helvetico 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 5. Oktober 1989

Blatt 2189

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Straßenfest in Simmering (2191)

Bei Verkehrsunfällen ersetzen Visitenkarten den Ausweis nicht! (2192)

Ehrenzeichen des Landes Wien (2195)

Bau neuer Gemeindewohnungen genehmigt (2196)

Kultur:

Preise der Stadt Wien für Architektur und bildende Künste (2190/FS: 4.10.)

„Cats“ in Wien bricht alle Rekorde (2193)

„Kulturbeirat Weltausstellung“ der Öffentlichkeit vorgestellt (2197)

Trientiner Maler stellt im Hauptpostamt aus (2198)

Sport:

Sportehrenzeichen der Stadt Wien (2194)

Preise der Stadt Wien für Architektur und bildende Künste

Bereits am 4. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 4.10. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Mittwoch im Wiener Rathaus die Preise der Stadt Wien für Architektur und bildende Künste. Die Preise gingen an Günther DOMENIG (Architektur), Christian Ludwig ATTERSEE (Malerei), Kurt KOCHERSCHIEDT (Grafik), Oswald STIMM (Bildhauerei) und Mario TERZIC (Projektkunst). Die Preise sind mit je 75.000 Schilling dotiert. Als erster Gratulant der Preisträger stellte sich Bürgermeister Dr. Helmut ZILK ein.

Pasterk betonte die Wertigkeit der Preise der Stadt Wien, die für ein bereits anerkanntes Oeuvre vergeben werden, das den Kriterien von Bestand und Qualität in höchstem Maße entspricht.

Günther Domenig hat seine raumplastische Architekturauffassung mit Bauten wie der „Z“-Filiale in Wien-Favoriten und dem Steinhaus in Steindorf am Ossiachersee demonstriert. Domenig wird auch die „Z“-Zentrale in Wien umbauen.

Christian Ludwig Attersees sinnlich-ästhetische, aus der Phantasie gespeiste Malerei ist gekennzeichnet durch Bewegung und Farben, auch durch verbale, von Bildtiteln evozierte Bezüge.

Kurt Kocherscheidts Kunst ist von Verinnerlichung, Verhaltenheit und Konzentration geprägt, die sich literarischer Deskription weitgehend entzieht.

Oswald Stimm gewinnt aus den Widerständen seiner sperrigen Materialien die spezielle Ästhetik und Spiritualität seiner Kunst.

Mario Terzic ist einer speziellen Form des sozialen Designs verpflichtet. Seine Projekte kratzen an der Oberfläche eines manchmal vielleicht zu glatten Kulturverständnisses.

An der Feier nahm auch Stadtrat Walter NETTIG teil. (Schluß) gab/gg

Straßenfest in Simmering

Wien, 5.10. (RK-LOKAL) Am Samstag, dem 7. Oktober, veranstalten die Simmeringer Kaufleute erstmals ein Straßenfest. Von 9 bis 13 Uhr werden zahlreiche Geschäfte Waren nicht nur innen, sondern auch auf der Straße anbieten. Durch diese Aktion, die der „einheimischen“ Bevölkerung die breite Angebotspalette vor Augen führen soll, ergeben sich Änderungen für den Individualverkehr: Die Simmeringer Hauptstraße wird während der Öffnungszeiten zwischen der Hasenleitengasse und der Molitorgasse gesperrt. Der Verkehr wird über die Route Molitorgasse — Rinnböckstraße — Kopalgasse — Hauffgasse — Lorystraße — Fickeystraße umgeleitet. (Schluß) ull/gg

Bei Verkehrsunfällen ersetzen Visitkarten den Ausweis nicht!

Kann Strafverfahren wegen Fahrerflucht einbringen

Wien, 5.10. (RK-KOMMUNAL) Visitkarten werden auch in Österreich immer beliebter. Aus aktuellem Anlaß — die für rechtliche Verkehrsangelegenheiten zuständige MA 70 mußte nach Anzeigen bereits einige Strafverfahren durchführen — macht die für den Bürgerdienst zuständige Stadträtin Christine SCHIRMER darauf aufmerksam, daß die kleinen Kärtchen nicht den Lichtbildausweis bzw. zusätzliche Dokumente, die nach einem Verkehrsunfall mit Sachschaden zum Datenaustausch vorgeschrieben sind, ersetzen können. Wer seinem Unfallgegner nur eine Visitenkarte überreicht, kann nämlich ganz schön „einfahren“ — wenn zum Beispiel, wie in der Praxis wiederholt geschehen, der/die andere AutofahrerIn den Gegner später telefonisch nicht erreicht und Anzeige — wegen Fahrerflucht — erstattet.

Die Straßenverkehrsordnung, eine bundesgesetzliche Regelung, schreibt vor, daß bei einem Verkehrsunfall, auch wenn nur Sachschaden entstanden ist, die Beteiligten ohne unnötigen Aufschub die nächste Polizei/Gendarmeriedienststelle verständigen müssen. Das darf jedoch unterbleiben, wenn die Unfallbeteiligten einander ihren Namen und ihre Anschrift nachgewiesen haben.

Und weiter heißt es: Dieser Nachweis hat durch persönliches Vorweisen des Führerscheins und des Zulassungsscheins oder eines sonstigen amtlichen Lichtbildausweises, der Name und Anschrift enthält, zu erfolgen. (Achtung: Da auch die ANSCHRIFT laut Gesetz nachgewiesen werden muß, benötigen AutolenkerInnen, die nicht ihr eigenes Fahrzeug — denn da steht ihre Adresse im Zulassungsschein —, sondern das eines anderen fahren, und die keinen amtlichen Ausweis mit Adresse besitzen, den Meldezettel.)

Nun ist es in letzter Zeit nach Verkehrsunfällen, bei denen nur Sachschaden entstand, vorgekommen, daß eilige Verkehrsteilnehmer dem Unfallgegner einfach eine Visitenkarte in die Hand drückten. Abgesehen davon, daß man dies schon im eigenen Interesse nicht akzeptieren sollte (denn es kann, absichtlich oder versehentlich, eine "fremde" Visitenkarte sein), reicht dies auch nach dem Gesetz nicht für den gegenseitigen Identitätsnachweis aus.

Die Juristen der MA 70 mußten in letzter Zeit bereits einige Verfahren wegen Fahrerflucht durchführen, weil sich einer der am Unfall Beteiligten zwar zunächst mit der Visitenkarte seines Gegners zufriedengab, es dann später aber nicht gelang, den Unfallgegner unter der auf der Visitenkarte angegebenen Telefonnummer zu erreichen. Woraufhin in mehreren Fällen — verständlicherweise — dem zweiten am Unfall Beteiligten der Kragen platzte und er im nachhinein Anzeige wegen Fahrerflucht erstattete.

Nun können die Juristen, wenn jemand im guten Glauben gehandelt und nur die Visitenkarte überreicht hat, zwar einen „geringeren Unrechtsgehalt“ annehmen und die Strafe niedriger ansetzen — ein Strafverfahren wegen Fahrerflucht und rund ein Tausender Strafe ist es trotzdem. Daher sollten sich AutolenkerInnen im eigenen Interesse nach Verkehrsunfällen mit Sachschaden nicht mit Visitenkarten begnügen, sondern, wie vom Gesetz verlangt, Name und Adresse mit entsprechenden Dokumenten austauschen. (Schluß) hrs/rr

„Cats“ In Wien bricht alle Rekorde

Bisher über 1,9 Millionen Besucher – Auch „Phantom“ im Theater an der Wien ist ein Renner – über eine Viertelmillion Besucher bei „Les Miserables“

Wien, 5. 10. (RK-KULTUR) Am 22. Oktober findet im Ronacher die 1.800ste Vorstellung von „Cats“ statt. Das Webber-Musical bricht alle Rekorde. Bis einschließlich 26. September gab es insgesamt 1.773 Vorstellungen mit 1.909.886 Besuchern. Und zwar:

Theater an der Wien	1.458 Vorstellungen	1.557.021 Besucher
Ronacher	285 Vorstellungen	309.245 Besucher
Gastspiel Berlin	15 Vorstellungen	18.120 Besucher
Gastspiel Moskau	15 Vorstellungen	25.500 Besucher

Bei einer durchschnittlichen Auslastung von 96,82 Prozent brachte „Cats“ im Theater an der Wien und im Ronacher bisher einen Kartenerlös von 478.147.554 Schilling.

Das Interesse für die Katzen hält unvermindert an, etwa drei Viertel aller Karten für die Vorstellungen im November sind bereits verkauft.

Fest steht auch schon der Termin der 2.000sten Vorstellung: 18. Juli 1990.

Praktisch ausverkauft sind bis Ende November alle Vorstellungen von „Das Phantom der Oper“ im Theater an der Wien. Am 29. September 1989 gab es die 200ste Aufführung.

Bis einschließlich 26. September verzeichnete „Phantom“ 198 Vorstellungen mit 209.198 Besuchern. Das ist eine Auslastung von 97,64 Prozent.

Das Musical spielte bisher 71.544.527 Schilling ein.

Die 300ste Vorstellung von „Les Miserables“ im Raimundtheater findet am 25. November dieses Jahres statt. Auch die Zahlen dieser Produktion können sich sehen lassen:

Bis 26. September gab es 255 Vorstellungen mit 254.109 Besuchern. Die durchschnittliche Auslastung betrug bisher 83,89 Prozent. „Les Miserables“ spielte bisher 63.892.360 Schilling ein. (Schluß) wh/gg

Sportehrenzeichen der Stadt Wien

Wien, 5.10. (RK-SPORT) Im Steinernen Saal des Rathauses erhielten am Donnerstag die fünffache Europameisterin im Trab-Rennfahren, Maria SAUER, die Funktionäre Hans BÖS (Fußball, Kaiser-Ebersdorf), Paul GROSS (Fußball Ostbahn XI), Walter LESEK (Schwimmen), Dr. Rudolf MÜLLER (WAT Ottakring) sowie Fußball-Schiedsrichterobmann Paul SCHILLER das Sportehrenzeichen der Stadt Wien.

Die Überreichung nahm Stadtrat Dr. Michael HÄUPL vor, die Laudatio hielt Dr. Ferdinand PODKOWICZ, der Leiter des Sportamtes. (Schluß) hof/rr

Ehrenzeichen des Landes Wien

Wien, 5.10. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR überreichte Donnerstag im Wiener Rathaus Ehrenzeichen des Landes Wien an verdienstvolle Persönlichkeiten der Wiener Wirtschaft. Das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien erhielten die Kammerräte Karl HANS, Leopold HREBICEK, Franz MARINKOVITS, Herbert SELNER, Josef STAUFFER und Tech. Rat Ing. Rudolf WENDLER. (Schluß) sei/rr

Bau neuer Gemeindewohnungen genehmigt

Wien, 5.10. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung genehmigte in seiner Sitzung am Donnerstag den Bau neuer Gemeindewohnungen. So soll in Ergänzung des 1. Bauteils der Bebauung am Wienerberg in Favoriten (insgesamt sollen dort rund 2.000 Wohnungen entstehen, die etwa 500 Wohnungen des 1. Bauteils sind bereits fertig und bezogen) ein Gemeindebau mit 105 Wohnungen entstehen. Geplant wurde er von Architekt Hugo POTYKA. Die Baukosten werden voraussichtlich 141,5 Millionen Schilling betragen.

Ein zweiter Neubau soll im 20. Bezirk in der Treustraße 58-60/ Gerhardusgasse 7 entstehen. Das Haus wurde vom Architekten Josef KRAWINA geplant, soll 55 Wohnungen haben und etwa 75 Millionen Schilling kosten. Die Bauzeit wird etwa zwei Jahre betragen. Beide Neubauten werden nach der neuen Wiener Wohnbauförderung finanziert. (Schluß) ah/rr

„Kulturbeirat Weltausstellung“ der Öffentlichkeit vorgestellt

Wien, 5.10. (RK-KULTUR) In einem Pressegespräch stellte Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK am Donnerstag die Mitglieder des „Kulturbeirates Weltausstellung“ der Stadt Wien der Öffentlichkeit vor. Der Beirat hat die Aufgabe, kulturelle Aktivitäten in Wien, die im Zusammenhang mit der Weltausstellung gesehen werden können, anzuregen, vorzuschlagen, zu prüfen, zu begutachten und für die Geschäftsgruppe Kultur politisch entscheidungsfähig aufzubereiten. Der Beirat besteht aus sieben hochkarätigen Fachleuten, die auf ihren Gebieten über eine kompetente internationale Übersicht verfügen. Dem Beirat gehören an:

Der Publizist, Kulturberater und Architekturkritiker Dietmar STEINER als Koordinator der Gruppe, der Dramaturg und das Direktionsmitglied des Wiener Burgtheaters Hermann BEIL, der Historiker, Kulturpublizist und Radiojournalist Wolfgang KOS, der Architekturtheoretiker und künftige Leiter des deutschen Architekturmuseums in Frankfurt Vittorio Magnago LAMPUGNANI, der Generalsekretär der Konzerthausgesellschaft und designierte Direktor der Zürcher Oper Alexander PEREIRA, die Psychologin, Publizistin und Ausstellungsmacherin Cathrin PICHLER und der Publizist, Ausstellungsmacher und Direktor des Frankfurter Kunstvereins Peter WEIERMAIR.

Nach Ansicht von Kulturstadträtin Dr. Pasterk wird die Kultur in weitestem Sinn letztlich das tragende Element der Weltausstellung 1995 sein. Sie wird den inhaltlichen „Mantel“ für alle wirtschaftlichen, baulichen, stadtplanerischen und fremdenverkehrspolitischen Aktivitäten bilden. Der Beirat — so Pasterk — soll dazu beitragen, Chancen für das kreative Potential Wiens zu eröffnen und Verbesserungen der städtischen Strukturen auf allen Gebieten, vor allem aber im kulturellen Bereich, herbeizuführen, die auch nach 1995 zum Tragen kommen. Angesichts der Bedeutung der Weltausstellung und des damit verbundenen Modernisierungsschubes für Wien, aber auch angesichts der Überlegungen, welche Auswirkungen die EXPO auf die Stadt hat, sprach sich Pasterk für ein politisch konsensuales Vorgehen auf breiter Ebene in allen diesbezüglichen Fragen aus.

Der Kulturbeirat Weltausstellung arbeitet eng mit allen bestehenden Vorbereitungsgremien der Weltausstellung zusammen und hat die Auswirkungen der Weltausstellung auf die kulturelle Situation Wiens insgesamt vordringlich zu berücksichtigen. Da die Stadt Wien von allen Entscheidungen bezüglich der Weltausstellung direkt betroffen ist, soll dieses hochqualifizierte Beratungsgremium dazu beitragen, die kulturelle Verantwortung der Stadt Wien für ihre Zukunft in Anbetracht der künftigen Entwicklung wahrzunehmen. (Schluß) gab/gg

Trientiner Maler stellt im Hauptpostamt aus

Wien, 5.10. (RK-KULTUR) In der Kassenhalle des Hauptpostamtes am Fleischmarkt stellt der Trientiner Maler Sergio BERNARDI Ölbilder aus. Die Ausstellung wird vom Kulturverein Innere Stadt organisiert und ist in den nächsten drei Wochen während der Schalterstunden des Hauptpostamtes zu sehen.

Die Ausstellung wurde am Mittwoch abend von Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK in Anwesenheit des Kulturstadtrates von Trient Dr. ANTONIACOMI eröffnet. (Schluß) red/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlags- und Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 6. Oktober 1989

Blatt 2199

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- U 6: Neubaustrecke vorgestellt (2200/2201/FS: 5.10.)
- Wiener Wasser: Dienstag Sonderpostamt in der Schmidt-Halle (2203)
- Innovationspaket komplett: Wien fördert C-Techniken (2204)
- Neuaufgabe von „IN WIEN INVESTIEREN“ (2205)
- Abfallwirtschaftskongreß: Blick über den Zaun (2206-2211)
- Terminvorschau vom 9. bis 20. Oktober (2212/2213)

Sport:

- Ehrung für Fußballmeister (2202)

U 6: Neubaustrecke vorgestellt

20 Minuten Heiligenstadt - Philadelphiabrücke

Wien, 5.10. (RK-KOMMUNAL) Übermorgen, Samstag, geht die U 6 in Betrieb. Sie wird von Heiligenstadt/Friedensbrücke über die umgebaute Stadtbahnstrecke, die adaptierte Otto-Wagner-Brücke über das Wiental und schließlich durch die unterirdische Neubaustrecke in Meidling in nur 20 Minuten bis zur Philadelphiabrücke fahren. Verkehrsstadtrat Johann HATZL stellte Donnerstag im Rahmen einer Pressefahrt die in Meidling neuerrichteten U-Bahn-Stationen „Längenfeldgasse“ (gemeinsam mit der U4), „Niederhofstraße“ (Meidlinger Markt, Meidlinger Hauptstraße) und „Philadelphiabrücke“ (Anschluß unter anderem an die Schnellbahn) vor.

Die neue U 6 wird bei einer Gesamtlänge von elf Kilometern und mit 14 Stationen zehn Bezirke miteinander verbinden und mit der Linie U 4 einen leistungsfähigen, fahrplanmäßig abgestimmten (dreieindrittel Minuten-Intervall in der Spitze) U-Bahn-Gürtel um die inneren Bezirke bilden. Der Samstag in Betrieb gehende Abschnitt bildet aber nur das Herzstück einer zukünftigen U 6, die von Floridsdorf bis Siebenhirten ganz Wien durchqueren wird.

Durchschnittstiefe 18 Meter

Die Verknüpfung der ehemaligen Stadtbahnstrecke und der Neubaustrecke, die Otto-Wagner-Brücke, wurde entsprechend den strengen Auflagen des Denkmalschutzes ohne wesentliche äußere Änderungen in die Linienführung integriert. Lediglich die Gleislage mußte in einigen Bereichen abgesenkt werden, um die neue U 4/U 6-Station „Längenfeldgasse“ in 14 Meter Tiefe zu erreichen. Ab dort fährt die U 6 im Tunnel in einer Tiefe von durchschnittlich 18 Meter. Die Tunnel mußten auf Grund der schwierigen geologischen Verhältnisse unter Druckluft errichtet werden, was für die Arbeiter Druckverhältnisse wie in neun Meter Wassertiefe bedeutete. Nach der neuen Station „Niederhofstraße“, die in der Vivenotgasse zwischen Reschgasse und Niederhofstraße mit Ausgängen in beiden Richtungen liegt, erreicht der Tunnel mit 94 Quadratmeter seine größte Ausweitung.

Am vorläufigen Endpunkt der Trasse, bei der Station „Philadelphiabrücke“, liegt der Tunnel 24 Meter unter der Erdoberfläche. Zwischen der U-Bahn-Station und der der Schnellbahn wurde ein Verbindungsbauwerk mit direkten Zugängen zu den drei Bahnsteigen der Schnellbahn errichtet.

Gesamtkosten 7,3 Milliarden Schilling

Die Kosten für den Neubau der U 6-Strecke zwischen Längenfeldgasse und Philadelphiabrücke betragen 4,7 Milliarden, der Umbau der Stadtbahnstrecke inklusive der Otto-Wagner-Brücke, der Station und der Revisionshalle Michelbeuern, der Rechtsumstellung, der neuen Signal- und Gleisanlagen (Erhöhung der Höchstgeschwindigkeit auf 60 km/h und Ermöglichung des dreieindrittel Minuten-Intervalls) sowie der Stationsumbau und Aufzugseinbau kostete insgesamt 1,4 Milliarden und der Wagenbau für die auf Grund des dichteren Intervalls und der längeren Strecke benötigten zusätzlichen Garnituren 1,2 Milliarden Schilling brutto.

Freitag Verlängerung „5 A“ und „11 A“

Morgen Freitag, 6. Oktober, finden mit kleinen Festakten die Verlängerungen der Linien „5 A“ bis zur Griegstraße (14 Uhr, Traisengasse) und „11 A“ bis Heiligenstadt (14.30 Uhr, Friedrich-Engels-Platz) statt.

Samstag U 6-Inbetriebnahme und Maßnahmen im Oberflächennetz

Am Samstag, dem 7. Oktober, findet um 9.30 Uhr die feierliche Inbetriebnahme der U 6 mit Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Verkehrsstadtrat

Bereits am 5. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Johann HATZL bei der Station Philadelphiabrücke, Eingang Schedifka-
platz, statt. Bereits mit Betriebsbeginn gibt es an diesem Tag auch zahl-
reiche Verbesserungen im Oberflächenverkehr (siehe „rk“ vom 3.10.1989).
Die Verlängerungsstrecke des „12 A“ in den 15. Bezirk wird mit einem Fest-
akt bei der Station Längenfeldgasse um 8.30 Uhr in Betrieb genommen.
Um 13.30 Uhr wird die Linie „8“ eingestellt und die Linie „64“ bis Meidling/
Südbahnhof verkürzt. Zahlreiche weitere Verbesserungen im Ober-
flächennetz, darunter die Inbetriebnahme der neuen Autobuslinie „37 A“
(Friedensbrücke — Liechtenwerder Platz — Ottakringer Straße), werden
am Montag, dem 9. Oktober, realisiert. (Schluß) roh/rr

Forts. von Blatt 2200

Ehrung der Wiener Fußballmeister

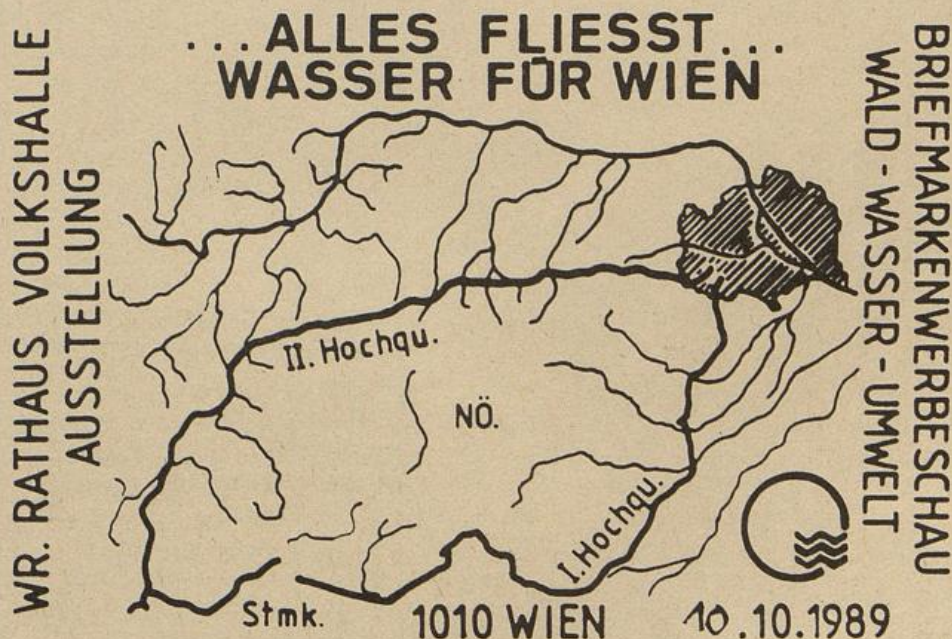
Wien, 6.10. (RK-SPORT) Die traditionelle Ehrung der Wiener Fußballmeister durch Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL findet am kommenden Montag im Rathaus statt. An den Meisterschaften in der Saison 1988/89 nahmen 138 Klubs teil. Die Sieger in den elf Klassen waren:

Wacker/Groß Viktoria (Wiener Liga), Breitensee/Graphia (Unterliga A), Gerasdorf (Unterliga B), KDAG Phönix (1. Klasse A), Fortuna Wien (1. Klasse B), SC Neubau (2. Klasse A), Old Formation (2. Klasse B), Ajax (3. Klasse A), ASKÖ Marischka (3. Klasse B), Direktion (Wiener Verkehrsbetriebe) und Union Landhaus Beach Flower (Damen, 2. Leistungsklasse).
(Schluß) hof/gg

Wiener Wasser: Dienstag Sonderpostamt In der Schmidt-Halle

Wien, 6.10. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit der Ausstellung in der Volkshalle des Wiener Rathauses „... alles fließt ... so spannend kann Wasser sein“ wird am Dienstag, dem 10. Oktober, in der Zeit von 10 bis 18 Uhr in der Schmidthalle (Stadtinformation) ein Sonderpostamt eingerichtet, bei dem neben dem Ersttagsstempel für die Sonderpostmarken „Die österreichische Arbeitswelt“ und „Moderne Kunst in Österreich“ auch ein auf die Wiener Wasserversorgung hinweisender Sonderpoststempel abgegeben wird.

Der Sonderpoststempel zeigt eine geographische Skizze von Niederösterreich und Steiermark mit der I. und II. Wiener Hochquellenleitung sowie dem Emblem der Wiener Wasserwerke.



Von den Wiener Wasserwerken wird aus diesem Anlaß in begrenzter Auflage ein Briefmarkengedenkblatt mit Geleitworten von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Stadtrat Dr. Michael HÄUPL aufgelegt, auf dem die beiden anlässlich des 100-Jahr-Jubiläums der I. Wiener Hochquellenleitung (1973) bei der 75jährigen der II. Wiener Hochquellenleitung (1985) erscheinenden Sonderpostmarken mit dem Sonderpoststempel versehen werden.

Briefmarkenausstellung

Von 10. bis 22. Oktober findet in der Schmidthalle des Wiener Rathauses eine Briefmarkenausstellung mit dem Thema „Wiener für Wien, Wald-, Natur- und Gewässerschutz“ statt. Gestaltet wurde diese Ausstellung von dem Grazer Philatelisten Ludwig SPRÜGL und von Oberamtsrat a.D. Reg. Rat Prof. Josef DONNER. Die örtliche Post- und Telegraphenverwaltung stellte dafür mehrere sehenswerte Objekte (Markenentwürfe, Stichphasen, Schwarzdrucke etc.) zur Verfügung. (Schluß) red/rr

Innovationspaket komplett: Wien fördert C-Techniken

Wien, 6.10. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Mit einem geschätzten jährlichen Aufwand von rund 20 Millionen Schilling startet der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds am 1. November eine neue Aktion, die den Einsatz fortschrittlicher Technologien — den sogenannten C-Techniken — in Wiens Klein- und Mittelbetrieben fördern soll. Die neue Aktion, die vorerst auf ein Jahr befristet ist, fördert die Einführung von C-Techniken durch einen nicht rückzahlbaren Zuschuß von maximal 30 Prozent der Kosten, höchstens jedoch 1 Million Schilling pro Unternehmen. Dies gaben Vizebürgermeister Hans MAYR und Stadtrat Wilhelm NEUSSER Freitag in einem Pressegespräch bekannt.

Mit der neuen Förderung von C-Techniken verfügt das Bundesland Wien über ein sinnvolles Paket von Innovationsförderungen, das im wesentlichen aus drei Bausteinen besteht:

- der Aktion zur Förderung von Innovationen
- der Aktion zur Förderung der Aufnahme zusätzlicher hochqualifizierter Mitarbeiter
- ab 1. November der Aktion zur Einführung von C-Techniken.

Laut einer Studie kommen in Wien an die 6.000 Betriebe für den Einsatz von C-Techniken in Frage, wobei von rund 1.000 Betrieben konkret zu erwarten ist, daß sie in den nächsten Jahren C-Techniken verwenden werden. In den Sparten Fahrzeugbau, Maschinen- und Stahlbau, Eisen- und Metallwaren, Elektroindustrie und -gewerbe, Bauwesen und Architektur sowie technische Büros muß der Einsatz von C-Techniken in Zukunft sogar als Existenzbedingung gewertet werden.

Was sind C-Techniken? Im Rahmen der Aktion werden sie als „rechnergestützte Techniken zur Unterstützung technisch/betrieblicher Vorgänge und Abläufe“ definiert. Betroffen sind alle betrieblichen Abläufe — die Entwicklung und Konstruktion ebenso wie die Arbeitsvorbereitung, die Fertigung und die Qualitätssicherung. Unter C-Techniken fallen die mit Hilfe eines Computers angefertigten technischen Zeichnungen ebenso wie die rasche Umsetzung von Konstruktionsplänen in die Fertigung bis hin zum vollautomatischen Lauf der Maschinen und der Werkzeuge.

Die wesentlichsten Bedingungen und Kriterien der neuen Förderungsaktion sind:

1. **Förderungswerber:** alle in Wien gewerbeberechtigten Unternehmen mit **weniger als 300 Beschäftigten** (auch im Konzernverbund), die nicht im Eigentum der öffentlichen Hand stehen.
2. **Geförderte Vorhaben:** Investitionsprojekte zur **erstmaligen Einführung oder qualitativen Ausweitung** vorhandener C-Techniken.
3. **Förderungsvoraussetzungen:** wirtschaftlich gesundes und steuerlich unbedenkliches Unternehmen, gesicherte Projektfinanzierung; langfristig konzipierter Projektplan; passende Umfeldbedingungen (Infrastruktur).
4. **Förderung:** **Nicht rückzahlbarer Zuschuß der Stadt Wien in Höhe von 30 Prozent der Bemessungsgrundlage, maximal jedoch 1 Million Schilling pro Unternehmen.** Die Bemessungsgrundlage umfaßt die Kosten der Hardware-Anschaffung inkl. Peripherie, Software-Lizenzen und Installationskosten. Die Bemessungsgrundlage muß **mindestens 500.000 Schilling** betragen.
5. **Einreichung:** **Antrag auf Förderung vor Investitionsbeginn beim Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, Überprüfung des Projekts durch ein Gutachten des WIFI.**

Auskünfte über die neue Aktion erteilt der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds unter der Telefonnummer 43 50/468, 469 DW. (Forts. mgl.) sei/gg

Neuaufgabe von „IN WIEN INVESTIEREN“

Wien, 6.10. (RK-LOKAL/WIRTSCHAFT) Der Leitfaden des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds „IN WIEN INVESTIEREN“ ist soeben in der vierten, überarbeiteten Auflage (Stand Juni 1989) erschienen. „IN WIEN INVESTIEREN“ informiert über die 34 derzeit in Wien möglichen Förderungen, wobei diese übersichtlich in Blöcken von „Existenzgründung“ bis zu „Sonderförderungen“ zusammengefaßt sind.

Der Leitfaden ist in einer Auflage von 5.000 Stück erschienen. Interessierte Unternehmen können ihn beim WWFF gratis anfordern. (Schluß) sei/rr

Abfallwirtschaftskongreß: Blick über den Zaun

Wien, 6.10. (RK-KOMMUNAL) Mit den Berichten der Städte Berlin und Kopenhagen über ihre Konzepte zur Bewältigung des Zivilisationsproblems Müll(entsorgung) geht heute, Freitag, der internationale Abfallwirtschaftskongreß im Austria Center Vienna zu Ende. Die „RATHAUS-KORRESPONDENZ“ setzt ihre Mini-Serie „So machen es die Nachbarn“ fort und schließt mit einem „Ausblick in die Zukunft“ aller Teilnehmer-Städte.

BERLIN

Die zentralen Probleme der Abfallwirtschaft liegen zum Großteil in der geopolitischen Lage Berlins begründet, die keinen Platz für neue Abfallbehandlungsanlagen läßt.

Aktivitäten zur Abfallvermeidung sind daher geplant, demgemäß konnten bisher keine Erfolge realisiert werden. Die Abfallverwertung erfolgt durch die getrennte Altstoffsammlung, die thermische Verwertung des Mülls in Müllverbrennungsanlagen und durch die Kompostierung von Grünabfällen und nativ-organischer Substanz.

Eine Rauchgasreinigungsanlage für die Abfallverbrennungsanlage dient dazu, die Umweltbelastung, die aus der Abfallbehandlung selbst stammt, zu reduzieren.

KOPENHAGEN

Die jetzige Abfallplanung Kopenhagens ist ein Resultat der Erkenntnis, daß frühere Methoden eine Reihe von Problemen auslösten. Die Müllverbrennungsanlagen emittierten Schadstoffe, das Auffinden geeigneter Standorte für Deponien ist u.a. wegen Bedenken der Grundwasserbelastung verhindert worden.

Allgemein strebt man an,

- die Produktion von Müll zu minimieren, wenn möglich, vermeiden und
- durch Müll hervorgerufene Umweltverschmutzung zu reduzieren.

Diese Ziele wurden in folgenden Handlungsrichtlinien manifestiert:

- Soviel Recycling wie möglich,
- maximale Nutzung von rückgewonnener Energie ohne Schaden an der Umwelt zu verursachen und
- ohne Umweltgefährdung zu deponieren.

Um dies zu erreichen, müssen präventive Maßnahmen zur Müllvermeidung eingeleitet und der entstehende Müll durch aktive Maßnahmen bewirtschaftet werden.

Die Vermeidungsinitiativen sollen die Schadstoffemissionen privater Betriebe durch saubere, umweltverträgliche Technologien und Maßnahmen in den folgenden Bereichen reduzieren:

- Produktionstechniken
- Produktionsmethoden
- Rohmaterialien (inklusive Energieträger)
- Verpackung

Aus folgenden Gründen muß der Abfall in Kopenhagen an der Quelle sortiert werden:

Mit dem Ziel des Recycling ist es wichtig, daß der Abfall so rein und homogen wie möglich sein sollte. Ebenso ist eine Voraussetzung für die effizienteste Energieverwertung des brennbaren Mülls, daß der nicht-brennbare Anteil zusammen mit Problemstoffen aus den Anlieferungen zu den Müllverbrennungsanlagen aussortiert wird.

Dies wird am effektivsten durch Sortierung an der Quelle erreicht. Nicht-brennbarer Abfall sollte an der Quelle mit Augenmerk auf eine geordnete

und kontrollierte Deponierung aussortiert werden. Stofflich verwertbarer Abfall, für die Verbrennung geeigneter Müll und Problemstoffe verlangen eine getrennte Behandlung, die eine Sortierung vor der Abfallbehandlung voraussetzt.

Ausblick in die Zukunft

BERLIN

Für die Zukunft haben die Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) teils mit privaten und öffentlichen Partnern eine Reihe von Projekten und Forschungsvorhaben in allen wichtigen Bereichen geplant und bereits durchgeführt. Von 1985 bis 1991 investieren die BSR insgesamt rund 200 Millionen DM für den Umweltschutz. Forschungsvorhaben, die dazu dienen sollen, richtungsweisende Lösungen zu erarbeiten, sind:

So wird beabsichtigt, die Einsatzmöglichkeiten von schwer vermarktbarem Mischglas in der Baustoffindustrie zu untersuchen. Ziel ist die Entwicklung eines praxisreifen Konzeptes zur Aufbereitung von Mischglas.

In Zusammenarbeit mit dem Fachgebiet Abfallwirtschaft der Technischen Universität Berlin wird auf dem Sektor der thermischen Verwertung von Abfall die Staubabscheidung in der Heißgaszone eines Müllverbrennungskessels untersucht werden. Ziel ist die Reduzierung der schadstoffbeladenen Flugstaubmengen.

Die BSR beteiligt sich an einem Versuchsprojekt, PE-Farbeimer, Weichspülerflaschen und PET-Flaschen der Getränkeverpackungen sortenrein aus Haushaltsabfall zu sammeln. Das gesammelte Kunststoffmaterial soll im Kunststofftechnikum der Technischen Universität Berlin aufbereitet und zu hochwertigen, vermarktungsfähigen Produkten weiterverarbeitet werden.

In Berlin fallen derzeit etwa 700 t/a verbrauchte Batterien an, von dieser Menge werden 180 t/a erfaßt. Die BSR beteiligen sich an einem Projekt zur Aufarbeitung des Altbatteriemisches. Dabei sollen unter anderem die in den Batterien enthaltenen Schwermetalle wie Silber, Quecksilber, Zink und Cadmium zurückgewonnen werden.

Zur Aufbereitung der Aufbereitung von Leuchtstoffröhren finden noch in diesem Jahr Versuche statt. Mit entsprechenden thermischen Verfahrenstechniken können das Quecksilber und eventuell auch andere Schwermetalle zurückgewonnen werden.

Weiters beabsichtigen die BSR, im Rahmen eines Forschungs- und Demonstrationsvorhabens eine Pilotanlage für einen Durchsatz von 8,5 t/h Abfall auf dem Gelände der Abfallverbrennungsanlage Ruhleben ab 1989 zu errichten und in einem zweijährigen Probebetrieb zu optimieren. Die BSR haben ein Verfahren nach dem Prinzip der rotierenden Wirbelschicht ausgewählt, das 1991 in Betrieb genommen werden könnte. Erste Erkenntnisse werden 1993 erwartet. In einer vom Bundesminister für Forschung und Technologie und vom Senator für Wissenschaft und Forschung geförderten Vorphase konnten bereits Vorteile der Wirbelschicht gegenüber der konventionellen Verbrennungstechniken auf Rosten festgestellt werden.

Die BSR haben 1984 mit den ersten Untersuchungen zur Feststellung von Dioxinen und Furanen bei der Abfallverbrennungsanlage Ruhleben begonnen und betreiben seit 1985 im Rahmen des bundesweiten Dioxin-Forschungsprogrammes des Umweltbundesamtes ein Projekt zur Verminderung der Dioxin- und Furan-Bildung an einem ihrer Müllverbrennungskessel.

Bereits heute arbeiten die BSR intensiv an Verfahren für die Sicherung der Abfallentsorgung. Erfolgversprechende und dabei wirtschaftlich vertret-

Forts. von Blatt 2206

Forts. auf Blatt 2208

bare Projekte werden getestet, optimiert und für die Praxis erarbeitet. Aufgrund ihrer umwelt- und gesellschaftspolitischen Aufgaben werden schon jetzt die notwendigen Schritte für eine gesicherte und umweltfreundliche Abfallwirtschaft einer Millionenstadt getan.

BUDAPEST

Das Unternehmen FKFV bestimmt die Hauptrichtungen und Aufgaben der Entwicklung für fünf bis zehn Jahre. Die wichtigsten Zielsetzungen der Abfallwirtschaft für die Perioden 1991-1995 und 1995-2000 sind folgende:

- wegen der ständig zunehmenden Abfallmenge soll die Zahl der Gefäße mit größerem Inhalt (240 und 1.100 l) sowie der Sammelplätze erhöht werden.
- Die Sammlung mit Großcontainern (4 bis 6 Kubikmeter und 10 Kubikmeter Inhalt) soll erhöht oder zumindest aufrechterhalten werden (Industrie und Handel).
- Durch eine Erhöhung der Anzahl der Fahrzeuge mit großem Aufbauvolumen (15, 20, 24 Kubikmeter) und hoher Verdichtungsleistung und Nutzlast soll die Ausstattung des Fuhrparks verbessert werden.
- Neben dem Auffinden und Erwerben von neuen Ablagerungsstätten wird eine zweite Müllverbrennungsanlage mit rund 300.000 t/Jahr Leistung errichtet werden.

Das zentrale Problem der Abfallwirtschaft ist die entsprechende Entsorgung der Abfälle: Die Kapazität der vorhandenen Deponien ist gering; die Anschaffung neuer Ablagerungsstätten ist sehr schwierig, oft beinahe unmöglich (keine Kapazität, hohe Anschaffungskosten, Widerstand der Behörden und der Bürger).

Der Bau einer neuen Müllverbrennungsanlage, welche die Entsorgung für lange Zeit lösen würde, ist sehr aufwendig.

All diese erwähnten Probleme bedeuten gleichzeitig die Schwerpunkte der Abfallwirtschaft von Budapest.

MÜNCHEN

Die zentralen Probleme der Abfallwirtschaft in München manifestieren sich in:

- mangelndem Problembewußtsein in der Bevölkerung und der Wirtschaft sowie
- keine Akzeptanz auch für Anlagen zur Abfallwirtschaft (Sortierung, Recycling), speziell bei den Anliegern.

Daher wird die Schaffung eines Problembewußtseins und darauf aufbauend das Anbieten geeigneter Alternativen zur Müllverbrennung ein Schwerpunkt beim Ausbau der stofflichen Verwertung sein. Grundsätzlich ist die Mehrheit der Bevölkerung der stofflichen Getrenntsammlung gegenüber aber nicht negativ eingestellt.

Ein damit eng verbundenes Problem ist die Sicherung bestehender bzw. der Aufbau künftiger Absatzmärkte, z. B. im Kunststoffbereich oder im Bereich des Bio-Abfalles.

Ab 1990 wird zunächst versuchsweise die Biomülltonne (als zweite Tonne im Hof zur Erfassung der organischen Fraktion des Hausmülls) eingeführt.

Im gewerblichen Bereich soll nach Erstellung eines Gewerbemüllkatasters verstärkt stoffliches Recycling betrieben werden. Über die Gestaltung eines differenzierten Gebührensystems soll Einfluß auf das Verhalten der Bevölkerung bzw. der Betriebe mit dem Ziel mehr stofflich zu sammeln bzw. überhaupt Müll zu vermeiden, genommen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt wird die Schaffung mehrerer Nachfolgedepo- nien (Dezentralisierung) sowie die Errichtung einer reinen Reststoff- deponie (Schlacke, ggf. Filterstäube aus den MVA) sein.

Forts. von Blatt 2207

Forts. auf Blatt 2209

Zur Bewältigung der umfangreichen Aufgaben wird ein Amt für Abfallwirtschaft geschaffen.

Forts. von Blatt 2208

PARIS

Die Hausmüllsammlung in Paris muß den Regeln folgen, die für alle Großstädte gelten:

- eine möglichst geringe Behinderung des Straßenverkehrs
- eine möglichst geringe Lärmbelästigung
- die Notwendigkeit der getrennten Sammlung von verwertbaren Abfällen (Papier, Karton, Glas, Metalle) und gefährlichen Abfällen (infektiöse Abfälle, Injektionsnadeln) und umweltgefährdende Abfälle (FCKW, PVC...)
- möglichst geringe Sammelkosten

Die Berücksichtigung dieser Parameter hat die Stadt Paris zu folgenden Schritten veranlaßt:

- Einführung einer Spätsammlung (17 bis 23.30 Uhr) in praktisch der Hälfte des Stadtgebietes zusätzlich zur Frühsammlung (6 bis 9 Uhr), was die Produktivität gesteigert hat,
- die Beauftragung von Privatfirmen mit dieser Spätsammlung, was den Wettbewerb mit der Frühsammlung der Gemeinde fördert,
- die Einführung von getrennten Sammelsystemen (Glas, Zeitungen, Zeitschriften, FCKW)

Die Behandlung des Hausmülls bringt zwei Hauptprobleme mit sich:

Da die bestehenden Anlagen ausgelastet sind, ist es notwendig, neue zu errichten, damit nicht noch mehr deponiert werden muß. Dies ist allerdings eine teure Lösung, die wenig befriedigend ist und im Zuge der zunehmenden Urbanisierung mittelfristig begrenzt ist.

Diese neuen Anlagen müssen zugleich in der Nähe der Produktion und des Energieverteilungsnetzes liegen, das heißt in einem dicht besiedelten Gebiet. Daher wird die Akzeptanz bei der Bevölkerung nur auf Kosten einer Architektur und von effektiven Rauchgaswäschen möglich sein, also nur mit einem beträchtlichen zusätzlichen Kostenaufwand.

Die energetische Verwertung der städtischen Abfälle ist unter den derzeitigen Bedingungen die einzige in Frage kommende Lösung, zumindest was die nicht verwertbaren Abfälle betrifft.

Die Frage der Märkte für die anfallenden Produkte (Dampf, Strom und eventuell Gas) wird in Hinblick auf die Strompreissenkung und ohne eine Angleichung der Produktionskurve von Hausmüll und des kalorischen Energiebedarfs der Stadt zunehmend von Bedeutung sein.

STOCKHOLM

Als Maßnahme mit der höchsten abfallwirtschaftlichen Priorität wird auch in Stockholm die Abfallvermeidung angesehen. Darunter werden auch nachgeschaltete Instrumente der getrennten Sammlung verstanden, die dazu dienen, das Abfallvolumen durch Abfallverwertung zu minimieren und Problemstoffe in umweltverträglicher Weise zu behandeln.

WIEN

Die steigende Müllmenge zwingt zu energischen Maßnahmen in der Abfallvermeidung im privaten und gewerblichen Bereich und sowohl Mengen als auch Schadstoffgehalt betreffend. Die gegenwärtige Rechtslage und Rechtsunsicherheit geben aber einer Kommune kaum ausreichend Möglichkeiten dazu.

Die einzige Hausmülldeponie in Wien wurde mit hohem Aufwand saniert. Diese wertvolle Kapazität wird gegenwärtig durch mehr als 400.000 t thermisch ungenutzten Müll überproportional in Anspruch genommen. Neue Standorte stoßen auf die bekannten Schwierigkeiten der öffentlichen

Forts. auf Blatt 2210

Akzeptanz. Auch ist es aus ökologischer Sicht zweifellos nicht sinnvoll, den steigenden Müllmengen lediglich durch neue Deponien zu begegnen.

Noch vor zwei Jahren konnten 70 Prozent des Mülls in Wien thermisch verwertet, inertisiert und gleichzeitig auf einen Bruchteil des Volumens reduziert werden. Die unkritische Verbrennung vermischten Hausmülls ist heute kein Thema mehr. Aber auch nach der getrennten Altstoffsammlung ist die energetische Abfallverwertung mit geeigneten Emissionsschutzeinrichtungen ein wesentliches Element im Gesamtsystem.

Bildung öffentlichen Vertrauens in die verantwortungsvolle Gestion der Entsorgung und die Bereitstellung ausreichender Kapazitäten sind dringend erforderlich.

Daneben ist zu beobachten, daß sich der Aufgabenbereich der kommunalen Entsorgung in den letzten fünf Jahren stark erweitert hat: Neue Leistungen erfordern eine ausreichende Infrastruktur in materieller und personeller Hinsicht. Ein neues Abfallwirtschaftsgesetz für Wien wird den neuen Rahmenbedingungen auf Bundesebene Rechnung tragen.

ZÜRICH

Zu den zentralen Problemen und zukünftigen Schwerpunkten gehören alle Maßnahmen im Sinne einer ökologischen Abfallbewirtschaftung zur Senkung des Abfallaufkommens und zur umweltschonenden Entsorgung der verbleibenden Abfälle:

An erster Stelle stehen die Abfallvermeidung und Abfallverminderung an der Quelle:

- Beratung und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Produktion und Konsum
- Information über die Abfallproblematik, Wertstoffe, Sonderabfälle und Sammelstellen
- Getrennte Sammlung von organischen Abfällen, wiederverwertbaren Stoffen und umweltgefährdenden Stoffen mit entsprechender Verwertung und Entsorgung:

Schaffung und Betreuung eines Netzes von Wertstoffsammelstellen, Aufbau und Entsorgung von Sammelkanälen in Zusammenarbeit mit dem Detail- und Altstoffhandel sowie Aufbau und Betreuung von Sammelsystemen für Sonderabfälle aus Haushalt und Gewerbe.

An zweiter Stelle folgt die Entsorgung der Abfälle am Ort der Entstehung (Stadt und Kanton) durch

- Kompostieranlagen und dezentrale Kompostierung
- Recycling-Anlagen (z.B. Batterien, Leuchtstoffröhren)
- Schlackenaufbereitungsanlage
- Bauschutttaufbereitungsanlage
- Sonderabfall-Verbrennungsanlage
- Genügend große Kapazitäten der Verbrennungsanlagen
- Deponieraum für endlagerfähiges Material

An dritter Stelle die Verbrennung der restlichen Abfälle in Anlagen, die bezüglich des Umweltschutzgesetzes und der Luftreinhalteverordnung technisch auf dem Höhestand sind (Rauchgasreinigung, Wiederaufbereitung und Entsorgung von Rückständen aus Filtern) und bestmögliche Nutzung der entstehenden Energie.

Schließlich wird das Schließen von Stoffkreisläufen einerseits durch Förderung der Wiederverwendung und Wiederverwertung, andererseits durch Vermarktung und Absatzsicherung von Altstoffen angestrebt.

Nach jahrzehntelanger alleiniger Versuche zur Lösung des Abfallproblems auf rein technischer Basis gilt es innert kurzer Zeit den Übergang zu einer ökologischen Abfallbewirtschaftung der Stadt zu finden. Die gesetzlichen Auflagen an den Betrieb von Anlagen aus der Sicht des Umweltschutzes sind massiv verschärft worden.

Forts. von Blatt 2209

Forts. auf Blatt 2211

Damit steht man vor der schwierigen Aufgabe, folgenden Zusammenhang klar aufzuzeigen:

Es braucht große Anstrengungen, auch finanzielle, sowohl für die Vermeidung und Verminderung von Abfällen als auch gleichzeitig große Investitionen im technischen Bereich.

Die häufig in sich widersprüchliche empfundene Forderung — technische und ökologische Ausrichtungen der Abfallbewirtschaftung — als zusammengehörend verständlich zu machen und dafür in einer direkten Demokratie eine zustimmende Mehrheit zu gewinnen, dürfte in einer Zeit der gesellschaftlichen Polarisierung keine leichte Aufgabe sein und darüber entscheiden, ob in absehbarer Zeit der Weg zu einer wirklich ökologischen Abfallbewirtschaftung gefunden wird. (Schluß) red/gg/rr

Forts. von Blatt 2210

Terminvorschau vom 9. bis 20. Oktober

Wien, 6.10. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 9. bis 20. Oktober hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 9. OKTOBER:

11.00 Uhr, Pressegespräch der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Pasterk an Maria-Leonie Bräundle, Hermine Fasching-Lechner, Dr. Elisabeth Campagner, Reg.-Rat Walter Kabel, Rudolf Rebernik, Rudolf Jirkal, Karl-Hans Strassl und Franz Zwerina (Wappensaal, Rathaus)

16.30 Uhr, Eröffnung der Ausstellung „Leitprojekt für den Donaukanal“, StR. Häupl, StR. Swoboda (Planungswerkstatt, Friedrich-Schmidt-Platz 9)

DIENSTAG, 10. OKTOBER:

10.00 Uhr, Presseempfang Shopping Center Nord (Rathauskeller „Salon Ziehrer“)

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

16.00 Uhr, Grundsteinlegung Wohnhausanlage Wienerberg, II. Bauteil West, StR. Edlinger (10, Neilreichgasse/Otto-Probst-Straße)

MITTWOCH, 11. OKTOBER:

9.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Funktionäre des Pensionistenverbandes Österreichs — Landesorganisation Wien (Haus der Begegnung Rudolfsheim, 15, Schwendergasse 41)

10.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Pasterk an Prof. Dezsö Monoszloy, Dorothea Zeemann-Holzinger, Kurt Enzl und Prof. Wolfgang Erbens (Steinerne Saal, Rathaus)

10.30 Uhr, Pressegespräch VOR (Wien 7, Neubaugasse 1)

11.00 Uhr, Pressegespräch StR. Stacher „Kardiologie Lainz“ (Krk. Lainz, 4. Medizinische Abteilung, Pav. 8)

12.30 Uhr, Wiedereröffnung der Bellaria-Passage mit Bgm. Zilk/StR. Hatzl

18.00 Uhr, Eröffnung Freiluftausstellung „Ideen für den Lorenz-Bayer-Platz“, StR. Edlinger (17, Lorenz-Bayer-Platz)

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen: Prof. Dr. Rudolf Prinz zur Lippe: „Ödipus und die verweigerte Seelenfahrt. Zum Syndrom von Ego, Identitätsdenken und entleerter Welt.“ (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

DONNERSTAG, 12. OKTOBER:

9.00 Uhr, Symposium Jugendamt und FICE: Heimerziehung — ein sozialpädagogischer Auftrag (AK Wien, 4, Theresianumstr. 16-18)

10.00 Uhr, Eröffnung des neuen Hörsaalzentrums im AKH, Bgm. Zilk, Min. Busek (Eingang Währinger Gürtel)

11.00 Uhr, Pressekonferenz Vbgm. Smejkal zum Symposium (AK)

19.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener Holding „Wienerwald Österreich“ (Prälatensaal des Schottenkellers, 1, Freyung 6)

FREITAG, 13. OKTOBER:

9.00 Uhr, Eröffnung der Schulen und des Kindertagesheimes in Wien 20, Treustraße 55, Vzbgm. Smejkal

11.00 Uhr, 75jähriges Bestandsjubiläum Preyer'sches Kinderspital, Bgm. Zilk (Wien 10, Schrankenbergg. 31)

FREITAG, 13. OKTOBER (Forts.):

13.00 Uhr, Eröffnung „Jugend-Info Wien“, Vzbgm. Smejkal (Bellaria-Passage)

14.00 Uhr, Eröffnung der Wohnhausanlage 20, Hartlgasse 28-30/Dammstraße 27-31, StR. Edlinger

16.30 Uhr, Eröffnung der Lernstatt Triester Straße 114, Bgm. Zilk, Vzbgm. Mayr, Vzbgm. Smejkal

SAMSTAG, 14. OKTOBER:

14.30 Uhr, EXPO-Ideenfest (Messepalast)

MONTAG, 16. OKTOBER:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Landtmann)

11.30 Uhr, 400. Radabstellanlage in Wien, StR. Hatzl (14, beim Technischen Museum)

19.00 Uhr, Eröffnung einer Ausstellung über zwei sanierte Barockhäuser auf dem Spittelberg, StR. Edlinger (Zentralsparkasse Siebensterngasse)

DIENSTAG, 17. OKTOBER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 18. OKTOBER:

10.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener Holding, Wiener Veranstaltungsservice

13.00 Uhr, Eröffnungsfeier der Volkshochschule Donaustadt, Bgm. Zilk, Vzbgm. Smejkal (22, HdB Bernoullistraße/Schrödingerplatz)

14.00 Uhr, Überreichung des Dekretes „Regierungsrat“ an die Oberamtsräte Helmut Grimling, Walter Killer, Franz Thaller durch StR. Swoboda (Steinerner Saal I, Rathaus)

FREITAG, 20. OKTOBER:

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung an Bundesrat Rudolf Sommer durch Bgm. Zilk (Arbeitszimmer)
(Schluß) red/rr

Forts. von Blatt 2212

Redaktion: Rathaus
Telefon 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Rathaus
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Druck: Druckerei
Setzwerk: Setzwerk
Papier: Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 9. Oktober 1989

Blatt 2214

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Zehntausende Wiener bei U 6-Eröffnung (2216/FS: 7.10.)
- „Umweltberatung auf Märkten“ am Kutschkermarkt (2217/FS: 8.10.)
- „Umweltbilder“ auf der ÖKOLOGIA (2219)
- Baumpflegetagung auf dem Messegelände (2219)
- 125. Geburtstag von Franz Schuhmeier (2220/2221)
- Grundsteinlegung für weitere 192 Wohnungen am Wienerberg (2222)
- Zusätzliche Betten für neurologische Rehabilitation (2223)
- ÖVP zum Wiener Umweltabgabengesetz und Abfallwirtschaftskonzept (2225)
- Gastpatienten: Wien begrüßt Verhandlungsbereitschaft der Niederösterreicher (2226)
- Ladekran „stoppte“ O-Wagen (nur FS/6.10.)
- Gasgebrecchen in der Gumpendorfer Straße — Bewohner evakuiert (nur FS/7.10.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- Mittwoch Pressekonferenz von Stadtrat Stacher (nur FS)
- Reparaturarbeiten an der Reichsbrücke (nur FS)

Bezirke:

- Sitzungen von Bezirksvertretungen (2224)

Kultur:

- Preise der Stadt Wien für Musik, Literatur und Publizistik (2215/FS: 6.10.)
- Am Mittwoch Wiener Vorlesungen (2218)
- Theater an der Wien: Tageskasse übersiedelt (2218)

Preise der Stadt Wien für Musik, Literatur und Publizistik

Wien, 6.10. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Freitag im Wiener Rathaus, in Vertretung von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, die Preise der Stadt Wien für Musik, Literatur und Publizistik. Die mit je 75.000 Schilling dotierten Preise wurden an Heinz Karl GRUBER (Musik), Elfriede JELINEK (Literatur) und Dr. Ulrich WEINZIERL (Publizistik) vergeben.

Heinz Karl Grubers musikalisches Schaffen umfaßt Orchester- und Kammermusik, aber auch die Musik zu Fernseh- und Bühnenproduktionen wie „Frankenstein“. Gruber versucht, mit seiner Musik auf die soziale Vielschichtigkeit des heutigen Publikums einzugehen und musikalische Inhalte für den Hörer überschaubar zu machen.

Elfriede Jelinek hat mit ihren Romanen — vom Erstlingswerk „Wir sind Lockvögel, Baby“ bis zu ihrem jüngsten Buch „Lust“ — Kritik an der Klassen- und Mannergesellschaft formuliert. Gesellschaftskritisches Engagement verbindet sich in ihren Werken mit sprachlicher Virtuosität.

Dr. Ulrich Weinzierl ist als Kritiker, Feuilletonist und wissenschaftlicher Publizist einer kritischen Haltung seiner Heimatstadt Wien verpflichtet. Immer wieder gibt er mit seinen Beiträgen, die er vor allem für eine große deutsche Tageszeitung schreibt, ein brillantes Abbild heimischer Geisteshaltung und Gemütsverfassung.

An der Feier nahm auch Stadtrat Komm.-Rat Walter NETTIG teil. (Schluß) gab: gg

Bereits am 6. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Zehntausende Wiener bei U 6-Eröffnung

Wien, 7.10. (RK-KOMMUNAL) Die erste Inbetriebnahme eines neuen U-Bahn-Abschnittes in Wien seit sieben Jahren löste Samstag bei der vorläufigen U 6-Endstation „Philadelphiabrücke“ enormen Andrang aus. Zehntausende stürmten das Zwischengeschoß der neuen Station, wo Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Verkehrsstadtrat Johann HATZL die feierliche Eröffnung vornahmen, und anschließend die ein weiteres Geschoß tiefer befindlichen U 6-Bahnsteige der Großraumstation, die viergeschoßig über drei Ausgänge und drei Direktverbindungen zu den Bahnsteigen der ÖBB verfügt. Dort fand dann gegen 10 Uhr die Abfahrt des ersten, festlich geschmückten Vier-Wagen-Zuges durch die unterirdische Neubaustrecke über die Otto-Wagner-Brücke nach Heiligenstadt statt. Alle dreieindrittel Minuten, im neuen, dichten Intervall, folgten weitere Garnituren, sodaß alle Interessenten — bei Freifahrt mit Sonderfahrtscheinen — die neue Strecke kennenlernen konnten.

Die Eröffnungsansprachen von Bürgermeister Zilk und Stadtrat Hatzl standen ganz im Zeichen des Dankes. Des Dankes an die Arbeiter und Mineure, die bei Luftdruckverhältnissen wie unter neun Meter Wasser, hohen Temperaturen und höchster Luftfeuchtigkeit ihre gefährliche Arbeit verrichten mußten — Zilk wies darauf hin, daß drei Viertel von ihnen aus anderen Bundesländern, vor allem Burgenland, Niederösterreich, Steiermark und Kärnten kommen — sowie an die Ingenieure des Magistrats und der Baufirmen, die in Meidling schwierigste geologische Verhältnisse vorfanden. Trotz dieser Umstände wurde der U-Bahn-Bau voll im Termin- und Finanzplan durchgezogen.

Die wenigen Zwischenrufe nach der Linie „8“ wurden von der Menge niedergeschrien. Zilk dazu: „Die Hyänen heulen, aber die Karawane zieht weiter. Wenn wir uns immer an Kleingeistern orientiert hätten, gäbe es heute keine Donauinsel und kein U-Bahn-Netz. Wir wollen ein leistungsfähiges, übergeordnetes, kreuzungsfreies öffentliches Verkehrsnetz, das hunderttausend Warte- und Fahrzeiten erspart und die Umweltqualität weiter hebt.“ Im Rahmen des Dankes an die Financiers — zur Hälfte Bund und Stadt Wien — verwies Zilk darauf, daß Wien zu den drei Bundesländern gehört, die mehr Geld an den Bund abliefern als sie von ihm erhalten. „Wir tun dies gern, aber es soll zeigen, daß wir auch beim U-Bahn-Bau nicht als Bittsteller zum Bund kommen“, sagte der Bürgermeister. (Forts. mögl.) roh/hl

Bereits am 7. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

„Umweltberatung auf Märkten“ am Kutschkermarkt

Wien, 8.10. (RK-KOMMUNAL) Tips und Informationen zu umweltbewußtem Einkauf und umweltfreundlichem Verhalten gibt das Mobile Büro des Bürgerdienstes gemeinsam mit den UmweltberaterInnen bei eigenen Marktaktionen. Die nächste Umweltberatung — im Rahmen der Aktion „Umweltbewußt einkaufen“ — findet am 10. Oktober von 8 bis 13 Uhr auf dem Kutschkermarkt im 18. Bezirk statt. (Schluß) hrs/gg

Bereits am 8. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Am Mittwoch Wiener Vorlesungen

Wien, 9.10. (RK-KULTUR) Am kommenden Mittwoch, dem 11. Oktober, findet wieder eine Veranstaltung im Rahmen der Wiener Vorlesungen statt. Prof. Dr. Rudolf Prinz zur Lippe hält einen Vortrag über das Thema „Ödipus und die verweigerte Seelenfahrt. Zum Syndrom von Ego, Identitätsdenken und entleerter Welt“. Die Vorlesung beginnt um 19 Uhr im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses; Eintritt frei. (Schluß) ger/rr

Theater an der Wien: Tageskasse übersiedelt

Wien, 9.10. (RK-KULTUR/LOKAL) Am kommenden Donnerstag, 12. Oktober, übersiedelt die Tageskasse des Theaters an der Wien: Sie befindet sich ab diesem Zeitpunkt links vom Haupteingang des Theaters, Linke Wienzeile 6. Die Kassenöffnungszeiten sind täglich von 10 bis 13 Uhr und von 14 bis 18 Uhr. (Schluß) ull/szm

„Umweltbilder“ auf der ÖKOLOGIA

Ausstellung des Inter Öko-Clubs

Wien, 9.10. (RK-KOMMUNAL) „Umweltbilder“ lautet der Titel einer Ausstellung auf der ÖKOLOGIA 89. Der Inter Öko-Klub zeigt dabei „Bilder einer zerstörten Welt“ von Irina LUNKMOSS. Eröffnet wird die Ausstellung am Mittwoch, dem 11. Oktober, um 17.30 Uhr im Messepalast, Halle B, Stand 5, durch Stadträtin Christine SCHIRMER. Bei dieser Vernissage wird Thea WITZEMANN mit musikalischer Unterstützung von Reinhard STÖHR und Irina Lunkmoss Lyrik auf deutsch und slowenisch lesen.

Der Inter Öko-Klub (Internationaler Klub für Ökologische Kultur) ist eine internationale und überparteiliche Vereinigung von Personen, für die Umweltschutz im Sinne von Menschen- und Naturschutz ein besonderes Anliegen ist. Ziel des IÖK ist es, ein Zentrum für Kontakte und Informationsaustausch über Umweltprobleme zu bilden. (Schluß) hrs/rr

Baumpflegetagung auf dem Messegelände

Vom 11. bis 13. Oktober

Wien, 9.10. (RK-KOMMUNAL) Vom 11. bis 13. Oktober findet auf dem Messegelände die 7. Österreichische Baumpflegetagung statt. Veranstalter sind das Wiener Stadtgartenamt, die Arbeitsgemeinschaft der Sachverständigen und die Ciba-Geigy, Division Agro. Die Veranstaltung dient Fachleuten als Quelle neuester Erkenntnisse im Zusammenhang mit dem „städtischen Grün“.

Wie bei früheren Veranstaltungen werden auch heuer wieder Universitätsprofessoren, Sachverständige und Praktiker (Baumchirurgie, Baumschulen) den Seminarteilnehmern den neuesten Wissensstand vermitteln, der notwendig ist, um dem Baum das Leben in der Stadt zu ermöglichen. Dieses Wissen kann für die Pflanzung ebenso wie für die laufende Pflege umgesetzt werden, um Gefahren für die Pflanzen oder kostspielige und aufwendige Sanierungen zu vermeiden. Über den „Baum als ökologische Nische“ wird bei dieser Veranstaltung Dr. Dan KOLMER von der städtischen Umweltschutzabteilung referieren. (Schluß) and/rr

125. Geburtstag von Franz Schuhmeier

Wien, 9.10. (RK-KOMMUNAL) Am 11. Oktober jährt sich zum 125. Mal der Geburtstag des sozialdemokratischen Politikers Franz SCHUHMEIER. Franz Schuhmeier wurde am 11. Oktober 1864 in Wien-Mariahilf als Sohn eines Bandmachergesellen und einer Wäscherin geboren. Als Sechsjähriger kam er zu seinem Onkel, der als Fiaker in Wien-Matzleinsdorf lebte, und in Matzleinsdorf besuchte er auch die Volksschule.

Franz Schuhmeier begann danach eine Lehre als Ziseleur. Infolge einer Augenverletzung mußte er diesen Beruf jedoch aufgeben, arbeitete dann in einer Buchbinderei und verbrachte zwei Jahre bei seiner Großmutter in Wagstadt in Schlesien. Nach der Rückkehr im Frühjahr 1882 fand Schuhmeier Arbeit in einer Buntpapierfabrik, wo er bald einen Kreis von sozialdemokratisch gesinnten Arbeitern um sich versammeln konnte und 1887 seinen späteren Freund Albert Sever kennenlernte.

Während der Zeit des Richtungsstreites zwischen Gemäßigten und Radikalen betätigte sich Schuhmeier bereits als Vertrauensmann der Partei und arbeitete intensiv an seiner Weiterbildung.

Die Gründung der „Gleichheit“ durch Victor Adler schuf der neuen Bewegung eine eigene Zeitung, mit deren Redakteur Franz Bretschneider Schuhmeier bekannt war. Der Ausnahmezustand zwang die junge Sozialdemokratie, Tarnformen für ihre Organisation zu suchen. Von Schuhmeier stammte die Idee, dafür die Form der Gründung von „Rauchklubs“ zu wählen; in Ottakring wurde er selbst Obmann des neuen Klubs.

1888 wurde Schuhmeier verhaftet und nach siebenwöchiger Untersuchungshaft zu 24 Stunden Arrest verurteilt: Diese erste Haftstrafe, der bis November 1900 noch zahlreiche andere folgen sollten, verhinderte Schuhmeiers Teilnahme am Einigungsparteitag von Hainfeld, an dem er als Delegierter Ottakrings hätte teilnehmen sollen.

Nach seiner Haftentlassung kam Franz Schuhmeier in die Administration der „Arbeiter-Zeitung“, gründete als Ersatz für den aufgelösten Rauchklub am 7. Juli 1889 den Bildungsverein „Apollo“ in der Ottakringer Grundsteingasse und propagierte als dessen Obmann seinen Gedanken, mit einem gebildeten Proletariat den Kampf um die politische Gleichberechtigung zu führen. Eine Auseinandersetzung mit dem Herausgeber eines sozialdemokratischen Blattes veranlaßte Schuhmeier zur Gründung einer eigenen Zeitung („Volkstribüne“), deren erste Nummer am 19. Oktober 1891 erschien und die sich bald größter Verbreitung erfreute. 1892 veröffentlichte Schuhmeier auch seine Aufklärungsbroschüre „In elfter Stunde“, in der sich sein Glaube an den Sieg der Sozialdemokratie manifestierte.

Berühmt war auch die Wirkung Schuhmeiers als Volksredner. Bald wurde er eingeladen, auch außerhalb Wiens zu den Arbeitern zu sprechen. Am 24. Mai 1894 zum Obmann der Wiener Allgemeinen Arbeiterkrankenkasse gewählt, reorganisierte Schuhmeier diese innerhalb kürzester Zeit. 1896 wurde er auf dem Parteitag in Prag zum Reichsparteisekretär gewählt, mußte diese Funktion aber infolge seiner Überlastung zwei Jahre später beim Linzer Parteitag wieder zurücklegen.

Bei den Reichstagswahlen am 9. März 1897 kandidierte Schuhmeier erstmals im 5. Wiener Wahlkreis, mußte sich aber seinem christlichsozialen Gegenkandidaten geschlagen geben. Bei der erstmaligen Beteiligung der Sozialdemokratie an den Wiener Gemeinderatswahlen am 31. Mai 1900 wurde er mit großer Mehrheit von Ottakring in den Gemeinderat entsandt; als zweiter Sozialdemokrat zog mit ihm Jakob Reumann als Favoritner Kandidat in den Gemeinderat ein. Am 3. Jänner 1901 wurde Schuhmeier auch in den Reichsrat gewählt.

Schuhmeier galt als glänzender Redner, der wegen seines Humors und seiner witzigen Zwischenrufe gefürchtet war.

Im Wiener Gemeinderat befaßte sich Schuhmeier vor allem mit Fragen des Schul- und Bildungswesens, der Löhne und Preise, der städtischen Tarife, des Gesundheitswesens, der Fürsorge, der Arbeitszeit und des Arbeitsschutzes, des Verkehrswesens und des Budgets.

Besonderes Engagement zeigte Schuhmeier in den letzten Jahren seines Lebens im Kampf um das allgemeine Wahlrecht, beim Sturz des Landesverteidigungsministers Latscher im Jahre 1907 und beim von ihm erzwungenen Rücktritt von Luegers Nachfolger Dr. Josef Neumayer (1912).

Franz Schuhmeier selbst sollte einen tragischen Tod erleiden: Auf der Rückkehr von einer Rede in Stockerau wurde er am 11. Februar 1913 von Paul Kunschak, einem Bruder des damaligen Gemeinderates und späteren Nationalratspräsidenten Leopold Kunschak, in der Halle des Wiener Nordwestbahnhofs durch einen Revolverschuß ermordet. Am Leichenbegängnis, das am 16. Februar 1913 auf dem Ottakringer Friedhof stattfand, nahmen etwa 250.000 Menschen teil; der damalige Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner stellte ein Ehrenggrab zur Verfügung. Nach Franz Schuhmeier ist in Ottakring ein Platz benannt. (Schluß) red/rr

Forts. von Blatt 2220

Grundsteinlegung für weitere 192 Wohnungen am Wienerberg

Wien, 9.10. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Morgen, Dienstag, um 16 Uhr werden Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER und der Bezirksvorsteher von Favoriten, Leopold PRUCHA, den Grundstein für weitere 192 Gemeindewohnungen auf den Wienerberggründen legen. Es ist dies der 2. Bauteil/West eines Gesamtprojektes, das die Errichtung von insgesamt 2.000 neuen Wohnungen in diesem Bereich vorsieht. Der 1. Bauteil mit 459 Gemeindewohnungen und der 2. Bauteil/Ost mit 387 Gemeindewohnungen ist samt der entsprechenden Infrastruktur (Kindertagesheim, Geschäftslokale, Arztpraxis, Gemeinschaftseinrichtungen) bereits fertiggestellt.

Die 3- bis 4-geschossigen Wohnhäuser werden im südlichen Bereich des Wienerberges östlich der Triester Straße errichtet und in verschiedenen Wohnformen und Wohntypen ausgeführt. Die bestehenden Grünbereiche und Teiche bleiben erhalten und werden als Naherholungsbereich genutzt werden können. Der 2. Bauteil/Ost wurde von den Architekten WIMMER, RUDOLF, LAMPRECHT, MATHA und LEBER geplant und wird das eigentliche Zentrum der gesamten Anlage bilden. Hier werden rund um einen Platz auch ein Geschäftsbereich, eine Volksschule (Arch. PEICHL), ein Kindertagesheim (Arch. TESAR), eine Arztgruppenpraxis und eine Kirche entstehen. Die Kosten für die 192 Wohnungen des 2. Bauteiles/West werden voraussichtlich 269,5 Millionen Schilling betragen.

Der 3. und letzte Bauteil mit 1.029 Wohnungen soll in den kommenden Jahren durch mehrere Wohnbaugenossenschaften errichtet werden. Auch hierbei werden bekannte Architekten wie GLÜCK, PEICHL, HÄUSELMAYER und OBERHOFER zum Einsatz kommen. (Schluß) ah/rr

Zusätzliche Betten für neurologische Rehabilitation

Interne Abteilungen sollen entlastet werden

Wien, 9.10. (RK-KOMMUNAL) Für die Schaffung zusätzlicher Langzeitbetten in den städtischen Spitälern zur Betreuung und Rehabilitation neurologischer Patienten sprach sich Montag Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER aus. Laut Stacher sind gegenwärtig viele interne Betten mit Patienten belegt, die an neurologischen Erkrankungen leiden. Auswertungen nach dem ICD(International Classification of Diseases)-Schlüssel haben ergeben, daß davon gegenwärtig rund 200 bis 250 interne Betten betroffen sind. Mit der Schaffung entsprechender neurologischer Langzeitbetten könnte künftighin nicht nur die neurologische Betreuung und Rehabilitation der Patienten verbessert, sondern auch die internen Abteilungen wesentlich entlastet werden. Dies erklärte Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher im Rahmen einer vergangenen Freitag im Rathaus stattgefundenen Enquete über die „Abgrenzung neurologischer von internistischen Diagnosen“, an der internistische und neurologische Primarii städtischer Spitäler teilgenommen hatten. Selbstverständlich wird diesen Fakten — die durch die nunmehr vorliegenden ausgewerteten ICD-Ergebnisse erstmals konkret nachgewiesen werden konnten — auch in dem zur Zeit in Ausarbeitung befindlichen Zielplan für die Gesundheits- und Spitalsversorgung Wiens Rechnung getragen werden, kündigte Stacher an.

Wien - erstes Bundesland mit ICD-Schlüssel

Bei dem ICD-Schlüssel handelt es sich um die internationale Klassifikation von Krankheiten. Der von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erstellte Katalog umfaßt derzeit rund 3.500 Diagnosen. In Wiens städtischen Spitälern erfolgte seine erstmalige Anwendung bereits 1986 durch die schrittweise Erfassung der Diagnosen. 1987 wurde der ICD-Schlüssel in sämtlichen städtischen Spitälern angewendet. Seine Daten und Ergebnisse aus dem Jahr 1988 bilden die Basis für den gegenwärtig in Ausarbeitung befindlichen Zielplan. (Schluß) zi/smz

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Wien, 9.10. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretungen folgender Bezirke treten in nächster Zeit zu einer Sitzung zusammen:

- Mariahilf: Mittwoch, 11. Oktober, 17 Uhr, BV 6, Amerlingstraße 11;
- Alsergrund: Mittwoch, 11. Oktober, 17 Uhr, BV 9, Währinger Straße 43;
- Döbling: Dienstag, 17. Oktober, 15 Uhr, BV 19, Gatterburggasse 14.
(Schuß) red/rr

ÖVP zum Wiener Umweltabgabengesetz und Abfallwirtschaftskonzept

Wien, 9.10. (RK-KOMMUNAL) Den Themenschwerpunkten Wiener Umweltabgabengesetz und Abfallwirtschaftskonzept widmete sich die Wiener ÖVP am Montag in einem Pressegespräch. LAgb. Dr. Johannes HAWLIK kritisierte, daß das neue Wiener Umweltabgabengesetz, das in der letzten Sitzung des Wiener Landtages verabschiedet wurde, neue Belastungen für die Bürger vorsehe, die bis zu 120 Prozent der bestehenden Gebühren für Müll, Wasser und Abwasser ausmachen könnten. Mit dem Begriff „Umweltabgabengesetz“ werde ein Etikettenschwindel betrieben, da die neuen Abgaben weder verursachergerecht eingehoben, noch die Einnahmen umwelt-zweckgewidmet eingesetzt würden. Zum Wiener Abfallwirtschaftskonzept stellte Hawlik fest, daß das Papier zwar eine solide Basis für ein Durchführungskonzept im Abfallwirtschaftsbereich darstelle, dieses Durchführungskonzept jedoch fehle. In diesem Zusammenhang forderte Hawlik ein Müll-Management im Rahmen einer Entsorgungsholding, die Auflösung des Müllbeseitigungsvertrages zwischen der Gemeinde Wien und der HBW, sowie verursachergerechte Müllgebühren. Abschließend urgierte Hawlik gemeinsame Parteienverhandlungen über den Entwurf der ÖVP für ein Wiener Umweltschutzgesetz. (Schluß) du/rr

Gastpatienten: Wien begrüßt Verhandlungsbereitschaft der Niederösterreicher

Wien, 9.10. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR begrüßte Montag die am Wochenende in einer Radiorede von Landeshauptmann Siegfried LUDWIG signalisierte Verhandlungsbereitschaft Niederösterreichs, über das Problem der sogenannten Gastpatienten mit Wien zu sprechen. Das ist, so Mayr, ein erster Fortschritt, denn in der Vergangenheit lehnten die Niederösterreicher jegliche Verhandlungen darüber ab. Mayr unterstrich in diesem Zusammenhang die mehrmals geäußerte Bereitschaft Wiens, für seine Patienten in anderen Bundesländern die Kosten zu übernehmen, also auch für Wiener Patienten in niederösterreichischen Spitälern. Für Wien war es immer klar, daß eine Gastpatientenregelung keine Einbahnstraße sein kann, betonte Mayr.

Nicht einverstanden ist Mayr mit der Argumentation der Niederösterreicher, Wien bekomme sowieso mehr Geld aus dem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds als die Niederösterreicher. „Das geht am Kern des Problems mehr als vorbei, denn alle Einnahmen der Spitäler — von der Sozialversicherung bis zum KRAZAF — decken bloß rund die Hälfte der Spitalskosten, der verbleibende Rest muß vom Wiener Steuerzahler aufgebracht werden. Es kann keinem Steuerzahler eines Bundeslandes zugemutet werden, daß er auf Dauer mit seinem Geld die Aufgaben eines anderen Bundeslandes finanziert. Darüber müssen wir sprechen und dafür soll eine Lösung gefunden werden“, erklärte Mayr abschließend. (Schluß) sei/gg

chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: R. Thurnher, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Satz: in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 10. Oktober 1989

Blatt 2227

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Handbuch der Stadt Wien 1988/89 erschienen (2229)
- Hernals: Ideen für den Lorenz-Bayer-Platz (2230)
- Die „Kleine Donau“ den Menschen wiedergeben (2231)
- Klosterneuburger Pflegeheimstation wieder in Betrieb (2232)
- EDV-Jugendpreis der Stadt Wien 1990 (2234)
- Neue Bellaria-Passage: 510 Quadratmeter und drei Aufgänge (2235)
- Neugestaltung des Michaelerplatzes, des Kohlmarktes und des westlichen Grabens (2236/2237)
- Vor Baubeginn des Dioxin-Filters bei den EBS (2238)
- Neuer Brunnen in der Kärntner Straße (2239)
- Briefmarkenausstellung anlässlich der Wasserausstellung im Rathaus (2241)
- Donnerstag Pressekonferenz mit Vizebürgermeisterin Smejkal (nur FS)
- Gartenhaus in Vollbrand (nur FS)
- Straßenbahn in der Matzleinsdorfer Unterführung entgleist (nur FS)

Kultur:

- Ehrenzeichen für kulturelle Verdienste (2233)
- Bauarbeiten am „Pasqualatihaus“ (2233)
- Sanierung der Loos-Wohnung (2240)

Sport:

- Wiener Fußballklassensieger geehrt (2228)

Wiener Fußballklassensieger geehrt

Wien, 10.10. (RK-SPORT) Im Lanner-Salon des Rathauskellers wurden Montag abend die elf Mannschaften geehrt, die in der abgelaufenen Saison Klassensiege im Wiener Fußball-Verband errungen haben. Es waren dies: Wacker/Groß Viktoria (Wiener Liga), Breitensee/Graphia (Unterliga A), Gerasdorf (Unterliga B), KDAG Phönix (1. Klasse A), Fortuna Wien (1. Klasse B), SC Neubau (2. Klasse A), Old Formation (2. Klasse B), Ajax (3. Klasse A), ASKÖ Marischka (3. Klasse B), Direktion (Wiener Verkehrsbetriebe) und Union-Landhaus Beach Flower (Damen, 2. Leistungsklasse).

In seiner Ansprache wies Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL auf die zielführende Aufbauarbeit des Wiener Fußball-Verbandes und dessen bedeutenden Stellenwert auf gesamtösterreichischer Ebene hin.

An der Wiener Meisterschaft beteiligten sich in der Saison 1988/89 insgesamt 138 Kampfmannschaften und 112 Reserveteams. Nicht weniger als 390 Nachwuchsmannschaften kämpften in den verschiedenen Klassen um Meisterehren.

An der Feier nahmen auch Stadtrat Komm.-Rat Walter NETTIG, die Landtagsabgeordneten Otmar BRIX (SPÖ) und Dr. Ernst NEUBERT (ÖVP) sowie das Präsidium des Wiener Fußballverbandes mit Präsident Othmar LUCZENSKY teil. (Schluß) hof/rr

Handbuch der Stadt Wien 1988/89 erschienen

Wien, 10.10. (RK-KOMMUNAL) Das Handbuch der Stadt Wien 1988/89 ist soeben erschienen.

Das Werk gliedert sich in zwei Teile. Teil I („Wien — Organisatorisch“, Stand August 1989) nennt die Mitglieder der Wiener Landesregierung, des Wiener Gemeinderates, die Vertreter Wiens im Bundesrat und die Mitglieder der verschiedenen Gemeinderatsausschüsse. Detailliert werden die Dienststellen des Magistrats dargestellt.

Teil II („Wien — Aktuell“) beschäftigt sich mit der Geschichte vergangener Weltausstellungen, bietet einen Index „Gesetzblatt der Stadt Wien und Landesgesetzblatt für Wien vom 30. Oktober 1945 bis 31. Dezember 1988“, und gibt unter der Bezeichnung „Der Amtsschimmel hilft“ einen Überblick in welchen Fällen und wo man beim Magistrat Hilfe erhalten kann.

Das Handbuch der Stadt Wien ist beim Verlag Jugend & Volk, 1153 Wien, Anschützgasse 1, erschienen, und kostete 298 Schilling. Städtische Bedienstete sowie Pensionisten der Stadt Wien können es in der Magistratsdirektion, Rathaus, Stiege 5, 1. Stock, Tür 312, zum ermäßigten Preis von 126 Schilling erhalten. (Schluß) ull/gg

Hernals: Ideen für den Lorenz-Bayer-Platz

Wien, 10.10. (RK-KOMMUNAL) Morgen, Mittwoch, den 11. Oktober, wird um 18 Uhr in Hernals am Lorenz-Bayer-Platz eine Freiluft-Ausstellung mit „Ideen für den Lorenz-Bayer-Platz“ durch Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER und Bezirksvorsteher Robert PFLEGER eröffnet. Die Entwürfe für eine Neugestaltung des Platzes stammen von Studenten der Technischen Universität (Institut Professor GÄLZER) und werden von einer Jury und vom Publikum prämiert. Die Ausstellung am Lorenz-Bayer-Platz wird bis 25. Oktober zu sehen sein. Stellungnahmen und weitere Ideen nimmt die Gebietsbetreuung Kalvarienbergviertel (17, Lacknergasse 35, Tel. 45 98 82) entgegen.

Der Lorenz-Bayer-Platz wurde zuletzt 1982 mit erheblichen Mitteln umgestaltet. Diese Neugestaltung blieb für die Bevölkerung jedoch unbefriedigend. Spiel- und Ruhezone sind ungenügend voneinander getrennt, der Parkbereich ist zu klein und hat keine Abschirmung gegen Verkehrslärm. Auf Initiative der Gebietsbetreuung Kalvarienbergviertel wurde eine Neuplanung des Platzes in Angriff genommen. Dabei soll die Bevölkerung mit Unterstützung durch Wissenschaftler und Studenten gemeinsam mit den Bezirksverantwortlichen und den Magistratsdienststellen eine benutzerfreundliche Umgestaltung erarbeiten können.

Erste Gestaltungsvorschläge werden nun in dieser Ausstellung präsentiert. Dazu soll nun die Bevölkerung Stellungnahmen abgeben. Anschließend sollen die Ergebnisse mit der Bezirksvertretung und den Magistratsdienststellen diskutiert und ein endgültiges Gestaltungskonzept erarbeitet werden. Mit der Realisierung erster Maßnahmen könnte bereits im Frühjahr 1990 begonnen werden. (Schluß) ah/rr

Die „Kleine Donau“ den Menschen wiedergeben

Wien, 10.10. (RK-KOMMUNAL) „Die Kleine Donau muß den Menschen wieder zurückgegeben werden“, meinte Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL bei der gestern, Montag, gemeinsam mit Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA eröffneten Ausstellung DONAUKANAL in der Wiener Planungswerkstatt.

Häupl hob in seinen Worten seine Genugtuung darüber hervor, daß praktisch noch während des Baubeginns für den neuen Hauptsammelkanal am rechten Donaukanalufer ein neuer Planungsprozeß eingeleitet worden ist, der nun bereits konkrete Gestalt annimmt. Planungsstadtrat Dr. Swoboda verwies auf die Bedeutung des Leitprojektes im Sinne der Stadtgestaltung, die diesen städtischen Teil des einstigen Hauptschiffahrtsweges der Donau in Wien zu einer attraktiven Stadtlandschaft mit möglichst naturnaher Gestaltung vor allem im südlichen Teil machen will.

Das bereits in einer Pressefahrt auf dem Donaukanal Anfang September in seinen Grundzügen vorgestellte Leitprojekt ist in der laufenden Ausstellung in der WIENER PLANUNGSWERKSTATT am Friedrich-Schmidt-Platz 9 (Ecke Rathausstraße) ab sofort bis zum 19. Oktober, Montag bis Freitag von 9 bis 16 Uhr und Donnerstag von 9 bis 19 Uhr, zu sehen.

„Diskussionsbeiträge sind selbstverständlich willkommen“, betonte Planungsstadtrat Dr. Swoboda anläßlich der Eröffnung. (Schluß) lf/gg

Klosterneuburger Pflegeheimstation wieder in Betrieb

Wien, 10.10. (RK-KOMMUNAL) Die durch einen in der Nacht vom 5. auf den 6. August dieses Jahres ausgebrochenen Brand zum Teil zerstörte, 25 Betten umfassende Station G des Pflegeheimes der Stadt Wien in Klosterneuburg ist ab heute, Dienstag, wiedervoll belegt. In den vergangenen Wochen konnten sämtliche aufgetretenen Schäden in den diversen Bereichen der Station beseitigt werden. Die dafür erforderlichen Kosten betragen insgesamt 1,7 Millionen Schilling. Darüberhinaus wurden vor Beginn der etappenweisen Besiedelung der Station alle Sicherheitseinrichtungen, und hier vor allem die des Brandschutzes, erneut einer Prüfung unterzogen.

Was die Untersuchungen über die Brandursache betrifft, so gibt es derzeit keine neuen Ergebnisse. Seitens der Sachverständigen der Feuerwehr und der Kriminalpolizei konnte bisher lediglich festgestellt werden, daß weder ein technisches Gebrechen noch Mängel in der Lagerung dafür in Frage kommen, sondern daß das Feuer durch „Hereinbringen einer fremden Brandquelle“ entstanden sein dürfte. (Schluß) zi/rr

Ehrenzeichen für kulturelle Verdienste

Wien, 10.10. (RK-KULTUR) In Vertretung von Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte Gemeinderat Dkfm. Dr. Adolf AIGNER Montag nachmittag im Wiener Rathaus Ehrenzeichen für kulturelle Verdienste. Maria-Leonie BRÄUNDELE und Hermine FASCHING-LECHNER erhielten die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien, Dr. Elisabeth CAMPAGNER, Reg.-Rat Walter KABELA und Rudolf REBERNIGG wurden mit dem Goldenen Verdienstzeichen des Landes Wien ausgezeichnet, Rudolf JIRKAL, Karl-Hans STRASSL und Franz ZWERINA mit dem Silbernen Verdienstzeichen des Landes Wien.

Maria-Leonie Bäundle ist vor allem als Lyrikerin und auch Illustratorin ihrer Werke bekannt geworden.

Hermine Fasching-Lechner hat als Textdichterin von Liedern große Erfolge zu verzeichnen.

Dr. Elisabeth Campagner ist als Präsidentin des Kulturvereins Innere Stadt seit langem erfolgreich um die Kulturarbeit im Bezirk bemüht.

Regierungsrat Walter Kabela hat als Gründer und Leiter der Chorvereingung Finanz wesentlich zum Wiener Musikleben beigetragen.

Rudolf Rebernigg ist Artist und Clown, einer der bekanntesten Vertreter der Zirkusdynastie Rebernigg.

Rudolf Jirkal hat bei den Deutschmeistern mitgewirkt und das Blasmusik-orchester Kagran gegründet.

Karl-Hans Straßl hat die „Wiener Sängerrunde“ und später den Wiener Seniorenchor gegründet.

Franz Zwerina hat wesentlich zur Pflege der ursprünglichen Wiener Schrammelmusik beigetragen.

An der Ehrung nahm auch Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS teil. (Schluß) gab/gg

Bauarbeiten am „Pasqualatihaus“

Wien, 10.10. (RK-KULTUR/LOKAL) Am „Pasqualatihaus“ auf der Mülkerbastei 8 finden derzeit Bauarbeiten statt. Die Beethoven-Gedenkstätte im „Pasqualatihaus“ muß deshalb am Mittwoch, dem 11. Oktober, geschlossen bleiben. (Schluß) gab/gg

EDV-Jugendpreis der Stadt Wien 1990

Wien, 10.10. (RK-KOMMUNAL) Ohne Computer geht nichts mehr! Sowohl für die öffentliche Verwaltung als auch für die Wirtschaft ist die elektronische Datenverarbeitung unverzichtbar geworden, und die technische Entwicklung auf diesem Gebiet geht mit unvermindertem Tempo weiter. Um das Interesse und das Verständnis der heranwachsenden Generation für den EDV-Sektor zu fördern, veranstaltet nun die Stadt Wien (Magistratsdirektion — Automatische Datenverarbeitung) einen großen Wettbewerb. Für den EDV-Jugendpreis der Stadt Wien 1990 — ausgeschrieben vom größten Software-Entwickler Österreichs — stehen dank der Unterstützung zahlreicher Firmen Preise im Gesamtwert von mehr als einer halben Million Schilling zur Verfügung. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK berichtete darüber am Dienstag im seinem Pressegespräch.

Teilnahmeberechtigt sind alle Jugendlichen bis 21 Jahre (Mitarbeiter der MD-ADV sind davon ausgeschlossen). Die Bewertung der eingereichten Arbeiten erfolgt in zwei Altersklassen:

- Altersklasse I: Geburtsjahrgänge 1980 bis 1975
- Altersklasse II: Geburtsjahrgänge 1974 bis 1969

Der Preis wird für hervorragende Arbeiten im Bereich der angewandten Informatik vergeben. Gefordert sind ausführbare Programme auf Disketten. Die Aufgabenstellung kann frei gewählt werden (Mathematik-, Statistik-, Schreibprogramme, Spiele, etc.).

Bewerbungsunterlagen und Informationen gibt es in der Magistratsdirektion der Stadt Wien, Automatische Datenverarbeitung, 1082 Wien, Rathausstraße 1, Frau Monika Gaber, Tel. 48 15 51/201 DW. Einsendeschluß ist der 28. Februar 1990. Die Entscheidung über die Verleihung der Preise fällt eine Jury unter dem Vorsitz von Josef Broukal.

Den Gewinnern winken Sachpreise im Gesamtwert von mehr als einer halben Million Schilling, die von insgesamt 27 Firmen zur Verfügung gestellt werden. Alle Preise haben mit EDV zu tun (Hardware, Software, Kurse, Fachliteratur, Zubehör) und sollen den Gewinnern vor allem ihren speziellen Interessen entsprechende Ausbildungs- und Weiterbildungswege erschließen. Hauptpreise sind PC-Konfigurationen im Wert von jeweils 50.000 Schilling. (Forts. mgl.) ger/gal

Neue Bellaria-Passage: 510 Quadratmeter und drei Aufgänge

Wien, 10.10. (RK-KOMMUNAL) Morgen, Mittwoch, ist es soweit: Nach viereinhalb Jahren Bauzeit für die künftige U3-Station „Volkstheater“ kann die umgebaute Bellaria-Passage wieder den Fußgängern zur gefahrlosen Unterquerung des Ringes übergeben werden. Dies gab Verkehrsstadtrat Johann HATZL Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters bekannt. Die Bellaria-Passage, die später in Richtung Bellariastraße auch den Zugang zum ein Geschoß tiefer liegenden U3-Bahnsteig und darüber hinaus bis zur U2-Station bilden wird, umfaßt eine Fläche von 510 Quadratmeter.

Sie hat drei Aufgänge, zum Stadtschulrat (Endstation Linien „46“ und „49“) und zu den Museen auf der Außenseite des Burgringes sowie zum Volksgarten auf der Innenseite des Burgringes. Der Zu- und Abgang erfolgt über feste Stiegen beziehungsweise je einen Lift auf beiden Seiten der Ringstraße. Neben den Liften befinden sich zusätzlich aufwärtsführende Rolltreppen.

Anker-Filiale, Trafik und Jugend-Info

In der Passage haben drei Betriebe Platz gefunden: eine Filiale der Firma Anker, eine Trafik und ein Informationszentrum des Jugendamtes. Weiters befinden sich in der Passage Vitrinen, Betriebsräume der Wiener Verkehrsbetriebe sowie eine Gruppe von fünf Telefonzellen.

Gleichzeitig mit der Eröffnung der Bellaria-Passage werden auch die Straßenbahnlinien „46“ und „49“ wieder ihren alten Endpunkt vor dem Stadtschulratsgebäude anfahren. Das vom U-Bahn-Bau in Anspruch genommene Stück der Bellariastraße wird wieder voll dem Verkehr zur Verfügung stehen. Weiters wurden auch bereits die Grünflächen wieder instandgesetzt, soweit sie nicht durch die Arbeiten für das Naturhistorische Museum benötigt werden. Die Schienen der provisorischen Endschleife der Straßenbahn im Bereich des Schmerlingplatzes werden derzeit entfernt und die Straßenoberfläche wieder in den alten Zustand versetzt.

Großraumstation vom Ring bis zum Messepalast

Im zehnten Bauabschnitt der U3, „Volkstheater“, können die Rohbauarbeiten mit 15. Oktober komplett abgeschlossen werden. Der Innenausbau ist voll im Gange. Hier entstehen die Großraumstation „Volkstheater“ als Kreuzungsbauwerk zwischen U3 und U2, die sich vom Volksgarten über die Bellariapassage bis hin zum Messepalast erstrecken wird, eine Wendeanlage und die beiden Streckenröhren bis zur Station „Kirchengasse“. Mit 31. März 1991 soll die U3 den Betrieb von Erdberg bis zum Volkstheater aufnehmen.

Einladung zur Eröffnung

Die feierliche Wiedereröffnung der Bellaria-Passage findet am Mittwoch, dem 11. Oktober, um 12.30 Uhr beim Eingang Volksgarten durch Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Verkehrsstadtrat Johann HATZL statt. Anschließend öffnen auch die Anker-Filiale und die Trafik.

Danach besteht die Möglichkeit, mit Bürgermeister Zilk und Stadtrat Hatzl das auf einer Längswand der Bahnsteigshalle der U3 schon fertiggestellte Großmosaik von Prof. Anton Lehmden zu besichtigen.

Das Informationszentrum des Jugendamtes wird am 13. Oktober um 13 Uhr durch Vizebürgermeisterin Ingrid Smejkal eröffnet. (Forts. mgl.) roh/gg

Neugestaltung des Michaelerplatzes, des Kohlmarktes und des westlichen Grabens

Wien, 10.10. (RK-KOMMUNAL) Über die Neugestaltung des Michaelerplatzes, des Kohlmarktes und des westlichen Grabens informierten am Dienstag Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA in einem Pressegespräch.

Michaelerplatz

Erste Gestaltungsüberlegungen für diesen Bereich gehen bereits auf die Mitte der 70er Jahre zurück, es gab einen geladenen Architektenwettbewerb — mit sehr divergierenden Vorschlägen —, lebhafte Diskussionen fanden statt, eine Entscheidung fiel jedoch damals nicht. Das nunmehr vorliegende Projekt wurde von der Magistratsabteilung 19 erstellt. Platzcharakter und Geschlossenheit des Michaelerplatzes sollen durch das Motiv der Kreisform in der Bodengestaltung unterstrichen werden. Als Material soll weitestgehend Naturstein verwendet werden. Die am Platz befindlichen 12-Zoll-Granitplatten werden, so sieht es der Plan vor, in geänderter Verlegeanordnung in die als Fußgänger- und Gehsteigflächen bestimmten Bereiche weitergeführt. Für den Citybus und auch für den Lieferverkehr bleibt eine Fahrfläche frei. Innerhalb des Kreisringes sind 7-Zoll-Pflasterwürfel vorgesehen. Alte 18-Zoll-Granitplatten bilden dann den „Trennring“ zwischen Fahrbereich und Innenkreis.

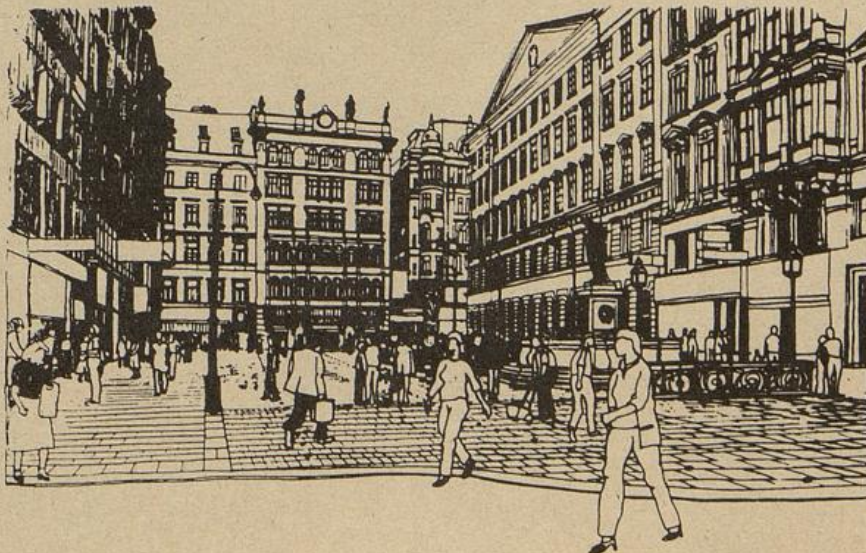
Natursteinpoller sollen die funktionelle, gliedernde Wirkung des Kreisringes verdeutlichen, während gestalterisch untergeordnete Stahlpoller den Verkehr in der Schleife Schauflergasse — Herrengasse leiten. Neben der vorhandenen Flutbeleuchtung, die modifiziert wird, sollen neue Kandelaber (Typ „Maiglöckchen“) zur Akzentuierung der Platzform beitragen. Zur Abrundung ist eine größere Anzahl von Sitzbänken vorgesehen.

Kohlmarkt

Die zukünftige Gestaltung des Kohlmarktes soll sich den am Graben angewendeten Prinzipien anpassen. Als Bodenbelag sind Betonplatten in gleicher Ausführung und im gleichen Format wie auf dem angrenzenden Graben vorgesehen. Kleinformatige Betonplatten und Längsfriese sollen die Fahrspur für den Citybus und für Lieferfahrzeuge unterstreichen. Als Beleuchtung sind Kandelaber geplant.

Graben-West

Am 12. September 1988 wurde für den Bereich des westlichen Grabens,



Neugestaltung Graben-West

Foto: MA 19

Forts. auf Blatt 2237

von der Tuchlauben bis zur Jungferngasse, für die Dauer von einem Jahr eine neue provisorische Verkehrsorganisation eingerichtet.

Von der MA 19 wurde ein überarbeitetes Oberflächenprojekt zur Diskussion gestellt, das alle eventuellen verkehrstechnischen Gegebenheiten, die noch nicht zur Gänze geklärt werden konnten, gestaltungsmäßig berücksichtigte.

Vor dem Haus Graben Nr. 21 wird eine ca. 300 Quadratmeter große Fläche als öffentlicher Sitzbereich und für diverse andere Attraktivitäten ausgewiesen. Im Rahmen eines Architektenwettbewerbes werden bis Ende 1989 Vorschläge für die Ausgestaltung dieses Bereiches vor dem Gebäude der Ersten Österreichischen Sparkasse ausgearbeitet.

Möblierungselemente werden mit mobilen Grün durch Akzentuierung oder Gliederung des Straßenraumes eine vielfältige Nutzung ermöglichen wie:

- Kulturveranstaltungen
- Ausstellungen
- temporäre Märkte
- Kommunikationsbereiche
- Sitzen, Verweilen etc.

(Forts. mgl.) lf/rr

Forts. von Blatt 2236

Vor Baubeginn des Dioxin-Filterers bei den EBS

Etappenweise Errichtung garantiert optimale Dimensionierung und Betriebseinrichtung - Erster Teilabschnitt bis April nächsten Jahres, Gesamtanlage bis 1991 fertig

Wien, 10.10. (RK-KOMMUNAL) Kommende Woche wird der Auftrag für die erste Stufe einer Dioxin-Filteranlage bei den Entsorgungsbetrieben Simmering vergeben, teilte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Dienstag in seinem Pressegespräch mit. Die Bauzeit wird etwa sieben Monate betragen, mit der Fertigstellung ist daher im April/Mai des nächsten Jahres zu rechnen. Der Bau der gesamten Dioxin-Filteranlage für die Sonderabfall- und Klärschlammverbrennung bei den EBS wird voraussichtlich 1991 abgeschlossen sein.

Bekanntlich hat Bürgermeister Dr. Helmut Zilk am 13. Juni 1989 den ehestmöglichen Einbau von Dioxin-Filtern bei den Entsorgungsbetrieben Simmering angeordnet, nachdem zwei seit Februar dieses Jahres bei den EBS in Betrieb befindliche Pilotanlagen sehr gute Ergebnisse gebracht hatten. Der im neuen Luftreinhaltegesetz vorgeschriebene Grenzwert von 0,1 Nanogramm pro Normkubikmeter wird in diesen Pilotanlagen eingehalten.

Weltweit erste Anlage

Es gibt weltweit derzeit noch keine Dioxin-Filteranlage hinter Sonderabfallverbrennungsanlagen, die Entsorgungsbetriebe Simmering haben also — wieder einmal — Pionierarbeit zu leisten. Da niemand eine Garantie übernehmen kann, mit welcher Ausstattung und Dimensionierung der erforderliche Ausscheidungsgrad unter optimalen Betriebsbedingungen erreicht werden kann, hat man sich nun entschlossen, eine „Etappenlösung“ zu realisieren.

Dazu wird vorerst eine Filteranlage mit einer Kapazität von 15.000 Kubikmetern Reingas pro Stunde hinter einem Wirbelschichtofen errichtet, und damit etwa 25 Prozent der Abgase gereinigt. Die erste Ausbaustufe, die einen Teil der späteren Gesamtanlage bildet und daher auch keinen verlorenen Aufwand bedeutet, ermöglicht die Ermittlung der optimalen Betriebsbedingungen und der optimalen Dimensionierung, wodurch verfahrenstechnische Mängel weitgehend verhindert werden. Die weiteren Teile der Anlage werden sofort ausgeschrieben und anschließend an die erste Stufe gebaut. Der dritte Wirbelschichtofen wird bei der Dimensionierung der gesamten Anlage selbstverständlich eingeplant.

Für jeden Ofen wird man aus Sicherheitsgründen mehrere Filterelemente von der Größe der ersten Ausbaustufe bauen. Dies geschieht, um die gesamte Reingasmenge von 300.000 Kubikmetern pro Stunde unter allen Betriebsbedingungen zu bewältigen.

Das neue Luftreinhaltegesetz schreibt einen Grenzwert von 0,1 Nanogramm Dioxin-Äquivalent pro Normkubikmeter vor, es enthält allerdings keine Angaben, nach welcher Methode dieses Äquivalent zu berechnen ist, obwohl es zehn Berechnungsmethoden gibt. Dieser Mangel erschwert natürlich sichere Aussagen über die Einhaltung des Grenzwertes.

Der gesamte Dioxin-Filter bei den Entsorgungsbetrieben Simmering erfordert Investitionen in Höhe von 200 bis 300 Millionen Schilling. Genauere Angaben sind erst nach den Messungen in der ersten Ausbaustufe möglich. (Schluß) wh/gg

Neuer Brunnen in der Kärntner Straße

Wien, 10.10. (RK-KOMMUNAL) Anstelle des bisherigen Brunnens in der Fußgängerzone Kärntner Straße soll in absehbarer Zeit ein neuer Brunnen, der von Prof. MUHR gestaltet werden wird, errichtet werden. Dies gab Bürgermeister Dr. Helmut ZILK am Dienstag in seinem Pressegespräch bekannt. (Schluß) ger/rr

Sanierung der Loos-Wohnung

Musiksammlung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek zieht 1991 ein

Wien, 10.10. (RK-KULTUR) In seinem Pressegespräch am Dienstag präsentierte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK das Vorhaben, die von Adolf LOOS gestaltete Wohnung in der Bartensteingasse 9 zu renovieren und für die Musiksammlung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek zu nutzen, die damit ab 1991 einen neuen, würdigen Rahmen erhält. Die Wohnung wird ab kommendem Frühjahr stilgerecht saniert, im Keller des Hauses werden klimatisierte Tresorräume zum Schutz der äußerst wertvollen Bestände geschaffen. Die Gesamtkosten des Projekts betragen zwölf Millionen Schilling.

In der Wohnung werden das ehemalige Speisezimmer und die angrenzenden Räume, die von Architekt Adolf Loos gestaltet wurden, stilgerecht restauriert (Wandvertäfelungen, Stuckdecken, Fußböden, Teppiche etc.). Diese Teile der Wohnung werden den Benützern der Musiksammlung als Leseräume zur Verfügung stehen. In den übrigen Räumen werden die Büros samt Nebenräumen für die Mitarbeiter untergebracht. Im Kellergeschoß werden feuer- und einbruchssichere Räume gestaltet und zur Schonung des Bestandes klimatisiert.

Die Planung wird von der Magistratsabteilung 19 erstellt, wobei für Loos-spezifische Fragen Dr. Burkhardt RUKSCHCIO beauftragt wurde.

Die Musiksammlung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek gehört neben der Library of Congress, der Deutschen Staatsbibliothek in Berlin, der British Library in London und der Österreichischen Nationalbibliothek auf diesem Fachgebiet zu den bedeutendsten öffentlichen Sammlungen der Welt. Die Sammlung besteht in ihrer heutigen Form seit 1905. Geburtshelfer spielte der große Kunstmäzen Nikolaus von DUMBA mit der Schenkung seiner mehr als 200 Notenautographe umfassenden Schubert-Sammlung an die Stadt Wien.

Zu den Schwerpunkten der Sammlung wurden in den folgenden Jahren

- neben Schubert (der Schubertbestand umfaßt heute etwa die Hälfte des Gesamtwerks des Komponisten, gerade im letzten Jahr sind durch Ankauf weitere bedeutende Schubert-Manuskripte in die Sammlung gelangt),
- Johann Strauß bzw. die Strauß-Dynastie (die weltweit größte Strauß-Sammlung ist Teil der Musiksammlung),
- die „goldene Zeit“ der Wiener Operette und die Musik zur Wiener „Volkskomödie“ (Nestroy),
- sowie alle großen Namen der Wiener (und europäischen) Musikgeschichte. Der Bogen der Eigenschriften reicht von Haydn über Mozart, Beethoven, Schubert, Mendelssohn, Weber, Liszt, Wagner, Brahms, Bruckner, Wolf, Mahler, Richard Strauss, Schönberg, Berg, Webern, Zemlinsky bis zu Ligeti.

(Schluß) red/rr

Briefmarkenausstellung anläßlich der Wasserausstellung im Rathaus

Wien, 10.10. (RK-KOMMUNAL) Anläßlich der großen Wasser-Ausstellung „Alles fließt — so spannend kann Wasser sein“ wird ab heute, Dienstag, eine Briefmarkenausstellung zum Thema „Wiener Wasser“ in der Schmidthalle des Wiener Rathauses gezeigt. Die Briefmarkenausstellung läuft wie die Wasser-Ausstellung bis 22. Oktober und ist von Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Aufgrund des großen Publikumsandranges ist die Wasser-Ausstellung ab sofort bereits ab 9 Uhr (bis 18 Uhr) geöffnet. Besonders Schulen zeigen großes Interesse für die umfangreiche Schau und die Bedeutung des Wassers und die Wiener Wasserversorgung. Bereits über 35.000 Besucher haben die Ausstellung in der Volkshalle besichtigt. (Schluß) du/rr

chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort: Wien.
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 11. Oktober 1989

Blatt 2242

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Hatzl: Drei Fragen an Minister Schüssel (2243)
- Neuer Leiter der Jugendzahnkliniken (2244)
- Jugend-Info-Wien in der Bellaria-Passage (2245)
- Favoriten: Ausstellung über Stadterneuerung (2247)
- Zilk: Keine Zaubertricks bei Volkszählung! (2249)
- Europas modernste Herzdiagnostikanlage (2250/2251)
- Freitag Pressekonferenz von Stadtrat Edlinger (nur FS)

Bezirke:

- Änderung einer Flächenwidmung im 3. Bezirk (2246)
- Neuer Flächenwidmungsplan in Favoriten (2246)

Kultur:

- Goldenes Verdienstzeichen für Dorothea Zeemann (2248)

Hatzl: Drei Fragen an Minister Schüssel

Wien, 11.10. (RK-KOMMUNAL) Betroffen zeigte sich Mittwoch Wiens Energiestadtrat über die gestern vom Zaun gebrochene Diskussion über eine Erhöhung des Verbund-Stromtarifes. „Ich verstehe nicht, daß der Verbund nun aus heiterem Himmel den Stromtarif erhöhen will“, sagte Hatzl. „Das würde auch unseren Bemühungen um einen attraktiven Stromtarif zuwiderlaufen“. In diesem Zusammenhang drängten sich drei Fragen auf, die aber nicht an den Verbund-Generaldirektor, sondern an den zuständigen Minister zu stellen wären:

- Benötigt der Verbund Mehreinnahmen, um die garantierte Dividende bei den Verbundaktien zahlen zu können — müssen also die Strombezieher die Gewinne der Aktienbesitzer zahlen?
- Benötigt die E-Wirtschaft zusätzliches Geld, um, wie von Minister Schüssel beabsichtigt, Aufgabenbereiche des Bundesstrombauamtes ohne Entgelt den Verbund-Sondergesellschaften zu übertragen?
- Oder handelt es sich nur um Wahltaktik, um Minister Schüssel die Gelegenheit zu geben, publicitywirksam eine Strompreiserhöhung abzulehnen?

(Schluß) roh/rr

Neuer Leiter der Jugendzahnkliniken

Wien, 11.10. (RK-KOMMUNAL) Mittwoch wurde Dr. Oswald RIHA von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER als neuer Leiter der städtischen Jugendzahnkliniken in sein Amt eingeführt. Dr. Riha war bisher als Oberarzt in der Universitätsklinik im AKH tätig und tritt die Nachfolge von Dr. Hans CZWETTLER an.

Den Jugendzahnkliniken der Stadt Wien kommt gerade, was die Zahnprophylaxe betrifft, große Bedeutung zu. So stehen gegenwärtig drei städtische Jugendzahnkliniken und zwei Exposituren — in einer Sonderschule in Währing bzw. einem Behindertenheim in Mauer — zur Verfügung, in denen Kinder und Jugendliche vom 3. bis zum 18. Lebensjahr kostenlos behandelt werden. Lediglich Gebißregulierungen sind kostenpflichtig. Im vergangenen Jahr wurden durch die Ärzte der Jugendzahnkliniken insgesamt 77.321 Kinder untersucht, von denen 32.857 Kinder behandlungsbedürftige Zähne aufwiesen. (Schluß) zi/gg

Jugend-Info-Wien in der Bellaria-Passage

Information, Beratung und Service für Jugendliche

Wien, 11.10. (RK-KOMMUNAL) Ein speziell auf Jugendliche abgestimmtes Informationsangebot offeriert ab Freitag, den 13. Oktober, eine neue Einrichtung des Vereins „Wiener Jugendkreis“ — MA 13 — Landesjugendreferat Wien. Die Jugend-Info-Wien in der Bellaria-Passage, die Freitag um 13 Uhr im Rahmen einer Veranstaltung von Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL eröffnet wird, bietet Information, Beratung und Service für Jugendliche in allen Bereichen. Die Jugend-Info hat Antwort auf alle Fragen, ob sie die erste eigene Wohnung, juristische Ratschläge, Freizeittips oder Beratung bei persönlichen Problemen betreffen, sowie ein Ticket-Service. Geöffnet wird die Jugend-Info, 1, Bellaria-Passage, Lokal 3, Montag bis Freitag jeweils von 12 bis 19 Uhr und Samstag von 10 bis 19 Uhr sein. Eröffnet wird die neue Einrichtung Freitag, den 13. Oktober um 13 Uhr, von 13.30 Uhr bis 18 Uhr gibt es ein Jugendprogramm.

Erreichbar ist diese neue Service-Einrichtung für Jugendliche mit öffentlichen Verkehrsmitteln: Endstation der Linien „46“, „48 A“, „49“, Station Bellaria der Linien „1“, „2“, „D“, „J“. (Schluß) jel/rr

Änderung einer Flächenwidmung im 3. Bezirk

Wien, 11.10. (RK-BEZIRKE) Die Familienherberge Gänsbachergasse im 3. Bezirk wird derzeit durch einen Neubau vergrößert. Für diesen ist eine Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes notwendig (Plan-Nr. 6169).

Der Entwurf liegt vom 12. Oktober bis 9. November während der Amtsstunden (Montag bis Freitag 8 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/gg

Neuer Flächenwidmungsplan in Favoriten

Wien, 11.10. (RK-BEZIRKE) Für ein 29 Hektar großes Gebiet am nordwestlichen Rand von Favoriten wurde ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ausgearbeitet (Plan-Nr. 5962). Das Plangebiet zwischen Kundratstraße, Triester Straße, Wienerbergstraße, Köglergasse und Karplusgasse hat etwa 2.400 Einwohner. Das Franz-Josef-Spital und der George-Washington-Hof liegen in dem Gebiet. Bei der Planung stehen folgende Ziele im Vordergrund: die Vorsorge für Einrichtungen des Gesundheitswesens; die Berücksichtigung bestehender Wohn- und Betriebsnutzungen; die Reduzierung der baulichen Ausnutzbarkeit; die Vorsorge für öffentliche und private Grünflächen; die widmungsmäßige Berücksichtigung vorhandener Verkehrsflächen und die Vorsorge für künftige Ausbaumaßnahmen.

Der Entwurf liegt vom 12. Oktober bis 9. November während der Amtsstunden (Montag bis Freitag 8 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/gg

Favoriten: Ausstellung über Stadterneuerung

Wien, 11.10. (RK-LOKAL) Eine größere Ausstellung über die Stadterneuerung in Favoriten wird am Donnerstag, dem 12. Oktober, im Informationslokal der Gebietsbetreuung um 18.30 Uhr durch Bezirksvorsteher Leopold PRUCHA eröffnet. Zu sehen sind unter anderem der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, Maßnahmen im öffentlichen Raum, Beispiele und Projekte von Wohnhaussanierungen, Beispiele vom Baugeschehen und eine Bilanz der bisherigen Arbeit der Gebietsbetreuung in Inner-Favoriten. Inner-Favoriten ist mit 147 Hektar Fläche und rund 37.000 Bewohnern Wiens größtes Stadterneuerungsgebiet. Die Gebietsbetreuung wurde im Mai 1985 eingerichtet.

Heizkosten sparen und Ausländer-Wohnberatung

In nächster Zeit sind noch weitere Aktivitäten geplant: Wie man Heizkosten sparen kann, erfährt man am Donnerstag, dem 19. Oktober um 19 Uhr bei einem Vortrag im Informationslokal der Gebietsbetreuung, bei dem Fachleute der Wiener Stadtwerke Ratschläge geben werden. Spezielle Wohnungsberatung für Ausländer mit Dolmetschern gibt es in der Gebietsbetreuung Inner-Favoriten am 12. Oktober für türkisch Sprechende und am 19. Oktober für serbokroatisch Sprechende jeweils von 17 bis 19 Uhr. Das Informationslokal der Gebietsbetreuung befindet sich in der Quellenstraße 149 und ist täglich geöffnet (Telefon 62 31 38). (Schluß) ah/rr

Goldenes Verdienstzeichen für Dorothea Zeemann

Wien, 11.10. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Mittwoch im Wiener Rathaus der Autorin Dorothea ZEMANN-HOLZINGER das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien. Prof. Deszö MONOSZLOY wurde ebenfalls mit dem Goldenen Verdienstzeichen ausgezeichnet, Kurt ENZL und Prof. Wolfgang ERBENS erhielten das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien.

Dorothea Zeemann-Holzinger, seit langem eine wichtige Vertreterin des österreichischen Literaturlebens, gibt vor allem in ihren Erinnerungsbänden unkonventionell Auskunft über das Österreich der Ersten und der Zweiten Republik.

Prof. Deszö Monoszloy hat zahlreiche Erzählungen und Romane in seiner ungarischen Muttersprache geschrieben. Seit 1969 in Wien ansässig, schrieb er vor allem Fernsehspiele und Hörspiele für deutschsprachige Rundfunksender.

Kurt Enzl ist Musiker, Komponist von Unterhaltungsmusik und auch Mundartdichter.

Prof. Wolfgang Erbens ist seit langem als profilierter Vertreter der bildenden Kunst in Österreich und auch im Ausland bekannt. Darüber hinaus hat er sich auch als Volksbildner verdient gemacht.

An der Feier nahm auch Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS teil. (Schluß) gab/gg

Zilk: Keine Zaubertricks bei Volkszählung!

Wien, 11.10. (RK-KOMMUNAL) „Wo studiert ein Student? Auf der Uni. Wo benützt er öffentliche Verkehrsmittel, wo wohnt er die ganze Woche, wo besucht er Theater, Kurse und Kinos, wo benötigt er Ver- und Entsorgung? In der Universitätsstadt. Wo soll er bei der Volkszählung 1991 zugezählt werden? Am Heimatort seiner Eltern, weil er dort am Wochenende mit Freunden im Wirtshaus Karten spielt.“ So drastisch formulierte der Präsident des Österreichischen Städtebundes, Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, die zu befürchtenden Auswüchse bei der Volkszählung 1991, wenn die bestehenden Absichten realisiert werden.

Nach einer Sitzung der Geschäftsleitung des Österreichischen Städtebundes in Wien erklärte Dr. Zilk: „Die Bürger müssen dort gezählt werden, wo sie sich tatsächlich aufhalten, wo der Schwerpunkt ihrer beruflichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen besteht und da existiert bei Studenten zweifellos ein besonderes Naheverhältnis zum Studienort. Auch das Steueraufkommen der Bürger soll dorthin fließen, wo diese die Kosten effektiv verursachen, nämlich am Studienort!“ Bekanntlich haben sich die Städte Wien, Graz und Klagenfurt geweigert, die Probezählung 1989 durchzuführen. „Die Städte werden doch nicht an einer Zählung mitwirken, die keine gesetzliche Basis hat und die ihnen schadet“, betonte Zilk. „Ich weiß mich darin in einem Sinne mit den Bürgermeistern aller größeren Städte Österreichs. Wenn bei den Steuerreformen der letzten Jahre die Steuergerechtigkeit oberstes Primat war, dann soll diese Gerechtigkeit auch bei der Verteilung der Steuererträge zum Tragen kommen. Wenn vorgerechnet wird, daß ein Student fünf Monate am Studienort lebt, aber sieben Monate am Wohnort seiner Eltern, dann sind das für mich Zaubertricks“, sagte Zilk.

Der Hintergrund: Die noch immer nicht beschlossene Novelle zum Volkszählungsgesetz, die bereits im Parlament aufliegt und endlich zu objektiven Kriterien für den ordentlichen Wohnsitz führen soll, sowie die unterschiedlichen Auffassungen über die Zuordnung der Studenten. Wenn diese Novelle nicht noch heuer beschlossen wird, könnten den Städten bei der Volkszählung 1991 zehntausende Nutznießer ihrer aufwendigen Infrastruktur „wegdefiniert“ werden. „Unter solchen Umständen würde sich eine Volkszählung selbst ad absurdum führen, weil sie nur zu verfälschten Ergebnissen führen kann, die auch keine Grundlage mehr für eine sinnvolle Stadtplanung bilden können“, schloß Zilk. Auch bei der Volkszählung 1981 waren die Studenten „in der Regel am Studienort“ zu zählen. (Schluß)
roh/gg/rr

Europas modernste Herzdagnostikanlage

Krankenhaus Lainz: Zweite Herzkathetereinheit

Wien, 11.10. (RK-KOMMUNAL) In der 4. Medizinischen Abteilung des Krankenhauses Lainz wurde vor kurzem eine der modernsten Herzdagnostikanlagen Europas in Betrieb genommen. Die Abteilung verfügt damit über zwei Herzkathetereinheiten (die erste besteht bereits seit 1982), mit deren Hilfe es möglich ist, unter größtmöglicher Schonung des Patienten, Spezialuntersuchungen der Herzkranzgefäße durchzuführen. Bei der neuen Anlage, die Mittwoch von Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER gemeinsam mit dem Abteilungsvorstand Univ.-Prof. Dr. Wolfgang ENENKEL im Rahmen eines Pressegesprächs vorgestellt wurde, handelt es sich um ein Gerät, das von der Firma Siemens entwickelt und von Siemens AG Österreich installiert wurde. Die Kosten für diese neue Anlage betragen 16 Millionen Schilling.

Mit Hilfe des neuen Gerätes ist es möglich, beim liegenden Patienten Röntgenaufnahmen bzw. Filme in allen gewünschten und notwendigen Richtungen und Ebenen zu machen. Alle im Lauf der Untersuchung gemessenen Werte werden außerdem in einem Computer gespeichert und sofort ausgewertet. Eine angeschlossene Datenbank ermöglicht die Speicherung der Befunde von 1.000 Patienten.

Ausbau der Operationskapazität

Laut Univ.-Prof. Dr. Stacher nimmt die Zahl der Herz- und Kreislaufkrankungen von Jahr zu Jahr zu und steht weltweit an der Spitze der Todesursachen. So starben im vergangenen Jahr allein in Wien 12.917 Personen an akuten Herzkrankheiten (Herzinfarkt usw.) und Gefäßerkrankungen. Neben der Inbetriebnahme dieser neuen Herzkathetereinheit wird es aber auch, wie Stacher betonte, notwendig sein, die derzeitige Kapazität bei den Herzoperationen weiter auszubauen. Gegenwärtig werden in der 2. Chirurgischen Universitätsklinik und in der Herzchirurgie Lainz 1.100 Herzoperationen durchgeführt. Durch den Ausbau der Lainzer Herzchirurgie wird es künftig möglich sein, insgesamt rund 2.000 Operationen durchführen zu können.

Modernste und größte Herzabteilung

Die im Jahr 1974 eröffnete 4. Medizinische Abteilung, mit dem Schwerpunkt Kardiologie, wurde aufgrund der ständig steigenden Patientenzahlen in den letzten Jahren immer wieder ausgeweitet. Sie verfügt über sämtliche Einrichtungen zur Behandlung chronischer und akuter Herzerkrankungen. Im Oktober 1982 wurde gleichzeitig mit einem Ambulanztrakt eine Herzkathetereinheit in Betrieb genommen, mit deren Hilfe es möglich war, Untersuchungen von Patienten mit Herzklappenfehlern und Durchblutungsstörungen des Herzmuskels durchzuführen.

Musik nach Wunsch

Für Patienten, die sich dieser Untersuchung unterziehen müssen, wird seitens der Abteilung ein Service besonderer Art angeboten: Zur Entspannung des Patienten gibt es während des Untersuchungsvorganges eine Musikberieselung, wobei Musikwünsche der Patienten berücksichtigt werden. So besteht etwa die Möglichkeit zwischen symphonischer, konzertanter und moderner Musik zu wählen.

Patienten aus Niederösterreich und Burgenland

Der Gesundheitsstadtrat wies im Rahmen des Pressegesprächs unter anderem auch auf den Umstand hin, daß Wien gerade auf diesem speziellen Gebiet der Medizin auch sehr viele Patienten aus Niederösterreich und

dem Burgenland zu versorgen habe. So stehen in Wien gegewärtig sechs Herzkatheterplätze — außer im Krankenhaus Lainz gibt es derartige Einrichtungen derzeit noch im Hanuschkrankenhaus, in der 1. Medizinischen Universitätsklinik und in der Kardiologischen Universitätsklinik im AKH sowie in der Krankenanstalt Rudolfstiftung — zur Verfügung. In Niederösterreich gibt es gegenwärtig nur einen Herzkatheterplatz. Wurden 1982 im Krankenhaus Lainz 76 Herzkatheteruntersuchungen durchgeführt, so stieg die Zahl der Untersuchungen, wie Univ.-Prof. Dr. Enenkel ausführte, im vergangenen Jahr bereits auf 977. Trotz der zunehmenden Zahl der Untersuchungen kam es jedoch zu immer größer werdenden Wartezeiten. Ursache dafür war unter anderem, daß ab 1986 im Herzkatheter auch sogenannte Ballondilatationen durchgeführt werden, das heißt, Aufdehnungen von verengten Herzkranzgefäßen mittels eines in das Gefäß eingeführten Ballons. Die Zahl der Ballondilatationen nahm ebenfalls ständig zu und betrug 1988 142. In Niederösterreich wird derzeit keine Ballondilatation durchgeführt. Dies führte dazu, daß neben den Zuweisungen aus den verschiedenen Krankenhäusern Wiens, bei immer mehr Patienten aus Niederösterreich und dem Burgenland Herzkatheteruntersuchungen erfolgen (1987: 875 Patienten, davon 128 aus Niederösterreich bzw. Burgenland).

20 Prozent Nicht-Wiener Patienten

Aufgrund der hochspezialisierten Therapie- und Diagnostikmöglichkeiten für ambulante und stationäre Patienten beträgt der Anteil der Nicht-Wiener Patienten — von denen der Großteil aus Niederösterreich und dem Burgenland kommt — rund 20 Prozent. Wurden etwa im Jahr 1975 durch die Abteilung 1.892 Patienten stationär und 5.835 Patienten ambulant versorgt, so stieg im vergangenen Jahr die Zahl der stationären Patienten auf 3.109, und in der Ambulanz wurden 10.215 Patienten behandelt. (Schluß)
red/rr

Forts. von Blatt 2250

chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 12. Oktober 1989

Blatt 2252

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- 26. Oktober: Fit-Aktivitäten in Wien (2253)
- Freitag Eröffnung der Lernstatt des Vereins Wiener Jugendzentren (2254)
- „Vollwert-Gemeindebau“ in der Brigittenau eröffnet (2255)
- „Heimerziehung — Ein Sozialpädagogischer Auftrag“ (2256/2257)
- Umweltprojekt Reinigung in der Ganztagschule Hochsatzengasse (2260)
- Arbeitstagung Rohstoff- und Energieforschung (2261)
- Stadt Wien gegen Kauf von Waren aus Südafrika (2262)
- 75 Jahre Preyer'sches Kinderspital (2263)
- Hörsaalzentrum der Neuen Wiener Universitätskliniken eröffnet (2264)
- Freitag Vereinbarung Bund/Wien über Hubschrauber-Rettungsdienst (nur FS)

Kultur:

- Lateinamerikanische Literaturwoche „Gewalt und Zärtlichkeit“ (2258/2259)

Beilage:

- Ostarrichi-Dienst Nr. 1**
(Informationen zum Jubiläum „1000 Jahre Österreich“)

26. Oktober: Fit-Aktivitäten in Wien

Wien, 12.10. (RK-LOKAL) Zahlreiche Fit-Aktivitäten, die das Sportamt in Zusammenarbeit mit Verbänden und Vereinen durchführt, werden am Staatsfeiertag in der Bundeshauptstadt angeboten. Dabei kann man zwischen Marsch und Lauf wählen, die Strecken sind zwischen sieben und elf Kilometer lang.

Mit einheitlicher Startzeit um 9 Uhr stehen folgende Veranstaltungen zur Auswahl:

- 2, Prater Hauptallee/Praterstern: Marsch und Lauf (ASKÖ Landesverband Wien), Streckenlänge ca. 8 Kilometer
- 10, Oberlaa, Südtor: Marsch und Lauf (Kulturverband Favoriten), ca. 7 Kilometer
- 13, Lainzer Tiergarten, Lainzer Tor: Marsch und Lauf (ASKÖ Landesverband Wien), 10,7 Kilometer
- 18, Pötzleinsdorfer Park, Endstelle „41“: Lauf durch den Wienerwald (ÖTB Gersthof), ca. 10 Kilometer
- 19, Sievinger Straße 245, Endstelle „39 A“: Marsch und Lauf (Österreichischer Alpenverein, Landesverband Wien), ca. 7,5 Kilometer
- 19, Nußdorf, Endstelle „D“: Marsch und Lauf (Österreichischer Touristenverein), ca. 11 Kilometer
- 21, Stammersdorf, Endstelle „31“: Marsch und Lauf (Union 4. Wiener Turnbezirk), ca. 10 Kilometer.

(Schluß) hof/rr

Freitag Eröffnung der Lernstatt des Vereins Wiener Jugendzentren

Wien, 12.10. (RK-KOMMUNAL) Die Lernstatt, eine Einrichtung, die arbeits- und beschäftigungslosen Jugendlichen mit sozialtherapeutischen und ausbildungstechnischen Maßnahmen einen Einstieg in das Berufsleben ermöglichen soll, wird kommenden Freitag, den 13. Oktober, um 16.30 Uhr, in Anwesenheit von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, Vizebürgermeister Hans MAYR und Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL in Favoriten, Triester Straße 114, eröffnet.

Die Lernstatt, die seit Jänner 1989 im Probetrieb geführt wird, bietet neben einer Beratungsstelle für arbeitslose Jugendliche einige interessante Projekte, in deren Rahmen Jugendliche mit dem Berufsleben sowie Lern- und Ausbildungsmöglichkeiten vertraut gemacht werden.

Neben einer Holzwerkstatt, in der derzeit zwölf Jugendliche auf die Lehrabschlussprüfung vorbereitet werden und in der bereits sieben Facharbeiter und eine Facharbeiterin ihre Ausbildung als Tischler abgeschlossen haben, bietet die Lernstatt auch zwei Kurse, die speziell auf Mädchen ausgerichtet sind.

Der Kurs MATADOR, der ab November bereits zum zweitenmal stattfindet, dauert zwölf Monate und soll Mädchen, die ihre Schulausbildung abgeschlossen haben, auf die Arbeitswelt vorbereiten und nichttraditionelle Frauenberufe erschließen. Von den 18 Mädchen, die den Kurs MATADOR bereits absolviert haben, haben 17 eine Lehrstelle gefunden.

Der Kurs EGALIA, der für Mädchen der zweiten Ausländergeneration eingerichtet wurde und mit Berufs-, Arbeits- und Lernmöglichkeiten vertraut machen soll, startet ebenfalls im November. Teilnehmen werden daran ebenfalls 18 Mädchen.

Auch das Umweltarbeiterprojekt hat in der Lernstatt Unterschlupf gefunden. Im Rahmen dieses Projektes wurden 20 Jugendliche auf 18 Monate beim Verein Wiener Jugendzentren angestellt und werden als Umweltberater ausgebildet. Im Rahmen ihrer Ausbildung, die sechs Monate dauert, haben sie die dem Projekt zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten und den Garten der Lernstatt adaptiert.

Getragen wird das Projekt Lernstatt vom Verein Jugendzentren der Stadt Wien und der Wiener Arbeitsmarktverwaltung. Die Jugendlichen bekommen, während sie in der Lernstatt betreut werden, Individualhilfen vom Arbeitsamt. (Schluß) jel/gg

„Vollwert-Gemeindebau“ in der Brigittenau wird eröffnet

Wien, 12.10. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Morgen, Freitag, um 15 Uhr wird ein neuer Gemeindebau in der Brigittenau durch Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER und Bezirksvorsteher Karl LACINA eröffnet. Die Wohnhausanlage im Bereich Hartlgasse-Pappenheimgasse-Dammstraße besteht aus drei unterschiedlichen Gebäuden mit zusammen 161 Wohnungen. Die Gesamtbaukosten dieser im Rahmen des Programmes „Vollwertiges Wohnen“ errichteten Anlage betragen 165 Millionen Schilling. Die Bevölkerung der Umgebung wurde zur Eröffnungsfeier eingeladen.



Foto: PID

Die namhaften Architekten GLÜCK, HOLZBAUER und HILMER/SATTLER berücksichtigten bei der Planung in hohem Maße Erkenntnisse und Empfehlungen der Sozialwissenschaften, der Humanbiologie und der Verhaltensforschung, wodurch das Wohn- und Freizeitverhalten der Menschen positiv beeinflusst werden soll. Die drei Wohnhäuser sind reichlich mit Veranden, Loggien und Terrassen, mit kleinen Vorgärten, Spiel- und Hobbybereichen, mit Sauna und sogar mit einem Schwimmbecken ausgestattet. Unter dem begrünten und als Garten gestalteten Freiraum zwischen den Gebäuden befindet sich eine Tiefgarage mit 115 Stellplätzen. (Schluß) ah/rr

„Heimerziehung – Ein Sozialpädagogischer Auftrag“

**Symposium des Wiener Jugendamtes und der Federation
Internationale des Communautes Educatives Österreich (FICE)**

Wien, 12.10. (RK-KOMMUNAL) Seit 20 Jahren veranstaltet das Wiener Jugendamt regelmäßig Enqueten und Symposien zum Themenkreis Heimerziehung. Eine Fortsetzung fand diese Veranstaltungsreihe Donnerstag im Symposium „Heimerziehung – Ein Sozialpädagogischer Auftrag“ in der Wiener Arbeiterkammer. Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL präsentierte im Rahmen einer Pressekonferenz Ergebnisse, Zukunftsperspektiven und Inhalte des Symposiums.

Ziel dieser Veranstaltungen, sagte Smejkal, sei es, Sozialpädagogen, Sozialarbeitern, Psychologen und leitenden Beamten des Jugendamtes die Möglichkeit zu geben, sich über aktuelle Trends zu informieren, Erfahrungen auszutauschen und neue Möglichkeiten zu erarbeiten.

Durch die 68er Studentenbewegung ausgelöst, (Slogan „öffnet die Heime“) veränderte das Jugendamt auf Grund eines Empfehlungskataloges der „Kommission für Fragen der Heimerziehung“ vorerst die äußeren Strukturen in den Heimen, zog Smejkal Bilanz:

- Reduzierung der Gruppengrößen auf 8 bis 15 Kinder und Jugendliche — heute leben in einer Gruppe durchschnittlich zehn Kinder.
- keine Differenzierung nach Alter und Geschlecht, sondern koedukative Gruppen — heute leben Buben und Mädchen speziell im Schulalter gemeinsam in den Gruppen
- Forderung nach Kleinheimen und Wohngemeinschaften — heute führt das Jugendamt neben einer Reihe von Kleinheimen zehn Sozialpädagogische Wohngemeinschaften
- Unterricht und Ausbildung extern — auch dieses Ziel konnte weitgehend durch intensive Zusammenarbeit mit der Schulbehörde verwirklicht werden.

Auch bei der sogenannten „inneren Heimreform“ konnten große Fortschritte erzielt werden. Im Mittelpunkt des pädagogischen Interesses steht das einzelne Kind mit seinen Fähigkeiten, die verstärkt werden sollen, sowie mit seinen Defiziten aus einer oft schwierigen Geschichte, die aufgeholt werden müssen. Die Entwicklung zur Eigenverantwortlichkeit, die Heimdemanokratie — mit mehr Raum für Selbstentscheidung und Selbststeuerung der Erzieher, aber auch der Kinder und Jugendlichen — wurde intensiviert. Heime und Wohngemeinschaften sind keine Orte der Zucht und Ordnung, wie das früher durchaus üblich war, sondern Orte des echten Zusammenlebens und des Miteinander für Kinder, Jugendliche und Erzieher geworden. Dem Jugendamt der Stadt Wien und der FICE-Österreich ist es daher ein großes Anliegen, die Öffentlichkeit über die großen Fortschritte in der Entwicklung außerfamiliärer Erziehung — durch Unterbringung in einem Heim oder bei einer Pflegefamilie — zu informieren und dadurch Vorurteile abzubauen. Die Internationale Gesellschaft für Heimerziehung verfaßte anlässlich ihres alle zwei Jahre stattfindenden Kongresses am 28. August 1986 in Malmö die „Malmöer Erklärung“, deren Anspruch es ist, die bestmöglichen Erziehungs- und Entwicklungschancen für Kinder und Jugendliche nach deren Bedürfnissen zu schaffen.

Leitmotiv für die Arbeit des Jugendamtes der Stadt Wien in den beiden letzten Jahrzehnten waren gestützte Familienerziehung statt Heimerziehung, erklärte Smejkal. Eine Reihe von Einrichtungen sind entstanden, die ambulante, prophylaktische Hilfe bei Erziehungs-, Verhaltens- und Schulproblemen anbieten. Dazu gehört ein Netz von 13 Sozialpädagogischen Beratungsstellen, drei Instituten für Sozialtherapie und 22 Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen. Auch Projekte wie Familienintensivbetreuung konnten gute Erfolge in der Hilfe zur Selbsthilfe der

Familien erzielen. Dieser erfolgreiche Ausbau ambulanter Einrichtungen hat in den letzten 15 Jahren letztlich dazu geführt, daß die Zahl jener Wiener Kinder und Jugendlichen, die außerhalb ihrer Familie von der Stadt Wien betreut werden müssen, um die Hälfte gesenkt werden konnte. Dazu beigetragen hat selbstverständlich auch der Ausbau des Pflegekinderwesens. Seit den 50er Jahren schwankte die Zahl der Heim- und Pflegekinder zwischen 5000 und 5500. 1978 sank diese Zahl erstmals unter 5000. 1986 konnte ein Traumziel des Jugendamtes erreicht werden: Die Zahl sank unter 4000. Aktuell sind derzeit 868 Kinder und Jugendliche in städtischen Heimen, 596 in Privatheimen und 1899 bei Pflegefamilien untergebracht. 1988 wurden insgesamt nur 621 Kinder in Gemeindepflege untergebracht.

Heimerziehung stellt eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe und Verantwortung dar. Das Jugendamt der Stadt Wien ist bemüht, nicht nur nach den Grundsätzen des mit 1. Juli in Kraft getretenen Bundes-Jugendwohlfahrtsgesetzes vorzugehen, sondern auch aus zwischenmenschlicher und menschlicher Verantwortung diesen gesellschaftlichen Auftrag so gut als möglich zu erfüllen, sagte Smejkal.

Veranstalter des Symposiums „Heimerziehung — Ein sozialpädagogischer Auftrag“ sind das Jugendamt der Stadt Wien und die Federation Internationale des Communautes Educatives Österreich (FICE).

Referenten der Tagung sind:

Univ.-Prof. Dr. Heinrich LUGGENER, Pädagogisches Institut der Universität Zürich

Dipl.-Psych. Prof. Jürgen KALCHER, Fachhochschule Hamburg-Fachbereich Sozialpädagogik

Univ.-Prof. Dr. Marian HEITGER, Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Wien.

(Forts. mgl.) jel/szm

Lateinamerikanische Literaturwoche „Gewalt und Zärtlichkeit“

Eröffnung am Samstag

Wien, 12.10. (RK-KULTUR) Am Samstag, dem 14. Oktober, 19.30 Uhr, wird die lateinamerikanische Literaturwoche „Gewalt und Zärtlichkeit“ von Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK eröffnet. Bis 21. Oktober werden im Rahmen dieser Veranstaltung im Tabakmuseum, Mariahilferstraße 2, Autoren aus Lateinamerika gemeinsam mit ihren Übersetzern, Herausgebern und mit der lateinamerikanischen Szene vertrauten österreichischen Schriftstellern aus ihren Werken lesen und sich zu vitalen Problemen ihrer Herkunftsländer, ihres Schaffens und ihrer Existenz äußern.

Die von Erich Hackl und Robert Menasse betreute Veranstaltungsreihe bietet ein weitgestecktes Spektrum lateinamerikanischer Literatur. Die Herkunft der Autoren aus verschiedenen Ländern und gesellschaftlichen Milieus verspricht eine Vielfalt verschiedenster Werke. Die Autoren stammen aus Uruguay, Brasilien, Kuba, Chile, Kolumbien, Nicaragua und Guatemala. In ihrer Heimat sehr populäre Bestsellerautoren wie Rubem FONSECA sind ebenso vertreten wie auch in Südamerika noch nicht so bekannte Schriftsteller. Die Lesungen werden in Originalsprache gehalten, Übersetzungen in deutscher Sprache liegen auf.

Der Titel der Veranstaltungsreihe „Gewalt und Zärtlichkeit“ spricht die Pole menschlichen Handelns und Fühlens an, um die die lateinamerikanische Literatur radikaler als anderswo kreist. Soziale und politische Spannungen kommen in den in der Literaturwoche vorgestellten Werken ebenso zur Sprache wie die Suche nach Zusammenhalt, die Sehnsucht nach einem Leben ohne Leid.

Das Programm der Literaturwoche:

SAMSTAG, 14. OKTOBER

19.30 Uhr: Eröffnung durch Ursula Pasterk,
Amtsführende Stadträtin für Kultur;
Eduardo Galeano (Uruguay) liest aus
„Das Buch der Umarmungen“
Vorstellung und Übersetzung: Erich Hackl

SONNTAG, 15. OKTOBER

15.30 Uhr: Kolloquium „Lateinamerikanische Identität und Europa“
Mit Eduardo Galeano (Uruguay), Suzy Sperber (Brasilien)
Berhard Widder (Österreich)
19.30 Uhr: Rubem Fonseca (Brasilien) und Moacyr Scliar (Brasilien)
lesen aus ihren Erzählungen
Vorstellung und Übersetzung: Karin von Schweder-Schreiner

MONTAG, 16. OKTOBER

19.30 Uhr: Jesus Diaz (Kuba) liest aus seinem Roman
„Die Zeichen der Erde“
Vorstellung und Übersetzung: Wilfried Böhringer

DIENSTAG, 17. OKTOBER

19.30 Uhr: Nicanor Parra (Chile) liest Poesie und Antipoesie
Vorstellung und Übersetzung: Peter Schultze-Kraft

MITTWOCH, 18. OKTOBER

19.30 Uhr: Arturo Alape (Kolumbien) und Luis Fayad (Kolumbien)
lesen aus ihren Erzählungen
Vorstellung und Übersetzung:
Werner Hörtner und Peter Schultze-Kraft

DONNERSTAG, 19. OKTOBER

19.30 Uhr: Ivan Angelo (Brasilien) liest aus seinem Roman „Das Fest“
Vorstellung und Übersetzung: Robert Menasse

FREITAG, 20. OKTOBER

15.30 Uhr: Kolloquium „Fakten und Fiktion“ mit Ivan Angelo (Brasilien)
und Lizandro Chavez Alfaro (Nicaragua)

19.30 Uhr: Lizandro Chavez Alfaro (Nicaragua) und Fernando Silva
(Nicaragua) lesen Erzählungen und Gedichte
Vorstellung und Übersetzung:
Wolfgang Fleischer und Dieter Masuhr

SAMSTAG, 21. OKTOBER

15.30 Uhr: Kolloquium „Verfolgung, Vertreibung, Rückkehr“ mit Arturo
Alape (Kolumbien), Ruth Aspöck (Österreich), Liliana Heker
(Argentinien) und Moacyr Scliar (Brasilien)

19.30 Uhr: Liliana Heker (Argentinien) liest Erzählungen
Ana Maria Rodas (Guatemala) liest
„Gedichte der erotischen Linken“
Vorstellung und Übersetzung: Marie Luise Kaltenegger

Prominenter Autor aus Uruguay liest zur Eröffnung

Eduardo Galeano, der am Samstag, den 14. Oktober, anlässlich der Eröffnung der Literaturwoche aus dem eben abgeschlossenen Buch „El libro de los abrazos“ (Das Buch der Umarmungen) liest, stammt aus Uruguay, wo er nach langjähriger Emigration (Argentinien und dann Spanien) heute wieder lebt. Bekannt geworden ist Galeano durch seinen großen Essay „Die offenen Adern Lateinamerikas“, in dem er die Wurzeln der Unterentwicklung bloßlegt. Auf Deutsch liegen weiters sein autobiographischer Bericht „Tage und Nächte von Liebe und Krieg“ und das dreibändige Werk „Erinnerung an das Feuer“ vor. Die zuletzt angeführte Trilogie ist ein historisch-literarisches Mosaik des amerikanischen Kontinents von den Ursprungsmythen der Ureinwohner bis zur Gegenwart.

„Seit meinem fünfzehnten Lebensjahr“, so der Autor, „habe ich nichts anderes versucht, als die Realität, die in mir und die um mich herum, zu beleuchten. Man schreibt mit der Absicht, das am Leben zu erhalten, was einem am Herzen liegt. Die Machthaber in unseren Ländern stört nichts so sehr wie das Gedächtnis. Es ist verboten, sich zu erinnern.“ (Schluß) gab/rr

Forts. von Blatt 2258

Umweltprojekt Reinigung in der Ganztagsschule Hochsatzengasse

Städtische Beschaffung und Ökologieinstitut starten Pilotprojekt

Wien, 12.10. (RK-KOMMUNAL) Reinigen ist — theoretisch — eine ganz einfache Sache. Gerade beim Putzen gibt es aber zahlreiche Möglichkeiten, umweltschonend zu handeln. Mit einem neuen Projekt, das auf Initiative von Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER nun durchgeführt wird, sollen Umweltfreundlichkeit von Reinigungsmitteln und -methoden bei der Stadt Wien verbessert und ökologische Alternativprodukte gefunden werden: Ein entsprechendes Projekt „Ökologisches Beschaffungswesen im Bereich Schulen“ wird vorerst in der Ganztagsschule 14, Hochsatzengasse, von der Schulverwaltung, dem Zentralen Einkauf der Stadt Wien und dem Ökologieinstitut gemeinsam durchgeführt. Der entsprechende Antrag auf Auftragsvergabe an das Ökologieinstitut — der Auftrag ist mit 300.000 Schilling dotiert — wurde heute, Donnerstag, vom Gemeinderatsausschuß Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst beschlossen.

Die MA 54 (Zentraler Einkauf) besorgt u. a. auch Reinigungsmittel für Schulen. Natürlich wird dabei nach Möglichkeit auf umweltfreundliche Beschaffung Rücksicht genommen, sicher können hier aber noch Verbesserungen erzielt werden. Das Projekt „Beschaffungswesen in Schulen mit dem Schwerpunkt Reinigung — am Beispiel der Schule Hochsatzengasse“ wird sich auch nicht „nur“ mit der Frage der Reinigungsmittel für die GTS Hochsatzengasse beschäftigen, sondern neben den AnwenderInnen auch SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern einbeziehen.

Wer sich übrigens die Ganztagsschule Hochsatzengasse und ihre zu reinigenden Flächen genauer ansieht, kommt bald drauf, daß Putzen gar nicht so einfach ist — tausende Quadratmeter verschiedener Böden, vom Lino- leum über Steinboden bis zum Parkett, außerdem Fliesen, Waschbecken, Toiletten, Fenster müssen gesäubert werden. Und der Schulwart, ebenso wie der Schuldirektor ökologischer Reinigung gegenüber aufgeschlossen, ist mit manchen der derzeit zur Verfügung stehenden Reiniger nicht eben glücklich...

An der Schule Hochsatzengasse werden deshalb heuer und im kommenden Jahr vom Ökologieinstitut gemeinsam mit Schulwart, Direktor, Lehrpersonal und SchülerInnen sowie Zentralem Einkauf

- umweltverträgliche Produktalternativen hinsichtlich Wirkung, Arbeitsaufwand, gesundheitlicher Auswirkungen und Kosten erprobt werden — als Entscheidungshilfe für die Beschaffung von umweltverträglicheren Mitteln. Die Informationen über die umweltverträglicheren Mittel stellt das Ökologieinstitut zur Verfügung.
- überprüft werden, ob und welche Maßnahmen getroffen werden können, um Schmutz besser zu vermeiden und so die Reinigungsintervalle zu ändern bzw. Spezialreinigungsmittel und „scharfe“ Reiniger einzusparen.
- Da auch der Einsatz von umweltverträglicheren Reinigungsmitteln immer noch einen gewissen Chemikalieneintrag in die Umwelt bringt, sollen durch richtige Dosierung und entsprechende Schulung des Reinigungspersonals Möglichkeiten gefunden werden, um mit weniger Reinigungsmitteln — natürlich ohne daß die Schule schmutzig oder unhygienisch wird — auszukommen. Gleichzeitig soll erprobt werden, ob es umweltschonendere Reinigungstechniken gibt (die Grundreinigung von beschichteten Fußböden z. B. verursacht einen nicht unerheblichen Chemikalieneinsatz).
- Das Projekt beinhaltet aber auch die Beratung der LehrerInnen, wie dieses Thema in den Unterricht miteinbezogen werden kann, und soll, ausgehend von der Modellschule Hochsatzengasse, Grundlagen für andere Schulen liefern.

(Schluß) hrs/gg

Arbeitstagung über Rohstoff- und Energieforschung

Wien, 12.10. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL eröffnete am Donnerstag im Wiener Rathaus die 12. Arbeitstagung der Bund/Bundesländer-Kooperation auf dem Gebiet der Rohstoff- und Energieforschung.

Bereits im Jahre 1978 waren in allen österreichischen Bundesländern sogenannte Bund/Bundesland-Koordinationskomitees zur gemeinsamen Vorbereitung, Durchführung und Finanzierung von Forschungsprojekten auf dem Gebiet der Rohstoff- und Energieforschung eingerichtet worden.

Sinn der Kooperationskomitees ist die möglichst effiziente und kostensparende Durchführung von Forschungsvorhaben, an denen sowohl der Bund als auch die Länder interessiert sind.

Das Koordinationskomitee Bund/Land Wien, das von der MD-Koordinationsbüro betreut wird, hat seit 1978 23 Arbeitssitzungen durchgeführt, 48 Projektanträge behandelt und 33 Forschungsprojekte — viele davon aus mehrjährigen Teilprojekten bestehend — durchgeführt.

Schwerpunkte der Forschung lagen in Wien in den folgenden Bereichen:

- a) Erforschung des Untergrundes im Hinblick auf Grundwasser (Grundwasserinformationssystem der Stadt Wien, chemische Untersuchungen, Trinkwasserversorgung).
- b) Recyclingprojekte (getrennte Altstoffaufbringung im dichtverbauten Stadtgebiet, getrennte Altstoffsammlung in Amtshäusern etc.).
- c) Naturraumpotential (Grünraumerhebung im Wiener Stadtgebiet mit Luftbilddauswertung zur Zustandserhebung des Wienerwaldes, Biotopkartierung Wien, Klimatographie von Wien, Seismische Mikrozonierung von Wien, Kartierung Kindberg im Zusammenhang mit Überleitung der Pfannbauernquelle).
- d) Biogene Rohstoffe (vergleichende Untersuchungen betreffend biologischen und konventionellen Landbau, Traubentrester, Zustandserhebung Wienerwald mit Untersuchung der biologischen Aktivität, Nährstoffdynamik und Schadstoffbelastung des Bodens, der Bodenstruktur und des Wasserhaushaltes; Untersuchung der Verwertbarkeit organischer Masse zur Herstellung von Bodendüngern).
- e) Energieprojekte (Sonnenenergie-Meßstellen, Windenergiekarte, Entgasungsversuche auf der Deponie Rautenweg).

Für die gemeinsamen Forschungsprojekte wurden 47,1 Millionen Schilling aufgewendet, davon 34,9 Millionen Schilling von der Stadt Wien und 12,2 Millionen Schilling vom Bund. (Schluß) du/rr

Stadt Wien gegen Kauf von Waren aus Südafrika

Wien, 12.10. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien ist eindeutig gegen den Kauf von Waren aus Südafrika und hat auch entsprechende Schritte unternommen: die MA 54, Zentraler Einkauf, kauft seit März 1988 keine Produkte südafrikanischer Herkunft. Auch in den anderen Geschäftsgruppen des Magistrats wurden die Abteilungen angewiesen, auf den Einkauf von Gütern aus der Republik Südafrika zu verzichten. Die Wiener Stadtwerke und die Heizbetriebe unterhalten keine wirtschaftlichen Beziehungen mit Firmen aus Südafrika; und von den Holding-Betrieben hatte lediglich die Wigast Handelsbeziehungen mit dem Apartheidland, aber auch hier gibt es bereits einen Bezugsstopp und daher kein südafrikanisches Frischobst mehr. Das berichtete Stadträtin Christine SCHIRMER heute, Donnerstag, im Gemeinderatsausschuß Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst zu einem im Juni im Gemeinderat eingebrachten Beschluß- und Resolutionsantrag. In diesem Antrag wurde das Verbot wirtschaftlicher Beziehungen mit der Republik Südafrika gefordert. Einen entsprechenden Beschluß hat auch die österreichische Bundesregierung aufgrund der UNO-Beschlüsse gegen die Apartheidpolitik gefaßt.

Wie die entsprechenden Recherchen im Bereich der Stadt Wien ergaben, wurden die in Frage kommenden Abteilungen von den zuständigen StadträtInnen bereits aufgefordert, auf den Kauf südafrikanischer Produkte zu verzichten. Zusätzlich wurden bisher schon die Kontrahenten der Stadt Wien zur Deklaration der Herkunftsländer aufgefordert. Eine lückenlose Erfüllung des Beschlußantrags ist allerdings leider nicht hundertprozentig zu garantieren, da eine gezielte Erfassung allfällig eingekaufter südafrikanischer Vorprodukte nicht möglich scheint. Mit den getroffenen Maßnahmen wird aber auf allen Ebenen auf den Kauf südafrikanischer Erzeugnisse selbst verzichtet.

Der entsprechende Bericht wurde mit den Stimmen der SPÖ und jenen dreier ÖVP-MandatarInnen und gegen die Stimmen eines ÖVP-Mandatars und der Vertreterin der FPÖ zur Kenntnis genommen. (Schluß) hrs/gg

75 Jahre Preyer'sches Kinderspital

Wien, 12.10. (RK-KOMMUNAL) Wiens größtes Kinderspital, das Preyer'sche Kinderspital im 10. Bezirk, feiert heuer sein 75jähriges Bestandsjubiläum. Aus diesem Anlaß findet morgen, Freitag, um 11 Uhr, eine offizielle Feier mit Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER statt. Kommenden Samstag, den 14. Oktober, veranstaltet das Spital in der Zeit von 11 bis 17 Uhr einen „Tag der offenen Tür“, in dessen Rahmen Krankenstationen, die Kinderkrankenpflegeschule und eine Fotoausstellung über die 75jährige Entwicklung des Krankenhauses besichtigt werden können. (Schluß) red/rr

Hörsaalzentrum der Neuen Wiener Universitätskliniken eröffnet

Wien, 12.10. (RK-KOMMUNAL) Seit Donnerstag vormittag ist die Besiedelung des Hauptgebäudes der Neuen Wiener Universitätskliniken (Allgemeines Krankenhaus) um einen wichtigen Schritt erweitert worden: In Anwesenheit von Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Dr. Erhard BUSEK, und Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, wurde das von der VAMED errichtete Hörsaalzentrum einschließlich der Fakultätsbibliothek eröffnet — es steht ab sofort für den Unterricht zur Verfügung.

Das Hörsaalzentrum umfaßt fünf Hörsäle. Einer mit 507 Sitzplätzen, zwei mit je 287 Plätzen und zwei mit je 147 Plätzen. Weiters gehören ihm 32 Kursräume sowie zwei Mikroskopiersäle an. Außerhalb des Hörsaalzentrums gibt es im Bereich verschiedener Institute und Kliniken weitere Kurs- und Seminarräume. Darüberhinaus wurden 16 Studentearbeitsräume in den Normalpflegebereichen eingerichtet.

Die drei Großhörsäle wurden mit Fernseh-Großbild-Projektionsanlagen ausgestattet. Es besteht die Möglichkeit von Fernsehübertragungen aus einigen Operationsräumen sowie Einspielungen aus dem Audio-Visionzentrum. Weiters stehen fahrbare Videokameras zur Verfügung, mit denen Aufnahmen von Patienten, die sich im Hörsaal oder in einem Demonstrationsraum befinden, gemacht und auf die Leinwand projiziert werden können.

Als er das Amt des Wiener Bürgermeisters übernommen habe, sei ihm auf Plakaten und in Debatten der Rat erteilt worden, einen Baustopp für das Neue AKH zu verfügen, und es als „Mahnmal“ unvollendet stehen zu lassen, sagte Bürgermeister Zilk anlässlich der Inbetriebnahme. Er habe dies nicht getan, und es sei erfreulich, daß heute niemand mehr den Bau in Frage stelle.

Minister Dr. Busek zeigte sich erfreut über die Einhaltung der Terminpläne und jüngste positive Kostenentwicklungen. Eine Frage, die noch für viel Diskussionsstoff sorgen wird, sei jene der künftigen Betriebskosten. Er forderte für die Zukunft eine klare Kompetenzdefinition zwischen Bund und Stadt Wien.

An der Feierstunde nahmen auch Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS und Dipl.-Ing. Peter BRODESSER (MA 16) teil. (Schluß) ull/rr



OSTARRICHI-DIENST der Stadt Wien

Nr. 1/1989

MA 53, 1082 Wien, Rathaus

Wien, 12. Oktober 1989

Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit einer Urkunde vom 1. November 996 schenkte Kaiser Otto III. der bischöflichen Kirche zu Freising 30 Königshufen Land in Neuhofen, „im Gebiet, das im Volksmund Ostarrichi genannt wird“. Das ist die erste urkundliche Nennung des Namens Österreich. Im Jahr 1996 wird diese Urkunde tausend Jahre alt. Das wird der Anlaß zu zahlreichen Veranstaltungen verschiedenster Art zum Thema „1000 Jahre Österreich“ sein.

Im Auftrag von Bürgermeister Dr. Zilk wurde im Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien ein Referat eingerichtet, das sich mit der Vorbereitung des Jubiläums befaßt. Die erste Aufgabe des Referats ist es, möglichst frühzeitig Informationen über Vorhaben für „1000 Jahre Österreich“ zu sammeln und umgehend an alle Interessenten weiterzugeben. Diesem Zweck dient der Ostarrichi-Dienst, dessen erste Ausgabe Sie in der Hand haben.

Dieser wechselseitige Informationsfluß soll dazu dienen, zeitliche, örtliche und inhaltliche Überschneidungen möglichst zu vermeiden sowie möglichst frühzeitig und wirkungsvoll national und international für das Jubiläum und die geplanten Veranstaltungen zu werben.

Wir bitten Sie deshalb, uns über entsprechende Vorhaben in Ihrem Bereich zu informieren. Bitte teilen Sie es uns auch mit, wenn Ihnen andere Aktivitäten oder Interessenten bekannt sind, die wir bisher nicht erfassen konnten.

Bei allen Überlegungen für das Jahr 1996 muß natürlich auch die Expo 95 berücksichtigt werden. Das Österreich-Jubiläum soll bereits bei der Expo 95 präsent sein, während umgekehrt Einrichtungen der Expo 95 für das Österreich-Jubiläum genutzt und Expo-Aktivitäten ins Jahr 1996 hinein fortgesetzt werden könnten.

Die Aktivitäten zum Jubiläum „1000 Jahre Österreich“ könnten auch mit anderen „runden Jahrestagen“ verbunden werden, z. B.: 1296 ältestes erhalten gebliebenes Stadtrecht von Wien, 1896 erste Kinovorführung in Wien, 1946 Rückkehr der Reichskleinodien nach Wien.

Bei der Festsetzung von Terminen für 1996 ist auch zu bedenken, daß die Olympischen Sommerspiele in diesem Jahr besonders spektakulär inszeniert werden, weil – noch ein Jubiläum – „100 Jahre Olympische Spiele der Neuzeit“ gefeiert wird. Schauplatz der Spiele wird wahrscheinlich Athen sein, wo auch die Spiele 1896 stattgefunden haben. Sollte Griechenland die Finanzierung nicht sichern können, muß nach dem derzeitigen Stand der Dinge zwischen den Bewerbungen von Manchester, Melbourne, Atlanta und Toronto entschieden werden.

Wir legen Ihnen einen kleinen Kalender für das Jahr 1996 bei.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Kurt Stimmer

P.S.: Telefonisch sind wir unter 42 800/2974 erreichbar.

Januar 1996

Februar 1996

März 1996

1 Neujahr	1.	1 ^{Do}		1 ^{Fr}	
2 ^{Di}		2 ^{Fr}		2 ^{Sa}	
3 ^{Mi}		3 ^{Sa}		3 ^{So}	
4 ^{Do}		4 ^{So}		4 ^{Mo}	10.
5 ^{Fr}		5 ^{Mo}	6.	5 ^{Di}	
6 Heilige 3 Könige		6 ^{Di}		6 ^{Mi}	
7 ^{So}		7 ^{Mi}		7 ^{Do}	
8 ^{Mo}	2.	8 ^{Do}		8 ^{Fr}	
9 ^{Di}		9 ^{Fr}		9 ^{Sa}	
10 ^{Mi}		10 ^{Sa}		10 ^{So}	
11 ^{Do}		11 ^{So}		11 ^{Mo}	11.
12 ^{Fr}		12 ^{Mo}	7.	12 ^{Di}	
13 ^{Sa}		13 ^{Di}		13 ^{Mi}	
14 ^{So}		14 ^{Mi}		14 ^{Do}	
15 ^{Mo}	3.	15 ^{Do}		15 ^{Fr}	
16 ^{Di}		16 ^{Fr}		16 ^{Sa}	
17 ^{Mi}		17 ^{Sa}		17 ^{So}	
18 ^{Do}		18 ^{So}		18 ^{Mo}	12.
19 ^{Fr}		19 ^{Mo}	8.	19 ^{Di}	
20 ^{Sa}		20 ^{Di}		20 ^{Mi}	
21 ^{So}		21 ^{Mi}		21 ^{Do}	
22 ^{Mo}	4.	22 ^{Do}		22 ^{Fr}	
23 ^{Di}		23 ^{Fr}		23 ^{Sa}	
24 ^{Mi}		24 ^{Sa}		24 ^{So}	
25 ^{Do}		25 ^{So}		25 ^{Mo}	13.
26 ^{Fr}		26 ^{Mo}	9.	26 ^{Di}	
27 ^{Sa}		27 ^{Di}		27 ^{Mi}	
28 ^{So}		28 ^{Mi}		28 ^{Do}	
29 ^{Mo}	5.	29 ^{Do}		29 ^{Fr}	
30 ^{Di}				30 ^{Sa}	
31 ^{Mi}				31 ^{So}	

April 1996

Mai 1996

Juni 1996

1 ^{Mo}	14.	1 ^{Staatsfeiertag}	1 ^{Sa}
2 ^{Di}		2 ^{Do}	2 ^{So}
3 ^{Mi}		3 ^{Fr}	3 ^{Mo} 23.
4 ^{Do}		4 ^{Sa}	4 ^{Di}
5 ^{Karfreitag}		5 ^{So}	5 ^{Mi}
6 ^{Sa}		6 ^{Mo} 19.	6 ^{Fronleichnam}
7 ^{Ostersonntag}		7 ^{Di}	7 ^{Fr}
8 ^{Ostermontag}	15.	8 ^{Mi}	8 ^{Sa}
9 ^{Di}		9 ^{Do}	9 ^{So}
10 ^{Mi}		10 ^{Fr}	10 ^{Mo} 24.
11 ^{Do}		11 ^{Sa}	11 ^{Di}
12 ^{Fr}		12 ^{So}	12 ^{Mi}
13 ^{Sa}		13 ^{Mo} 20.	13 ^{Do}
14 ^{So}		14 ^{Di}	14 ^{Fr}
15 ^{Mo}	16.	15 ^{Mi}	15 ^{Sa}
16 ^{Di}		16 ^{Christi Himmelfahrt}	16 ^{So}
17 ^{Mi}		17 ^{Fr}	17 ^{Mo} 25.
18 ^{Do}		18 ^{Sa}	18 ^{Di}
19 ^{Fr}		19 ^{So}	19 ^{Mi}
20 ^{Sa}		20 ^{Mo} 21.	20 ^{Do}
21 ^{So}		21 ^{Di}	21 ^{Fr}
22 ^{Mo}	17.	22 ^{Mi}	22 ^{Sa}
23 ^{Di}		23 ^{Do}	23 ^{So}
24 ^{Mi}		24 ^{Fr}	24 ^{Mo} 26.
25 ^{Do}		25 ^{Sa}	25 ^{Di}
26 ^{Fr}		26 ^{Pfingstsonntag}	26 ^{Mi}
27 ^{Sa}		27 ^{Pfingstmontag} 22.	27 ^{Do}
28 ^{So}		28 ^{Di}	28 ^{Fr}
29 ^{Mo}	18.	29 ^{Mi}	29 ^{Sa}
30 ^{Di}		30 ^{Do}	30 ^{So}
		31 ^{Fr}	

Juli 1996

August 1996

September 1996

1 ^{Mo}	27.	1 ^{Do}		1 ^{So}	
2 ^{Di}		2 ^{Fr}		2 ^{Mo}	36.
3 ^{Mi}		3 ^{Sa}		3 ^{Di}	
4 ^{Do}		4 ^{So}		4 ^{Mi}	
5 ^{Fr}		5 ^{Mo}	32.	5 ^{Do}	
6 ^{Sa}		6 ^{Di}		6 ^{Fr}	
7 ^{So}		7 ^{Mi}		7 ^{Sa}	
8 ^{Mo}	28.	8 ^{Do}		8 ^{So}	
9 ^{Di}		9 ^{Fr}		9 ^{Mo}	37.
10 ^{Mi}		10 ^{Sa}		10 ^{Di}	
11 ^{Do}		11 ^{So}		11 ^{Mi}	
12 ^{Fr}		12 ^{Mo}	33.	12 ^{Do}	
13 ^{Sa}		13 ^{Di}		13 ^{Fr}	
14 ^{So}		14 ^{Mi}		14 ^{Sa}	
15 ^{Mo}	29.	15 ^{Maria Himmelfahrt}		15 ^{So}	
16 ^{Di}		16 ^{Fr}		16 ^{Mo}	38.
17 ^{Mi}		17 ^{Sa}		17 ^{Di}	
18 ^{Do}		18 ^{So}		18 ^{Mi}	
19 ^{Fr}		19 ^{Mo}	34.	19 ^{Do}	
20 ^{Sa}		20 ^{Di}		20 ^{Fr}	
21 ^{So}		21 ^{Mi}		21 ^{Sa}	
22 ^{Mo}	30.	22 ^{Do}		22 ^{So}	
23 ^{Di}		23 ^{Fr}		23 ^{Mo}	39.
24 ^{Mi}		24 ^{Sa}		24 ^{Di}	
25 ^{Do}		25 ^{So}		25 ^{Mi}	
26 ^{Fr}		26 ^{Mo}	35.	26 ^{Do}	
27 ^{Sa}		27 ^{Di}		27 ^{Fr}	
28 ^{So}		28 ^{Mi}		28 ^{Sa}	
29 ^{Mo}	31.	29 ^{Do}		29 ^{So}	
30 ^{Di}		30 ^{Fr}		30 ^{Mo}	40.
31 ^{Mi}		31 ^{Sa}			

Oktober 1996

November 1996

Dezember 1996

1 ^{Di}	1 ^{Alleheiligen}	1 ^{So}
2 ^{Mi}	2 ^{Sa}	2 ^{Mo} 49.
3 ^{Do}	3 ^{So}	3 ^{Di}
4 ^{Fr}	4 ^{Mo} 45.	4 ^{Mi}
5 ^{Sa}	5 ^{Di}	5 ^{Do}
6 ^{So}	6 ^{Mi}	6 ^{Fr}
7 ^{Mo} 41.	7 ^{Do}	7 ^{Sa}
8 ^{Di}	8 ^{Fr}	8 ^{Mariä Empfängnis}
9 ^{Mi}	9 ^{Sa}	9 ^{Mo} 50.
10 ^{Do}	10 ^{So}	10 ^{Di}
11 ^{Fr}	11 ^{Mo} 46.	11 ^{Mi}
12 ^{Sa}	12 ^{Di}	12 ^{Do}
13 ^{So}	13 ^{Mi}	13 ^{Fr}
14 ^{Mo} 42.	14 ^{Do}	14 ^{Sa}
15 ^{Di}	15 ^{Fr}	15 ^{So}
16 ^{Mi}	16 ^{Sa}	16 ^{Mo} 51.
17 ^{Do}	17 ^{So}	17 ^{Di}
18 ^{Fr}	18 ^{Mo} 47.	18 ^{Mi}
19 ^{Sa}	19 ^{Di}	19 ^{Do}
20 ^{So}	20 ^{Mi}	20 ^{Fr}
21 ^{Mo} 43.	21 ^{Do}	21 ^{Sa}
22 ^{Di}	22 ^{Fr}	22 ^{So}
23 ^{Mi}	23 ^{Sa}	23 ^{Mo} 52.
24 ^{Do}	24 ^{So}	24 ^{Di}
25 ^{Fr}	25 ^{Mo} 48.	25 ^{1. Weihnachtstag}
26 ^{Nationalfeiertag}	26 ^{Di}	26 ^{2. Weihnachtstag}
27 ^{So}	27 ^{Mi}	27 ^{Fr}
28 ^{Mo} 44.	28 ^{Do}	28 ^{Sa}
29 ^{Di}	29 ^{Fr}	29 ^{So}
30 ^{Mi}	30 ^{Sa}	30 ^{Mo}
31 ^{Do}		31 ^{Di}

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: Pressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240. Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort: Wien.
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 13. Oktober 1989

Blatt 2265

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Am Spittelberg wurden wieder zwei alte Wohnhäuser saniert (2266/2267)
- Neue Leiterin des Gesundheitsamtes (2268)
- „Feuerwehren in Penzing“ (2269)
- Volksschulen und Kindertagesheim im 20. Bezirk eröffnet (2270)
- „Tora-san fährt nach Wien“ (2271)
- 1989: Rekordinvestitionen in der Stadterneuerung (2272/2273)
- Vereinbarung Bund und Land Wien über Hubschrauber-Rettungsdienst (2274)
- Terminvorschau vom 16. bis 26. Oktober (2276/2277)
- 18, Hans-Sachs-Gasse 12: die derzeitige Situation (2278)
- 75 Jahre Preyer'sches Kinderspital (2279)
- Am Montag, 16. Oktober 1989: Wiener Drogentelefon 42 22 44 (2280)
- Ausbau des Handelskais macht Baumfällungen erforderlich (2281)
- Mann geriet unter Straßenbahn: tot (nur FS/12.10.)
- 400ste Radabstellanlage: Terminvorverlegung (nur FS)

Wirtschaft:

- „Wienerwald“ ist auf Erfolgskurs (2275)

Am Spittelberg wurden wieder zwei alte Wohnhäuser saniert

Wien, 13.10. (RK-LOKAL) Am Spittelberg wurden wieder zwei alte, denkmalgeschützte Wohnhäuser vorbildlich revitalisiert: das Haus „Zum schwarzen Mohren“ in der Burggasse 19/Spittelberggasse 19 und das Haus „Zum roten Stern“ in der Gardegasse 5.



Wien 7, Gardegasse 5 („Zum roten Stern“)

Die beiden Häuser stammen mit ihren ältesten Teilen aus der Zeit nach der zweiten Türkenbelagerung, also dem späten 17. Jahrhundert. Nach rund 300 Jahren waren sie in desolatem Zustand und standen seit Jahren fast gänzlich leer. Die Stadt Wien verkaufte die Häuser an die Wohnbauvereinigung für Privatangestellte, die die Gebäude mit Wohnbauförderung und in Zusammenarbeit mit dem Bundesdenkmalamt vorbildlich revitalisierte. Unter Erhaltung wertvoller Bauteile entstanden insgesamt zwölf moderne 2- bis 4-Zimmer-Wohnungen.

Im Haus „Zum schwarzen Mohren“ in der Burggasse blieb die reichgegliederte Außenfassade erhalten, das Portal wurde rekonstruiert, das Dach aus alten Wiener Taschenziegeln wiederhergestellt. Im Innenhof wurden die „Pawlatschen“ unter Verwendung alter Teile bestandsgetreu hergestellt und zeigen so wie der Stiegenhausbereich wieder ihr ursprüngliches Aussehen. Die Hopfpflasterung wurde mit altem Großsteinpflaster ausgeführt. Im Erdgeschoß befinden sich zwei kleine Gastlokale, wobei die wertvollen alten Gewölbe unverändert und frei von Einbauten belassen werden konnten.



Wien 7, Ecke Burggasse 19/ Spittelberggasse 19 („Zum schwarzen Mohren“)

Fotos: PID/Landesbildstelle

Beim Haus „Zum Roten Stern“ in der Gardegasse blieben zunächst nur die Außenfassade mit dem wertvollen Originalputz und das reizvolle kleine Stiegenhaus bestehen. Denn das Gebäude mußte zur Verbesserung der Lichtverhältnisse entkernt und der Innenhof vergrößert werden. Um den gepflasterten Hof mit Laube und Brunnen sind nun Kinderspiel- und Gemeinschaftsraum sowie eine Sauna angeordnet. Sämtliche Wohnungsgrundrisse wurden neu konzipiert. Die originale Eingangstüre aus dem 18. Jahrhundert wurde sorgfältig restauriert, auch hier wurden zur Dachdeckung alte Wiener Taschenziegel verwendet.

Ausstellungseröffnung am 16. Oktober durch Stadtrat Edlinger

Eine Ausstellung über die beiden Sanierungen wird kommenden Montag, den 16. Oktober, um 19 Uhr, durch Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER und Bezirksvorsteher KR Josef KARRER in der Filiale Siebensterngasse 42 der „Zentralsparkasse“ (7. Bezirk) eröffnet. Die Vertreter der Medien sind dazu herzlich eingeladen. (Schluß) ah/gg

Forts. von Blatt 2266

Neue Leiterin des Gesundheitsamtes

Wien, 13.10. (RK-KOMMUNAL) Das Gesundheitsamt der Stadt Wien (MA 15) hat eine neue Leiterin: Hofrätin Stadtphysika Dr. Helene KAPAUN wurde Donnerstag nachmittag von Magistratsvizedirektor Dr. Alfred PEISCHL in dieses Amt eingeführt. Sie folgt damit Landessanitätsdirektor Oberstadtpophysikus Hofrat Dr. Ermar JUNKER, der in den Ruhestand getreten ist.

Als Leiterin des Gesundheitsamtes ist Frau Dr. Kapaun zugleich auch Landessanitätsdirektorin von Wien. Die Bundeshauptstadt ist damit das erste Bundesland Österreichs, das diese Funktion mit einer Frau besetzt hat. Dr. Kapaun — seit 1966 im Gesundheitsamt tätig — war unter anderem Leiterin des Bezirksgesundheitsamtes für den 22. Bezirk und übernahm später die Leitung des Referats Gesundheitsfürsorge für Mutter und Kind. Unter anderem wirkte sie maßgeblich bei der Gestaltung des Mutter-Kind-Passes mit. Seit 1987 war sie Stellvertreterin des Abteilungsleiters.

Dr. Ermar Junker stand seit 1972 an der Spitze des Gesundheitsamtes.

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER und Personalstadtrat Dr. Hannes SWOBODA dankten anlässlich der Verabschiedung von Dr. Junker und der Amtseinführung von Frau Dr. Kapaun dem scheidenden Landessanitätsdirektor für dessen verdienstvolle und erfolgreiche Tätigkeit und betonten übereinstimmend, daß mit Frau Dr. Kapaun die beste Kandidatin für diese Funktion gewählt wurde.

Bürgermeister Zilk unterstrich insbesondere, daß es stets gelungen sei, die Arbeit des Gesundheitsamtes aus dem politischen Streit herauszuhalten, und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß dies auch in Zukunft der Fall sein werde.

Stadtrat Stacher hob hervor, daß Frau Dr. Kapaun eine Persönlichkeit sei, die dazu in der Lage ist, die im Gesundheitswesen laufend notwendigen Veränderungen und Reformen durchzuführen.

Magistratsvizedirektor Dr. Peischl wies darauf hin, daß das Gesundheitsamt auch behördliche Aufgaben zu erfüllen habe, wofür im Dienste der Bürger auch Härte und Konsequenz — etwa im Bereich der sanitären Überwachung — notwendig sei.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Nationalratspräsident Rudolf PÖDER, überbrachte dem scheidenden Landessanitätsdirektor und der neuen Abteilungsleiterin den Dank und die Glückwünsche der Gewerkschaft.

Der Amtseinführung wohnten auch Stadträtin Christine SCHIRMER, der designierte Gesundheitsstadtrat Dr. Sepp RIEDER sowie Mitglieder des Wiener Gemeinderates bei. (Schluß) ger/rr

„Feuerwehren in Penzing“

Ausstellung im Bezirksmuseum Penzing

Wien, 13.10. (RK-LOKAL) Im Bezirksmuseum Penzing, 14, Penzinger Straße 59, ist bis Juni 1990 die Ausstellung „Feuerwehren in Penzing. Von den Anfängen bis zur Gegenwart“ zu sehen. Unter anderem kann auch eine alte Dampfspritze der Wiener Berufsfeuerwehr im Garten des Bezirksmuseums besichtigt werden. Die Ausstellung ist jeden Mittwoch von 17 bis 19 Uhr und jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) gab/rr

Volksschulen und Kindertagesheim im 20. Bezirk eröffnet

Wien, 13.10. (RK-KOMMUNAL) Zwei Volksschulen mit insgesamt 16 Klassen und ein Kindertagesheim mit sieben Gruppen eröffnete Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL Freitag in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste im 20. Bezirk, Treustraße 55.

Der von den Architekten PRUSCHA, KASTNER und LINDNER geplante Schulneubau wurde als Ersatz für das in keiner Weise mehr den Anforderungen moderner Pädagogik entsprechende Schulgebäude Gerhardusgasse 7 errichtet. Die Baukosten für Schule und Kindertagesheim betragen insgesamt 136 Millionen Schilling, die Kosten für die Einrichtung der Schule rund 2 Millionen Schilling. Mit den Bauarbeiten wurde 1983 begonnen, der Schulbetrieb konnte bereits 1988 aufgenommen werden.

Im neuen Schulgebäude Treustraße 55 sind zur Zeit zwei Volksschulen mit insgesamt 386 Kindern und ein Kindertagesheim mit einem Kindergarten, einer Hortgruppe und vier der Schule angeschlossenen Heimschulen, in denen insgesamt 175 Kinder betreut werden, untergebracht. (Schluß)
jel/gg

„Tora-san“ fährt nach Wien

Europapremiere im Austria Center

Wien, 13.10. (RK-LOKAL) In Anwesenheit von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK fand Donnerstag abend im Austria Center Vienna die Europapremiere des japanischen Kinofilms „Tora-san fährt nach Wien“ statt. Der 41. Film der Tora-san-Serie war auf Initiative des Bürgermeisters im heurigen Juni zum größten Teil in Wien gedreht worden. Mittlerweile haben ihn Millionen Japaner im Kino gesehen.

Als Zeichen des Dankes überreichte Bürgermeister Zilk an Hauptdarstellerin Keiko TAKESHITA, Generaldirektor Nobuyoshi OHTANI und Produzent Kiyo KUROSU den „Goldenen Rathausmann“. Regisseur und Drehbuchautor Yoji YAMADA, der nicht nach Wien kommen konnte, wurde während der „Österreich-Wochen“ in Tokio von Fremdenverkehrsdirektor Dr. Helmut KREBS mit der Johann-Strauß-Medaille für besondere Verdienste ausgezeichnet.

„Tora-san“ ist mit bisher 41 Filmen in 20 Jahren die am längsten laufende Spielfilmserie der Welt. Der 41. Film ist der erste, in dem Herr Tora (Zilk: „Der Mundl von Japan“) ins Ausland fährt. Die Produktionsfirma Shochiku Ltd. hat nach eigenen Angaben mit Tora-sans Wiener Abenteuern bereits 100 Millionen Schilling verdient. Für den Wien-Tourismus ist der Film dank seiner weiten Verbreitung — z.B. sind TV-Ausstrahlungen in Italien, Frankreich und Schweden bereits fixiert — hervorragende Werbung. (Schluß)
wfv/rr

1989: Rekordinvestitionen in der Stadterneuerung

4 Milliarden für Wohnhaussanierung und Wohnungsverbesserung

Wien, 13.10. (RK-KOMMUNAL) Die Stadterneuerung erlebt in Wien wieder ein Rekordjahr. Im Bereich der Wohnhaussanierung und Wohnungsverbesserung soll das Bauvolumen heuer auf über 4 Milliarden Schilling gesteigert werden. Das gab Wiens Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER Freitag bei einer Pressekonferenz bekannt.

Ermöglicht wird das durch eine außerordentliche Erhöhung der Förderungsmittel, die fast ausschließlich privaten Sanierungsvorhaben zugute kommen wird.

Dieses Investitionsvolumen von fast 4 Milliarden Schilling soll auch 1990 aufrechterhalten bleiben. Dadurch wird für viele Förderungswerber die Wartezeit verkürzt.

Insgesamt hat sich das Bauvolumen in der Stadterneuerung in Wien aufgrund der hohen Förderung gegenüber 1986 mehr als verdoppelt. Hauptgrund ist die enorme Zunahme geförderter Wohnhaussanierungen. Seit Beginn der Förderung der Wohnhaussanierung in Wien 1985 wurden mit Stichtag 10.10.1989 1.400 Wohnhaussanierungen mit einem Bauvolumen von 8,3 Milliarden Schilling durch das Land Wien gefördert. Im Frühjahr 1990 wird die 10-Milliarden-Grenze überschritten werden.

Bemerkenswert ist, daß in den vergangenen fünf Jahren der Anteil privater Hauseigentümer am Sanierungsgeschehen gewaltig gestiegen ist. Drei Viertel der Förderungsmittel fließen heuer in Sanierungen privater Wohnhäuser. Dort ist der Erneuerungsbedarf am größten. Etwa ein Viertel der Förderungsmittel wird für die Sanierung von Wohnhäusern der Gemeinde Wien und von gemeinnützigen Bauvereinigungen aufgewendet.

Änderung des Mietrechtsgesetzes

Stadtrat Edlinger informierte weiters über die Forderungen, die das Land Wien in die laufenden Expertengespräche im Parlament über eine Novellierung des Mietrechtsgesetzes einbringt. Demnach fordert das Land Wien:

1. **eine Erweiterung der Mietermitbestimmung**
2. **keine Erhöhung oder Aufhebung der Mietzinsobergrenzen**
3. **kein Verkauf von Mietwohnungen (insbesondere geförderte und Gemeindewohnungen)**
4. eine Novellierung des § 18 Mietrechtsgesetz, um
 - a) den Rückzahlungszeitraum von Reparaturkosten von 10 auf 15 Jahre zu verlängern (das senkt die monatliche Belastung),
 - b) den Einsatz von Eigenmitteln für Reparaturzwecke durch den Hauseigentümer attraktiver zu machen.

ad 1.: Die **Erweiterung der Mietermitbestimmung** sollte in Anlehnung an das „Mitbestimmungsstatut“ für die Wiener Gemeindemieter erfolgen (Mietervertreter, Mitbestimmung bei Reparaturen, bei der Hausordnung oder der Nutzung von Gemeinschaftsanlagen usw.).

ad 2.: Wien tritt für eine **Beibehaltung der Mietzinsobergrenzen** für Wohnungen bestimmter Ausstattungskategorien ein. Wien würde diesen Standpunkt auch bei einer allfälligen „Verlängerung“ der Mietzinsbildungsbefugnis beibehalten.

ad 3.: Wien wird einem **Verkauf von Mietwohnungen** — insbesondere von geförderten und Gemeindewohnungen — nicht zustimmen. Die Erfahrungen vieler ausländischer, vor allem bundesdeutscher Städte zeigen äußerst negative Auswirkungen (Verknappung preiswerter Wohnungen durch spekulative, gewinnorientierte Weitervermietung und allgemeines Ansteigen des Mietenniveaus, Absiedlung der ursprünglichen Mieter, Gewinner sind die Reichen).

ad 4.: Das Land Wien schlägt einen **§ 18 c im Mietrechtsgesetz** vor, der für Reparaturzwecke am Haus den Einsatz von Eigenmitteln durch den Hauseigentümer attraktiver macht. Voraussetzung sollte sein, daß mindestens ein Viertel der Wohnungen vom Ausstattungsstandard D oder C auf B oder A verbessert wird (Einbau von WC, Bad, Zentralheizung). Eine Erhöhung des Hauptmietzinses zur Rückzahlung der Eigenmittel an den Hauseigentümer soll aber nur dann möglich sein, wenn mindestens zwei Drittel der Mieter dieser Vorgangsweise zustimmen. Der Eigenmitteleinsatz sollte mit 6 Prozent p. a. renditiert werden. Die Belastungen für die Mieter wären im Vergleich zum „normalen“ § 18 geringer.

Wiener Wohnbauförderungsgesetz/2. Teil

Das neue Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz 1989 ist seit 1. Juni in Kraft, ebenso die Durchführungsverordnungen.

Stadtrat Edlinger teilte mit, daß das Gesetz nun um zwei Hauptstücke erweitert werden soll. Ein Entwurf des Amtes der Landesregierung lag bis 8. September in den Bezirksämtern auf. Damit soll die Mietzinsbildung bei geförderten Wohnungen, die begünstigte vorzeitige Rückzahlung von alten Förderungsdarlehen und die Übertragung von nach dem neuen Gesetz geförderten Mietwohnungen ins Eigentum der Mieter geregelt werden.

Die eingelangten Stellungnahmen werden nun auf Expertenebene diskutiert. Mit einer Beschlußfassung dieser zwei Hauptstücke durch den Wiener Landtag ist noch heuer zu rechnen. (Schluß) ah/gg

Forts. von Blatt 2272

Vereinbarung Bund und Land Wien über Hubschrauber-Rettungsdienst

Wien, 13.10. (RK-KOMMUNAL) Innenminister Dr. Franz LÖSCHNAK und der Wiener Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK unterzeichneten am Freitag eine Vereinbarung gemäß Art. 15a der Bundesverfassung zwischen dem Bund und dem Land Wien über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst.

Damit soll die ärztliche Versorgung von Notfallpatienten sowie die Hilfeleistung bei drohenden Gefahren im Rahmen des Zivilschutzes und der Katastrophenhilfe verbessert werden. Bund und Land Wien werden mit Unterstützung der Sozialversicherungsträger und anderer Kostenträger für Rettungsflüge geeignete Hubschrauber des Innenministeriums einsetzen. Das Innenministerium stellt das Flugpersonal und die Infrastruktur, Wien übernimmt die Kosten der Rettungsleitstelle und der Beistellung von Ärzten, Sanitätern und Bergungsspezialisten. Nach dem Rettungskonzept des Landes Wien wird die Einbeziehung von Hubschraubern des Innenministeriums eine Ergänzung des Notarztwagensystems bewirken. Durch die gute Versorgung Wiens mit Notarzt- und Rettungswagen ist der Einsatz des Rettungshubschraubers insbesondere im Bereich der Autobahnen vorgesehen. (Schluß) fk/rr

„Wienerwald“ ist auf Erfolgskurs

Hundertwasser gestaltet Autobahnraststätte Bad Fischau

Wien, 13.10. (RK-WIRTSCHAFT) Die Wienerwaldgaststätten, die im März von der Wiener Holding übernommen wurden, liegen derzeit auf Erfolgskurs. In einem Pressegespräch konnte WIGAST-Chef Günther WÖSS auf eine Umsatzsteigerung von acht Prozent verweisen. Zum Wienerwald-Konzern gehören heute 52 Gaststätten in ganz Österreich. Im Vorjahr wurden in diesen rund 2,3 Millionen Portionen Hendl verkauft. Wöss ist stolz darauf, daß die Hendl des Wienerwalds keine Batterie-Hühner sondern Freiland-Hühner sind. Der Gewinn des Unternehmens wird bei etwa 50 Millionen Schilling erwartet. Im Zug einer Standortbereinigung werden drei Betriebe geschlossen werden, darunter der Standort Westbahnstraße in Wien.

Hundertwasser gestaltet Raststätte Bad Fischau

Derzeit werden auch die zum Konzern gehörenden Autobahnraststätten renoviert. Mit Kuppeln, Kugeln, Türmchen, Farben und viel Grün wird sich im nächsten Jahr die Autobahn-Raststätte Bad Fischau als neueste Schöpfung von Friedensreich HUNDERTWASSER präsentieren. Wienerwald läßt diese Raststätte, die den heutigen Anforderungen nicht mehr entspricht, durch den Künstler umgestalten. In dieser Raststätte wird es auch ein Wiener Cafe und einen Hundertwasser-Shop geben. (Schluß) fk/rr.



Das Modell der Hundertwasser-Autobahnraststätte an der Südatautobahn

Foto: Holding

Terminvorschau vom 16. bis 26. Oktober

Wien, 13. 10. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 16. bis 26. Oktober hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 16. OKTOBER:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Edlinger an Herbert Glaser (Arb.-Zi, Edlinger)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Landtmann)

11.30 Uhr, 400. Radabstellanlage in Wien, StR. Hatzl (14, beim Technischen Museum/Seite Mariahilfer Straße)

19.00 Uhr, Eröffnung einer Ausstellung über zwei sanierte Barockhäuser auf dem Spittelberg, StR. Edlinger (Zentralsparkasse Siebensterngasse)

DIENSTAG, 17. OKTOBER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 18. OKTOBER:

10.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener Holding, Wiener Veranstaltungsservice (Theater/Wien, Großer Pausenraum)

13.00 Uhr, Eröffnungsfeier der Volkshochschule Donaustadt, Bgm. Zilk, Vzbgm. Smejkal (22, HdB Bernoullistraße/Schrödingerplatz)

14.00 Uhr, Überreichung des Dekretes „Regierungsrat“ an die Oberamtsräte Helmut Grimling, Walter Killer, Franz Thaller durch StR. Swoboda (Steinerner Saal I, Rathaus)

15.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Bezirksvorsteher Walter Kasperek (Arb.-Zi, Bgm.)

FREITAG, 20. OKTOBER:

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung an Bundesrat Rudolf Sommer durch Bgm. Zilk (Arbeitszimmer)

SAMSTAG, 21. OKTOBER:

11.00 Uhr, Enthüllung einer Gedenktafel zu Ehren von Alfred Grünwald durch Bgm. Zilk (Kulturverein Alsergrund — „Unser 9.“, 9, Kolingasse 4)

MONTAG, 23. OKTOBER:

10.30 Uhr, Presseführung „Moskau-Wien-New York“ (Messepalast)

11.00 Uhr, Pressegespräch Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Hatzl an Komm.-Rat Ing. Hans Drescher (Steinerner Saal, Rathaus)

17.00 Uhr, Ausstellungseröffnung „U-Bahn-Planung 2. Phase“ durch StR. Hatzl und StR. Swoboda (Planungswerkstatt, 1, Rathausstraße 9)

DIENSTAG, 24. OKTOBER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an GR Dkfm. Dr. Adolf Aigner, GR Hans Brosch, GR Komm.-Rat Werner Haubenburger, GR a.D. Karl Hengelmüller, Abg. z. NR a.D. Ing. Hans Hobl, Abg. z. NR Ing. Ernst Nedwed, GR a.D. Ernst Nußbaum, GR Gerhard Oblasser, GR Prof. Dr. Wolfgang Petrik (Vizepräsident des Stadtschulrates für Wien), GR a.D. Dkfm. Dr. Sigrun Schlick, GR Oswald Strangl und Abg. z. NR Kurt Eder (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

DIENSTAG, 24. OKTOBER (Forts.):

16.30 Uhr, Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Wien durch den Vorsitzenden der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik Dr. Ladislav Adamec /Bgm. Zilk (Stadtssenatssitzungssaal, Rathaus)

MITWOCHE, 25. OKTOBER:

10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Häupl „Zivilschutz“ (PID)

DONNERSTAG, 26. OKTOBER:

9.00 Uhr, Jungbürgerwald-Pflanzung in Unterlaa
(Schluß) red/gal

Forts. von Blatt 2276

18. Hans-Sachs-Gasse 12: die derzeitige Situation

Wien, 13.10. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit einer Pressekonferenz einer Bürgerinitiative heute, Freitag, bringt die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ eine Darstellung der derzeitigen Situation um das Bauvorhaben in Wien 18, Hans-Sachs-Gasse 12: Die Bauoberbehörde hat in einer Sitzung am 28. September der Berufung einer Anrainerin stattgegeben und ihr im Verfahren für einen Planwechsel für den Bau eines Privatkrankenhauses in Wien 18, Hans-Sachs-Gasse 12, die Parteienstellung zuerkannt.

Aufgrund dieser Entscheidung hat die Anrainerin eine Berufung gegen das Bauvorhaben eingebracht. Der Magistrat hat daraufhin — einer erst in jüngster Zeit vertretenen Rechtsmeinung folgend — die Baueinstellung verfügt; er ist dabei davon ausgegangen, daß mit dem Einbringen der Berufung die Baubewilligung ihre Rechtskraft verloren hat.

Der Bauwerber hat gegen diese Baueinstellung Berufungen eingebracht und zwei statische Gutachten vorgelegt, aus welchen die Maßnahmen, die zur Sicherung der Baugrube notwendig sind, hervorgehen. Im Sinne dieser Gutachten wurden die Arbeiten auch bisher weitergeführt.

Die genannten, vom Bauwerber beigebrachten und von Zivilingenieuren erstellten Gutachten müssen vorerst vom Magistrat anerkannt werden. Der Magistrat wird jedoch umgehend ein weiteres Gutachten in Auftrag geben, um die vorliegenden zu überprüfen bzw. andere geeignete Maßnahmen zur Sicherung der Baugrube vorzuschreiben.

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK hat an die Bauoberbehörde das Ersuchen gestellt, so rasch wie möglich eine Sitzung einzuberufen, um über die anhängigen Berufungen zu entscheiden und damit die Rechtslage zu klären.

In einem Gespräch wurde Stadtrat Dr. Hannes SWOBODA vom Bauwerber zugesichert, daß die Arbeiten mit heutigem Tag abgeschlossen werden.
(Schluß) lf/rr

75 Jahre Preyer'sches Kinderspital

Festveranstaltung und Tag der offenen Tür

Wien, 13.10. (RK-KOMMUNAL) Wiens größtes Kinderspital, das nach Gottfried von Preyer, dem Kaiserlichen Rat, Komponisten und Domkapellmeister der Wiener Metropolitankirche St. Stephan benannte Preyer'sche Kinderspital, feiert heuer sein 75jähriges Bestandsjubiläum. Aus diesem Grund fand Freitag vormittag im Krankenhaus in Favoriten, Schrankenberggasse 31, eine offizielle Feier statt, an der neben zahlreichen Ehrengästen auch Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER teilnahm.

Das heute für die Versorgung Wiens nicht mehr wegzudenkende Spital ist nach mehrjähriger Planungsdauer in den Jahren zwischen 1910 und 1914 errichtet worden. In seiner Anfangszeit bestand es aus vier Krankenstationen mit insgesamt 80 Betten. Nachdem es während des I. Weltkrieges dem Wiener Garnisonsspital angegliedert worden war, wurde es nach Kriegsende widmungsgemäß als Kinderspital verwendet. In den frühen 30er Jahren war die Kapazität auf mehr als 100 Betten und 36.500 Verpflegungstage gestiegen, diese erhöhte sich durch einen unter Leitung von Primarius EBERLE erfolgten großen Zubau.

Es folgte die bittere Zeit des II. Weltkrieges, in der das Krankenhaus schwere Bombenschäden erlitt. Unmittelbar nach Kriegsende erfolgte der Wiederaufbau.

Heute sprechen Zahlen für sich: Das Preyer'sche Kinderspital verfügt über 202 Betten, hatte 1988 8.729 stationäre Patienten mit einer durchschnittlichen Verweildauer von 6,2 Tagen. Ambulant wurden 44.999 Personen behandelt.

Das Krankenhaus besteht aus einer Internen Abteilung (Interne Station, Säuglingsstation, zwei Isolierstationen, Neugeborenenstation und Tageszimmer), einer Chirurgischen Abteilung mit zwei Stationen und einem Tageszimmer, Normalambulanzen, Konsiliarambulanzen und einer Vielzahl von Spezialambulanzen.

Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher, der das „Geburtstagskind“ als Schwerpunktspital der Kinderheilkunde bezeichnete, erinnerte in einer kurzen Rede daran, daß sich in den vergangenen Jahren nicht nur im medizinischen Bereich, sondern auch im Umgang mit Kindern wesentliche Strukturänderungen ergeben hätten. Als Beispiel nannte er die individuellen Besuchsmöglichkeiten für Eltern.

An der Feier nahmen auch die Stadträte Maria HAMPEL-FUCHS und Dipl.-Ing. Walter PAWKOWICZ, der designierte Stadtrat Dr. Sepp RIEDER, Bezirksvorsteher Leopold PRUCHA und Stadtphysika Dr. Helene KAPAUN teil.

Samstag Tag der offenen Tür

Um der Bevölkerung die Möglichkeit zu bieten, sich über die wechselvolle Geschichte des Preyer'schen Kinderspitals anhand einer Ausstellung informieren zu können, sowie die modernen technischen Errungenschaften vorzuführen, wird morgen, Samstag, 14. Oktober, in der Zeit von 11 bis 17 Uhr ein Tag der offenen Tür abgehalten. Alle Wienerinnen und Wiener sind dazu herzlich eingeladen. (Schluß) ull/rr

**Ab Montag, 16. Oktober 1989:
Wiener Drogentelefon 42 22 44**

Suchttelefon: Hilfe für die Helfer

Wien, 13.10. (RK-KOMMUNAL) Ab Montag, 16. Oktober, wird es in Wien ein „Drogentelefon“ geben. Dies gab Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER bekannt. Unter der Wiener Telefonnummer 42 22 44 kann täglich, an Wochentagen, in der Zeit zwischen 9 und 19 Uhr jedermann telefonisch Auskünfte über Suchtprobleme einholen. Die Beratung erfolgt durch erfahrene Spezialisten.

Selbstverständlich ist es auch möglich, anonym Auskunft zu erhalten.

Die Auskunftsstelle ist vor allem als Hilfe für Helfer gedacht.

Wenn Suchtprobleme auftauchen, ist es natürlich so, daß die, die helfen sollen, oft weniger gut über Drogen und über Therapiemöglichkeiten Bescheid wissen, als die Süchtigen, sagte Stacher. Angehörige, Lehrer, Erzieher und auch Ärzte können nun — wenn sie mit Suchtproblemen konfrontiert werden — Auskünfte und Beratung einholen.

Für Notfälle stehen weiterhin die Entgiftungsstationen, die Drogenstationen auf der Baumgartner Höhe und der Psychosoziale Notdienst zur Verfügung.

**Stacher warnt vor Drogen-Alleingang:
Österreich darf nicht zur „Drogen-Freihandelszone“ werden!**

Zur anhaltenden Diskussion über die Freigabe bestimmter Rauschgifte warnte Stacher erneut vor oberflächlichen Lösungen. Betroffene benötigen Hilfe und nicht Strafe, sagte Stacher. „Wenn aber Österreich den Handel mit Rauschgiften freigibt, die in den Nachbarländern verboten sind, werden wir zu einer internationalen Drogen-Freihandelszone verkommen“, schloß Stacher. (Schluß) zi/gg

Ausbau des Handelskais macht Baumfällungen erforderlich

Wien, 13.10. (RK-KOMMUNAL) Der Handelskai wird im Bereich der Reichsbrücke ausgebaut, sodaß in Zukunft zwei Fahrspuren je Fahrtrichtung sowie zusätzliche Abbiegespuren in den Kreuzungsbereichen der Reichsbrückenrampen und eine Zufahrtsspur zum DDSG-Areal vorhanden sein werden. Derzeit erfolgt der Einbau einer Gasniederdruckleitung unter der neu anzulegenden Fahrbahn. Im Rahmen dieser Arbeiten müssen ab kommenden Montag, 16. Oktober, insgesamt dreiundzwanzig, zum Teil bereits „überalterte“ Bäume gefällt werden. Entsprechend den Bestimmungen des Baumschutzgesetzes sind dafür einhundertseibzig Neupflanzungen vorzunehmen. (Schluß) pz/gg

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonntag- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: Pressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 16. Oktober 1989

Blatt 2282

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Neue Jugend-Info in der Bellaria-Passage eröffnet (2283/FS: 13.10.)
- Interkulturelles Lernen — Wien ist Vorbild (2284/FS: 13.10.)
- Disziplinarsenat beschließt Einstellung des Verfahrens gegen Primarius Pesendorfer (2285/FS: 13.10.)
- „Ideenfest EXPO '95“ (2286-2288/FS: 14.10.)
- Detailprojektierung für die Lacknergasse (2289/FS: 15.10.)
- Diskussion über Sanierungsspekulation (2291)
- Wie die Wiener einst wählten (2292)
- Kommunalwahlrecht für Ausländer? (2294)
- Silbernes Ehrenzeichen für Direktor Glaser (2295)
- Stadt Wien lädt Pensionisten in die Volksoper (2296)
- Studie der Arbeiterkammer zur EXPO 95 (2297)
- ÖVP präsentiert „Öko-Atlas Wien“ (2298)
- Wird Operationsbetrieb im AKH reduziert? (2299)
- Klopzeichen aus einem Grab im Simmeringer Friedhof? (nur FS/13.10.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Kultur:

- „Gewalt und Zärtlichkeit“ am Sonntag (2290/FS: 14.10.)
- „Gewalt und Zärtlichkeit“ am Montag (2290/FS: 15.10.)
- „Märchen, Film und Trickfiguren“ (2293)

Neue Jugend-Info in der Bellaria-Passage eröffnet

Bereits am 13. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 13.10. (RK-KOMMUNAL) Wiens Jugendliche haben eine neue Info-Stelle. Die „Jugend-Info“ wurde vom Landesjugendreferat in der Bellaria-Passage beim Dr.-Karl-Renner-Ring eingerichtet, nachdem bereits seit zwei Jahren ein Probebetrieb in einem Raum im Wiener Rathaus gelaufen war. Die Fragen, mit denen sich junge Leute an die „Jugend-Info“ wenden können, sind vielfältig: Wie mache ich eine Schülerzeitung? Wann tritt mein Lieblingsstar in Wien auf? Wie finde ich einen Job? Wo finde ich eine Wohnung? Fünfer — was nun? Aber auch über Finanzprobleme, Umweltfragen, Suchtgiftprobleme und Empfängnisverhütung kann man sich bei der „Jugend-Info“ beraten lassen.

Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL eröffnet die neue Stelle, die sie als echten Bedarf der Jugend in Wien bezeichnete, und versprach, daß sich das Team der „Jugend-Info“ bemühen werde, die Wünsche der Jugendlichen zu erfüllen beziehungsweise ihnen Wege zu Problemlösungen zu weisen.

Bei der Eröffnung konnte „Gastgeber“ Landesjugendreferent Friedrich GRUNDEL unter anderen Stadtschulratspräsident NR Prof. Hans MATZENAUER sowie Vertreter des Wiener Gemeinderates begrüßen.

Die „Jugend-Info“ ist ab sofort Montag bis Freitag von 12 bis 19 Uhr und Samstag von 10 bis 19 Uhr geöffnet, Telefon 96 46 37. (Schluß) emw/gg

Interkulturelles Lernen - Wien ist Vorbild

Wien, 13.10. (RK-KOMMUNAL) In einer Club 2 Diskussion wurde die Behauptung aufgestellt, daß in Wien zuwenige Anstrengungen unternommen werden, um ausländische Kinder zu fördern und zu integrieren.

Dazu stellte der Amtsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, NR Prof. Hans MATZENAUER fest, daß diese Argumente nicht nur sachlich absolut unrichtig sind, sondern darüber hinaus jene stärken, die kein Interesse an einer gemeinsamen Erziehung haben. Nach dem Grundsatz „Miteinander lernt es sich besser“ werden in Wien bereits seit Mitte der 70er Jahre konkrete Maßnahmen zur Integration durchgeführt. Seit dieser Zeit hat Wien eine auch international anerkannte Vorbildfunktion.

Seit Beginn der 80er Jahre wird das Bild unserer Pflichtschule zusehends von multikulturell zusammengesetzten Klassen geprägt. Von zwölf Prozent im Schuljahr 1981/82 stieg der Anteil von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache auf mehr als 25 Prozent im Schuljahr 1989/90.

Von der Stadt Wien eingesetzte Fördermaßnahmen, die auf die neue Situation und Anforderung reagieren sollten, standen von Anfang an unter dem Aspekt: Integration statt Aussonderung. So sind heute z.B. allein an den Wiener Volksschulen 206 Begleitlehrer beschäftigt. Für den muttersprachlichen Zusatzunterricht stehen 79 speziell ausgebildete Lehrer zur Verfügung.

Seit Mitte der 80er Jahre wird nur in Wien ein Konzept der interkulturellen Erziehung verwirklicht. Diese Neuorientierung des Unterrichts wendet sich vor allem gegen die Vorstellung, Kinder ethnischer Minderheiten hätten sich anzupassen, weil ihre eigene Kultur minderwertig sei.

In 17 Standorten der Volksschule und in sieben Standorten der Hauptschule wird seit nunmehr drei Jahren im Schulversuch „Integrative Ausländerkinderbetreuung“ an der Verwirklichung dieses Konzeptes interkultureller Erziehung gearbeitet. Grundsatz dieses Versuches ist, das Unterrichtsgeschehen im Klassenverband zum Ort der gemeinsamen Lernerfahrung für in- und ausländische Kinder zu gestalten. In- und ausländische Kinder sollen Adressaten der Lernprozesse der interkulturellen Erziehung sein. Durch die Unterstützung eines zweiten Lehrers — Teamteaching — ist es möglich, im Rahmen des Klassenunterrichtes auf die Lernprobleme einzelner Kinder kindgerechter einzugehen. Die Lernbedingungen der Klassengemeinschaft werden verbessert und die spezifischen Bedingungen ausländischer Kinder vermehrt berücksichtigt. Dies ist die Voraussetzung, daß aus- und inländische Kinder gemeinsam, voneinander und miteinander lernen.

Lösungsmöglichkeiten können und werden nicht mehr in einer Sonderpädagogik für ausländische Kinder zu finden sein, sondern in diesen zukunftsweisenden Entwicklungen, schloß Prof. Hans Matzenauer. (Schluß)
wstr/rr

Bereits am 13. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Disziplinarsenat beschließt Einstellung des Verfahrens gegen Primarius Pesendorfer

Disziplinaranwalt legt Berufung ein

Wien, 13.10. (RK-KOMMUNAL) Der Disziplinarsenat hat in seiner heutigen Sitzung den Beschluß gefaßt, das Disziplinarverfahren gegen Primarius Dr. PESENDORFER einzustellen. Der Disziplinarsenat besteht aus einem rechtskundigen Beamten als Vorsitzenden sowie vier Ärzten, von denen je zwei von der Stadt Wien und von der Personalvertretung nominiert werden. Der Disziplinaranwalt der Stadt Wien wird gegen diesen Bescheid Berufung einlegen. Dies bedeutet, daß die unabhängige Disziplinaroberkommission als Berufungsinstanz darüber befinden wird. (Schluß) ger/rr

Bereits am 13. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

„Ideenfest EXPO '95“

Prämiierung der Ideensuche

Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen eines „EXPO-Ideenfestes“ fand Samstag nachmittag im Wiener Messepalast die Verteilung der Preise für die besten Beiträge zur EXPO-Ideensuche statt.

Am 19. Mai 1988 haben Österreich und Ungarn im Büro für Internationale Ausstellungen (BIE) in Paris ihre Bewerbungen um die Abhaltung der gemeinsamen Weltausstellung 1995 überreicht. Auf der Generalversammlung des Weltausstellungsbüros BIE wurde am 25. Mai 1989 der Zuschlag aufgrund des höchst positiven Prüfungsberichtes an Wien und Budapest empfohlen. Im Dezember 1989 soll die endgültige Vergabe an die beiden Donaumetropolen erfolgen.

Der Wiener Gemeinderat hat nach gründlichen Untersuchungen in einem einstimmigen Beschluß am 17. Oktober 1988 die Standortentscheidung hinsichtlich des Weltausstellungsgeländes in Wien für den Bereich Donaauraum/Konferenzzentrum getroffen. Neben der Einbeziehung des Konferenzentrums in die Weltausstellungsaktivitäten kann im Bedarfsfall auch an eine Erweiterung der Weltausstellung in Richtung Donauufer und darüber hinaus bis in den Bereich des heutigen Nordbahnhofes gedacht werden. Die Entwicklungsmöglichkeiten entlang der Achse Praterstern — Donauzentrum und funktionelle Zusammenhänge zwischen dem Standort Donaauraum/Konferenzzentrum und dem Bereich Nordbahnhof — also eine Verbindung der Donauufer — bilden daher wichtige Ansätze für alle Planungsüberlegungen in diesem Raum.

Gemeinsam mit weiteren grundsätzlichen Festlegungen, wie z. B. solchen über die vorrangige Erschließung der Weltausstellungseinrichtungen durch öffentliche Verkehrsmittel oder das Park-and-Ride-System im Raum Wien bzw. den diesbezüglichen Ausbauvorhaben sollen diese Planungsüberlegungen bis zum Jahresende 1989 in einem Leitprogramm zusammengefaßt und beschlossen werden. Zur Koordinierung dieser Planungsansätze wurde im Rahmen der Magistratsabteilung 21 ein EXPO-Büro eingerichtet.

Zur Vorbereitung und Abwicklung der Weltausstellung wurde die EXPO Vienna 1995 — Wiener Weltausstellungs-Aktiengesellschaft gegründet, die auf privatwirtschaftlicher Basis Fragen der Errichtung und Durchführung der EXPO '95 sowie der Nachnutzung behandeln wird. Insbesondere wird diese Gesellschaft 1990 den baukünstlerischen Projektwettbewerb durchführen, dessen Ergebnisse die Basis für die Realisierungsmaßnahmen bilden sollen.

Wichtige Grundlagen für die notwendigen Entscheidungen werden sich vor allem ergeben:

- aus den Anregungen der im April 1989 durchgeführten Enquete,
- aus der Ideensuche,
- aus der Arbeit der Expertenteams (Federführung Hollein, Peichl, Potyka, Wimmer) und von Sonderfachleuten,
- aus der Vorbereitung des Leitprogrammes durch den Bund und die Stadt Wien bis hin zur politischen Behandlung und
- aus der Sammlung von kaufmännisch orientierten Vorschlägen aus der Privatwirtschaft.

Der Beteiligung der Bevölkerung durch Beiträge im Rahmen der Ideensuche kommt besondere Bedeutung zu, da sich damit die Hoffnung verbindet, kreatives Potential anzusprechen und auch unkonventionelle Vorschläge zu erlangen.

Diese Ideensuche, die Frühjahr und Sommer 1989 von der Republik Österreich und der Stadt Wien gemeinsam veranstaltet wurde, erbrachte bei an-

Bereits am 14. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet

nähernd 150 Beiträgen ca. 400 Ideen, die nach einer entsprechenden Aufbereitung durch die MA 21 — EXPO-Büro von einer Jury bewertet wurden.

Der Jury gehörten an:

Angelica BÄUMER Kulturkoordination im Bereich Bund
Aif KRAULITZ Stadtfeste, Initiator des Metropols
Wolfgang J. KRAUS Wiener Fremdenverkehrsverband
Dietmar STEINER EXPO-Kulturbeirat der Geschäftsgruppe Kultur,
Architekturpublizist
Jana WISNIEWSKY Künstlerin und Kunstexpertin

Die Beurteilung und Bewertung wurde nach Themenschwerpunkten vorgenommen, die folgendes Ergebnis erbrachte:

PREISTRÄGER

1) Bereich „Ideen“

GLAS Volker, u. a.: Expo-Times, 1. Wiener Weltausstellungszeitung
LINHART Helmut: Ideensturm zur Weltausstellung

2) Bereich „Kulturaktionen“

FARKASCH Isabella, u. a.: Projekt „Nachtfahrt“ — Reise in die Anders-
Welt
JONES Christine, u. a.: Das Arche Projekt Transfer
Dipl.-Ing. KÜNZ Richard: Projekt Arche — ein Donauforum für Kultur-
schaffende
POINTNER Veronika, u. a.: Donau Arche
SCHWEITZER Richard (WUK): Trans Europe Halles / Kunst am Strom

3) Bereich „Jugend“

LÖSSL Peter: Internationale Projektakademie der Jugend
MÄHR Bettina, u. a.: Brücken bauen — Jugendmanifest

4) Bereich „Donauraum“

Dr. BERNHAUSER Augustin: Die historischen Wege und Kulturzentren
im Donauraum
Dr. SLEZAK Friedrich: Landschaftliche Erläuterungsstützpunkte
WOLF Elisabeth, u. a.: Zusammen-Leben im Donauraum

5) Bereich „Ökologie“

HUGELMANN Wolf Dieter: „AHA“ — eine Umweltausstellung
Mag. RAINER Johanna, u. a.: Wunder Natur — Erlebnis Welt

6) Bereich „Stadtstruktur, Verkehr“

DUCHSCHER Pol: Brücken als Expo-Gelände / U-Bahn-Fahrt
HAMMER Renate, u. a.: Zukunftsorientierte Stadtauffassung
KERBL Brita: Wien an die Donau / Mehrzweckobjekt Eisenbahn
SCHRATTENECKER Inge, u. a.: Ideenmappe zur Weltausstellung

7) Bereich „EXPO-Gelände“

Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitationstechnik: „Reha-Expo“
FURHERR Susanne, u. a.: Fischhaus Irissee
KRAMER Gerhard, u. a.: Die Brücke
KRUBA Brigitte (W.I.R.R.): Pyramidentraum
RIEDL Norbert: Regenbogenbrücke
RUPPRECHT Virginia, u. a.: Technology-and-Phantasy-Park Vienna
SEIDELHUBER Stefan: Brückenhaus

8) Bereich „Bautechnologie“

Dipl.-Ing. BÖCK Friedrich: Universalraumfachwerk
FRANTL Erich: Klimahüllen — Visionen für eine Weltausstellung

ANERKENNUNGSPREISE

PRINZ Michael: Vom Gestern ins Heute
VARGA Iby Jolande: Zweige und Wurzeln

Forts. von Blatt 2286

Forts. auf Blatt 2288

ALTH Herwig: 4 Modelle
KR. DEUTSCH Peter: Restaurierung des Riesenrades
HTL Wien 3, Abt. Tiefbau: Stadtgestaltung
ÖLMÜLLER Karl: Donauturm-Ideen
Dr. GROISS Roman: Dachcafe Lassallehof
MARECSEK Michael: Die Zukunft beginnt bei den Kindern
GEISLER Karl: Ideenpläne
BREUNLICH Grete: Esperanto
HROZEK Richard: Hauptstädte — Dorf Bundesländer-Dorf
Ing. STUMPAUER Martin: Projekt „Antikosmos“
WALLA Erich: Walla Walla Kunterbunt

Ausstellung

Sämtliche Beiträge werden öffentlich ausgestellt. Die Arbeiten können von Dienstag, 17. Oktober, bis Samstag, 28. Oktober — mit Ausnahme Sonntag, 22. Oktober — von 13 bis 18 Uhr in der Halle P des Messepalastes — Eingang Burggasse/gegenüber Volkstheater — besichtigt werden.

Da sich das Interesse des Bundes und der Stadt Wien, auch weiterhin gute Ideen zur EXPO '95 zu erhalten, nicht geändert hat, wird die Ideensuche fortgesetzt werden.

Die Stadt Wien und die Republik Österreich wurden bei der Ideensuche hinsichtlich der Prämierung durch eine Reihe von Sponsoren tatkräftig unterstützt: Albertina, AUA, Creditanstalt, Der Standard, DDSG, Erste Österreichische Spar-Casse, Forum Hotel Budapest, Girozentrale, Österreichische Länderbank, Österreichisches Verkehrsbüro, Paco Leone, Raiffeisen Zentralbank, Stadt Graz, Steirischer Herbst, Wiener Messe, Wiener Symphoniker, Wigast, Zentralsparkasse. (Schluß) lf/gg

Forts. von Blatt 2287

Detailprojektierung für die Lacknergasse

Wien, 15.10. (RK-KOMMUNAL) Die Erstellung eines Straßendetailprojektes im 18. Bezirk für die Lacknergasse im Bereich von der Kreuzgasse bis zur Währinger Straße wurde vom Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie in seiner letzten Sitzung beschlossen. (Schluß) pz/rr

Bereits am 15. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

„Gewalt und Zärtlichkeit“ am Sonntag

Wien, 14.10. (RK-KULTUR) Die brasilianischen Autoren Moacyr SCLiar und Rubem FONSECA lesen am Sonntag im Rahmen des lateinamerikanischen Literatursymposiums „Gewalt und Zärtlichkeit“ im Tabakmuseum, Mariahilfer Straße 2. Die Lesung beginnt um 19.30 Uhr. Bereits am Nachmittag, um 15.30 Uhr, diskutieren der uruguayische Schriftsteller Eduardo GALEANO, sein österreichischer Kollege Bernhard WIDDER und die brasilianische Literaturwissenschaftlerin Suzy SPERBER über Fragen der lateinamerikanischen Identität und des Verhältnisses zwischen Lateinamerika und Europa.

Moacyr Scliar ist Arzt und Schriftsteller. Seine Werke wurden in viele Sprachen übersetzt, u. a.: „O Centauro no jardim“ (dt.: „Der Zentaur im Garten“), „O Exercito de um Homen so“ (dt.: „Die Ein-Mann-Armee“), „A Estranha Nacao de Rafael Mendes“ (dt.: „Das seltsame Volk des Rafael Mendes“).

Moacyr Scliar wird folgende Erzählungen lesen: „Meine schmutzige Phantasie und die Endlösung“ (Na minha suja cabeça, o Holocausto) und „Der verlorene Onkel“ (O tio prodigo) aus: „O olho enigmatico; contos“.

Rubem Fonseca ist seit 1963 freier Schriftsteller. Sein schonungsloser, irritierender Realismus wurde mehrfach ausgezeichnet. Auf Deutsch liegen folgende Werke vor: „Buf und Spallanzani“, Roman, und „Das vierte Siegel“, Erzählungen.

Rubem Fonseca liest: „Die Musiker“ (Os Musicos) aus „Lucia McCartney; contos“, „Mittagsimbiss am Karneval-Sonntag“ (Almoco na Serra no Domingo de Carnaval) und „Tagesbericht“ (Livro de Ocorrencias) aus „O Cobrador; contos“.

Karin von Schweder-Schreiner (Hamburg), die Übersetzerin von Moacyr Scliar und Rubem Fonseca, wird die beiden Autoren präsentieren. (Schluß) gab/gg

„Gewalt und Zärtlichkeit“ am Montag

Jesus Diaz (Kuba) stellt „Die Zeichen der Erde“ vor

Wien, 15.10. (RK-KULTUR) Im Rahmen der lateinamerikanischen Literaturwoche „Gewalt und Zärtlichkeit“ stellt am Montag (19.30 Uhr im Tabakmuseum, Mariahilfer Straße 2) der kubanische Autor Jesus DIAZ gemeinsam mit seinem Übersetzer Wilfried BÖHRINGER sein Werk „Las iniciales de la tierra“ vor, das 1990 unter dem Titel „Die Zeichen der Erde“ in deutscher Sprache erscheinen wird. Der Roman, der in Kuba und in Spanien zu einem Riesenerfolg wurde, beschäftigt sich mit der kubanischen Revolution und ihren Folgen. Jesus Diaz arbeitet als Erzähler und Romancier, aber auch als Drehbuchautor und Regisseur. Erzählungen von Diaz sind in einer Reihe deutschsprachiger Anthologien lateinamerikanischer Prosa erschienen. (Schluß) gab/rr

Bereits am 14. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Bereits am 15. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Diskussion über Sanierungsspekulation

Wien, 16.10. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Am Mittwoch, dem 18. Oktober, findet um 18.30 Uhr im Haus der Begegnung Leopoldstadt (2, Praterstern 1) eine Diskussion über Sanierungsspekulation statt. Dabei werden die „Mobile Gebietsbetreuung“ der Stadt Wien und betroffene Mieter über ihre Erfahrungen und Probleme berichten. An der Diskussion werden auch Politiker verschiedener Parteien teilnehmen. (Schluß) ah/gg

Wie die Wiener einst wählten

Vom Privilegienwahlrecht zum allgemeinen Wahlrecht

Wien, 16.10. (RK-LOKAL) Das Wiener Stadt- und Landesarchiv zeigt als sechste und letzte Ausstellung dieses Jahres unter dem Titel „Privilegienwahlrecht — allgemeines Wahlrecht. Zur Entwicklung des Kommunalwahlrechts in Wien 1848-1918/19“ eine interessante Dokumentation, die durch eine kostenlos erhältliche Informationsbroschüre ergänzt wird. Die kleine Ausstellung ist von 16. Oktober bis 30. Dezember, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr, in der Schmidthalle des Rathauses zu sehen.



Sozialdemokratische Demonstration für das Frauenwahlrecht am 9. März 1913: Ottakringer Frauen auf dem Weg zum Wiener Rathaus.
Foto: Aus „Wiener Bilder“ (16. März 1913)

Ausgangspunkt für die Durchsetzung kommunaler Selbstverwaltung war die Revolution von 1848. Die Gemeindeordnung von 1850 räumte nur dem Besitz- und Bildungsbürgertum das Wahlrecht ein, die breite Masse der Stadtbewohner — Kleinbürgertum und Arbeiterschaft — war davon ausgeschlossen. Das galt generell auch für alle Frauen. Die kleine Zahl der Höchstbesteuerten unter den politisch Privilegierten wurde darüber hinaus durch die Einführung von Kurien vor einer Majorisierung geschützt.

Die durch Druck von unten erzwungene Ausweitung des Wahlrechts auf gewerblichen und beamteten Mittelstand (1885) und auf einen Teil der Arbeiterschaft (1900) erfolgte auf der Basis des Kurienwahlrechts und wurde damit um ihre politisch legitimierende und partizipatorische Wirkung gebracht. Trotz jahrelangen Kampfes der Sozialdemokratie und der Frauenstimmrechtsbewegung um die Durchsetzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts auf Gemeindeebene konnte dieses erst im Gefolge der militärischen Niederlage im Ersten Weltkrieg und der in Auflösung begriffenen Machtstrukturen verwirklicht werden.

Die äußerst komplizierten Vorschriften des Privilegienwahlrechts und ihre politischen Auswirkungen werden in der Ausstellung durch graphische Darstellungen wiedergegeben. Fotos, Urkunden, Gesetzestexte und Karikaturen dokumentieren im weiteren die Entwicklung des Kommunalwahlrechts. (Schluß) am/bs

„Märchen, Film und Trickfiguren“

Ausstellung über Trickfilm im Bezirksmuseum Meidling

Wien, 16.10. (RK-KULTUR/LOKAL) In der Galerie des Bezirksmuseums Meidling, 12, Koblingergasse 7, ist vom 18. Oktober bis 20. Dezember die Ausstellung „Märchen, Film und Trickfiguren“ zu sehen. Die Ausstellung stellt anhand von Entwürfen, Drehbüchern, Puppen und Kulissen in didaktischer Form die Entstehung eines Puppentrickfilms dar. Parallel dazu werden auch Puppentrickfilme gezeigt. Die Schau ist bei freiem Eintritt jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr und jeden Mittwoch von 10 bis 12 und von 17 bis 19 Uhr zu sehen. (Schluß) gab/rr

Kommunalwahlrecht für Ausländer?

Schwerpunktthema in der Gemeinde-Zeitung

Wien, 16.10. (RK-KOMMUNAL) Mit einem aktuellen Thema befaßt sich die Oktober-Ausgabe der „Österreichischen Gemeinde-Zeitung“ schwerpunktmäßig: dem Wahlrecht für Ausländer auf kommunaler Ebene.

Einleitend wird über eine Enquete des Innenministeriums zu diesem Thema berichtet. Weiters vergleicht Prof. Dr. Reinhard RACK von der Karl-Franzens-Universität in Graz die Situation in zwölf europäischen Ländern, in denen unter verschiedenen Bedingungen Ausländern politische Betätigungsrechte und im besonderen das Wahlrecht gewährt werden. So sind in der Schweiz lediglich in zwei Kantonen Ausländer unter bestimmten Bedingungen wahlberechtigt, in sechs Kantonalparlamenten wurde dies in letzter Zeit abgelehnt. Zusammenfassend stellt Prof. Rack fest, daß es in Europa keinen allgemeinen Rechtsgrundsatz mehr gibt, daß das Kommunalwahlrecht grundsätzlich nur Staatsbürgern zustehen soll. Abschließend berichtet Prof. Rack über eine Richtlinie zum Kommunalwahlrecht für EG-Ausländer, die dem Rat der Europäischen Gemeinschaft nächstes Jahr zur Beschlußfassung vorliegen wird.

Der Dritte Präsident des Wiener Landtages, Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN, kommt in seinem Beitrag zu dem Schluß, daß das Kommunalwahlrecht für Ausländer nur durch eine Änderung der Bundesverfassung möglich ist. Nachdem dies außer Streit gestellt sei, brauche nun die politische Diskussion nicht mehr als juristischer Diskurs zu verlaufen.

Interessant die Abschlußbemerkungen Welans, wörtlich zitiert: „Das Wahlrecht wird als Menschenrecht bezeichnet und damit als angeborenes, schon durch die Vernunft einleuchtendes Recht, das jedem Menschen als Person zusteht. Leider ist in unserer Republik nicht einmal der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz ein Menschenrecht. Ausschließlich Staatsbürger sind ausdrücklich 'gleich vor dem Gesetz' (Art. 7 B-VG, Art. 2 StGG).“

Der Leiter der für „Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten“ zuständigen Wiener Magistratsabteilung, Dr. Hans Werner SOKOP, beschäftigt sich mit dem Ausländerwahlrecht zu den Wiener Bezirksvertretungen. Er kommt zu dem Ergebnis, daß eine landesgesetzliche Regelung des aktiven Wahlrechtes für Ausländer zu den Bezirksvertretungen möglich erscheint, ohne daß es einer ausdrücklichen bundesverfassungsrechtlichen Verankerung bedarf.

Direktwahl des Bürgermeisters

In einem weiteren Schwerpunkt befaßt sich die Gemeinde-Zeitung mit der Direktwahl des Bürgermeisters als Möglichkeit zur Belebung der Gemeindedemokratie. Zu diesem Thema gibt es Beiträge des Konstanzer Universitätsprofessors Dr. Hartmut MAURER, der sich mit den praktischen Erfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland befaßt, sowie von Prof. Dr. Harald STOLZLECHNER von der Universität Salzburg, der als wichtigste Ursache für die Forderung nach einer Bürgermeister-Volkswahl den Trend gegen absolute Mehrheiten in den Gemeinderäten sieht. Er sieht in der Direktwahl ein mögliches Instrument zur Belebung der Gemeindedemokratie sowie ein Mittel gegen die Politikverdrossenheit. Die Einführung einer Direktwahl müßte aber mit umfassenden organisatorischen Neuerungen verbunden sein.

Die „Österreichische Gemeinde-Zeitung“ erscheint im Verlag Jugend & Volk und ist dort sowie im Generalsekretariat des Österreichischen Städtebundes, Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Tür 417, erhältlich. (Schluß) roh/gg

Silbernes Ehrenzeichen für Direktor Glaser

Wien, 16.10. (RK-KOMMUNAL) Das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien wurde heute Montag dem Direktor der gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft „Neue Heimat“, Herbert GLASER, durch Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER verliehen.

In seiner über 20jährigen Tätigkeit bei der „Neuen Heimat“ trug Glaser wesentlich zur Schaffung von Wohnraum in Wien bei. Darüberhinaus ist Herbert Glaser seit 1971 Wiener Landesobmann der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter. Von 1969 bis 1973 war Glaser Wiener Gemeinderat und Landtagsabgeordneter.

Der Verleihung wohnte unter anderem der Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für Wohnbau und Stadterneuerung GR Hans BROSCHE bei.
(Schluß) ah/rr

Stadt Wien lädt Pensionisten in die Volksoper

Wien, 16.10. (RK-KOMMUNAL) Auch heuer wieder lädt die Stadt Wien ältere Menschen, die an der Landaufenthaltsaktion der Stadt Wien teilgenommen haben, sowie Besucher von Pensionistenklubs in die Volksoper. Insgesamt 6.200 Karten wurden für die Aktion angekauft und bereits über die Sozialreferate und die Pensionistenklubs verteilt.

Wie Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL mitteilte, konnten heuer 3.300 Dauersozialhilfebezieher, Pensionistenklubbesucher und — nach Maßgabe der freien Plätze — andere Pensionisten an der Landaufenthaltsaktion des Sozialamtes teilnehmen.

Seit 9. Oktober sind die 190 Pensionistenklubs wieder geöffnet. Etwa 19.000 Besucher werden in den kommenden Monaten — die Pensionistenklub-saison dauert bis April 1990 — erwartet (Schluß) emw/bs

Studie In der Arbeiterkammer zur EXPO 95

Wien, 16.10. (RK-KOMMUNAL) Die Weltausstellung 1995 könne und müsse für die soziale Modernisierung genutzt werden, betonte der Präsident der Wiener Arbeiterkammer, Mag. Heinz VOGLER, am Montag in einem Pressegespräch. Es sei zwar unbestritten, daß die Weltausstellung historische Impulse für Wien setzen könne und die Verwirklichung von Infrastrukturmaßnahmen, die die Stadt dringend benötigt, begünstige. Es gehe aber nicht nur um die städtebaulichen sondern vor allem um die sozialen Dimensionen. Diese soziale Dimension sei bisher kaum beachtet worden. Entscheidend sei — nach Ansicht der Wiener Arbeiterkammer — das Einbeziehen der in Wien Arbeitenden und Wohnenden in Planung und Entscheidung. Im Rahmen der „sozialen Innovation“ müsse der Mensch im Mittelpunkt stehen.

Labors für die Erprobung neuer Experimente

Der Prozeß der Modernisierung setze die Anwendung modernster technologischer Innovationen voraus. Vogler regte die Gründung von drei „Laborwerkstätten“ an, die sich mit Inhalten und Fragen, die über die EXPO hinausgehen, befassen sollen. Ein „Labor für Leben in der Stadt“, ein „Labor für Arbeit und Technik“ sowie ein „Labor für Alltagskultur“. Es gehe um das Prinzip, die weitere Entwicklung an den Interessen der Arbeitnehmer in Wien zu orientieren.

Infrastrukturmaßnahmen an der Nachnutzung orientieren

Die Infrastrukturmaßnahmen für die EXPO 95 müßten sich nach Ansicht der Arbeiterkammer an den Nachnutzungsmöglichkeiten orientieren. Verkehrsmaßnahmen müssen daher so dimensioniert werden, daß sie auch nach 1995 den Bewohnern der Stadt nützen. (Schluß) fk/bs

ÖVP präsentiert „öko-Atlas Wien“

Wien, 16.10. (RK-KOMMUNAL) Einen „Öko-Atlas Wien — Umweltprogramm für die 90er Jahre“ präsentierten ÖVP-LAbg. Dr. Johannes HAWLIK und Dipl.-Ing. Gerhard ROTH, die Verfasser des Öko-Atlas, am Montag im Pressegespräch der Wiener ÖVP. Der Öko-Atlas stellt die Umweltsituation nicht nur für das gesamte Stadtgebiet, sondern auch für die einzelnen Bezirke dar. Er ist als erster Schritt einer zusammenfassenden Umweltbeurteilung für Wien gedacht und will versuchen, die Prinzipien der ökosozialen Marktwirtschaft auf städtische Strukturen zu übertragen. Hawlik erklärte, daß der Öko-Atlas, der in Zusammenarbeit mit den ÖVP-Umweltreferenten der Bezirke erarbeitet wurde, auch eine Herausforderung an die Stadt Wien darstellen sollte, umfassende Öko-Bilanzen zu erstellen. (Schluß) du/rr

Wird Operationsbetrieb im AKH reduziert?

Wien, 16.10. (RK-KOMMUNAL) Im Allgemeinen Krankenhaus könnte es ab 1. November möglicherweise zu einer Reduzierung des Operationsbetriebes kommen. Wie Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in diesem Zusammenhang Montag erklärte, zeichnet sich bisher in der Frage der Aufstockung von Anästhesistenposten im AKH dauerlicherweise noch immer keine Dauerlösung ab. Die Univ. Klinik für Anästhesiologie benötigt, um den vollen Operationsbetrieb im AKH gerecht werden zu können 22, mindestens jedoch 10, zusätzliche Narkoseärzte. Bekanntlich werden die Ärzte im AKH seit Jahrzehnten vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung angestellt. Im vorliegenden Fall, aber auch bei der Besetzung der Klinik für Strahlentherapie und anderer Kliniken mit den notwendigen zusätzlichen Ärzten, weigert sich der Bund jedoch, die überfälligen Stellenvermehrungen vorzunehmen.

Bisher Übergangslösung

Um eine Reduktion des Operationsbetriebes während des Sommers zu vermeiden beziehungsweise eine endgültige Lösung finden zu können, wurde über Anordnung des Gesundheitsstadtrates vereinbart, sieben Ärzte aus den sogenannten „Ambulanzgeldern“ — sie stehen an sich der Stadt Wien zu, werden aber seit Jahrzehnten den Kliniken zu ihrer Verfügung überlassen — als Übergangslösung bis Ende Oktober zu bezahlen. Trotz aller Bemühungen hat sich das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung jedoch bisher geweigert, diese notwendigen Stellen zu schaffen. „Diese Situation ist untragbar und das Ergebnis der finanziellen Auseinandersetzungen um den Betrieb des AKH offenbar wichtiger als eine volle operative Versorgung“, meinte Stacher. Der Gesundheitsstadtrat appelliert deshalb an Wissenschaftsminister Dr. Busek, rasch eine Lösung herbeizuführen, denn sonst müßte der Operationsbetrieb im AKH tatsächlich ab 1. November eingeschränkt werden. Dies würde nicht nur den Kranken schaden, sondern wäre auch völlig unwirtschaftlich, da die Operateure ja vorhanden sind. „Es sollten nicht nur alle von Menschlichkeit und Reformen im Spital reden, sondern auch so handeln“, erklärte Stacher abschließend. (Schluß) zi/gg

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Setz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 17. Oktober 1989

Blatt 2300

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Amtseinführung im Wilhelminenspital (2301)
- Psychiatrische Abteilung im SMZ-Ost (2302)
- 400ste Fahrradabstellanlage in Wien (2303)
- „Polenmilliarde“ wird beschlossen (2305)
- Zilk fordert Umdenken bei Ausländerbeschäftigung (2306)
- Die Chancen Wiens in einem neuen Europa (2307-2310)

Kultur:

- „Gewalt und Zärtlichkeit“ am Mittwoch (2304)

Amtseinführung im Wilhelminenspital

Wien, 17.9. (RK-KOMMUNAL) Im Wilhelminenspital wurde Dienstag Univ.-Prof. Dr. Jürgen HOLLE von Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER als neuer Vorstand der Abteilung für Plastische und Wiederherstellungschirurgie in sein Amt eingeführt. Univ.-Prof. Dr. Holle tritt damit die Nachfolge von Prim. Dr. Hans BRUCK an, der seit 1976 Vorstand dieser Abteilung war und in den Ruhestand trat. Der neue Primarius war bisher als Oberarzt an der 2. Chirurgischen Universitätsklinik im AKH tätig. (Schluß) zi/rr

Psychiatrische Abteilung für SMZ-Ost

Wien, 17.10. (RK-KOMMUNAL) Die Errichtung einer eigenen psychiatrischen Abteilung mit insgesamt 120 Betten im Krankenhaus des Sozialmedizinischen Zentrums Ost im Rahmen einer dritten Ausbaustufe beschloß Dienstag der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen. Das Krankenhaus wird bekanntlich in mehreren Ausbaustufen errichtet, wobei die Inbetriebnahme der ersten Ausbaustufe mit zwei Bettenhäusern (544 Betten) für 1992 beziehungsweise der zweiten Ausbaustufe mit einem Bettenhaus (256 Betten) für 1994 vorgesehen ist. Zum Zeitpunkt der Eröffnung des ersten Teiles des Krankenhauses 1992 wird auch der Rohbau für die dritte Ausbaustufe (Psychiatrische Abteilung) im wesentlichen fertiggestellt sein.

Kernspintomograph, Nieren- und Gallensteinzertrümmerer

Der in den letzten Jahren erfolgten Entwicklung ärztlicher Untersuchungs- und Behandlungsmethoden Rechnung tragend, werden außerdem im Rahmen der dritten Ausbaustufe noch einige zusätzliche medizintechnische Einrichtungen geschaffen werden. Neben einem sogenannten Lithotriptor für die Zertrümmerung von Nieren- und Gallensteinen, wird das Institut für Röntgendiagnostik mit einem Kernspintomograph bzw. einer Bestrahlungseinrichtung sowie einer digitalen Radiographie ausgestattet werden. Insgesamt werden sich die Baukosten für die dritte Ausbaustufe auf 430 Millionen Schilling plus 102 Millionen Schilling Einrichtungskosten belaufen. Damit erhöhen sich die Gesamtkosten für das Krankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost auf 5.681 Millionen Schilling (Baukosten) bzw. 872 Millionen Schilling (Einrichtungskosten). (Schluß) zi/bs

400ste Fahrradabstellanlage in Wien

Wien, 17.10. (RK-KOMMUNAL) Wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL mitteilte, wurde am Montag die 400ste Radabstellanlage vor dem Technischen Museum in Anwesenheit der Bezirksvorsteher Otto BAUER (14. Bezirk) und Kurt MENGER (15. Bezirk) ihrer Bestimmung übergeben.

Im Jahr 1985 war über Initiative von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK zur Förderung des Verkehrsmittels Fahrrad die Aktion „Fahrradabstellanlagen an zentralen Örtlichkeiten im Wiener Raum“ ins Leben gerufen worden. Diese Anlagen bilden eine ebenso praktische wie sichere Abstellmöglichkeit für Fahrräder.

Um eine möglichst flächendeckende Versorgung des Wiener Raumes mit solchen Abstellanlagen zu erreichen, wurde die Wiener Wirtschaft aufgerufen, diese Aktion durch die Übernahme der Kosten von Herstellung und Montage der Abstellbügel zu unterstützen. Als Gegenleistung der Stadt Wien wird den Sponsoren eine Werbemöglichkeit jeweils am ersten Abstellbügel eingeräumt; weiters sind sie von der Leistung der Gebrauchsabgabe befreit.

400ste Fahrradabstellanlage

Die 400ste Anlage wurde in Wien 14, Mariahilfer Straße 212, unmittelbar vor dem Technischen Museum, installiert. Mit dieser Örtlichkeit werden den Radfahrern in Wien seitens der Stadt in enger Zusammenarbeit mit den Sponsoren insgesamt 3.800 sichere Abstellplätze für das Abstellen des Fahrrades angeboten. Die betreffende Anlage wird von den Sponsoren Wiener Städtische Versicherung, Zentralsparkasse und Kommerzbank, Milupa und Erste Allgemeine Versicherung finanziert. Die genannten Unternehmen zählen zu den Hauptsponsoren, die bisher rund drei Viertel der bestehenden Anlagen finanziert haben.

In diesem Zusammenhang erwähnte Hatzl, daß noch etwa 20 weitere Örtlichkeiten mit solchen Fahrradabstellanlagen versorgt werden. Insbesondere wird hier auf die neue U-Bahn-Linie U 6 Rücksicht genommen: Die neun Stationen „Längenfeldgasse“, „Niederhofstraße“ und „Philadelphia-Brücke“ werden mit derartigen Abstellanlagen ausgestattet. Weiters bekommen einige bestehende Anlagen — auf Grund der besonders großen Inanspruchnahme — zusätzliche Abstellbügel für Fahrräder dazu. (Schluß)
pz/rr

„Gewalt und Zärtlichkeit“ am Mittwoch

Wien, 17.10. (RK-KULTUR) Arturo ALAPE und Luis FAYAD, zwei Autoren, die außerhalb ihres von politischer Gewalt erschütterten Heimatlandes Kolumbien leben, lesen am Mittwoch im Rahmen der lateinamerikanischen Literaturwoche „Gewalt und Zärtlichkeit“ (Österr. Tabakmuseum, Mariahilfer Straße 2, 19.30 Uhr).

Arturo Alape war in seiner Heimat Redakteur einer kommunistischen Wochenzeitung, ehe er nach Kuba emigrieren mußte, wo er heute in Havanna lebt. Seine Erzählungen zeugen vom Alltag der Guerilla, vom Kampf gegen Aberglauben und Unmenschlichkeit, wobei Alape besonderen Wert auf den dokumentarischen Gehalt seiner Bücher legt.

Luis Fayad lebt seit 1974 in Europa, wo er 1987 mit dem Roman „Auskunft über Esters Verwandte“ bekannt geworden ist. Diese literarische Chronik vom Abstieg des bürgerlichen Mittelstandes spiegelt die Wirklichkeit Lateinamerikas wieder. (Schluß) gab/szm

„Polenmilliarde“ wird beschlossen

Wien, 17.10. (RK-KOMMUNAL) Wie Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Dienstag in seinem Pressegespräch mitteilte, wird die von ihm vor einigen Wochen angekündigte „Polenmilliarde“ in der kommenden Woche im zuständigen Gemeinderatsausschuß beschlossen werden. Es handelt sich bei dieser Garantie um einen „revolvierenden Kreditrahmen“; die Abwicklung sollen die „Z“ und die „CA“ übernehmen. Bevorzugt behandelt werden Agrartechnik und Touristik. Zilk betonte, daß die Stadt Wien Polen damit nicht nur als erste ein konkretes Angebot gemacht habe, sondern dieses Angebot auch als erste umsetze. (Schluß) ger/bs

Zilk fordert Umdenken bei Ausländerbeschäftigung

Wien, 17.10 (RK-KOMMUNAL) Wiens Bürgermeister Dr. Helmut ZILK forderte am Dienstag in seinem Pressegespräch die Arbeitsmarktverwaltung zu einem Umdenken und zu einer neuen Politik bei der Erteilung von Arbeitsgenehmigungen für Ausländer auf. Der Wirtschaftsaufschwung sei spürbar und meßbar. Derzeit würden aber tausende Ausländer in die Schwarzarbeit gedrängt, zahlten dadurch keine Steuern und seien de facto Lohndrücker. Sowohl Arbeiter als auch Unternehmer würden auf diese Weise kriminalisiert. Zilk betonte, daß er sich mit seiner Forderung nach einem Umdenken bei der Arbeitsmarktverwaltung einig mit Handelskammerpräsident DITTRICH wisse, es gehe um ein gemeinsames Anliegen der Stadt Wien und der Wiener Wirtschaft. (Schluß) ger/bs

Die Chancen Wiens in einem neuen Europa

Wien, 17.10. (RK-KOMMUNAL) Die immer rascher und drastischer vor sich gehenden Veränderungen in der politischen und gesellschaftlichen Landschaft Europas bieten Wien als stabiler mitteleuropäischer Metropole eine Reihe von Entwicklungschancen.

Diese Chancen einerseits rechtzeitig zu erkennen, andererseits mögliche Fehlentwicklungen und Nachteile zu vermeiden, ist Aufgabe vorausplanender Stadtpolitik. In diesem Sinne war die Ankündigung von Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA im Spätsommer dieses Jahres zu verstehen, Szenarien eines „Wien 2010“ erstellen zu lassen.

Die — erfreuliche — Auseinandersetzung mit diesem spannenden Thema in den verschiedensten Medien hat zu einigen Fehlinterpretationen geführt.

So wurde — offensichtlich mißverständlich — von einer Zuwanderung in die Wiener Region in Millionenhöhe gesprochen.

Tatsächlich sprechen vorsichtige Schätzungen von einem möglichen Anwachsen der Wiener Bevölkerung auf etwa 1,6 bis 1,7 Millionen bis etwa zur Jahrtausendwende.

Um den Zukunftsüberlegungen und -planungen eine wissenschaftliche Grundlage zu geben, wurde nunmehr eine Gruppe österreichischer Institute (Institut für empirische Sozialforschung — IFES, Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung — IWS und das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum — KDZ) mit der Erstellung mittelfristiger Szenarien unter dem Motto „DIE BEDEUTUNG OFFENER GRENZEN FÜR DIE WIENER STADTENTWICKLUNG“ beauftragt.

Die Aufgabenstellung dieser Beauftragungen präsentierte Dienstag Planungsstadtrat Dr. Hannes Swoboda im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Erste Ergebnisse der jetzt beauftragten Studie sollen im Frühjahr 1990 vorliegen.

Ausgangssituation

Die europäische Nachkriegsordnung ist im Umbruch; die EG schicken sich an, bis in die erste Hälfte der neunziger Jahre hinein den Binnenmarkt zu verwirklichen, in Osteuropa zeichnen sich teils tiefgreifende wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Um- und Neugestaltungen ab. Die derzeit absehbaren Perspektiven weisen mehrheitlich in die Richtung einer grenzüberschreitenden Dynamik, die insbesondere die in der jüngeren Vergangenheit ruhige Ostregion und deren Zentrum, die Stadt Wien, erfassen.

Diese Dynamik kann viele Gesichter annehmen

- Wien wird unter Umständen wieder Ziel ausländischer Zuwanderer werden; von Menschen, die sich hierher begeben, um einen ständigen Wohnsitz zu erlangen, seien es politische Flüchtlinge oder Zuwanderer mit wirtschaftlichen Motiven. Sie werden, je nach Gegebenheiten, verschiedene Sprachen sprechen und divergierende Handlungsspielräume und Bedürfnisse haben.
- Weiters können sich neue Ströme von Arbeitspendlern herausbilden; auch mit Gastarbeitern aus neuen Herkunftsländern ist zu rechnen.
- Wien kann auch, viel stärker noch als jetzt, Fremdenverkehrsziel werden, für Besucher aus Ländern, mit denen es bisher kaum einen touristischen Austausch gab.
- Schließlich könnten sich alle diese Entwicklungen und noch andere nebeneinander einstellen; kurz: Wien wird vermutlich viel stärker von grenzüberschreitenden Bevölkerungsbewegungen kurz-, mittel- und langfristiger Natur berührt werden.

Wiens Stadtpolitik und Stadtentwicklung haben in den vergangenen Jahrzehnten keine solche Entwicklungen zugrundegelegt, man ist vielmehr von einer stark gebremsten Dynamik ausgegangen. Nun hat man sich, noch dazu vor dem Hintergrund einer großen Unsicherheit über die Zukunft, flexibel auf eine neue Dynamik einzustellen. Dabei gilt es, die Zukunftsaussichten nicht nur als (unvermeidliches) Problem und als konfliktträchtig zu begreifen, sondern die darin ebenfalls angelegten Chancen zu nützen.

Die Arbeitsgemeinschaft IFES/IWS/KDZ wurde nun mit der Erarbeitung einer Unterlage beauftragt, in der, soweit dies jetzt schon möglich ist, erste Abklärungen der zahlreichen offenen Fragen erfolgen und die Fragestellungen systematisch aufbereitet werden sollten.

Szenarien

Die Überprüfung von Art und Ausmaß der zu erwartenden Bevölkerungsdynamik erfolgt mittels dreier Szenarien betreffend die unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen.

Das EG-Szenario

Falls Österreich Mitglied der EG wird, wird es in seiner Zuwanderungspolitik an EG-Richtlinien gebunden sein, und die EG verfolgt voraussichtlich eine selektive Zuwanderungspolitik gegenüber Nicht-EG-Mitgliedsländern. Zu- und Abwanderungen wären aber, aufgrund der angepeilten Freizügigkeit der Arbeitskräfte, aus EG-Binnenwanderungen zu erwarten. Der mögliche Wanderungsgewinn aus osteuropäischen Staaten wird zumindest mittelfristig gering sein, wie weit Ostösterreich und Wien Bevölkerung gewinnen oder verlieren, hängt u.a. auch von der langfristigen Anpassung der EG-Politik ab, etwa gegenüber den osteuropäischen Staaten und weiteren beitrittswilligen Ländern, wie z.B. auch der Türkei.

Wien hätte dann eventuell kein absolutes Bevölkerungswachstum zu erwarten, weil es nicht nur zu Zu-, sondern auch zu Abwanderungen kommen kann; möglicherweise hätte Wien dann aber eine andersartige (multi-kulturelle) Bevölkerungsstruktur.

MITROPA-Szenario

Angenommen wird hier: Österreich ist nicht Mitglied der EG und folglich in seiner Zuwanderungspolitik ungebunden, außerdem liberalisiert sich der europäische Osten weiter und schafft die Reform der wirtschaftlichen Strukturen. Liberalisierung im Osten bewirkt voraussichtlich, bei gleichzeitiger Offenheit Österreichs, eine vielschichtige (Wanderungs)dynamik, die nur zum Ziel steuerbar sein wird. Entscheidend würde daher sein, welchen Grad der „offenen Grenze“ Österreich gegenüber den östlichen und nördlichen Nachbarländern anstrebt und, damit verbunden, welche Begrenzungs- oder allgemeine Steuerungsmöglichkeiten auf verschiedenen instrumentellen Ebenen beibehalten oder geschaffen werden (Kontingentvereinbarungen, Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen, Visa). Die Dynamik würde sich eher auf kurzfristige Bewegungen (also Pendeln, wirtschaftlicher Austausch, Tourismus etc.) konzentrieren.

Dieses Szenario ist auch mit einer liberalen EG durchzudenken. Es käme dann zu einer breiten Durchmischung der heutigen europäischen Wirtschafts- und Kulturräume (Schmelztiegelfunktion). Je nach Grad der Offenheit kann es eine „sanfte“ oder „massive“ Durchmischung sein. Ostösterreich und Wien wären dann in ein System kommunizierender Gefäße eingebunden, in dem ein permanenter Austausch die Beziehungen der Länder prägt.

Forts. von Blatt 2307

Forts. auf Blatt 2309

Asylantenszenario

Ist Österreich in Hinkunft nicht in der EG, und der Osten liberalisiert sich nicht im heute erwarteten bzw. erhofften Ausmaß, wird Österreich vielleicht eines der letzten Länder Mitteleuropas sein, das Zuwanderungen aus dem Osten zuläßt. Österreich und Wien wären dann wahrscheinlich ein bevorzugtes Ziel politischer Flüchtlinge aus dem Osten und vielleicht auch aus der Dritten Welt. Während Szenario 1 und 2 Wanderungsbewegungen erwarten lassen, die schwergewichtig wirtschaftlich begründet sind, stünden im Szenario 3 stärker politisch begründete Wanderungsströme bevor. Anders als in den anderen beiden Szenarios wäre kein „Hinterland“ vorhanden, Wien gewänne also „nur“ Wohnbevölkerung.

Wohnungspolitik

Die aktuelle Wiener Wohnungspolitik legt ein bestenfalls geringfügiges Wachstum der Zahl der Haushalte zugrunde und strebt, auch mit dem Neubau, der hierfür als Voraussetzung gesehen wird, primär die Umgestaltung des Wohnungsbestandes an.

Der Zuzug von Bevölkerung aus dem Ausland, mit zumindest kurz- bis mittelfristig unterdurchschnittlichen Einkommen, könnte zu einer Kurskorrektur zwingen: Es entstünde ein Bedarf sowohl an mehr als auch an billigen Wohnungen. Der kommunale Wohnbau und die Erhaltung des billigen Altwohnungsbestandes bekämen dann einen neuen bzw. anderen Stellenwert.

Entsprechend den aus den Szenarien folgenden Bevölkerungsströmen sind daher Wohnungsbedarfsfragen, Fragen zur erforderlichen Beeinflussung der Wohnungspreise, zu den Wohnungsqualitäten und zur räumlichen Ausprägung des Wohnens zu behandeln. Unter planungs- und bodenpolitischen Gesichtspunkten ist der Frage nachzugehen, wie es um die für zusätzlichen Wohnungsneubau erforderlichen Bodenreserven steht.

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Die wirtschaftlichen Dimensionen der einzelnen Kontrastszenarien gehen von der Überlegung aus, daß zwischen der Migration und der Wirtschaftsentwicklung teils selbstverstärkende, teils kompensierende Rückkopplungsmechanismen bestehen. Zu den zentralen Wirkungsgrößen dieser Rückkoppelungen zählen Unterschiede der Löhne und der Lebenshaltungskosten in den „Herkunfts“- und „Ziel“-regionen.

Je nachdem wie sich die Grenzen „öffnen“, entsteht für Wien eine spezifische Konkurrenzynamik.

Besondere Beachtung wird der Arbeitsmarktentwicklung geschenkt. Dabei stehen Fragen nach der allgemeinen Lohnentwicklung und qualifikations- und branchenspezifischen Entlohnungsdifferenzialen im Vordergrund.

Sozialpolitik

Von eminenter praktischer, politischer und verwaltungstechnischer Relevanz sind sozialstrukturelle Effekte der Migration für die Aufnahmeländer. Während Zuwanderer, die eine qualifizierte Ausbildung aufweisen und entsprechend beruflich eingliederbar sind, eher positive Effekte (Behebung des Facharbeitermangels) auslösen, stellt der Zuzug sozial schwacher Gruppen Belastungen dar, für die Vorsorge getroffen werden muß. Sozialpolitische Planungsvarianten müssen unterschiedliche Muster der Einwanderer auch unter Berücksichtigung von Variationen hinsichtlich der sozialen Pyramidenbildung sowie der gesamten Wirtschaftspolitik einbeziehen. Wesentlich in diesen Bereich fallen naturge-

Forts. von Blatt 2308

Forts. auf Blatt 2310

mäß die sozialen Aspekte des Wohnens (Stichworte: „Ghettoisierung“, „Slumbildung“) unter Annahme der genannten Migrationsszenarien.

Forts. von Blatt 2309

Bildungspolitik

Größere Migrationsschübe, bei denen davon ausgegangen werden kann, daß insbesondere jüngere Menschen zuwandern, schaffen eine starke Nachfrage nach entsprechenden Schul- und Bildungsleistungen, wobei durchaus auch an die Planung zweisprachiger Universitäten gedacht werden kann. Fragen im Zusammenhang mit der Kulturpflege (z. B. Schaffung eigener Theater-, Film- und Lokalangebote für Ausländer) sind ebenfalls einzubeziehen.

Städtische Dienstleistungen

Die städtischen Dienstleistungen würden im Falle größerer Migrationen einen zweifachen Anpassungsbedarf erfahren.

- einen kapazitätsmäßigen und
- einen qualitativen, letzteren, z.T. weil neue, bisher unbekannte Bedürfnisstrukturen abzudecken wären. Quantitative/qualitative Veränderungen wären insbesondere im Bereich der sozialen Infrastruktur — z.B. Kindergärten, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen, Kommunikationsstätten, Erholungsmöglichkeiten etc. erforderlich.

Die Frage der künftigen Verkehrspolitik ist angesichts einer Situation offener Grenzen von zentraler Bedeutung, da von allen heute vorstellbaren Konstellationen ein Druck in Richtung noch größeres Verkehrsaufkommen ausgehen könnte, d.h. sowohl durch Arbeits- und Einkaufspendeln in beide Richtungen, durch vermehrten Tourismus und durch mehr Wohnbevölkerung. Hier bietet eine Fortführung der Verkehrsplanungen für die anzunehmenden Erfordernisse der EXPO 95 Lösungsansätze. (Forts. mgl.) lf/rr/bs

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Presseamt: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133940, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 18. Oktober 1989

Blatt 2311

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Ziik gegen Liberalisierung des Drogenhandels (2312/FS: 17.10.)
- Hatzl: Verkehr nicht von der Tangente in Wohngebiete verlagern (2314/FS: 17.10.)
- Die frühere Gemeinderätin Maria Kuhn verstorben (2315)
- „Wien spart Energie — wir zeigen Ihnen wie!“ (2316)
- Anerkennung für Hofrat Denk (2317)
- Neuer Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung konstituiert (2318)
- Änderung einer Bezirksgrenze (2319)
- „Mehr als nur Schülerträume“ (2319)
- Fachbeirat: Ja zur MAK-Terrasse (2320)
- Mehr und besser bezahltes Pflegepersonal in städtischen Spitälern (2321)
- WVS: Karten ohne Warten (2323)
- Kooperation Wien - Prag ein gutes Stück weiter (2324)

Kultur:

- Anerkennungsstipendium für Pianisten (2313/FS: 17.10.)
- Ivan Angelo bei „Gewalt und Zärtlichkeit“ (2322)

Zilk gegen Liberalisierung des Drogenmarktes

Bereits am 17. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 17.10. (RK-KOMMUNAL) Gegen eine Freigabe oder eine Liberalisierung in der Drogenszene sprach sich Bürgermeister Dr. Helmut ZILK am Dienstag in seinem Pressegespräch aus. Gemeinsam mit dem Chefarzt des Psychosozialen Dienstes, Primarius Dr. Stephan RUDAS, und in Übereinstimmung mit Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER sei er zur Überzeugung gekommen, meinte Zilk, daß eine Liberalisierung oder eine Freigabe des Drogenhandels nicht die angepeilten Ziele bringen könne. Dort, wo die Liberalisierung durchgeführt worden sei, wie etwa in Zürich, handle es sich in Wirklichkeit um eine Kapitulation der Behörden vor dem Problem, um ein Resignieren oder um ein echtes Notstandsproblem.

Die Nachteile der Freigabe

Dr. Rudas verwies darauf, daß die Liberalisierung aus therapeutischen Gründen und aus Gründen der Vorsorge nicht gerechtfertigt wäre. Dazu komme noch, daß das Wiener Umfeld keine Erfahrung und keine „Kultur des Umganges“ mit illegalen Stoffen habe. Das würde bei einer Liberalisierung bedeuten, daß die Drogen eine viel weitere Verbreitungsbasis finden. „Ein viel größerer Teil derer, die Drogen probieren, würde abhängig werden“.

Die Vorschläge zur Liberalisierung seien gutgemeinte Überlegungen, meinte Zilk, die Freigabe würde aber schon aus wirtschaftlichen Überlegungen der Dealer zu einer größeren Verbreitung führen. Die Verminderung des Risikos beim Drogenhandel würde zu billigeren Stoffen führen, wobei die Händler, um ihren Gewinn nicht zu mindern, das Angebot vergrößern müßten. Die Anbieter müßten dann eben mehr Stoff auf den Markt werfen, damit der Gewinn gleich bliebe.

Österreich im internationalen Vergleich

Dr. Rudas zog einen internationalen Vergleich der Drogenszene: In Japan werden vor allem Aufputzmittel genommen, Frankreich steht an der Weltspitze der Alkoholkranken, in den USA wird der weltweit höchste Gebrauch von Kokain und Heroin registriert. Österreich liegt in fast allen Rauschgiftkategorien im unteren Drittel, lediglich bei den Alkoholkranken befindet sich unser Land im Spitzenfeld. Bezüglich Heroin kann Österreich als Nachzügler betrachtet werden und dient eher als Transitland. Bei den „harten Drogen“ werden in den Niederlanden etwa 2,5mal soviel genommen, in der BRD etwa 1,5mal, in Berlin 3mal und in Zürich bis zu 3,5mal so viel. Unter den intravenös abhängigen „Spritzern“ liegt der Anteil der HIV-Positiven in Zürich zwischen 60 und 70 Prozent, in Frankfurt am Main bei 50 bis 60, in Berlin bei 40 bis 50 und in Wien zwischen 15 und 20 Prozent. Diese Quote gilt weltweit als Maßstab für die erfolgreiche Betreuung der Süchtigen, betonte Rudas.

Österreich hat die wenigsten Drogentoten

Die Zahl der Rauschgifttoten beträgt derzeit in ganz Österreich etwa 50 pro Jahr. Im Vergleich dazu, bezogen auf die Bevölkerungszahlen, liegt die Zahl der Rauschgifttoten in der BRD um etwa 10 Prozent höher, in Italien um 50 und in der Schweiz um 300 Prozent höher.

Die Gesamtzahl der Rauschgiftabhängigen bezifferte Dr. Rudas in ganz Österreich mit derzeit 10.000 Personen, wobei die Großstadt Wien anteilig nicht stärker betroffen ist als manche Kleinstädte in Tirol, Vorarlberg und in der Steiermark. Das sei international unüblich, da europaweit die größte Drogenanfälligkeit auf die Großstädte konzentriert sei. (Schluß) fk/rr

Anerkennungsstipendium für Pianisten

Wien, 17.10. (RK-KULTUR) Ein Anerkennungsstipendium für den zuletzt erfolgreichsten Studierenden am Konservatorium der Stadt Wien überreichte Dienstag Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL dem jungen Pianisten Till FELLNER. Fellner, 1972 in Wien geboren, begann sein Klavierstudium mit sechs Jahren und kann mittlerweile bereits auf beachtliche Erfolge im In- und Ausland verweisen.

Stipendien für Modeschülerinnen

Das Anerkennungsstipendium für Studierende an der Modeschule der Stadt Wien im Schloß Hetzendorf ging an eine Schülergruppe und wurde bei der großen Modeschau im Juni feierlich überreicht. Die Preisträgerinnen waren Sabine ASTNER, Astrid ROHAN und Anita WITEK. (Schluß)
red/rr

Bereits am 17. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Hatzl: Verkehr nicht von der Tangente in Wohngebiete verlagern

Wien, 17.10. (RK-KOMMUNAL) Ein ÖVP-Antrag auf Errichtung von „Stauwarnanlagen“ bei den beiden Abfahrten zur A 23 am Verteilerkreis Favoriten wurde in der heutigen Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Verkehr und Energie abgelehnt. Die Begründung: Es fehlen im Bereich des Verteilerkreises Favoriten entsprechende Alternativrouten zur Südosttangente, sodaß der Verkehr bei Stau auf der A 23 durch dicht bebauten Wohngebiet abfließen würde. Abhilfe könnte nur die Errichtung eines zweiten Umfahrungsringes auf niederösterreichischem Gebiet mit einer Anbindung im Bereich Schwechat schaffen, sagte Verkehrsstadtrat Johann HATZL. Dann wäre auch eine Stauwarnung für die Südosttangente im Bereich des Autobahnknotens Vösendorf sinnvoll, mit der Empfehlung, zur Einfahrt nach Wien den Außenring zu benützen. (Schluß) roh/szm

Bereits am 17. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Die frühere Gemeinderätin Maria Kuhn verstorben

Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL) Die frühere SPÖ-Gemeinderätin Maria KUHN ist im 65. Lebensjahr verstorben. Maria Kuhn gehörte dem Wiener Landtag und Gemeinderat von 1978 bis 1987 an. Für ihre Leistungen erhielt Maria Kuhn das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien sowie seitens der Sozialistischen Partei die Victor-Adler-Plakette. Maria Kuhn wird am 23. Oktober im Krematorium Simmering um 15 Uhr eingeäschert. Die Beisetzung der Urne findet am 25. Oktober um 10.30 Uhr auf dem Friedhof Inzersdorf statt. (Schluß) red/gg

„Wien spart Energie – wir sagen Ihnen wie!“

Energieberatung jetzt auch auf den Wiener Märkten

Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL) Mehr Geld in der Brieftasche — das läßt sich auch durch verringerte Heizkosten erreichen. Die Wiener Stadtwerke wollen dabei mithelfen. Kaum jemand weiß, daß schon ein Grad Celsius weniger Raumtemperatur eine Einsparung von sechs Prozent bringt, oder daß ein Wannenbad bei der Energie soviel kostet wie drei Duschbäder, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Energiesparen bringt nicht nur eine Entlastung für das Haushaltsbudget, sondern auch für die Umwelt und für die Volkswirtschaft. Deshalb gibt es seit einigen Jahren die gemeinsame „Energieberatung“ der E-Werke, Gaswerke und Heizbetriebe Wien in der Spitalgasse 5-9, die möglichst oft bei Messen, Veranstaltungen oder in Zusammenarbeit mit Firmen in die Bezirke, zu den Kunden der Stadtwerke geht. Die neueste Aktion: Nun gibt es die Energieberatung an den nächsten Wochenenden an jeweils zwei Wiener Märkten.

Begonnen wurde damit bereits vergangenes Wochenende am Naschmarkt und am Viktor-Adler-Markt. An die zweitausend Marktbesucher nahmen die Energiesparprospekte der Energieberatung mit, die einen Kupon für weiteres Informationsmaterial enthalten, bei dessen Einsendung man auch an einem Gewinnspiel teilnimmt. Rund hundert Besucher der Energieberatungsstände auf den beiden Märkten konnten an Ort und Stelle durch einen Fachmann beraten werden.

Der nächste Termin: 20./21. Oktober Rochusmarkt und Simmeringer Markt, Freitag 14 bis 18 Uhr und Samstag 8 bis 14 Uhr.

Die Energieberatung steht natürlich auch laufend, Montag bis Freitag von 8 bis 15 Uhr, in der Spitalgasse 5-9 bzw. telefonisch unter 4380/Klappen 3995 bis 3998 DW kostenlos zur Verfügung. (Schluß) roh/bs

Anerkennung für Hofrat Denk

Gesundheitsausschuß dankte dem Wiener Spitalsombudsmann

Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen sprach in seiner Sitzung Dienstag nachmittag dem langjährigen Ombudsmann für die Wiener Krankenanstalten und Pflegeheime, Hofrat Hans DENK, einstimmig Dank und Anerkennung für seine erfolgreiche Arbeit im Dienste der Wiener Bürger aus. Hofrat Denk war 43 Jahre im Bereich der städtischen Krankenanstalten tätig. Er ist mit 1. Oktober in den Ruhestand getreten. (Schluß) sc/gg

Neuer Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung konstituiert

Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL) Unter Vorsitz von Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA hat sich gestern, Dienstag, der neue Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung konstituiert.

Auf Vorschlag des aus dieser Funktion scheidenden Vorsitzenden dieses Beratungsgremiums Prof. Mag. Wilhelm HOLZBAUER wurde Prof. Ernst HEISZ (Akademie der bildenden Künste) einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt.

1. Vorsitzender-Stellvertreter ist nunmehr Dipl.-Ing. Manfred ECKHARTER;
2. Vorsitzender-Stellvertreter ist o. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Ralph GÄLZER.

Wie Planungsstadtrat Dr. Hannes Swoboda anlässlich der Konstituierung feststellte, soll diesem beratenden Gremium in Hinkunft nochmehr Bedeutung zukommen als bisher, wobei die politischen Entscheidungen den dafür zuständigen Gremien nicht abgenommen werden können.

Swoboda betonte, daß sich diese Entscheidungsträger selbstverständlich im Sinne der Gesamtstadt an die Empfehlungen des Fachbeirates weitestgehend halten sollten, daß aber durchaus in besonderen Fällen auch anderslautende Entscheidungen gefällt werden können.

Die sensible Frage der Stadtgestaltung, die zunehmend im Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen steht, sollte so transparent wie möglich beraten und entschieden werden, stellte der Planungsstadtrat abschließend fest.

Dem Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung gehören neben den Vorsitzenden folgende Mitglieder an:

Dipl.-Ing. Peter HÖGER, Prof. Mag. Wilhelm HOLZBAUER, Dr. Margit KOLLER, Dr. Oskar NITSCH, Dr. Kurt PUCHINGER, Dr. Wilhelm Georg RIZZI, Dr. Werner ROSINAK, Dr. Sepp SNIZEK, Dipl.-Ing. Bernd STANZEL.

Der Fachbeirat hat seine Geschäftsstelle bei der Magistratsabteilung 21 angesiedelt. (Schluß) lf/bs

Änderung einer Bezirksgrenze

Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA legte gestern Dienstag, der Wiener Landesregierung den Gesetzesentwurf über eine geringfügige Änderung der Grenze zwischen dem 17. und 18. Wiener Gemeindebezirk vor.

Betroffen sind einige Häuser in der Herbeckstraße, deren Bewohner etwa bei Behördenwegen bisher Beschwerden auf sich nehmen mußten. Durch die Änderung, für die sich bei einer vom Bezirk durchgeführten Befragung 95 Prozent der dort Wohnenden ausgesprochen haben, sollen diese Häuser nunmehr zu Währing gehören.

Der Gesetzesentwurf muß noch den zuständigen Gemeinderatsausschuß passieren und soll in der Sitzung des Wiener Landtages am 30. Oktober beschlossen werden. (Schluß) lf/szm

„Mehr als nur Schülerträume“

Wien, 18.10. (RK-LOKAL) Morgen, Donnerstag, den 19. Oktober, wird um 18 Uhr im Informationslokal der Gebietsbetreuung Margareten-Ost (5, Margaretenstraße 105) unter dem Titel „Mehr als nur Schülerträume“ eine Ausstellung mit Vorschlägen zur Verkehrsberuhigung und Fassadengestaltung in Margareten eröffnet. Die Vorschläge stammen von Schülern des Berufsförderungsinstitutes Margareten und sollen Anlaß und Ideen für konkrete Planungen sein. Die Ausstellung ist bis 10. November von Montag bis Donnerstag von 8 bis 17 Uhr und am Freitag von 8 bis 12 Uhr geöffnet. (Schluß) ah/gg

Fachbeirat: Ja zur MAK-Terrasse

Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Wie Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA Mittwoch gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ erklärte, hat der Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung am Dienstag einstimmig den überarbeiteten Entwurf der Terrasse vor dem Museum für Angewandte Kunst (in der neu aufgeflammten Diskussion als „Noever-Platte“ bezeichnet) zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Dr. Swoboda: „Damit wurde die ursprünglich bedingt gegebene Baubewilligung für diesen Anbau bestätigt, und es steht seitens der Stadt Wien diesem Vorhaben nichts mehr im Wege. Am Zug ist nunmehr der Bund, im konkreten Fall Wirtschaftsminister Dr. Schüssel.“ (Schluß) lf/gg

Mehr und besser bezahltes Pflegepersonal In städtischen Spitälern

Stacher beim ÖGB-Fachgruppentag Krankenpflege

Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Motto „Arbeit — Humanität — Gesundheit“ begann Mittwoch vormittag im Psychiatrischen Krankenhaus der Stadt Wien die auf zwei Tage anberaumte 9. Fachgruppentagung des Krankenpflege-, medizinisch-technischen und Sanitätshilfsdienst-Personals sowie der Hebammen im Österreichischen Gewerkschaftsbund. In Vertretung von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK wies Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß im Bereich des Wiener städtischen Spitalswesens auf die belegbaren Betten bezogen mehr Pflegepersonal beschäftigt wird als in den anderen österreichischen Bundesländern. Wenn dennoch zusätzliches Personal erforderlich ist, so deshalb, weil in Wien ein hoher Prozentsatz von Spitzenleistungen der Medizin erbracht wird.

Stadtrat Stacher unterstrich, daß mehr als ein Drittel der Bediensteten der Stadt Wien, das sind mehr als 22.800, in den Wiener städtischen Krankenanstalten beschäftigt ist. Das Personal in den Wiener städtischen Krankenanstalten wurde in den vergangenen Monaten kräftig aufgestockt. Es wurden folgende neue Dienstposten geschaffen:

50 für Turnusärzte in Spitälern,

20 für Ärzte in Pflegeheimen,

10 für Stationsärzte,

500 für diplomiertes Krankenpflegepersonal und geprüfte Stationsgehilf(inn)en,

600 für Abteilungshelferinnen zur Entlastung des Pflegepersonals und

15 für Schreibkräfte.

Schon vor dieser Personalerhöhung, nämlich im Jahr 1987, hatten die Wiener städtischen Spitäler den höchsten Personalstand unter allen österreichischen Bundesländern aufzuweisen. Für 100 belegbare Betten standen 26,3 Ärzte, 60,8 diplomierte Schwestern und Pfleger und insgesamt 184,3 Mitarbeiter zur Verfügung. Auch in einem internationalen Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz nimmt Wien einen Spitzenrang bei der Zahl der Ärzte, der Pflegepersonen und des Gesamtpersonals ein.

Die Besoldung des Pflegepersonals in den Wiener städtischen Krankenanstalten wird nun aus dem Beamtenschema herausgenommen. Ab 1990 sind beträchtliche Gehaltserhöhungen vorgesehen, die zweifellos dazu beitragen werden, den Pflegeberuf attraktiver zu machen.

Um die Personalsituation zu verbessern, wendet die Stadt Wien, jährlich mehr als 300 Millionen Schilling für ihre Krankenpflegeschüler und die Schulen für die medizinisch-technischen Dienste auf. Wien hat den größten Anteil an Ausbildungsplätzen in Österreich: 25 Prozent der Ausbildungsplätze in Krankenpflegeschulen und 37 Prozent der Ausbildungsplätze für medizinisch-technische Dienste befinden sich in der Bundeshauptstadt.

Dem diplomierten Pflegepersonal werden zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten angeboten. Regelmäßig werden Kurse für Intensiv-, Dialyse-, Anästhesie- und Operationsschwestern und -pfleger sowie für leitendes und lehrendes Pflegepersonal abgehalten. Seit kurzem gibt es auch Kurse für Altenhilfe und Sterbebegleitung.

Die Fachgruppenvereinigung des Krankenpflege-, medizinisch-technischen und Sanitätshilfsdienstpersonals sowie der Hebammen im ÖGB hat mehr als 40.000 Mitglieder. Am 9. Fachgruppentag nehmen 275 Delegierte und Gastdelegierte teil. (Forts. mgl.) sc/gg

Ivan Angelo bei „Gewalt und Zärtlichkeit“

Wien, 18.10. (RK-KULTUR) Im Rahmen der lateinamerikanischen Literaturwoche „Gewalt und Zärtlichkeit“ im Tabakmuseum (Mariahilfer Straße 2) liest am Donnerstag, 19.30 Uhr, der brasilianische Autor Ivan ANGELO aus seinem Roman „A Festa“. Ivan Angelo arbeitet als Journalist und Schriftsteller in Sao Paulo. Der Roman „A Festa“, der ihm inzwischen auch internationale Anerkennung gebracht hat, war in seiner Heimat zunächst (1974) verboten, 1976 wurde er als bester Roman des Jahres von Kritik und Publikum gefeiert. (Schluß) gab/szm

WVS: Karten ohne Warten

Bereits 42 Verkaufsstellen in Wien

Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Vor drei Jahren wurde das Wiener Veranstaltungsservice (WVS) ins Leben gerufen. Bis heute sind 70 Verkaufsstellen in Wien, Niederösterreich und Burgenland, davon allein 42 in Wien, daran angeschlossen. Über nähere Details, sowie über Zukunftspläne, informierten Mittwoch vormittag die beiden Geschäftsführer Dr. Friedrich ERNST und Franz ÜBERLACHER in einem Pressegespräch.

Bisher wurden über das WVS mehr als fünf Millionen Karten verkauft. Nun wird eine Werbekampagne gestartet, um die vorhandenen Kapazitäten noch besser nutzen zu können. Vor allem sollen die Vorteile für die Konsumenten deutlich vor Augen geführt werden: Jeder Interessent hat sofort einen umfassenden Überblick über das gesamte vorhandene Kartenangebot; er erspart sich den Weg zur Vorverkaufskassa am Veranstaltungsort, und er hat die Originalkarte sofort in Händen.

Folgende Veranstalter sind bereits an WVS angeschlossen: Austria Center Vienna, Burgenländische Festspiele, Haydn Sinfonietta Wien, Raimund Theater, Ronacher, Theater an der Wien, Theater Akzent (ab Jänner 1990), Wiener Festwochen, Wiener Musiksommer, Wiener Sinfonisches Kammerorchester und Wiener Stadthalle-KIBA. Derzeit laufen Verhandlungen mit dem Volkstheater, der Kurhalle Oberlaa, aber auch mit Bühnen, Opernhäusern und Schauspielhäusern außerhalb Wiens. Ein besonders attraktives Service ist, daß in jedem der genannten an WVS angeschlossen Häuser für jedes andere Karten ausgestellt werden können. (Schluß) ull/bs

Kooperation Wien - Prag ein gutes Stück weiter

Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL) „Wir sind in der Zusammenarbeit zwischen Wien und Prag ein gutes Stück weitergekommen“, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Mittwoch nach einem dreitägigen Aufenthalt in Prag und Brünn, an dem auch Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK und der Direktor des Technischen Museums, Dipl.-Ing. Peter REBERNIK, teilgenommen haben. Die Vorbereitungen für das Mozartjahr 1991 laufen, so Mayr, bestens, fix vereinbart wurde auch eine Teilnahme der Stadt Wien an der Prager Industrieausstellung im Jahr 1991. Vor dem Abschluß steht die Eröffnung eines österreichischen Reisebüros in Prag, im Gegenzug werden die Prager in Wien die Möglichkeit erhalten, mit ihrem Büro „Praga-Tours“ präsent zu sein.

Großes Interesse herrscht von seiten der tschechlowakischen Stellen, Wiener kommunale Einrichtungen zu studieren. So werden zwei Fachleute der Prager Kommunalverwaltung für vier Wochen nach Wien kommen, um das Wiener Abgaben- und Steuerwesen kennenzulernen. Von Seiten der Brünner Stadtverwaltung besteht der Wunsch, Einrichtungen des Umweltschutzes sowie der Ver- und Entsorgung in Wien zu studieren. (Schluß) sei/bs

rief vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
ontag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
amstag 10 bis 17 Uhr,
onn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
brige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

ressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
etzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 19. Oktober 1989

Blatt 2325

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Landesbaudirektorenkonferenz in Wien (2326)
- Ehrenzeichen für Bezirksvorsteher Kasperek (2327)
- Drei neue Regierungsräte (2327)
- Planung für U 6-Nord (2328)
- Umwelttunnel Margaretengürtel ist in Budgetvorschau des Wirtschaftsministeriums enthalten (2329)
- Die Donaustadt hat eine eigene Volkshochschule (2330)
- Wien-Tourismus weiter positiv (2332)
- Sozialmedizinische Probleme von AIDS-Kranken (2333)
- Infektionskrankheiten gehen weiter zurück (2335)
- Umbau des Grabens West in der Endphase (2336)
- Verkehrsbetriebe durch Unfall behindert (nur FS)

Kultur:

- „Wunderblock“-Katalog: Staatspreis für schönstes Buch Österreichs (2331)
- Montag Presseführung „Moskau — Wien — New York“ (nur FS)
- Stadt Wien richtet Beratungsstelle für Kulturarbeit ein (2334)
- „Gewalt und Zärtlichkeit“ am Freitag (2334)

Landesbaudirektorenkonferenz in Wien

Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Probleme und Fragen der Zusammenarbeit zwischen den Ländern und dem Bund, vor allem im Bereich des Bundesstraßenbaus, standen im Mittelpunkt der Landesbaudirektorenkonferenz, die unter dem Vorsitz von Wiens Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Herbert BECHYNA vor kurzem in Wien stattfand. Ein weiteres Thema der Beratungen waren jene Richtlinien für Bauprodukte, die derzeit im Rahmen der EG erarbeitet werden. (Schluß) ger/bs

Ehrenzeichen für Bezirksvorsteher Kasperek

Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) In seinem Arbeitszimmer überreichte Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK Mittwoch nachmittag Bezirksvorsteher Walter KASPAREK das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.



Foto: PID/Hutterer

Zilk würdigte den Josefstädter Bezirksvorsteher, der diese Funktion seit 25 Jahren ausübt und damit der längstdienende Wiener Bezirksvorsteher ist, als einen engagierten Mann, der sich stets nachdrücklich um die Anliegen der Bevölkerung des 8. Bezirkes gekümmert hat. An der Feier nahmen auch Stadtrat Kommerzialrat Wilhelm NEUSSER, ÖVP-Klubobmann Dr. Günther GOLLER und die beiden Bezirksvorsteher-Stellvertreter Ludwig ZERZAN und Hannes ZIMA teil. (Schluß) ull/bs

Drei neue Regierungsräte

Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Der amtsführende Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal, Dr. Hannes SWOBODA, überreichte gestern, Mittwoch, im Wiener Rathaus die Dekrete über die Verleihung des Berufstitels „Regierungsrat“ an drei Beamte der Stadt Wien.

Die Oberamtsräte Helmut GRIMLING, Walter KILLER und Franz THALLER hatten sich durch besonderes Engagement in ihren Tätigkeitsbereichen in der Verwaltung des AKH bzw. im Personalbereich der Stadt Wien verdient gemacht. (Schluß) lf/gg

Planung für U 6-Nord

Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie hat die Vergabe der Ausschreibungs- und Einreichplanung für die Bauabschnitte U 6/11 bis U 6/16 (Verlängerung der U 6 nach Floridsdorf), an diverse Ingenieurbüros genehmigt. Die einzelnen Abschnitte heißen „Spittelau“ (11, Verknüpfungsstation mit der U 4), „Jägerstraße“ (12), „Hellwagstraße“ (13), „Handelskai“ (14), „Neue Donau“ (15) und „Floridsdorf“ (16). Die Gesamtkosten für die Ausschreibungs- und Einreichplanung in diesen sechs Bauabschnitten der U 6-Nord betragen rund 95 Millionen Schilling.

Auf der zukünftigen Trasse der U 6 laufen derzeit bereits die Baugrunderkundung und die Hauszustandsfeststellung. Die Trasse verläuft von der Stadtbahnbrücke über die Heiligenstädter Straße in Hochlage weiter über Spittelau und Donaukanal in die Leipziger Straße. Im 20. Bezirk sinkt sie so rasch ab, daß bereits die Klosterneuburger Straße unterquert werden kann. Sie bleibt dann in einfacher Tieflage und führt unter der Hellwagstraße bis zur Leystraße. Hier beginnt sie wieder zu steigen und führt parallel zur Schnellbahn über die Donau und nach Floridsdorf. 200 Meter vor dem Franz-Jonas-Platz taucht sie wieder in einfache Tieflage ab. (Schluß) roh/bs

Umwelttunnel Margaretengürtel ist in Budget- vorschau des Wirtschaftsministeriums enthalten

Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Als besonders erfreulich bezeichnete heute, Donnerstag, Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA den Inhalt eines Schreibens von Bundesminister Dr. Wolfgang SCHÜSSEL an den Landeshauptmann von Wien, Dr. Helmut ZILK. Darin sind neben einigen wichtigen anderen Straßenbauvorhaben auch 2 Milliarden Schilling für den Bereich Gürtel/Wiental ausgewiesen.

Swoboda: „Es ist ganz besonders positiv zu werten, daß mit diesen 2 Milliarden Schilling erstmals in Wien im bestehenden Bundesstraßennetz zielführende Umweltschutzmaßnahmen in dieser Größenordnung finanziert werden können.“

Der Umwelttunnel Margaretengürtel allein entlastet so viele Menschen, wie die Landeshauptstadt Eisenstadt Einwohner hat.“ Nach diesem ersten augenscheinlichen Erfolg der Verhandlungen zwischen Wien und dem Bund gilt es nun, neben den für die klaglose Abwicklung des zu erwartenden EXPO-Verkehrs notwendigen Baumaßnahmen, die weitere Vorgangsweise in den anderen Bereichen des Gürtels und der Süd- bzw. Westeinfahrt zu klären, meinte der Stadtrat abschließend. (Schluß) lf/gg

Die Donaustadt hat eine eigene Volkshochschule

Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Mit einer Festveranstaltung im Haus der Begegnung wurde am Mittwoch nachmittag die neue Volkshochschule in der Donaustadt, Bernoullistraße 1, eröffnet. Sie war bis jetzt eine Filiale der Volkshochschule Nord in Floridsdorf. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK verwies auf die zunehmende Bedeutung der Volkshochschulen in einer Freizeitgesellschaft. Die Volkshochschulen hätten in der Wiener Volksbildung eine große Tradition; und Zilk erinnerte daran, daß er in den fünfziger Jahren als Lehrer oft vier Tage pro Woche selbst an der VHS Ottakring unterrichtet hatte.

Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL betonte, daß die Anforderungen an die Volksbildung überproportional ansteigen. Die Volkshochschulen seien ein Garant für lebenslanges Lernen, für alle Altersschichten und für jede Bildungsstufe.

Bereits 2.400 Hörer in der VHS Donaustadt

Mit Juli dieses Jahres hat die VHS Donaustadt als eigenständige Institution ihre Arbeit aufgenommen. Als Zweigstelle der VHS Wien-Nord bestand sie seit 18 Jahren.

Als selbständiger Verein VHS Donaustadt — Vorsitzender des Vereines ist OAR Werner KÜHTREIBER — konnten für das erste Kurssemester 1989/90 bereits 2.400 Hörer registriert werden.

Bezirksvorsteher Albert SCHULTZ wies auf die Bedeutung der neuen Volkshochschule im flächengrößten Bezirk Wiens mit rund 100.000 Einwohnern hin. Die Feierstunde im Haus der Begegnung wurde vom Schülerchor der Vienna International School mit Liedern in deutscher und englischer Sprache begleitet. An der Veranstaltung nahmen zahlreiche Gäste, unter ihnen auch die frühere Vizebürgermeisterin und Ministerin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, der Vorsitzende des Verbandes Wiener Volksbildung LAbg. Ernst STEINBACH und Mitglieder des Wiener Landtages teil. (Schluß) fk/bs

„Wunderblock“-Katalog: Staatspreis für schönsten Buch Österreichs

„Komplexes Thema auf klare Art gestaltet“

Wien, 19.10. (RK-KULTUR) Donnerstag wurden von Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang SCHÜSSEL die Staatspreise für die schönsten Bücher Österreichs überreicht. Die Jury, der die Professoren Prof. Kurt SCHWARZ (Hochschule für angewandte Kunst), Prof. Johann HOFMANN und Prof. Karl BRUNNER (beide Graphische Lehr- und Versuchsanstalt Wien) angehören, vergab für 1989 fünf Staatspreise. In der Kategorie „Sachbuch- und Nachschlagewerke“ wurde der Katalog der Festwochen-Ausstellung „Wunderblock“ ausgezeichnet. In der Begründung heißt es: „Hier wurde ein komplexes Thema auf eine sehr klare Art gestaltet.“ Speziell beeindruckte die Jury das Cover, das als „zeitgemäß und international“ bezeichnet wurde.

Gemeinsam mit den anderen „schönsten Büchern“ Österreichs wird der „Wunderblock“ bei internationalen Ausstellungen und Buchmessen präsentiert und zum Wettbewerb der schönsten Bücher der Welt in Leipzig eingereicht.

In Zusammenarbeit mit den Ausstellungsgestaltern Jean Clair, Chathrin Pichler und Wolfgang Pircher lag die Redaktion des Kataloges in den Händen von Elisabeth Madlener und Claudia Mazanek. Graphische Gestaltung: Dietmar Tadler. Der Cover-Entwurf stammt von Demner & Merlicek. Satz, Druck und Bindung: F. Seitenberg, Wien. (Schluß) wfw/vs

Wien-Tourismus weiter positiv

Auch im September Übernachtungsplus

Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Der September — traditionellerweise nach dem August der zweitstärkste Monat im Wien-Tourismus — konnte wiederum mit einem deutlichen Übernachtungsplus abgeschlossen werden. Die Steigerung beträgt mindestens 3,4 Prozent; „Mindestens“ deshalb, weil schleppende Statistikmeldungen einiger größerer Wiener Hotels in den letzten Monaten für beträchtliche Unterschiede zwischen dem vorläufigen und dem definitiven Monatsergebnis gesorgt haben.

Für den Juli 1989 wurde z.B. zwei Wochen nach Monatsende ein vorläufiges Ergebnis von + 1,7 Prozent bekanntgegeben. Nach Einrechnung diverser Nachzügler, die die gesetzliche Frist zur Abgabe ihrer Frequenzzahlen weit überschritten hatten, wurde nun ein Plus von 5,7 Prozent ermittelt. Für den August — gemeldet wurden + 8,2 Prozent — erhöhte sich der Nächtigungszuwachs auf 12 Prozent. Die durchschnittliche Steigerung im heurigen Wien-Tourismus beläuft sich damit bereits auf 9,5 Prozent seit Jahresbeginn. (Schluß) wfv/bs

Sozialmedizinische Probleme von AIDS-Kranken

Gute stationäre Versorgung, aber „Außen“-Probleme

Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Die in Wien vorhandenen Einrichtungen zur stationären Behandlung und Betreuung von AIDS-Kranken haben sich bestens bewährt. Hingegen gibt es für die meisten Patienten sowohl psychische als auch soziale „Außen“-Probleme — etwa mit dem Arbeitsplatz, der Wohnungs- bzw. finanziellen Situation. Dies ergab unter anderem eine mit Förderung der Hochschuljubiläumsstiftung der Stadt Wien vom Ludwig-Boltzmann-Institut für Medizinsoziologie durchgeführte Studie, die von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch abend im Rahmen seiner Gesundheitspolitischen Presserunde gemeinsam mit dem Institutsleiter Univ.-Prof. Dr. Jürgen M. PELIKAN vorgestellt wurde.

Interviews mit Patienten und Personal

Die Studie befaßte sich vor allem mit Problemen, die im Zusammenhang mit der stationären medizinischen Versorgung von HIV-positiven und AIDS-Patienten auftreten. Dafür wurden die beiden auf AIDS spezialisierten Stationen an der I. Univ. Hautklinik (Vorstand: Univ.-Prof. Dr. Klaus WOLFF) und im Pulmologischen Zentrum Baumgartner Höhe (Leiter: Primarius Dr. Norbert VETTER) einbezogen. Dabei wurden sowohl Patienten, als auch Vertreter des Personals in Interviews und Expertengesprächen befragt. Wesentlichster Unterschied zwischen den beiden Stationen: die Station im AKH wird als „reine“ AIDS-Station geführt, auf der ausschließlich AIDS-Patienten behandelt werden, während auf der anderen Station HIV/AIDS-Patienten gemeinsam mit anderen Patienten untergebracht sind. Die beiden an sich gegensätzlichen Versorgungs-Konzepte entsprachen unterschiedlichen Patienten-Bedürfnissen. So ziehen etwa selbstbewußte Patienten mit einem durchschnittlich höheren Sozialstatus die trotz der Erkrankung noch eine Lebensperspektive aufrechterhalten können, die „gemischte“ Station vor. Von den anderen Patienten wird hingegen die Abgeschlossenheit der „reinen“ AIDS-Station mit der entsprechenden Fürsorge des Personals als Schutz empfunden.

Begleitende soziale Dienste

Sowohl Stadtrat Stacher als auch Institutsleiter Pelikan sprachen sich gegen jede Form der Diskriminierung von AIDS-erkrankten Personen aus. Stacher: „Aus meiner Sicht als Arzt ist dies genauso eine infektiöse Krankheit wie etwa Hepatitis“. Nach Meinung des Gesundheitsstadtrates wäre es jedoch notwendig, das derzeit bestehende Angebot zur Betreuung von AIDS-Erkrankten zu erweitern, etwa durch die Einbeziehung pflegerischer sozialer Dienste, um damit auch ein Leben außerhalb des Spitals zu ermöglichen. Die vorliegende Studie bezeichnete er als eine wichtige Entscheidungshilfe in dieser Richtung. Was die stationären Versorgungsmöglichkeiten für AIDS-Kranke bzw. HIV-positive Patienten betrifft, so sind die beiden Stationen gegenwärtig dafür ausreichend. Sollte sich ein zusätzlicher Bedarf ergeben, könnte er sich die Errichtung einer weiteren AIDS-Station im Franz-Josef-Spital vorstellen, meinte Stacher.

In Wien bisher 155 Erkrankungen

Seit dem Auftreten der Krankheit sind in Wien bis Ende September 1989 insgesamt 155 Erkrankungen aufgetreten, 61 Personen davon sind verstorben. Im Vergleich dazu: 1983 waren es fünf Erkrankungen, 1986 betrug die Zahl der Erkrankten 12 und 1987 31 Personen (davon vier Frauen). 1988 erkrankten bisher 49 Personen (davon vier Frauen), 18 Erkrankte starben. Rund 80 Prozent der AIDS-Kranken in Wien kommen aus der Gruppe der Drogensüchtigen und Homosexuellen. In Österreich gab es bis Anfang September 1989 324 Erkrankungen (274 Männer und 50 Frauen), davon 145 Todesfälle. Erfahrungsgemäß starben in Wien 80 Prozent der Erkrankten innerhalb von drei Jahren. Was die Erkrankungsrate betrifft, so haben sowohl die Schweiz, als auch die BRD eine höhere Quote, wobei die Zahlen in den USA noch wesentlich höher liegen. (Schluß) zi/gg

Stadt Wien richtet Beratungsstelle für Kulturarbeit ein

Wien, 19.10. (RK-KULTUR) Die Kulturabteilung der Stadt Wien hat Anfang Oktober eine Beratungsstelle für Kulturarbeit eingerichtet, die sich als Informations- und Beratungsbüro für Künstler, Schriftsteller, Musiker und Veranstalter jeder Art versteht und über alle Förderungsmöglichkeiten informiert. Die Beratungsstelle für Kulturarbeit, die von Franz SCHULLER geleitet wird, soll technische Hilfe bei der Abwicklung von Veranstaltungen, bei Projekteinreichungen leisten und insgesamt der Erleichterung des Zugangs zur Kulturverwaltung dienen.

Mit der Einrichtung einer Beratungsstelle für Kulturarbeit reagiert Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK auf das Bedürfnis vor allem zahlreicher Kleinveranstalter und Künstler, die zum ersten Mal in Kontakt mit der Kulturverwaltung treten, und will damit die Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende und Kulturvermittler erleichtern. Neben diesem Bemühen, Chancengleichheit für erfahrene und unerfahrene Subventionsnehmer herzustellen, soll die Beratungsstelle auch dezentrale Kulturarbeit in den Bezirken unterstützen.

Mit der Einrichtung dieser unkonventionell und unbürokratisch agierenden Servicestelle wird ein konkreter Beitrag zur Verwaltungsreform geleistet, deren allgemeines Ziel die weitere Umstrukturierung der Verwaltung hin zu einer aktiven Hilfeleistung und Problemlösung ist.

Die Beratungsstelle für Kulturarbeit befindet sich im Gebäude der Kulturabteilung der Stadt Wien, 1082 Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 5, 3. Stock, Zimmer 318, ist von Montag bis Mittwoch jeweils von 9 bis 18 Uhr geöffnet und ist unter der Wiener Telefonnummer 42 800/3481 zu erreichen. (Schluß) red/bs

„Gewalt und Zärtlichkeit am Freitag

Wien, 19.10. (RK-KULTUR) Die nicaraguanischen Autoren Lizandro Chavez ALFARO und Fernando SILVA lesen am Freitag, 19.30 Uhr, im Rahmen der lateinamerikanischen Literaturwoche im Tabakmuseum in der Mariahilfer Straße.

Lizandro Chavez Alfaro, heut Botschafter seines Landes in Budapest, wurde schon mit seinem ersten Erzählband „Los monos de San Telmo“ zu einem der wichtigsten Erneuerer der lateinamerikanischen Literatur. Unter dem Titel „Die Affen von San Telo“ ist eine Auswahl seiner Erzählungen in deutscher Sprache erschienen.

Fernando Silva ist Arzt und einer der populärsten Erzähler des Landes. Er setzt sich in seinen Arbeiten vor allem mit dem Alltag in Nicaragua auseinander und bedient sich dabei der Sprache des Volkes. Gedichte und Erzählungen von Silva sind in einer Reihe deutschsprachiger Anthologien erschienen.

Bereits am Nachmittag um 15.30 Uhr sprechen Lizandro Chavez Alfaro und der basilianische Autor Ivan Angelo über das Spannungsverhältnis von Fakten und Fiktion, von Finden und Erfinden in der lateinamerikanischen Literatur. (Schluß) gab/bs

Infektionskrankheiten gehen weiter zurück

23 Prozent weniger anzeigepflichtige Krankheiten

Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) In Wien ist in den letzten zehn Jahren die Zahl der nach dem Epidemiegesetz anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten um 23 Prozent gesunken. Das gab Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch abend bei seiner Gesundheitspolitischen Presserunde bekannt. Laut Stacher ist dies vor allem auf den Rückgang der gemeldeten Scharlacherkrankungen um 60 Prozent zurückzuführen. Aber auch die Hepatitisfälle haben um 29 Prozent abgenommen. Nach Meinung des Stadtrates liegt die Ursache für diese erfreuliche Entwicklung vor allem beim ständig ausgeweiteten Angebot des Gesundheitsamtes an Schutzimpfungen für Kleinkinder, Kinder und Erwachsene. Deutlich höher als vor zehn Jahren ist hingegen die Zahl der gemeldeten bakteriellen Lebensmittelvergiftungen und die der bakteriellen Ruhr.

Zeckenkrankheit, Grippewelle

Unter den nichtanzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten nimmt die Frühsommermeningoencephalitis (FSME) einen besonderen Stellenwert ein. Die durch Zeckenbiß übertragbare Virusinfektion („Zeckenkrankheit“), kommt in nahezu allen Ländern Europas vor. Seit 1980 haben die gemeldeten FSME-Fälle aufgrund der zunehmenden Impfbeteiligung der Bevölkerung deutlich abgenommen. 1988 erkrankten 201 Österreicher daran, darunter elf Wiener, von denen keiner verstarb.

Die Grippe wird seit 1970 durch ein eigenes Grippeinformationssystem des Gesundheitsamtes erfaßt. In den letzten Jahren machte sich allerdings unter der Wiener Bevölkerung eine gewisse „Impfmüdigkeit“ bemerkbar. Wie notwendig jedoch ein entsprechender Schutz gegen diese Erkrankung ist, bewies die im vergangenen Winter aufgetretene Grippewelle, bei der pro Woche nahezu 22.000 Wienerinnen und Wiener erkrankten.

Durch Impfung schützen!

Die Bekämpfung und Verhinderung von Infektionskrankheiten gehören, wie der Gesundheitsstadtrat ausführte, seit vielen Jahren zu den wichtigsten Aufgaben des Gesundheitsamtes der Stadt Wien. Dabei kommt gerade den prophylaktischen Maßnahmen etwa in Form von Impfungen größte Bedeutung zu. Stacher appellierte in diesem Zusammenhang an die Wiener Bevölkerung, von diesen Möglichkeiten auch Gebrauch zu machen. So sei bedauerlicherweise gerade bei bestimmten Schutzimpfungen, wie etwa gegen Polio, Masern und Mumps sowie Röteln, in den letzten Jahren eine gewisse Impfmüdigkeit festzustellen. (Schluß) zi/gg

Umbau des Grabens West in der Endphase

Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Der Umbau des Grabens West tritt nunmehr in die Endphase, noch an diesem Wochenende werden die Pflasterungsarbeiten beendet sein. Im Lauf der kommenden Woche werden Asphaltierungen und diverse Restarbeiten durchgeführt, die mit der Aubringung von Gußasphalt am Montag, 30. Oktober, abgeschlossen werden.

Da das Abbinden beziehungsweise Aushärten der Fugen einige Zeit in Anspruch nimmt, und auch noch das Setzen der Verkehrszeichen vorgenommen werden muß — unter anderem werden die Busspuren mit Nirosta-Metallknöpfen gekennzeichnet — ist die endgültige Verkehrsfreigabe für Freitag, 10. November, vorgesehen. Der finanzielle Aufwand für dieses Vorhaben liegt bei zehn Millionen Schilling. (Schluß) pz/bs

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Presse- und Informationsdienst (PI 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Setzer in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 20. Oktober 1989

Blatt 2337

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Neuer Direktor des Wiener Stadt- und Landesarchivs (2338)
- Augartenradweg macht Straßenumbau erforderlich (2339)
- Mollardschule wird weiter modernisiert (2340)
- „Hernalser Kulturwoche“ (2341)
- Neue Modellstation für Neurorehabilitation auf dem Rosenhügel (2342/2343)
- 50.000 Besucher bei der Wasser-Ausstellung im Rathaus (2344)
- Terminvorschau vom 23. bis 31. Oktober (2346)
- Gasgebrecen auf der Landstraße (nur FS)

Kultur:

- Abschlußtag von „Gewalt und Zärtlichkeit“ (2341)
- Gedenktafel für Alfred Grünwald (2345)

Neuer Direktor des Wiener Stadt- und Landesarchivs

Wien, 20.10. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Das Wiener Stadt- und Landesarchiv (MA 8) hat einen neuen Direktor: Archivrat Univ.-Doz. Dr. Ferdinand OPLL wurde Donnerstag nachmittag von Magistratsvizedirektor Dr. Alfred PEISCHL in dieses Amt eingeführt. Er folgt damit Direktor a.o. Univ.-Prof. Hofrat Dr. Felix CZEIKE, der in den Ruhestand getreten ist.

Univ.-Doz. Dr. Opll, Jahrgang 1950, ist seit 1977 im Wiener Stadt- und Landesarchiv beschäftigt, leitete die Redaktion des Österreichischen Städteatlas und trat durch die Gestaltung von Ausstellungen, durch Publikationen, Vorträge und Forschungsarbeiten hervor. 1985 erhielt er die Lehrbefugnis als Universitätsdozent für Geschichte des Mittelalters und historische Hilfswissenschaften.

Univ.-Prof. Dr. Czeike, Jahrgang 1926, war dreieinhalb Jahrzehnte im Wiener Stadt- und Landesarchiv tätig, seit 1976 als dessen Direktor. Darüber hinaus profilierte er sich durch eine umfangreiche Publikations-tätigkeit, die ihm nicht nur wissenschaftliche Reputation verschaffte, sondern mit der es ihm auch gelang, eine breitere Öffentlichkeit für die Wiener Stadtgeschichte zu interessieren.

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK betonte bei der Amtseinführung, daß im Wiener Stadt- und Landesarchiv, von den Medien weitgehend unbeachtet, eine gewaltige und hervorragende Arbeit geleistet wird. Das Wissen um die Vergangenheit ist eine wesentliche Voraussetzung für einen sinnvollen Weg in die Zukunft. Wer die Vergangenheit nicht kennt oder leugnet, wird diesen Weg nur sehr verunsichert gehen können, sagte der Bürgermeister.

Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK bezeichnete das Archiv als das wissenschaftliche Gedächtnis unserer Stadt. Dr. Czeike hat die Öffnung dieses Archivs für die Bevölkerung vorangetrieben, sein Nachfolger hat sich vorgenommen, die wissenschaftliche Arbeit im Geiste seines Vorgängers fortzusetzen und zugleich die volksbildnerische Tätigkeit noch auszuweiten.

Magistratsvizedirektor Dr. Peischl wies auf den Aufgabenwandel des Archivs hin: War es früher nur um die geordnete Aufbewahrung von Schriftstücken der Verwaltung gegangen, so ist aus dem Archiv heute darüberhinaus ein benutzerorientierter Dienstleistungsbetrieb geworden. Wer für die Gegenwart und für die Zukunft arbeitet, muß sich auch mit der Vergangenheit auseinandersetzen; Archive sind Bollwerke gegen das Vergessen und Verdrängen, betonte Peischl.

Der Amtseinführung wohnte auch der Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für Kultur GR. Dkfm. Dr. Adolf AIGNER bei. Den Dank der Gewerkschaft an den scheidenden Archividirektor und die besten Glückwünsche für seinen Nachfolger überbrachte OSR Dr. Otto MAISEL. (Schluß) ger/bs

Augartenradweg macht Straßenumbau erforderlich

Wien, 20.10. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Errichtung des Augartenradweges sind im 20. Bezirk im Abschnitt zwischen Rauscherstraße und Pappenheimgasse entsprechende Umbauten der Verkehrsflächen notwendig, und zwar in der Nordwestbahnstraße im Bereich von der Adolf-Gstöttner-Gasse bis zur Pappenheimgasse sowie in der Adolf-Gstöttner-Gasse selbst.

Die Radwegbefestigung erfolgt in den genannten Bereichen mit einer Asphaltbetondecke auf einer bituminösen Kiestragschicht, wobei zur besonderen Kenntlichmachung die Einfärbung des Radweges mit roter Versiegelungsfarbe vorgesehen ist. Die Gesamtkosten für diese Arbeiten werden sich auf 10,5 Millionen Schilling belaufen, die vom Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie in seiner letzten Sitzung genehmigt wurden. (Schluß) pz/gg

Mollardschule wird weiter modernisiert

Wien, 20.10. (RK-KOMMUNAL) Die Mollardschule wird auch in den kommenden Jahren weiter modernisiert. Dafür bewilligte der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales einen Betrag in der Höhe von 6 Millionen Schilling.

Die geplante Modernisierung — sie betrifft unter anderem die Berufsschule Elektrotechnik I und Elektrotechnik II — bedeutet eine wesentliche Erweiterung im Sinne der neuen Lehrpläne. Teile des 1. und 2. Stockes werden in Labors umgewandelt, die Elektrotechnik wird auf den neuesten Stand gebracht. (Schluß) ull/gg

„Hernalser Kulturwoche“

Wien, 20.10. (RK-LOKAL) Vom 23. bis zum 31. Oktober findet im Gebäude der Zentralsparkasse und Kommerzbank auf der Hernalser Hauptstraße 72-74 die „Hernalser Kulturwoche“ statt. Mit der Tonbildschau „Tramway in Wien“ und der Ausstellung „Der Wienerwald“ im Bezirksmuseum eröffnet Bezirksvorsteher Robert PFLEGER am Montag, dem 23. Oktober um 18.30 Uhr das Programm. Diese beiden Veranstaltungen sind bis Ende Dezember, jeweils Montag von 16 bis 20 Uhr und jeden ersten und dritten Samstag von 10 bis 12 Uhr geöffnet.

Weitere Programmpunkte sind dann ein Abend mit den „Singer-Schrammeln“ (30. Oktober ab 19.30 Uhr) und ein Vortrag von Univ.-Doz. Dr. Reinhold KNOLL „Vom Wesen und Werden des österreichischen Weines“ (31. Oktober ab 19.30 Uhr).

Der Eintritt ist für alle Veranstaltungen frei. Im Rahmen der diesjährigen Kulturwoche wird auch das 10jährige Bestehen des Kulturvereins „Liebenswertes Hernalz“ mit einem Festkonzert am 28. Oktober ab 19.30 Uhr gebührend gefeiert. Es spielt das Hernalser Kammerorchester unter der Leitung von Maximilian FRÖSCHL (Nähere Programminformationen unter 43 61 01). (Schluß) red/bs

Abschlußtag von „Gewalt und Zärtlichkeit“

Wien, 20.10. (RK-KULTUR) Mit Lesungen von Liliana HEKER und Ana Maria RODAS schließt am Samstag um 19.30 Uhr die lateinamerikanische Literaturwoche „Gewalt und Zärtlichkeit“ im Tabakmuseum in der Mariahilfer Straße.

Liliana Heker ist Argentinierin jüdisch-ukrainischer Abstammung. Als Mitherausgeberin einer Literaturzeitschrift in Buenos Aires war sie wesentlich am künstlerischen Widerstand gegen die Militärdiktatur in Argentinien beteiligt. Nach drei Erzählbänden brachte sie 1987 auch einen Roman — „Zona de clivaje“ — heraus. Liliane Heker's prosa kreist vor allem um die Themen Kindheit und das Hintergründige im Alltag.

Ana Maria Rodas lebt in Guatemala-Stadt, wo sie das Kulturressort eines Wochenmagazins leitet. Ihre Lyrik beschäftigt sich primär mit dem Rollenbild der Frau und dem weiblichen Anspruch auf Liebe.

Bereits um 15.30 Uhr findet im Rahmen von „Gewalt und Zärtlichkeit“ ein Kolloquium zum Thema „Verfolgung, Vertreibung, Rückkehr“ statt, das sich mit Südamerika als Einwanderungskontinent und Zufluchtsort europäischer Emigranten und — umgekehrt — mit der Auswanderung von Intellektuellen aus dem Südamerika der Militärdiktaturen beschäftigt. Zu dem Themenkreis nehmen die Österreicherin Ruth ASPÖCK, der brasilianische Schriftsteller Moacyr SCLiar, Liliana HEKER und der Kolumbianer Arturo ALAPE Stellung. (Schluß) gab/bs

Neue Modellstation für Neuro- rehabilitation auf dem Rosenhügel

Stacher unterstreicht Bedeutung der Neurologie

Wien, 20.10. (RK-KOMMUNAL) Im Neurologischen Krankenhaus der Stadt Wien — Rosenhügel wurde eine Modellstation für Neuro-Rehabilitation eingerichtet. Wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER bei einer Besichtigung dieser ersten neurologischen Intensivstation in Ostösterreich feststellte, hat die Neurologie in den vergangenen Jahren sowohl in der Diagnose wie auch in der Therapie enorme Fortschritte gemacht — wozu auch noch die neuen Möglichkeiten in der Neurochirurgie kommen. Die Bedeutung der Neurologie nimmt auch deshalb zu, weil die Menschen immer älter werden und alte Menschen häufiger neurologische Krankheiten haben. Im besonderen haben sich, so Stacher, die Untersuchungs- und Behandlungsmethoden für Patienten nach einem Schlaganfall deutlich verbessert. Das gilt für die Initialtherapie ebenso wie für die Rehabilitation.

Die Modellstation wurde vom Primarius der 1. Neurologischen Abteilung, Univ.-Prof. Dr. Gernot SCHNABERTH, und seinen Mitarbeitern aufgebaut. Sie gliedert sich in drei Bereiche: die Neurologische Überwachungsstation und die Station für Langzeittherapie, die beideseit einigen Monaten erfolgreich in Probetrieb sind, sowie eine Vor- und Nachsorgeambulanz, die in Vorbereitung ist.

Neurologische Überwachungsstation

Die neue neurologische Überwachungsstation verfügt über sieben vollmonitorisierte Intensivbetten mit Anschluß an Sauerstoff, Preßluft und Vakuum und sechs Standardbetten. Die diagnostische Ausstattung umfaßt unter anderem

- ein Bereitschaftslabor zur Erfassung der wichtigsten biochemischen Daten. Die Untersuchungen werden mit einem Automaten durchgeführt, sodaß die Daten auch nachts und an Wochenenden erhoben werden können;
- sieben Überwachungseinheiten zur Erfassung zum Beispiel des arteriellen Blutdrucks, der Herzfrequenz, der Temperatur, der Atemfrequenz und des zentralen Venendrucks;
- ein Labor zur Bestimmung der Fließeigenschaften des Blutes und
- ein fahrbares Röntgengerät, das zum Krankenbett gebracht werden kann.

An Behandlungsmöglichkeiten gibt es vor allem die Intensivpflege einschließlich der heilgymnastischen Frührehabilitation, vollautomatische Beatmung (derzeit zwei Plätze) und eine EDV-kontrollierte Infusionstherapie für das Akutstadium des Schlaganfalls.

Ähnlich wie beim Herzinfarkt sind auch beim Schlaganfall in der ersten Stunde diagnostische und therapeutische Maßnahmen erforderlich. In der neuen Intensivstation beginnt die Frührehabilitation ebenso rasch wie die Vorbeugung vor schwerwiegenden Komplikationen. In der Station werden auch Patienten mit aufsteigender Nervenwurzelentzündung und abnormer Muskelschwäche sowie Patienten mit Ateminsuffizienz und Herzrhythmusstörungen betreut.

Station für Langzeittherapie

Die Station für Langzeittherapie hat derzeit 21 Betten. Da es in Österreich kein Rehabilitationszentrum für Schlaganfall-Patienten gibt, kommt dieser Stationsneugründung eine medizinische Signalwirkung zu. Die qualitativ richtige neurologische Wiederherstellung eines Schlaganfallpatienten ist kaum geräte-, aber sehr personalaufwendig. Sie erfordert ein einge-

arbeitetes Team: Neurologe (mit psychiatrischen und psychologischen Kenntnissen), Neuropsychologe, Physiotherapeut, Logopäde, Ergotherapeut und gut geschultes Pflegepersonal. Bei den meisten Schlaganfallpatienten bestehen Störungen oder Ausfälle höherer Hirnleistungen, wie zum Beispiel Sprachstörungen, Körperorientierungsstörungen, zentrale Sehstörungen und motorische Koordinationsstörungen. Die neuropsychologische Wiederherstellung erfolgt in der Langzeittherapie, wozu auch eine computerunterstützte kognitive Trainingseinheit zur Verfügung steht. Außerdem gibt es einen Turnsaal und ein Therapiebecken.

Forts. von Blatt 2342

Vor- und Nachsorgeambulanz in Planung

Eine Vor- und Nachsorgeambulanz, in der Patienten nach einem Schlaganfall weiterhin kontrolliert werden sollen, befindet sich im Planungsstadium. (Schluß) sc/bs

50.000 Besucher bei der Wasser-Ausstellung im Rathaus

Ausstellung noch bis Sonntag geöffnet

Wien, 20.10. (RK-KOMMUNAL) Riesenerfolg für die große Wasser-Ausstellung „Alles fließt — so spannend kann Wasser sein“ im Wiener Rathaus. Bereits 50.000 Besucher haben die Ausstellung besichtigt. Besonders viele Schulen informierten sich über Wasserkreislauf, Wassersparen und den Weg des Wiener Wassers von der Quelle bis in jede Wohnung. Der rege Zustrom zur Wasser-Schau beweist, daß sich die Wienerinnen und Wiener mit dem Problem Wasser auseinandersetzen und sich für die Sicherung unseres ausgezeichneten Trinkwassers in der Zukunft interessieren.

Die Ausstellung ist noch bis Sonntag, den 22. Oktober, jeweils von 9 bis 18 Uhr, in der Volkshalle des Wiener Rathauses zu sehen. (Schluß) du/gg

Gedenktafel für Alfred Grünwald

Wien, 20.10. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK enthüllt am Samstag um 11 Uhr vor dem Haus Kolingasse 4 im 9. Bezirk eine Gedenktafel für den Schriftsteller Alfred GRÜNWARD. Grünwald trat in der Zwischenkriegszeit als Librettist zahlreicher Kalman-Operetten in Erscheinung. Von ihm stammen die Texte bekannter Operettenmelodien wie „Zwei Märchenaugen“ aus „Die Zirkusprinzessin“ oder „Sag ja mein Lieb, sag ja“ aus „Gräfin Mariza“.

An der Gedenktafelenthüllung wird auch der Sohn des Schriftstellers, der amerikanische Botschafter in Österreich, Henry A. GRUNWARD, teilnehmen. (Schluß) fk/gg

Terminvorschau vom 23. bis 31. Oktober

Wien, 20. 10. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 23. bis 31. Oktober hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 23. OKTOBER:

10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Swoboda, BV Barton, Bezirksentwicklungsplan Ottakring (16, Friedrich-Kaiser-Gasse 69)

10.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener Holding „Zubau Wr. Porzellanmanufaktur Augarten“ (Schloß Augarten)

10.30 Uhr, Presseführung „Moskau-Wien-New York“ (Messepalast)

10.30 Uhr, Eröffnung Ausstellung zum Bezirksentwicklungsplan Ottakring (Amtshaus, 16, Richard-Wagner-Platz 19, 1. Stock), StR. Swoboda und BV Barton

11.00 Uhr, Pressegespräch Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Hatzl an Komm.-Rat Ing. Hans Drescher (Steinerer Saal, Rathaus)

17.00 Uhr, Ausstellungseröffnung „U-Bahn-Planung 2. Phase“ durch StR. Hatzl und StR. Swoboda (Planungswerkstatt, 1, Rathausstraße 9)

DIENSTAG, 24. OKTOBER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an GR Dkfm. Dr. Adolf Aigner, GR Hans Brosch, GR Komm.-Rat Werner Haubenburger, GR a. D. Karl Hengelmüller, Abg. z. NR a. D. Ing. Hans Hobl, Abg. z. NR Ing. Ernst Nedwed, GR a. D. Ernst Nußbaum, GR Gerhard Oblasser, GR Prof. Dr. Wolfgang Petrik (Vizepräsident des Stadtschulrates für Wien), GR a. D. Dkfm. Dr. Sigrun Schlick, GR Oswald Strangl und Abg. z. NR Kurt Eder (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

16.30 Uhr, Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Wien durch den Vorsitzenden der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik Dr. Ladislav Adamec / Bgm. Zilk (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

MITTWOCH, 25. OKTOBER:

11.00 Uhr, Pressekonferenz „42. Buchwoche“ (Nordbuffet, Rathaus)

DONNERSTAG, 26. OKTOBER:

9.00 Uhr, Jungbürgerwald-Pflanzung in Unterlaa

MONTAG, 30. OKTOBER:

ab 9.00 Uhr, Wiener Landtag und Wiener Gemeinderat

DIENSTAG, 31. OKTOBER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Pasterk an Dr. Herbert Fleissner, Dr. Ferdinand Mühleder und Dr. Adam Zwass (Stein. Saal, Rathaus)

15.00 Uhr, Überreichung des Dekretes „Regierungsrat“ durch Vbgm. Mayr an OAR Erich Pecka (Roter Salon, Rathaus)

(Schluß) red/gal

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Druckerei: R. Th. Müller, Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 23. Oktober 1989

Blatt 2347

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik

ÖVP-Parteibmann Dr. Petrik zieht in den Stadtsenat ein (2355)

Kommunal/Lokal:

Großes Silbernes Ehrenzeichen für Bundesrat Sommer (2348/FS: 20.10.)

„Umweltberatung“ am Hannovermarkt (2349/FS: 21.10.)

„Rund um Wien“ am Familiensonntag (2349/FS: 21.10.)

Straßenumbau in der Sieveringer Straße (2350/FS: 21.10.)

Neubau des Reitschulsteges beginnt (2350/FS: 21.10.)

Mehr Sicherheit für Fußgänger in der Erdbergstraße (2350/FS: 22.10.)

Ausstellungseröffnung 2. Phase U-Bahn-Planung (2351)

Was lesen blinde, taubstumme, geistig behinderte Kinder? (2352)

Wien fördert Exporte nach und Investitionen in Polen (2353)

Porzellanmanufaktur Augarten erhielt modernen Zubau (2354)

ÖVP für Einführung eines Pflegegeldes (2356)

Ärzte müssen sich mehr um organisatorische Fragen kümmern (2358)

Ottakring: Ein Bezirk diskutiert seine Zukunft (2359/2360)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Bezirke:

Sitzung einer Bezirksvertretung (2354)

Kultur:

„Moskau — Wien — New York“ im Messepalast (2357)

Ausstellungen im Bezirksmuseum Landstraße (2357)

Großes Silbernes Ehrenzeichen für Bundesrat Sommer

Wien, 20.10. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK überreichte am Freitag nachmittag an Bundesrat Hofrat Rudolf SOMMER das ihm verliehene Große Silberne Ehrenzeichen des Landes Wien. Zilk verwies darauf, daß Rudolf Sommer durch elf Jahre hindurch die Interessen Wiens in der Länderkammer vertreten habe. Sommer habe sich als Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst immer erfolgreich für die Anliegen der Beamtenschaft eingesetzt. An der Feierstunde im Arbeitszimmer des Bürgermeisters nahmen auch Stadtrat Günther ENGELMAYER sowie ÖVP-Klubobmann Dr. Günther GOLLER teil. (Schluß) fk/bs

Bereits am 20. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

„Rund um Wien“ am Familiensonntag

Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Für nur 20 Schilling pro Person können Familien am nächsten Familiensonntag, 29. Oktober, mit einem Sonderzug rund um Wien fahren. Mit modernen Großraumwaggons, die von einer Nostalgie-E-Lok der Baureihe 1189 („Krokodil“) gezogen werden, geht es vom Bahnhof Wien-Nord am Praterstern über Floridsdorf, Stadlau und den Zentralverschiebebahnhof nach Oberlaa und von dort weiter über die Verbindungsbahn nach Penzing und Heiligenstadt. Die Rückfahrt erfolgt über die Vorortelinie und Meidling wieder nach Wien-Nord. In der Bahn wird ein Detektiv-Quizspiel veranstaltet, es gibt ein Clownprogramm für Jung und Alt und einen Buffettwagen mit familienfreundlichen Jausenangeboten. Der Sonderzug steht ab 13.30 Uhr auf dem Bahnhof Wien-Nord bereit. Abfahrt ist um 14.30 Uhr, die Rundfahrt dauert etwa zweieinhalb Stunden.

Fahrkarten zum Preis von 20 Schilling pro Person gibt es ab Montag, 23. Oktober bei den „Familiensonntags“-Schaltern am Westbahnhof, Südbahnhof, Bahnhof Wien-Nord und Bahnhof Wien-Mitte täglich von 8 bis 20 Uhr. (Schluß) emw/bs

„Umweltberatung“ am Hannovermarkt

Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Tips und Informationen für umweltbewußten Einkauf und umweltfreundliches Verhalten geben das Mobile Büro des Bürgerdienstes gemeinsam mit den UmweltberaterInnen bei eigenen Marktaktionen. Die nächste Umweltberatung — im Rahmen der Aktion „Umweltbewußt einkaufen“ — findet am Dienstag, dem 24. Oktober, von 8 bis 13 Uhr auf dem Hannovermarkt im 20. Bezirk statt. (Schluß) hrs/gg

Bereits am 21. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Bereits am 21. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Straßenumbau in der Sieveringer Straße

Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Im 19. Bezirk ist in der Sieveringer Straße im Abschnitt zwischen der Agnesgasse und dem Gspöttgraben die Wiederherstellung der Fahrbahndecke nach diversen Aufgrabungen erforderlich. Diese Arbeiten werden kommenden Montag, 23. Oktober, beginnen und voraussichtlich bis Mitte November dauern. Es bleibt eine drei Meter breite Restfahrbahn mit Durchschleusung des Fahrzeugverkehrs bestehen.

An drei Tagen während der Baumaßnahmen, und zwar von Montag, 23., bis einschließlich Mittwoch, 25. Oktober, wenn im Bereich der Engstelle der Sieveringer Straße bei der Agnesgasse gearbeitet wird, ist eine Verkehrsperre in der Zeit von 8 bis 16 Uhr erforderlich. Für diese Zeit wird der Verkehr in beiden Richtungen über die Route Agnesgasse — Krottenbachstraße — Rathstraße — Höhenstraße zurück zur Sieveringer Straße umgeleitet. (Schluß) pz/bs

Bereits am 21. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Neubau des Reitschulsteges beginnt

Wien, 21.10. (RK-KOMMUNAL) Kommenden Montag, 23. Oktober, beginnen im 3. Bezirk die Arbeiten zur Abtragung und zum anschließenden Neubau des Reitschulsteges über der Schnellbahnstrecke auf Höhe der Jauresgasse, die voraussichtlich vier Monate dauern werden. Aufgrund des schlechten Bauzustandes des vorhandenen Stahltragwerkes wird dieses durch eine neue Stahlkonstruktion ersetzt, die sich im Sinne der Stadtbildpflege an das bisherige Erscheinungsbild anlehnt und auch mit einer diesem angepaßten Kandelaberbeleuchtung versehen wird. Die neue Brückenkonstruktion weist eine Stützweite von 10,30 Meter und eine Breite von 3,50 Meter auf und ist mit Gesamtkosten von drei Millionen Schilling veranschlagt. Fallweise werden auch Arbeiten während der Nachtstunden — um die betriebsfreie Zeit der Schnellbahn zu nützen — durchgeführt werden müssen. (Schluß) pz/bs

Bereits am 21. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Mehr Sicherheit für Fußgänger in der Erdbergstraße

Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Im 11. Bezirk besteht in der Erdbergstraße im Bereich von der Knappgasse bis in Höhe von Nummer 199 derzeit kein Gehsteig. Den Erfordernissen der Verkehrssicherheit Rechnung tragend, soll nunmehr zumindest auf der Seite der ungeraden Nummern ein Gehsteig angelegt werden, sodaß die Fußgänger nicht weiter den unbefestigten Grünstreifen benützen müssen. Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie faßte in seiner Oktober-Sitzung den Beschluß, die 1,3 Millionen Schilling teure Gehsteigerstellung durchzuführen. (Schluß) pz/gg

Bereits am 22. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Ausstellungseröffnung 2. Phase U-Bahn-Planung

Wien, 23.10. (RK-KOMMUNAL) Eine Ausstellung über die 2. Phase der U-Bahn-Planung in Wien eröffneten Montag nachmittag Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA und Verkehrsstadtrat Johann HATZL in der Wiener Planungswerkstatt. Die Ausstellung in der Wiener Planungswerkstatt, 1, Rathausstraße 9, ist in der Zeit von 24. Oktober bis 10. November zu sehen (Montag bis Freitag 9 bis 16 Uhr, Donnerstag 9 bis 19 Uhr; 26. Oktober und 1. November geschlossen).

Die 2. Bauphase der Wiener U-Bahn wurde durch das sogenannte „Schienenverbundprojekt“ möglich, welches vom Bund und dem Land Wien in einem Vertrag nach Art. 15a B-VG am 30. April 1979 festgelegt wurde. Die Ratifizierung dieses Vertragswerkes reichte bis in das Jahr 1980, doch bereits im Sommer 1979 begann die Magistratsabteilung 18, Gruppe III — öffentlicher Verkehr mit der generellen Planung.

Aufgrund mangelnder aktueller verkehrs- und bautechnischer Vorarbeiten erfolgten die Festlegungen im „Schienenverbundprojekt“ nur sehr allgemein, sodaß die Planung von Grund auf beginnen mußte. Die Erfahrungen mit der 1. Bauphase — vor allem der gerade erst geplanten Verlängerung der U 1 nach Kagran — führten die Magistratsabteilung 18 zu folgender Vorgangsweise:

- Einführung eines die Planung ständig begleitenden Arbeitskreises des Magistrats, in dem vor allem die ausführenden Dienststellen und späteren Betreiber der U-Bahn vertreten sein sollten.
- Vergabe von Aufträgen an Ziviltechnikerteams, in denen Bauingenieure und Architekten von Anfang an eng zusammenarbeiten mußten, um die beim Bau des U-Bahn-Grundnetzes durch zu späte Einschaltung von Architekten verursachten Reibungen zu vermeiden.
- Gliederung der generellen Planung in jeweils drei Teile:
 - Teil 1 - Variantenuntersuchung
 - Teil 2 - Unterlage für Wirtschaftlichkeits- und Projektsbesprechung für das U-Bahn-Bauwerk selbst
 - Teil 3 - Begleit- und Folgemaßnahmen

Die einzelnen Planungsabschnitte wurden räumlich so festgelegt, daß strukturell und betrieblich alle notwendigen Zusammenhänge gewahrt blieben.

Zurückblickend kann festgestellt werden, daß sich diese Vorgangsweise im allgemeinen bewährt hat, was schon aus den sehr geringen Abweichungen des ausgeführten Bauwerks vom jeweiligen generellen Entwurf hervorgeht. Schwierigkeiten ergaben sich mehrfach durch den Umstand, daß die jeweils in Teil 3 behandelte Oberflächenplanung nicht rasch genug einvernehmlich festgelegt werden konnte, und dadurch Unsicherheiten im U-Bahn-Bau auftraten. Dies war einerseits eine Folge davon, daß fast nie genug Planungszeit zur Verfügung stand, um ein vollständiges generelles Projekt schon vor Beginn der Detailplanung der U-Bahn fertig zu haben, und lag andererseits am Phänomen, daß die Entscheidungsfindung für das reine U-Bahn-Bauwerk einfacher ist als jene für den von der U-Bahn betroffenen Straßenraum.

Die Verantwortung für die generelle Planungsphase liegt bei der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal, die Planung wird federführend durch die Magistratsabteilung 18 — Stadtstrukturplanung durchgeführt. Die ausführenden Dienststellen sind von Anfang an in Form eines Arbeitskreises eingebunden. Nach der generellen Projektsbesprechung geht die Planungsverantwortung an die Geschäftsgruppe Verkehr und Energie über.

Von der Magistratsabteilung 18 wurden mehr als 20 Ziviltechnikerbüros, meist in Teamarbeit, mit den Planungsarbeiten betraut. (Forts. mgl.) lf/gg

SPERRFRIST 17 UHR!

Was lesen blinde, taubstumme, geistig behinderte Kinder?

Wien, 23.10. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Gibt es Schnell-Lesekurse auch in Blindenschrift? Welche Texte brauchen Leseschwache? Die Tagung „Gemeinsam lesen — Probleme des Lesens bei Gehörlosen, Blinden, Sprachgestörten und allgemein leseschwachen Kindern“ versucht Antwort auf diese Fragen zu geben. Veranstaltet wird sie in Zusammenarbeit der Österreichischen Gesellschaft zur Erforschung und Förderung des Lesens mit dem BMUKS, dem Pädagogischen Institut der Stadt Wien, dem Internationalen Institut für Jugendliteratur und Leseforschung mit Unterstützung des Arbeitskreises Österreichischer Schulbuchverleger.

Tagungsort ist das Bundesinstitut für Gehörlosenbildung, im 13. Bezirk, Maygasse 25, wo sie von 23. bis 25. Oktober stattfindet.

Frau Mieke STARMANS, Mitarbeiterin am Büchereizentrum der Niederlande (NBLC) berichtet über die Erfahrungen mit der „Leicht zu lesen-Plakette“, die von einer gemeinsam mit Fachleuten der Behindertensparten mit Verlegern gebildeten Arbeitsgruppe am Bibliothekszentrum verliehen wird. Die Plakette hat in den Niederlanden und in Flandern zu einer Versorgung bisher vernachlässigter Gruppen mit Literatur und Hörkassetten durch das öffentliche Büchereiwesen geführt.

Frau Virginia Allen JENSEN leitet einen Spezialverlag für Behindertensliteratur in Dänemark. Am Beispiel von Tastbüchern für Blinde zeigt sie die Zusammenarbeit von Fachleuten und Verlegern zur Schaffung spezieller Literatur.

Frau Johanna JUNA zeigt an Beispielen aus Wiener Volksschulen, daß ein auf die individuellen Fähigkeiten und Bedürfnisse der Kinder abgestimmter Erstleseunterricht zur Vermeidung von Lesestörungen beiträgt.

Frau Chris SCHANER-WOLLES behandelt die linguistischen Grundlagen des Lesenlernens.

Arbeitsgruppen zu den Bereichen „Lesen mit geistig behinderten und mehrfach behinderten Kindern“, „Lesen mit blinden Kindern“, „Lesen mit gehörlosen Kindern“, „Lesen mit sprachgestörten Kindern“, „Individuelles Lesen- und Schreibenlernen in der Volksschule — Auswirkungen auf leseschwache Kinder“ geben den mehr als 100 Teilnehmern (Lehrer, Bibliothekare, Verleger) in Verbindung mit Schulbesuchen die Gelegenheit, einen Überblick der Möglichkeiten zu gewinnen und sich mit Kriterien der Textgestaltung und Textauswahl für Behinderte auseinanderzusetzen.

Tagungsorganisation und Auskunft: Dr. Johanna JUNA, Pädagogisches Institut der Stadt Wien, 1070 Wien, Burggasse 14-16, Tel. 93 62 22/31. (Schluß) wstr/gg

Wien fördert Exporte nach und Investitionen in Polen

Haftungsrahmen 1 Milliarde revolving, CA und Z wickeln Förderung ab

Wien, 23.10. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Die Stadt Wien wird mit einer neugeschaffenen Aktion Exporte von Wiener Unternehmen nach und Investitionen von Wiener Unternehmen in Polen fördern — das beschloß Montag der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik auf Antrag von Vizebürgermeister Hans MAYR. Die Abwicklung der Aktion, die noch vom Stadtsenat und vom Wiener Gemeinderat beschlossen werden muß, erfolgt durch ein von der „CA“ und der „Z“ gebildetes Konsortium, wobei die Stadt Wien für Projekte bis zu einem Rahmen von 1 Milliarde Schilling als Bürge und Zahler haftet.

Die neue Aktion geht auf eine Initiative von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK zurück, der kürzlich bei der Eröffnung eines von österreichischen Firmen in Warschau errichteten Hotels die neue Aktion angekündigt hatte. Die wesentlichsten Punkte der Aktion sind:

- Der Haftungsrahmen von einer Milliarde Schilling ist revolving nutzbar — das heißt, zurückfließende Gelder geben den beiden Geldinstituten die Möglichkeit, im gleichen Ausmaß wie der Geldrückfluß Haftungen für neue Projekte anzusprechen. Ein Beispiel: Wenn bei einem Projekt von 100 Millionen Schilling im ersten Jahr z.B. 12,5 Millionen zurückfließen, kann um diesen Betrag bereits eine neue Haftung eingegangen werden. Bei einem revolving Haftungsrahmen von einer Milliarde Schilling können daher im Laufe der Jahre Projekte von mehreren Milliarden Schilling abgewickelt werden.
- Die Stadt Wien haftet pro Projekt mit 70 Prozent der Kosten, wobei eine absolute Höhe im Einzelfall von 200 Millionen Schilling vorgesehen ist. Dadurch soll eine gewisse Streuung der Projekte erreicht werden, ebenso ist es Ziel, daß für 30 Prozent der Kosten das Konsortium und das projektbetreibende Wiener Unternehmen haftet.
- Für jenen Teil der Kosten, für den die Stadt Wien haftet, darf das Konsortium bloß einen Kreditzinssatz verrechnen, der 0,5 Prozent über den Finanzierungskosten liegt — dieser Aufschlag deckt die Abwicklungskosten ab und bringt keinen Gewinn.
- Das Unternehmen, das die neue Förderung in Anspruch nimmt, muß seinen Sitz in Wien haben, 50 Prozent des Lohnsummensteueraufkommens müssen der Stadt Wien zufließen.
- Der Anteil der österreichischen Wertschöpfung muß bei den Projekten zumindest 60 Prozent betragen, wobei grundsätzlich ein größtmöglicher Österreich-Anteil und darunter insbesondere ein größtmöglicher Wertschöpfungsanteil der Ostregion erreicht werden soll.

Für Auskünfte über die neue Aktion stehen die „CA“ und die „Z“ zur Verfügung, und zwar bei der Creditanstalt-Bankverein die Abteilung Exportkredite unter der Wiener Telefonnummer 53 131/DW 4400, 4402 und 8615 sowie bei der Zentralsparkasse ebenfalls die Exportabteilung unter der Wiener Telefonnummer 71 191/ DW 1378, 1668, 1616 und 1371. (Schluß) sei/bs

Porzellanmanufaktur Augarten erhielt modernen Zubau

Wien, 23.10. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Porzellanmanufaktur Augarten, die über 260 Mitarbeiter verfügt, von denen 100 als Maler arbeiten, erhielt einen modernen Zubau. Im neuen Trakt, der eine Nutzfläche von rund 2.500 Quadratmeter hat, sind die Porzellanmaler und ein Teil der Weißporzellan-Herstellung untergebracht. Dies gab Geschäftsführer Dkfm. Dr. Oswald KADLECEK Montag vormittag in einem Pressegespräch bekannt.

Der soeben fertiggestellte Zubau ist Voraussetzung für eine weitere Ausweitung der Produktion, die bis 1992/93 um rund 50 Prozent gesteigert werden soll. Gleichzeitig mit der Errichtung des Zubaus konnten die Umbauten und Instandsetzungen in den Altgebäuden fertiggestellt werden. Im kommenden Jahr wird die Fassade des Schlosses renoviert, auch der Platz vor dem Schloß wird neu gestaltet.

Kräftiges Umsatzplus

Für 1989 erwartet die Porzellanmanufaktur Augarten einen Umsatz von rund 125 Millionen Schilling. Dies würde gegenüber 1986 eine Steigerung um 50 Prozent bedeuten. Etwa zwei Drittel der Steigerung entfallen auf das Inlandsgeschäft.

Aber auch im Ausland gibt es neue Aktivitäten: So wird Augarten-Porzellan bereits in 15 Fachgeschäften in Japan, Hongkong, Singapur und London angeboten, im nächsten Jahr wird man es auch in Rom, Paris und Madrid erhalten. Der Exportanteil soll bis 1992 auf rund 25 Prozent gesteigert werden, Schwerpunkte der weiteren Expansionsbestrebungen sind vor allem Deutschland, die Schweiz und Italien.

Das idyllische Schloß Augarten verfügt nicht nur über einen Schauraum der Porzellanmanufaktur, ab November wird auch eine Verkaufsstelle errichtet: Sie steht allen Interessenten wochentags von 7.30 bis 18 Uhr und am Samstag von 9 bis 12 Uhr zur Verfügung. (Schluß) ull/gg

Sitzung einer Bezirksvertretung

Wien, 23.10. (RK-BEZIRKE) Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung für den 14. Bezirk findet am 25. Oktober, 16 Uhr, im Mehrzweckraum des Pflegeheimes Baumgarten, Wien 14, Hütteldorfer Straße 188, Pav. 4, statt. (Schluß) red/gg

ÖVP-Parteibobmann Dr. Petrik zieht in den Stadtsenat ein

Wien, 23.10. (RK-POLITIK) Der neue Parteibobmann der Wiener Volkspartei, Dr. Wolfgang PETRIK, wird seine Funktion als Vizepräsident des Stadtschulrates zurücklegen und einen Sitz im Wiener Stadtsenat übernehmen. Das gab Dr. Petrik am Montag in einem Pressegespräch bekannt. Wann der personelle Wechsel durchgeführt werde, könne er erst in einigen Tagen sagen.

Lebenslauf des designierten Stadtrates

Wolfgang Petrik wurde am 5. Oktober 1948 geboren. Nach Besuch der Lehrerbildungsanstalt und Ablegung der Lehramtsprüfung für Volksschulen studierte er Pädagogik und Psychologie. 1974 promovierte er zum Doktor der Philosophie und war dann mehrere Jahre in der Unterrichtsverwaltung und als Lehrer an mehreren Schultypen tätig. 1976 bis 1979 arbeitete er als Bildungspolitiker in der Bundesparteientrale der ÖVP. 1979 wurde er Gemeinderat und Landtagsabgeordneter. Seit 1986 ist er Vizepräsident des Stadtschulrates. Petrik ist verheiratet und hat zwei Kinder. (Schluß) fk/gg

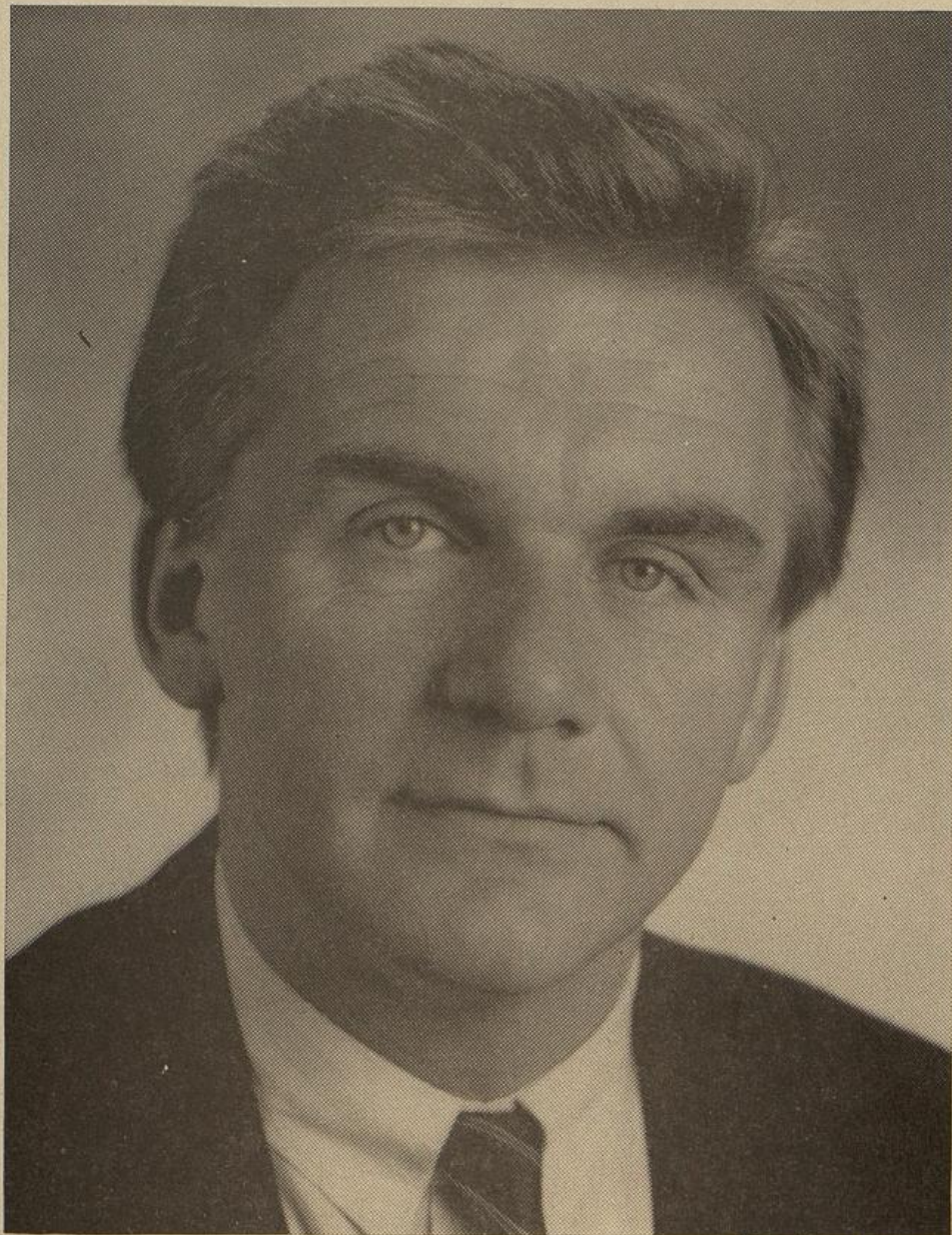


Foto: Walter Kühnelt

ÖVP für Einführung eines Pflegegeldes

Wien, 23.10. (RK-KOMMUNAL) Für die Einführung eines Pflegegeldes nach dem Muster Vorarlbergs sprach sich am Montag ÖVP-Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS in einer Pressekonferenz aus. Die sachgerechte Betreuung pflegebedürftiger Mitbürger in der bzw. durch die Familien sowie durch ein flächendeckendes Angebot der Hauskrankenpflege sei zu fördern. Die Wiener Volkspartei könne der Sperre von Akutbetten in den Spitälern nicht zustimmen, solange es keine Hauskrankenpflege gebe. Das Vorarlberger Modell könnte die Privatinitiative verstärken. Über die Kosten dieses Modells seien derzeit keine Aussagen möglich.

Nach dem Vorarlberger Modell wird der Pflegezuschuß in sieben Stufen — zwischen derzeit 2.230 und 15.000 Schilling — unter Abzug eines allfälligen Hilflosenzuschusses gewährt. Das Einkommen der Pflegebedürftigen darf bei Alleinstehenden 12.630 Schilling netto und bei Ehepaaren 15.470 Schilling netto pro Monat nicht übersteigen. (Schluß) fk/bs

„Moskau - Wien - New York“ Im Messepalast

Wien, 23.10. (RK-KULTUR) In der Halle H des Wiener Messepalastes ist von 24. Oktober bis 17. Dezember die Ausstellung „Moskau — Wien — New York“ zu sehen. Insgesamt 29 Künstler präsentieren 90 aktuelle Arbeiten, die einen Vergleich zwischen der Kunstszene der drei Städte zulassen. Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK wie bei der Presseführung darauf hin, daß sich anhand der Ausstellung Parallelitäten in der künstlerischen Entwicklung in Moskau, Wien und New York darstellen, daß die Ausstellung auf ein „weltkulturelles Phänomen“ hinweise. Pasterk betonte aber auch, daß die gelungene Ausstellungsgestaltung, die Integrierung einer Schau modernster zeitgenössischer Kunst im Messepalast weitere Wege zur Nutzung dieses Gebäudekomplexes aufzeige.

Das Konzept der Ausstellung, die von den Wiener Festwochen mit Förderung durch die Kulturabteilung der Stadt Wien organisiert wurde, stammt von Hubert WINTER, als Kuratoren fungierten Viktor MISIANO in Moskau und Liver WASOW in New York.

Die Arbeiten der Künstler aus den drei Metropolen ergeben ein Spannungsfeld, das — bei allen Unterschiedlichkeiten — die Verflechtungen der internationalen Kunstszene transparent macht. Die Ausstellung wendet sich vor allem an „ästhetische Grenzgänger“, die bereit sind, eingefahrene Pfade zu verlassen und sich mit vielen neuen Konstellationen von Milieus und künstlerischen Zusammenhängen zu konfrontieren.“

Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 18 Uhr, Donnerstag bis 19 Uhr, geöffnet. Der Eintrittspreis beträgt 45 Schilling, Ermäßigungen gibt es für Schüler, Studenten, Pensionisten, Präsenz- und Zivildienstler. Familienkarten (Kinder bis 18 Jahre) kosten 100 Schilling. Der umfangreiche Katalog ist zum Preis von 280 Schilling erhältlich. (Schluß) gab/bs

Ausstellungen im Bezirksmuseum Landstraße

Wien, 23.10. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Bezirksmuseum Landstraße sind bis 17. Dezember folgende Ausstellungen zu sehen: die von Dr. Grete LEUTHNER zusammengestellte Schau „Stadtökologie am Beispiel Landstraße“, eine „Ex-Libris-Sammlung“ von Frau Dr. GOLDSCHMIDT, Lederintarsienbilder von Franz BAUER, Figürinen von Helmuth KRAUHS und Klosterbilder von Eva KRAUHS.

Das Bezirksmuseum, Sechskrügelgasse 11, ist jeweils Mittwoch von 16 bis 18 Uhr und Sonntag von 10 bis 12 Uhr geöffnet. (Schluß) gab/gg

Ärzte müssen sich mehr um organisatorische Fragen kümmern

Stacher bei der Van-Swieten-Tagung

Wien, 23.10. (RK-KOMMUNAL) In der Wiener Hofburg begann Montag vormittag die diesjährige Van-Swieten-Tagung, die bis zum 28. Oktober gemeinsam mit dem 43. Österreichischen Ärztekongreß abgehalten wird. Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, der die Tagungsteilnehmer im Namen des Wiener Bürgermeisters Dr. Helmut ZILK begrüßte, wies in seiner Ansprache darauf hin, daß diese Veranstaltung sehr gut die wichtige Verbindung zwischen der wissenschaftlichen Forschung und der Fortbildung in der Medizin dokumentiere. Stacher bedauerte aber, daß organisatorische Fragen nicht behandelt würden.

Stacher unterstrich, daß die Ärzte die Verpflichtung hätten, sich neben der Wissenschaft und der Fortbildung wesentlich mehr mit der Organisation der Krankenhäuser und mit der Organisation des Gesundheitswesens zu beschäftigen. In Zukunft sollten sich die praktischen Ärzte mehr der Gesundheitsvorsorge widmen. Auch sei eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Spitälern und den niedergelassenen Ärzten anzustreben. Der Gesundheitsstadtrat begrüßte es, daß auf der Tagung auch das Thema Homöopathie behandelt wird. Man müsse sich wissenschaftlich mit den komplementären Methoden der Medizin beschäftigen, um Scharlatanerie zu verhindern.

Schwerpunkte der diesjährigen Tagung, die auch die größte österreichische Fortbildungsveranstaltung für Ärzte ist, sind Themen der Geburtshilfe und Frauenheilkunde sowie der Volkskrankheit chronische Bronchitis. Zu den vielen Vorträgen, Seminaren, praktischen Übungen und Diskussionsveranstaltungen werden rund 3.000 Mediziner erwartet. (Schluß)
sc/gg

Ottakring: Ein Bezirk diskutiert seine Zukunft

Wien, 23.10. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA präsentierte Montag gemeinsam mit dem Ottakringer Bezirksvorsteher Alfred BARTON die Ausstellung zum Bezirksentwicklungsplan für den 16. Bezirk. In einer Pressekonferenz betonten beide Politiker die Bedeutung der Bezirksentwicklungsplanung im Zusammenhang mit den Dezentralisierungsbestrebungen.

Stadtrat Dr. Swoboda hob insbesondere die weiteren Planungen zur Stadterneuerung sowie zum Ausbau der öffentlichen Verkehrslinien (U3, Ausbau der S 45) hervor.

Zu den Fragen der in Ottakring besonders akuten Ausländerproblematik betonte Stadtrat Dr. Swoboda, daß er seit Jahren für eine stärkere Integration der Ausländer in die Gesellschaft eingetreten sei, diese Integrationsbestrebungen jedoch Hand in Hand mit einer Bekämpfung der negativen Randerscheinungen, wie „Arbeitsstrich“, und einer geordneten Unterbringung der Ausländer gehen muß.

Die Vorgangsweise in der Ausländerfrage, müsse, so Swoboda, einerseits von einer humanitären und weltoffenen Haltung ausgehen, die andererseits das Aufkeimen rechtsradikaler Bewegungen, wie sie insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland zu beobachten sind, von vornherein unterbindet.

Zukunftskonzept Ottakring

„Eines ist sicher, das Papier das in der Bezirksvertretung einstimmig verabschiedet wurde, wird noch Anlaß für Diskussionen geben. Wir haben uns bemüht, kein Allerweltskonzept, sondern ein Zukunftskonzept vorzulegen — mit Substanz, mit Kanten, mit Profil“, erklärte Ottakrings Bezirksvorsteher Reg.Rat Alfred BARTON. In jahrelangen Diskussionen wurden die unterschiedlichen Sachbereiche diskutiert und schließlich in das vorliegende Bezirksentwicklungskonzept gegossen. Nach nur geringen Änderungen konnten alle Fraktionen dem Konzept ihre Zustimmung erteilen.

Durch das Bezirksentwicklungskonzept, das zwar in Sachbereichen gegliedert ist, zieht sich ein durchgehender roter Faden: „Umweltpolitik wird von uns als übergeordnetes Prinzip der Bezirks- und Stadtpolitik gesehen, dementsprechend ist auch unser Bezirksentwicklungskonzept angelegt“, meinte Bezirksvorsteher Barton zu dem Öko-Geist des Zukunftspapiers.

Der Sicherung des bestehenden Wald- und Wiesengürtels und des Grünkeils vom Wienerwald bis hin zur Schmelz wird deshalb Vorrang eingeräumt. Auch die landwirtschaftlich geprägten Erholungsbereiche sind zu erhalten. Vorhandene Grünverbindungen sind zu sichern, lückenhafte sinnvoll zu schließen und neue zu schaffen.

Gemeindewohnbauten, Wohnbauten anderer Wohnbauträger sowie Stadterneuerungsprojekte sollen garantieren, daß ausreichend viele Wohnungen in einer menschengerechten Wohnumwelt zur Verfügung gestellt werden. Auch hier hält Bezirksvorsteher Barton mit kritischen Anmerkungen nicht hinter dem Berg: „Ottakring hat nachwievor ein Problem mit der Versorgung mit zeigemäßigem, dem heutigen Standard entsprechendem Wohnraum. Wir wollen dieses Problem in Zukunft offensiv angehen — mit Engagement und unkonventionellen Ideen.“ Ein Beispiel dafür steht ja schon in Ottakring — der Wohnpark Sandeilen. Ungewöhnlich dabei ist nicht nur das Finanzierungskonzept, sondern auch der Versuch, die Bereiche „Arbeiten“ und „Wohnen“ zu vereinen.

Diese Philosophie soll erfolgreich weitergeführt werden. Darüber hinaus sollen Betriebsbaugelände für an- und umzusiedelnde Betriebe dafür

sorgen, daß Wirtschaftskraft und Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausgebaut werden.

„Wir wollen jedenfalls einer Entwicklung vorbeugen, die Ottakring — als ehemaligen Arbeiterbezirk — zum bloßen 'Schlafbezirk' reduziert“, erklärt Barton die Intention, Ottakring auch in Zukunft als Wirtschaftsbezirk zu erhalten. Selbstverständlich aber muß durch langfristige Planung gewährleistet sein, daß Betriebe mit unzumutbaren Emissionen nicht in Wohngebieten angesiedelt werden.

Grundsätzlich stellt das Bezirksentwicklungskonzept einen Orientierungs- und Ziel-Rahmen für die Ottakringer Bezirkspolitik dar. „Die Prioritäten bei der Umsetzung der einzelnen Schritte werden von uns festgelegt und in engem Dialog mit der Ottakringer Bevölkerung erarbeitet werden“, stellte Ottakrings Bezirksvorsteher klar. „Die Präsentation unseres Zukunftskonzepts und die diesbezügliche Ausstellung sollen eine Basisinformation darüber liefern, wie wir uns die weitere Entwicklung Ottakrings vorstellen. Es ist aber gute Ottakringer Tradition, die Bezirkspolitik mit den Bürgern Ottakrings zu diskutieren und Anmerkungen und Kritik zu berücksichtigen. Das soll auch in Zukunft so sein!“

Problem „Arbeitsstrich“ Herbststraße

Gerade deshalb aber benützte Bezirksvorsteher Barton die Gelegenheit, um auf ein aktuelles Bezirksproblem hinzuweisen, das immer beschämendere Ausmaße anzunehmen scheint: „Rund um das Arbeitsamt Herbststraße ist ein 'Arbeitsstrich' entstanden, den die Ottakringer nicht mehr länger tatenlos dulden wollen. Unter menschenunwürdigen Umständen bieten sich da ausländische Beschäftigungslose wie auf einem Sklavenmarkt als Schwarzarbeiter an. Hier muß etwas geschehen!“ Was, das liegt, so Barton, auf der Hand. „Der Schwarzarbeitsmarkt blüht nur deshalb, weil anscheinend immer mehr Unternehmer glauben, sich hier ein Potential an Lohndrückern und billigen Arbeitskräften halten zu können. Die Notlage dieser Menschen wird brutal ausgenutzt und der Wettbewerb mit seriösen Unternehmungen krass verzerrt.

Als verantwortlicher Politiker dieses Bezirks fordere ich deshalb alle zuständigen Stellen auf, schärfer zu kontrollieren und härter zu bestrafen. Auch die Wirtschaft ist hier aufgerufen, klare Signale zu setzen, um sich von den schwarzen Schafen in ihren Reihen zu befreien!“

Ottakring für Kurswechsel in Sachen „Müllverbrennungsanlage Flötzersteig“

Bezüglich der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig bekundete Barton eine Kursänderung: Man trete für eine ehebaldige Sanierung der Anlage ein, die die Installierung modernster Umwelttechnologie inkludiert. Keineswegs akzeptieren will man in Ottakring eine Ausweitung der Kapazitäten. Abschließend meinte Bezirksvorsteher Barton: „Das Beste an Umwelttechnologie muß gerade gut genug sein, um allfällige Beeinträchtigungen der Anrainer möglichst gering zu halten. Für die verantwortlichen Stellen jedenfalls herrscht Handlungsbedarf!“

Die Ausstellung zur Bezirksentwicklung ist im Amtshaus am Richard-Wagner-Platz 19 Montag bis Freitag von 12 bis 16 Uhr, Donnerstag von 12 bis 19 Uhr und Samstag von 9 bis 12 Uhr geöffnet. (Schluß) lf/bs/gg

Forts. von Blatt 2359

chef vom Dienst:
800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Dienstag 10 bis 17 Uhr,
Mittwoch- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verleger: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 24. Oktober 1989

Blatt 2361

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Ehrendenken des Landes Wien (2362/FS: 23.10.)
- Angelobung in Simmering (2363)
- Allerheiligenmärkte ab 25. Oktober (2363)
- Jungbürgerwald 89 wird am Nationalfeiertag gepflanzt (2364)
- „Melo's Wiener Phantasietheater“ startet in VHS Hietzing (2364)
- Krankenhaus SMZ Ost voll im Kosten- und Terminplan (2365/2366)
- Wiener E-Werke bilden mehr als 100 „Stromsparberater“ aus (2367-2370)
- Weitere Tempo 30-Bereiche in Wien (2371/2372)
- Wien hat provisorisches Warn- und Alarmsystem (2373-2376)
- Internationale Finanzgruppe an EXPO interessiert (2377)
- Hatzl: „Grüne sollen keine Märchen erzählen!“ (2378)

Ehrenzeichen des Landes Wien

Wien, 23.10. (RK-KOMMUNAL) Kommerzialrat Ing. Hans DRESCHER erhielt Montag von Stadtrat Johann HATZL in Vertretung des Landeshauptmannes Dr. Helmut ZILK das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Komm.Rat Drescher, 65, gründete die erste Flugzeugführerschule Österreichs und hat sich als Inhaber einer Firma für den Großhandel mit Flugzeugen um die Wiener Wirtschaft verdient gemacht. Seit 1984 ist Drescher auch Wiener Landesjägermeister. (Schluß) roh/bs

Bereits am 23. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Angelobung in Simmering

Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Auf Anregung des Bezirksvorstehers des 11. Wiener Gemeindebezirkes Franz HAAS findet morgen um 11 Uhr, am Simmeringer Sportplatz „Unter der Kirche“ die feierliche Herbstangelobung der Wehrmänner der Garnison Wien statt. In Vertretung des Bürgermeisters wird Stadtrat Johann HATZL mit dem Militärkommandanten von Wien, Divisionäre Karl MAJCEN, die Angelobung vornehmen.

Erstmals wird diese Veranstaltung am Tag vor dem Nationalfeiertag durch Wiener Milizsoldaten unterstützt. Sie informieren in einer umfassenden Ausstellung über das österreichische Verteidigungskonzept und das Milizsystem. Darüber hinaus stellen sie einen Ehrenzug. Damit wird den rund 800 Jungmännern sowie ihren Angehörigen und allen Besuchern dieses militärischen Festaktes demonstriert, daß für männliche Österreicher ihre staatsbürgerliche Verantwortung nach sechs Monaten Ausbildung noch nicht zu Ende ist, sondern daß die militärische Landesverteidigung vor allem von der Miliz getragen wird.

Die Militärmusik des Gardebataillons wird die Angelobungszeremonie umrahmen. Zu dieser Feier sind alle Wienerinnen und Wiener herzlich eingeladen. (Schluß) red/gg

Allerheiligenmärkte ab 25. Oktober

Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Die alljährlichen Allerheiligenmärkte — Blumen, Kränze usw. — vor den Wiener Friedhöfen können heuer laut Marktordnung vom 25. Oktober bis 2. November täglich von 7 bis 18 Uhr stattfinden. (Schluß) hrs/bs

Jungbürgerwald 89 wird am Nationalfeiertag gepflanzt

Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Am Donnerstag, dem 26. Oktober ist es wieder soweit. Landesjugendreferat und Forstamt der Stadt Wien laden alle Wiener Jungbürgerinnen und Jungbürger zur großen Waldpflanzaktion. Alle Jungbürger können — zur Erinnerung an das Erreichen der Großjährigkeit und somit des Wahlrechts — ihren eigenen Baum pflanzen. Aber auch alle anderen Altersstufen der Bevölkerung sind eingeladen, den diesjährigen Jungbürgern dabei zu helfen, damit der Jungbürgerwald 89 besonders groß wird. Der Jungbürgerwald wird dazu beitragen, den Grüngürtel rund um Wien weiter zu schließen. Aufforstungsgebiet ist diesmal der Kirsteweg in Unterlaa. Dort können — unter der fachkundigen Anleitung von Förstern — Pappeln, Eichen, Linden, Ahorn und Wildobstbäume sowie Sträucher gepflanzt werden. Die heuer rund 16.000 Jungbürger, aber auch Kinder und Erwachsene sind dazu vom Landesjugendreferat herzlich eingeladen. Bei der diesjährigen Aktion möchte man 10.000 Bäume und Sträucher setzen.

Die Aktion findet am Donnerstag, 26. Oktober von 9 bis 16 Uhr statt.

Treffpunkt und Infostand: 10, Grünfläche gegenüber Klederinger Straße 109.

Erreichbar: Sonderbus ab U-Bahn-Station Reumannplatz (Rückseite Amalienbad/Ecke Buchengasse). Die Gratisfahrten finden ab 9 Uhr zu jeder halben Stunde statt.

Radfahrer erreichen den Jungbürgerwald über den Z-Radweg Richtung Laxenburg und dann weiter über die Radroute Richtung Kledering.

Die Aktion findet bei jedem Wetter statt!

Seit 1985 wurden im Rahmen dieser Aktion 52.000 Pflanzen gesetzt. (Schluß) emw/bs

„Melo's Wiener Phantasietheater“ startet in VHS Hietzing

Wien, 24.10. (RK-LOKAL) Reinhard Stöhr, Künstlername „Melo“, startet am 26. Oktober in der VHS Hietzing ein Familienmitspieltheater. Melo, der als Sagen- und Märchenerzähler sowie als Clown in den letzten drei Jahren wiederholt aufgetreten ist, beginnt sein neues Projekt mit dem Stück „Die Wiener Puppenfee“, getanzt und gespielt von Melo und der Tanzgruppe Tritsch-Tratsch.

Vorstellungen sind in der Volkshochschule Hietzing, 13, Hofwiesengasse 48, an folgenden Terminen:

26. Oktober um 14.30 Uhr sowie 29. Oktober und 2., 5., 12., 19. und 26. November jeweils um 15 Uhr.

Kartenvorbestellungen in der VHS Hietzing, Tel. 804 55 24.

Außerdem gibt es im Technischen Museum am 28. Oktober um 15 Uhr eine Museumsaktion mit Melo. (Schluß) emw/szm

Krankenhaus SMZ Ost voll im Kosten- und Terminplan

Bauausschuß besichtigte Baustelle und Musterzimmer

Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Die Errichtung des Schwerpunktkrankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost in der Donaustadt erfolgt genau nach Termin- und Kostenplan. Davon überzeugte sich Montag nachmittag der Bauausschuß für den Neubau. Die nächsten „Eckdaten“ im Baugeschehen: Ende Oktober erfolgt die Dachgleiche des dritten Bettenhauses, Ende Dezember die Dachgleiche des zweiten Ambulanztraktes. Von Jänner bis September dieses Jahres waren durchschnittlich 457 Arbeiter auf der Baustelle beschäftigt. Bis zum kommenden Frühjahr soll die Vorentwurfsplanung für die 3. Ausbaustufe, die in der vergangenen Woche vom Gesundheitsausschuß genehmigt wurde, abgeschlossen werden. Dieser dritte Projektteil umfaßt eine Psychiatrische Abteilung mit 120 Betten und modernste Untersuchungs- und Behandlungsgeräte, wie eine Kernspintomographieanlage, einen Lithotripter für die Zertrümmerung von Nieren- und Gallensteinen und eine Bestrahlungseinrichtung. Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER hob hervor, daß es die rechtzeitige Genehmigung der 3. Baustufe ermöglichen wird, den Rohbau dieses Teils bis zur Fertigstellung der 1. Baustufe (544 Betten und die entsprechenden Untersuchungs- und Behandlungsbereiche) im Jahr 1992 abzuschließen. Es wird deshalb keine Beeinträchtigung des Spitalsbetriebes durch Bauarbeiten geben.



Musterzimmer im SMZ Ost

Foto: PID/Reflex

Die Mitglieder des Bauausschusses besichtigten auch ein soeben fertiggestelltes Musterzimmer mit sechs Krankenbetten. Das Musterzimmer dient als „Probierstube“, zum Beispiel für die Auswahl der Farben von Wänden, Bodenbelag und Vorhängen. Eine Krankenstation wird im Schwerpunktkrankenhaus im SMZ Ost 32 Betten in zwei Sechsbett-, sechs Dreibett- und zwei Einbettzimmern haben. Die Sechsbettzimmer sind neben dem Schwesternstützpunkt angeordnet: eines wird als Risikokrankenstation für Schwerkranke mit einer entsprechend höheren medizinischen Ausstattung eingerichtet, das zweite ebenfalls für schwerere Fälle, die eine intensivere Betreuung erfordern. Die Sechsbettzimmer können, wenn es zweckmäßig ist, in zwei Dreibettzimmer umgewandelt werden. Von den beiden Einbettzimmern ist eines als Isolierzimmer mit einer Schleuse ausgestattet.

Forts. auf Blatt 2366

In den kleineren Zimmern steht den Patienten ein Kühlschrank, in den Sechsbettzimmern stehen zwei Kühlschränke zur Verfügung. Jeder Patient hat außerdem ein Kleiderschrankabteil mit einer versperrbaren Lade. In jedem Zimmer gibt es einen ausreichend großen Tisch, sodaß alle Patienten im Krankenzimmer essen können, wenn sie es nicht vorziehen, das Essen im Aufenthaltsraum oder im Patientenrestaurant einzunehmen. Jedes Krankenzimmer hat auch eine Waschnische mit einem Waschtensilienschrank mit Abteilen für jeden Patienten (die Sechsbettzimmer haben zwei Waschnischen). Toiletten und Duschen sind — ebenso wie die Schmutzarbeitsräume — den Zimmern vorgelagert, die Einbettzimmer verfügen über eigene Duschen und Toiletten.

In jeder Station gibt es außerdem den Schwesternstützpunkt, ein Patientenbad mit einer behindertengerechten Ausstattung, ein Sprechzimmer für ungestörte Gespräche der Ärzte mit den Patienten oder deren Angehörigen und zwei Aufenthaltsräume (für Raucher und Nichtraucher) mit Fernsehgeräten. In den kleineren Zimmern können Fernsehgeräte gegenüber dem Bett aufgestellt werden. Die Fenster der Krankenzimmer können geöffnet werden. Gegen zu starke Sonneneinstrahlung gibt es Außenjalousien.

Das Patientenrufgerät enthält eine Notruftaste, aber auch eine Gegensprechmöglichkeit zum Schwesternstützpunkt und einen Lichtschalter. Mit dem Gerät kann man drei Radioprogramme, das hauseigene Programm und den Fernsehton empfangen. (Schluß) sc/gg

Forts. von Blatt 2365

Wiener E-Werke bilden mehr als 100 „Stromsparberater“ aus

Hatzl: Schwerpunkte Energiesparen und umweltfreundliches Heizen

Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Die Schwerpunkte der Wiener Energiepolitik waren Thema einer Pressekonferenz von Stadtrat Johann HATZL Montag abend. Im Mittelpunkt stand der neue „grüne Spartarif“ der Wiener E-Werke. Stadtrat Hatzl kündigte in diesem Zusammenhang weitere Maßnahmen an, die den Kunden beim Energiesparen helfen sollen: So werden mehr als 100 Mitarbeiter der E-Werke als „Stromsparberater“ ausgebildet; leihweise gibt es Stromzähler, um alte Geräte überprüfen zu können. Auf Wiener Märkten wird eine „Energieberatung“ durchgeführt.

Am 31. Oktober feiert die kommunale Gasversorgung in Wien ihren 90. Geburtstag. Stadtrat Hatzl erinnerte an die Kreditaktion zum Einbau umweltfreundlicher, bequemer Gasheizungen, die derzeit bis 31. Dezember befristet ist. Falls die starke Nachfrage anhält, werden die Gaswerke mit den Banken über eine Verlängerung dieser Aktion verhandeln, kündigte Hatzl an.

Wiener E-Werke als Energiedienstleistungsunternehmen

Der neue Stromspartarif der Wiener E-Werke basiert auf dem Grundgedanken, daß Energiesparen belohnt wird, denn sowohl der Arbeits- als auch der Grundpreis sind nur noch von den verbrauchten Kilowattstunden abhängig. Die Wiener E-Werke tragen dem neuen Tarifsysteem Rechnung, indem sie ihre Kunden noch mehr als bisher über die Möglichkeiten des Stromsparens informieren. Energiesparen ist nämlich gar nicht so schwer und geht ohne jede Komforteinbuße, wenn man weiß, wie und wo man sparen kann.

Die Wiener E-Werke bilden mehr als 100 Stromsparberater aus

Um die Kunden der Wiener E-Werke in ihren Sparbemühungen zu unterstützen, haben die Wiener E-Werke vor etwa einem Monat begonnen, mehr als 100 Mitarbeiter zu Stromsparberatern auszubilden. Diese Energieberater stehen den Kunden für kostenlose Beratungen hinsichtlich der richtigen Tarifwahl sowie für Fragen zum Stromsparen und der Vermeidung von Belastungsspitzen usw. zur Verfügung. Insbesondere für den Gewerbebereich wird eine fundierte „M-Tarif“-Beratung offensiv angeboten. Beratungsziel ist die bestmögliche Lösung der Probleme des Kunden. Die Berater werden in dem Sinne ausgebildet, sich als Vertreter des Kunden innerhalb der Wiener E-Werke zu fühlen.

Die Ausbildung der Stromsparberater sowie die Betreuung von Pilotanlagen und die Ausarbeitung von grundsätzlichen Überlegungen zum Energie- und Stromsparen wird von einer Abteilung durchgeführt, die im Mai dieses Jahres zu diesem Zweck in die Organisationsstruktur der E-Werke eingegliedert wurde.

Broschüren mit Stromspartips

Im Haushalt geht es beim Energiesparen nicht um die „großen Dinge“, sondern um viele Kleinigkeiten. Obwohl einzelne Haushalte sich keine Riesensummen ersparen können, ist insgesamt betrachtet eine ganze Menge an Energieersparnis möglich, ohne daß man auf seinen gewohnten Komfort verzichten muß.

Zu diesem Zweck legen die Wiener E-Werke eine Serie von Broschüren mit Energie- und Stromspartips für ihre Kunden auf. Die erste Broschüre „Strom-Spar-Tips — Licht mit Strom“ liegt bereits vor.

Weitere Broschüren zu folgenden Themen sind geplant:

- Kühl- und Gefriergeräte
- Waschmaschinen und Wäschetrockner
- Geschirrspülmaschinen
- Elektroherd
- Warmwasserbereitung
- Nachtspeicherheizung
- Kleingeräte.

Dem Stromverbrauch auf die Spur kommen

Der Stromverbrauch einzelner Geräte ist oft nur schwer einschätzbar. Dies infolge sehr unterschiedlicher Benützungsgewohnheiten oder oft nicht bekannter energetischer Eigenschaften von Elektrogeräten. Damit die Kunden der Wiener E-Werke etwaige „Stromfresser“ leichter erkennen und entsprechende Maßnahmen dagegen setzen können, bieten die Wiener E-Werke eine neue und kostenlose Dienstleistung an:

Alte, aber funktionierende Zähler, die für die Stromverrechnung nicht mehr verwendet werden, werden auf handlichen Tafeln montiert und mit einer Steckdose sowie mit einem Stecker versehen. Mit diesen Meßeinrichtungen läßt sich der Stromverbrauch einzelner Elektrogeräte einfach feststellen, indem das zu messende Gerät an der Steckdose der Meßeinrichtung angeschlossen und der Stecker der Meßeinrichtung an die Netzspannung gelegt wird.

Zusätzlich zur Verleihung dieser Geräte wird eine weitere Broschüre aufgelegt, aus der die Zusammensetzung des Energieverbrauches durchschnittlicher Haushalte ersichtlich ist. Diese Broschüre wird auch Tabellen beinhalten, in der die gewonnenen Meßergebnisse eingetragen und ausgewertet werden können. Interessierte Energie- und Stromsparer können so ihre eigenen Energieverbrauchskontrollen durchführen.

Natürlich stehen die Fachleute der Wiener E-Werke den Kunden für weitere Auskünfte gerne zur Verfügung:

- Für Fragen zur Stromverrechnung unter der Tel.-Nr. 43 80-0
- Für Fragen zur Tarifwahl unter der Tel.-Nr. 48 903, Kl. 3465-3467
- Für Fragen zum Stromsparen unter der Tel.-Nr. 48 903, Kl. 3599.

Energieberatung auf Wiener Märkten

Die Energieversorgungsunternehmungen der Wiener Stadtwerke setzen bereits seit einigen Jahren auf Energieeinsparung. Aus diesem Grunde wurde eine gemeinsame Energieberatung der E-Werke, Gaswerke und Heizbetriebe Wien in der Spitalgasse 5-9 eingerichtet. Diese Energieberatung wird auch oft bei Messen, Veranstaltungen oder in Zusammenarbeit mit Firmen in Wiener Bezirken eingesetzt. Die neueste Aktion: Nun gibt es die Energieberatung auch jeweils an zwei Wiener Märkten. Begonnen wurde bereits seit Anfang Oktober am Naschmarkt, am Viktor-Adler-Markt, am Rochusmarkt und am Simmeringer Markt.

Die nächsten Termine (jeweils Freitag von 14 bis 18 Uhr und Samstag von 9 bis 13 Uhr):

27./28. Oktober: Karmelitermarkt und Meidlinger Markt

3./4. November: Meiselmarkt und Brunnenmarkt

10./11. November: Kutschkermarkt und Floridsdorfer Markt.

Verteilt werden bei dieser Aktion auch Energiesparprospekte, die einen Kupon für weiteres Informationsmaterial enthalten und bei dessen Einsendung man auch an einem Gewinnspiel teilnimmt.

Unabhängig von der Marktaktion steht die Energieberatung selbstverständlich ständig, Montag bis Freitag von 8 bis 15 Uhr, in der Spitalgasse 5-9 kostenlos zur Verfügung. Telefonische Auskünfte unter 4380/3995-3998.

Forts. von Blatt 2367

Forts. auf Blatt 2369

Die Wiener E-Werke im Jahr 1990

Die Wiener E-Werke rechnen für das Jahr 1990 mit einer zweiprozentigen Stromsteigerung beziehungsweise mit einem Stromverkauf von 7.352,6 Gigawattstunden.

Von diesem Strombedarf sollen 45,3 Prozent in eigenen Dampfkraftwerken erzeugt werden, wofür die Wiener E-Werke rund 159.000 Tonnen Heizöl (mit maximal ein Prozent Schwefelgehalt) und 781 Millionen Kubikmeter Erdgas einsetzen werden.

2,5 Prozent des Strombedarfes stammen aus dem Strombezugsrecht der E-Werke aus Donaukraftwerken, 1,2 Prozent aus eigenen Wasserkraftwerken. Der Fremdstrombezug wird 1990 mit 51 Prozent des gesamten Strombedarfes — das sind 4.073 Gigawattstunden — angenommen.

Investitionen der Wiener E-Werke 1990

Die Wiener E-Werke planen für 1990 Investitionen in der Höhe von rund 2.734 Millionen Schilling — das sind um rund 130 Millionen Schilling mehr als für das heurige Jahr. Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit liegt bei der Errichtung des neuen Kraftwerkblockes in Simmering und den Umweltschutzmaßnahmen. 436 Millionen Schilling werden die Wiener E-Werke im kommenden Jahr für den Umweltschutz ausgeben.

90 Jahre kommunale Gasversorgung

Die Geburtsstunde der kommunalen Gasversorgung schlug am 31. Oktober 1899 mit der Inbetriebnahme des Gaswerkes Simmering. In einer Rekordbauzeit von nur drei Jahren hatte man ein für damalige Begriffe supermodernes Werk hingestellt. Mit der kommunalen Gasversorgung kam erstmals gemeinwirtschaftliches Denken im großen Umfang zum Durchbruch.

Die Entscheidung von Bürgermeister Lueger, ein eigenes Gaswerk samt dazugehörigem Rohrnetz zu bauen und nicht die veralteten Anlagen der Engländer abzulösen, stieß auf heftigen Widerstand. Der Bau des Gaswerkes Simmering wurde von der Opposition im Rathaus für ein „kommunales Unglück“ erklärt.

Trotz aller Widerstände wurde das Großbauvorhaben in drei Jahren durchgeführt. Am 13. Oktober 1899 wurde unter dem Jubel der Bevölkerung die erste städtische Gaslaterne mit einem Auer-Glühlichtbrenner in Betrieb genommen. Am 31. Oktober 1899 wurde das Gaswerk Simmering eingeweiht. In seinem ersten Betriebsjahr erzeugte das Gaswerk Simmering 78 Millionen Kubikmeter Gas aus Steinkohle. Ein Rohrnetz von fast 1.000 Kilometer Länge war zu diesem Zeitpunkt schon verlegt. 1911 ging das zweite städtische Gaswerk in Leopoldau in Betrieb. In den nächsten Jahren vollzog sich die Entwicklung des Gases von der Licht- zur Wärmequelle, die Gasherde kamen auf.

Ende der 60er Jahre kam es zum Durchbruch der Gasheizungen, und zwischen 1970 und 1978 erfolgte in Rekordzeit die Umstellung der Wiener Gasversorgung auf Erdgas. Die Gaswerke stellten damit die Gaserzeugung ein und übernahmen die Aufgaben der Übernahme, Messung, Regelung und Verteilung des Erdgases.

Einige Zahlen und technische Daten zum heutigen Stand der Wiener Gaswerke: Das Gasrohrnetz hat eine Gesamtlänge von über 3.000 Kilometer und entspricht damit einer Streckenlänge von Wien nach Lissabon. Die Gesamtaufwendungen für die Instandhaltungen und für den Ausbau des Rohrnetzes betragen im Vorjahr 586 Millionen Schilling. Außerdem verfügen die Wiener Gaswerke über einen Gaszählerbestand von 742.000 Stück.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Wiener Gaswerke ist die Speicherung des Erdgases. Beim Ausgleich zwischen Anlieferung und Verbrauch be-

Forts. von Blatt 2368

Forts. auf Blatt 2370

trägt die Speicherkapazität derzeit 621,5 Millionen Kubikmeter. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Energiesicherung der Stadt. Im Notfall wäre damit die Energieversorgung Wiens für etwa sechs Monate gesichert.

Das Simmeringer Gaswerk wurde von einem Erzeugerbetrieb zu einem Verteiler- und Kundenservicebetrieb. Die Simmeringer Gasometer bleiben ein Symbol für die damalige Industriearchitektur, und sie bleiben ein Wahrzeichen unserer Stadt, auch wenn sie bereits einen anderen Eigentümer bekommen haben. Die Gasometer werden vom Wiener Wirtschaftsförderungsfonds übernommen, der konkrete Vorschläge für eine multifunktionale Nutzung der Bauten erarbeiten wird.

90 Jahr-Feier der Wiener Stadtwerke

Anlässlich des 90jährigen Bestandes der kommunalen Gasversorgung beziehungsweise des Gaswerkes Simmering findet am Dienstag, dem 31. Oktober, eine Gedenkfeier im Gaswerk Simmering statt. Ein besonderes „Zuckerl“ der Veranstaltung: Fahrt einer historischen Postkutsche mit dem Europameister Leopold Hewera vom Gaswerk Leopoldau zum Gaswerk Simmering. Im Gaswerk Simmering wird eine Ausstellung zum Thema „90 Jahre kommunale Gasversorgung in Wien“ eröffnet, wobei auch Gruppenführungen nach vorheriger Anmeldung bei freiem Eintritt möglich sind.

Die Wiener Gaswerke im Jahr 1990

Die Wiener Gaswerke erwarten 1990 eine Steigerung der Gasabgabe von 7,4 Prozent gegenüber dem heurigen Jahr; mit einer Gasabgabe von 700 Millionen Kubikmeter Gas wird gerechnet (1989 waren es 652 Millionen Kubikmeter).

Die Gaswerke werden auch 1990 ihre Bemühungen um zusätzliche Heizgaskunden mit der Aktion von zinsgünstigen Krediten für Gasetagenheizungen und Heizkessel fortsetzen. Damit soll ein Beitrag zur Reinhaltung der Luft im Wiener Ballungsraum geleistet, aber auch der Ausfall einiger niederösterreichischer Gemeinden etwas kompensiert werden.

Investitionen der Wiener Gaswerke

Die Gaswerke planen für 1990 Investitionen in der Höhe von 363,8 Millionen Schilling. Den Schwerpunkt bildet bei den Gaswerken wie alljährlich der Ausbau des Rohrnetzes mit 267 Millionen Schilling. Für das Rohrnetz wird aber 1990 insgesamt weit mehr ausgegeben, für laufende Rohrnetz-instandhaltungen sind 432 Millionen Schilling vorgesehen. Die Gaswerke werden 1990 mehr als 80 Kilometer Rohre für Siedlungsaufschließungen neu verlegen, rund 70 Kilometer Rohre werden ausgewechselt. Durch einen verstärkten Einsatz des sogenannten „Flowtex-Verfahrens“ (Durchpressen des Rohres mittels eines Wasserstrahles) wird es weniger Aufgrabungen und damit auch weniger Verkehrsbehinderungen beziehungsweise Belästigungen der Anrainer geben.

Kreditaktion „Heizen mit Gas“ noch bis 31. Dezember

Heute versorgen die Wiener Gaswerke rund 704.000 Haushalte und 20.000 Gewerbe- und Industriebetriebe mit Erdgas. Mehr als 300.000 Wohnungen verfügen bereits über eine Gasheizung. Die Wiener Gaswerke haben daher gemeinsam mit einigen Banken eine Kreditaktion gestartet, die den Trend zur umweltfreundlichen Gasheizung weiter verstärken soll. Die Banken bieten sehr günstige Kredite an, während die Gaswerke für eine ausführliche, kostenlose, technische Beratung sorgen. Die Aktion „Erdgasheizung“ läuft noch bis 31. Dezember.

Einen wichtigen Bereich der Aktion stellt die Palette der Finanzierungsmöglichkeiten dar. Informationen dazu geben die Zentralsparkasse, die Creditanstalt, die Erste Österreichische Sparkasse, die Länderbank oder die PSK. (Schluß) roh/gg/bs

Forts. von Blatt 2369

Weitere Tempo 30-Bereiche in Wien

Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Im Pressegespräch des Bürgermeisters am Dienstag gab Verkehrsstadtrat Johann HATZL einen Überblick über die Bereiche Wiens, in denen nach dem derzeitigen Stand Tempo 30 denkbar wäre. Hatzl dazu einleitend: „Im Sinne einer möglichst weitgehenden Verkehrsberuhigung und damit einer laufenden Hebung der Umweltqualität in Wien ist für eine ganze Reihe von Straßenzügen und Ortsteilen die Errichtung von Tempo 30-Zonen seitens der Bezirksvertretungen beantragt worden. In fünf Bereichen — und zwar 10, Per-Albin-Hansson-Siedlung Ost, 13, Ober St. Veit, 21, Carabelli-Siedlung, 21, Großfeld-Siedlung (Teilbereich) und 23, Siedlung Schwarze Haide — läuft bereits der Versuch Tempo 30. Generell stelle neben einer Lärminderung des Straßenverkehrs die Hebung der Verkehrssicherheit das Hauptanliegen dar.“

Mehrere Beispiele für Tempo 30-Zonen gibt es bereits im Ausland: Vor allem in der Bundesrepublik Deutschland (in Hamburg beispielsweise gibt es rund 300 solcher Zonen), weiters in Holland und in Dänemark. Es wurde die Erfahrung gemacht, daß in solchen Bereichen ein striktes Einhalten des „Rechts vor Links“-Vorranges erforderlich ist.

Bisher 58 Bezirksanträge

Wie Hatzl weiter ausführte, seien in Wien bisher 58 Bezirksanträge zur Errichtung von Tempo 30-Bereichen eingebracht worden, die in einer Reihe von Büroverhandlungen in den nächsten Wochen behandelt würden.

Die Reihung der Anträge richtet sich nach dem Zeitpunkt ihrer Einbringung. In einem konkreten Stadium befinden sich die Anträge 1 bis 34, zu denen auch bereits die Stellungnahme der Verkehrsbetriebe vorliegt; 15 dieser Anträge sind in Kürze realisierbar, bei den anderen sind noch teilweise Problemlösungen (öffentlicher Verkehr quert die Zone, Bereichsabgrenzungen) erforderlich. Die Anträge 35 bis 54 liegen derzeit bei den Verkehrsbetrieben zur Begutachtung vor. Darüber hinaus wurden seitens der Bezirke weitere Anträge angekündigt.

Anträge für Tempo 30-Bereiche

1. 13, gesamter Bezirk ausgenommen Hauptstraßen
2. 2, Volksprater-Böcklinstraße
3. 11, Bereich Thürnlnhofstraße
4. 14, Breitnerhof
5. 14, Bereich Baumgartenstraße
6. 14, Bereich Unterbaumgarten
7. 14, Bereich Wolfersberg
8. 14, Bereich Bierhäuslberg
9. 14, Bereich Jägerwald
10. 14, Siedlung Flötzersteig
11. 14, Siedlung Augustinerwald
12. 22, Bettelheimstraße
13. 22, Lettenhaufen
14. 22, Siedlung Hirschstetten
15. 22, Rehlacke
16. 22, Bereich Neu Eßling
17. 22, Spargelfeldsiedlung
18. 22, Siedlung An der Oberen Alten Donau
19. 12, Siedlung am Tivoli
20. 12, Am Schöpfwerk
21. 12, Hoffingersiedlung
22. 12, Aichholzgasse
23. 12, Tivoligasse
24. 12, Vivenotgasse

25. 12, Ignazgasse
 26. 12, Hetzendorf inkl. Rosenhügel
 27. 19, Daringergasse
 28. 22, Rennbahnwegsiedlung
 29. 22, Stadtrandsiedlung
 30. 22, Paxsiedlung
 31. 5, Bereich Leopold-Rister-Gasse
 32. 5, Bereich Schloßgasse
 33. 5, Bereich Kriehubergasse
 34. 10, Oppenheimweg
 35. 23, Bereich Reklewskygasse
 36. 23, Bereich Linienamt
 37. 23, Bereich Ortskern Inzersdorf
 38. 13, Bereich Hörndlwald
 39. 23, Verdi-Siedlung
 40. 6, Gumpendorfer Straße 4
 41. 6, Mittelgasse 24 (bei Nr. 51)
 42. 6, Corneliusgasse 6
 43. 6, Liniengasse 21 (bei Nr. 51)
 44. 6, Spalowskygasse 5 (bei Nr. 51)
 45. 6, Amerlingstraße 6
 46. 6, Marchettigasse 3
 47. 6, Mollardgasse 87
 48. 15, Bereich Storchengrund
 49. 4, Bereich St.-Elisabethplatz
 50. 1, Innere Stadt
 51. 6, Bereich Mittelgasse
 52. 18, Bereich Pötzleinsdorf
 53. 18, Bereich Sternwarte
 54. 18, Bereich Schulgasse
 55. 17, Bereich Mitterberg — Trenkwald
 56. 22, Siedlung Aspern — Hausfeld
 57. 22, Wegmayersiedlung
 58. 11, Kleingarten Simmeringer Haide
- (Schluß) pz/gg

Forts. von Blatt 2371

Wien hat provisorisches Warn- und Alarmsystem

Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Wien besitzt nun ein provisorisches Warn- und Alarmsystem. Damit ist es möglich, die Bevölkerung der Stadt oder eines Teils des Stadtgebiets (z. B. eines Bezirks oder kleineren Gebietes) vor einer akuten Gefahr zu warnen und aufzufordern, weitere Informationen in einem geschlossenen Raum vor einem Radio- oder Fernsehapparat abzuwarten. Das System besteht aus speziellen Sirenen auf Polizeifahrzeugen und dem Netz der Haltestellenlautsprecher der Wiener Verkehrsbetriebe, die das Zivilschutzsignal „Warnung“ abgeben können. Stadtrat Dr. Michael HÄUPL berichtete darüber am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Das endgültige Wiener Warn- und Alarmsystem mit einem flächendeckenden Sirenenetz kann mit den vom Bund zur Verfügung gestellten Mitteln erst innerhalb eines Zeitraums von etwa zehn Jahren verwirklicht werden.

Information der Bevölkerung ohne Zeitverlust

In ländlichen Gemeinden lassen sich für die Alarmierung der Freiwilligen Feuerwehren bestehende Sirenenanlagen auch für die Weitergabe von Alarmen an die Bewohner nutzen. In Wien mit seinen institutionalisierten, rund um die Uhr einsatzbereiten Hilfseinrichtungen sind solche Alarmierungsstrukturen für freiwillige Einsatzinstitutionen nicht erforderlich.

Katastrophale Ereignisse können es aber auch in der Bundeshauptstadt erforderlich machen, die Bevölkerung ohne Zeitverlust zu informieren. Aus diesem Grund laufen bereits seit einiger Zeit die Vorarbeiten für den Aufbau eines möglichst flächendeckenden Sirenensystems, das zentral ausgelöst werden kann. Von den zuständigen Fachdienststellen wurden verschiedene in- und ausländische Produkte eingehenden Prüfungen unterzogen. Das Ergebnis einer entsprechenden öffentlichen Ausschreibung wird zur Zeit ausgewertet.

Wien braucht rund 200 stationäre Sirenen

Man rechnet damit, daß für die weitestgehende Erreichung des ganzen Stadtgebietes 200 bis 500 Sirenen (abhängig vom schließlich ausgewählten System: elektronisch oder pneumatisch) notwendig sein werden. In Zusammenhang damit sind nicht nur technische Fragen zu klären, sondern auch die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen: Sollten die öffentlichen Gebäude (auch städtische Wohnhäuser) dafür nicht ausreichen, müßten auch auf privaten Häusern solche Sirenen stehen. Diese Sirenen werden auch zentral von der Bundeswarnzentrale in Betrieb genommen werden können.

Ein Zehn-Jahres-Projekt

Insgesamt erfordert das Projekt, so läßt sich derzeit abschätzen, einen Aufwand von 70 bis 100 Millionen Schilling. Die Mittel dafür kommen aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Bund und den Bundesländern aus dem Katastrophenfonds. Von den jährlich insgesamt 50 Millionen Schilling entfallen rund acht Millionen auf Wien, sodaß auf diese Weise die notwendige Effizienz erst über einen längeren Zeitraum erreicht werden kann.

Provisorisches Warn- und Alarmsystem

Aus diesem Grund hat sich die Stadt Wien entschlossen, vorerst ein provisorisches Warn- und Alarmsystem aufzubauen, das dem Endausbaukonzept — wenn auch natürlich mit einigen Abstrichen — vergleichbar ist. Bei der Realisierung arbeitet die Stadt Wien sowohl mit der Bundespolizeidirektion Wien als auch den Wiener Verkehrsbetrieben zusammen.

Zehn mobile Anlagen auf Funkstreifenwagen

Von der Stadt Wien wurden zehn mobile Sirenenanlagen angeschafft, die auf üblichen Dachträgern montiert sind und sich innerhalb weniger Minuten auf Funkstreifenfahrzeugen der gängigsten Typen anbringen lassen. Bei Bedarf werden die Funkstreifenwagen auf vorgegebene Routen — durchschnittlich fünf pro Bezirk — geschickt und geben dort einen gleichbleibend hohen Sirenenton mit einer Intensität von 114 db(A) ab. Die Routen wurden so gewählt, daß sie jeweils innerhalb von rund 20 Minuten durchfahren werden können.

Diese Sirene ist ein im Herstellungsland bewährtes Schweizer Fabrikat, das für die Anforderungen in Wien adaptiert wurde. Aus dem Inland gab es keine geeigneten Angebote. Die Firma hat jedoch in Wien eine Niederlassung, sodaß die Funktionssicherheit gewährleistet ist.

214 Stationslautsprecheranlagen einbezogen

Zweites Standbein des provisorischen Warn- und Alarmsystems sind die 214 Lautsprecher-Funkempfangsanlagen in Stationsbereichen der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe. Sie erreichen 550 Haltestellen von Straßenbahn und Autobus und versorgen auf diese Weise die wichtigsten Knotenpunkte des öffentlichen Verkehrsnetzes. Sie lassen sich bezirksweise oder entlang der Strecke einer bestimmten Linie in Betrieb nehmen. Das Signal auf den (mobilen) Funkstreifenwagen ist zweckmäßigerweise ein Dauerton, während das Signal bei den Haltestellenlautsprechern drei Minuten (das übliche Zivilschutzsignal) abgestrahlt wird.

Wie reagiert man auf das Sirensignal?

Mit Absicht wurde davon abgesehen, die Möglichkeit zu nutzen, verbale Mitteilungen zu verbreiten. Das würde sich sowohl über die Lautsprecher eines angemessen rasch fahrenden Polizeifahrzeuges nicht bewähren (unverständlich, nicht weit hörbar) und könnte auch nicht bei den Stationslautsprechern der Verkehrsbetriebe den notwendigen Aufmerksamkeitsgrad erreichen. Vielmehr bedeutet das Sirensignal, daß sich die Menschen in dem betroffenen Gebiet möglichst rasch in geschlossene Gebäude begeben und dort weitere Durchsagen über Radio und/oder Fernsehen erwarten sollen, in denen Verhaltensrichtlinien und erste bzw. weitere Informationen über die Art der Katastrophe gegeben werden.

Vorkehrungen für Katastrophen

In der Wiener Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation wurden entsprechend dem Wiener Katastrophenhilfegesetz ein zentraler Katastrophenschutzplan und dazu ein Katastropheneinsatzplan ausgearbeitet, die alle denkbaren Katastrophenfälle, die dafür notwendigen Maßnahmen sowie einen Überblick über erreichbare Ressourcen enthalten. Die Daten werden laufend aktualisiert.

In einem Katastrophenalarmplan sind Alarmierungsabläufe und Zuständigkeiten festgehalten. Der Katastrophenalarm wäre von der Feuerwehr — als Tag und Nacht einsatzbereite Stelle — auszulösen.

Wenn notwendig, beruft der Bürgermeister oder der für die Feuerwehr zuständige Stadtrat den Krisenstab ein, der alle weiteren Veranlassungen koordiniert.

Bei den Vorarbeiten zu diesen Plänen wurden auch die Anforderungen an die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten untersucht. Dabei hat sich gezeigt, daß die Anlage beispielsweise zentraler Lebensmittel-lager nicht effizient wäre. Lager zur Überbrückung von Engpässen müßten mit großen Mengen an Brotgetreide, Nahrungsmitteln, Reis, Fleisch, Gemüse, Erdäpfeln, Zucker usw. ausgestattet und diese Mengen auch regelmäßig umgeschichtet werden. Ausländische Beispiele lassen erkennen, daß sich

Forts. von Blatt 2373

Forts. auf Blatt 2375

bei der Lagerpflege (laufende Umschichtung) große Schwierigkeiten und hohe Kosten (für Wien jährlich rund 46 Millionen, weitere 50 Millionen für die — einmalige — Anlage eines Tanklagers für Fettrohstoffe) ergeben.

Wien ist jedoch bei der Lebensmittelversorgung in vielen Bereichen von einer Zulieferung aus dem Ausland weitestgehend unabhängig, lagert in Lebensmittelbetrieben beträchtliche Mengen, und es kann davon ausgegangen werden, daß durch entsprechende Einlagerung in den Haushalten eine autonome Versorgung für etwa 14 Tage erreicht werden könnte. Bei der Medikamentenversorgung kann mit den Lagerbeständen der pharmazeutischen Betriebe das Auslangen gefunden werden.

In allen Bezirken werden außerdem Bezirkskatastrophenschutzpläne aufgrund einer einheitlichen Strukturvorgabe durch die Magistratsdirektion und teilweise mit deren Datenmaterial ausgearbeitet. Die Einsatzleitung würde im Falle einer Katastrophe wohl zentral erfolgen, doch ist es für die Bezirke wichtig, auch autark Entscheidungen treffen und Maßnahmen ergreifen zu können, wenn Bezirksteile vom übrigen Stadtgebiet abgeschnitten sein sollten.

Zentraler Schutzraumbau oder sicher in den eigenen vier Wänden?

Immer wieder wird auch die Forderung nach dem Bau zentraler Schutzräume — beispielsweise in Zusammenhang mit atomaren Unfällen — erhoben. Schutzräume können jedoch nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn sie mit der kompletten erforderlichen Infrastruktur von der gasdichten Tür über den Luftfilter bis hin zum Lebensmittel- und Wasservorrat für zumindest zwei Wochen ausgerüstet sind. Außerdem müssen sie jederzeit ohne längere Umbauten bezogen werden können, sodaß sie für andere Zwecke kaum nutzbar sind.

Die Einführung einer Schutzraumpflicht in Wien würde nicht nur die Wohnkosten beträchtlich erhöhen. Angesichts des geringen Anteils an Einfamilienhäusern (zum Unterschied zu Niederösterreich, wo eine solche Verpflichtung jetzt eingeführt wurde) bliebe nur die Alternative von Massenschutzräumen. Sie zu errichten und zu betreiben ist nicht nur ein finanzielles, sondern auch ein organisatorisches Problem. Sie müßten mit laufend erneuerten Wasser- und Lebensmittelvorräten ausgestattet sein und würden — wegen ihrer notwendigerweise großen Ausdehnung — auch für die in einem Katastrophenfall hier Eingeschlossenen — ein nicht zu unterschätzendes psychisches Problem bedeuten.

Mit der Notwendigkeit von Schutzraumbauten hat sich im vergangenen Oktober auch eine Konferenz der Zivilschutzverbände der neutralen Staaten Europas befaßt. Dabei wurde von Univ.-Prof. Dr. Carl M. Fleck vom Atominstitut der Österreichischen Universitäten die Meinung vertreten, daß auch jeder Wohnraum eines Hauses in Massivbauweise Schutz gegen radioaktive Strahlung leistet. Gegen das Eindringen von Luftpartikeln müßten die Fenster für 12 bis 24 Stunden verklebt werden. Fleck meint, daß es genügen könnte, radioaktive Staubpartikel in Wohnräumen mit Hilfe eines geeigneten Elektrofilters einzufangen, sodaß deren Aufnahme in den Körper sehr gering gehalten werden kann.

Ein größeres Problem stellt nach Meinung der Wissenschaft die Versorgung mit Lebensmitteln und Wasser dar; zentrale Lager wären unter Umständen nur schwer erreichbar, während durch geeignete Eigenvorsorge ein bestimmter Bedarf an — unverseuchten — Grundnahrungsmitteln in der Wohnung gehalten werden könnte.

Hand in Hand – Stadt Wien hilft beim Selbstschutz

Tschernobyl ist weit, und das Interesse der Bevölkerung für die Eigenvorsorge und den Zivilschutz hält sich in allen österreichischen städtischen Ballungsräumen in engen Grenzen; anders in den ländlichen Gemeinden,

Forts. von Blatt 2374

Forts. auf Blatt 2376

wo allenfalls durch Mitgliedschaften bei der Freiwilligen Feuerwehr oder einer sozialen oder medizinischen Hilfsorganisation das Bewußtsein für diese Belange größer ist. Dennoch wäre es wichtig, daß sich die Wienerinnen und Wiener mehr für die eigene Sicherheit interessieren, wenngleich auch für Eventualitäten, die — hoffentlich — nie eintreten werden.

Die Stadt Wien bietet daher Selbstschutzausbildung an, für die man sich in der Stadtinformation, Telefon 43 89 89, in allen Außenstellen des Bürgerdienstes sowie in der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation, Telefon 42 800/2474, anmelden kann. „Erste Hilfe“, „Selbstschutz im Haushalt und Verhalten in Katastrophensituationen“, „Kriminalpolizeilicher Beratungsdienst über Eigentumsschutz und Sicherheitsfragen“ sowie „Vorbeugender Brandschutz und Bekämpfung von Entstehungsbränden“ sind die Kursinhalte, die nicht nur für den Fall von Katastrophen von Interesse sind. Die Kursteile können einzeln belegt werden, die Teilnahme ist kostenlos. Die angemeldeten Teilnehmer werden zu den gewünschten Kursen eingeladen.

Zivilschutz-Informationsveranstaltung am 26. Oktober

Am Donnerstag, dem 26. Oktober (Nationalfeiertag), gibt es im Kurpark Oberlaa neben den Fit-Veranstaltungen zwischen 9 und 15 Uhr auch Zivilschutzinformationen. Daran nehmen die Zivilschutz-Landesverbände von Wien und Niederösterreich, das Innenministerium, die Feuerwehr und das Rote Kreuz teil. Um 10 Uhr, 11.30 und 13.30 Uhr werden im Norden des Kurparks bei der Filmteichstraße Bergevorführungen mit einem Hubschrauber sowie Einsatzübungen von Feuerwehr und Rettung geboten. Die beiden Zivilschutzverbände informieren im Süden des Parks bei der Kurhalle über Selbstschutz, Haushaltsbevorratung usw. Der Wiener Verband nimmt an seinem Stand auch Anmeldungen für die Selbstschutzausbildung entgegen. (Forts. mgl.) and/gg

Forts. von Blatt 2375

Internationale Finanzgruppe an EXPO Interessiert

Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK bestätigte am Dienstag in seinem Pressegespräch, daß sich eine internationale Finanzgruppe für die Errichtung der EXPO-Baulichkeiten und deren Nachnutzung interessiere. Die Tageszeitung „Der Standard“ hatte darüber in ihrer heutigen Ausgabe berichtet. Die Repräsentanten jener Gruppe sind der internationale Financier Al GHAZZI und Robert MITTERAND, der Bruder des französischen Staatspräsidenten. Das, wie Zilk sagte, ernstzunehmende Angebot umfasse die Bereitschaft zu Investitionen in der Größenordnung von 13 Milliarden Dollar. Als besonderer Vorzug Wiens wurde von der Finanzgruppe die österreichische Neutralitätspolitik genannt.

Wie Zilk mitteilte, haben sich die Interessenten auch bereit erklärt, sich mit ihren Vorstellungen den vom Wiener Gemeinderat festgelegten städtebaulichen Leitprinzipien zu unterwerfen, das heißt, es würden keine größeren Bereiche in Anspruch genommen, als bisher geplant. Zilk: „Es wird keinesfalls gigantomanische Größenordnungen geben, und es wird kein Klein-Manhattan entstehen.“ Auch eine Bebauung der Donauinsel etwa sei von vornherein ausgeschlossen. Der Bürgermeister betonte, daß die Vorstellungen der Gruppe nur dann verwirklicht werden könnten, wenn sie mit den Vorstellungen der Stadtplanung und vor allem natürlich auch der Bevölkerung zusammenpassen. Jede Detailsaussage wäre aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt verfrüht. Es gebe neben dieser Gruppe auch noch andere ernstzunehmende Interessenten. Dieses große Interesse beweise jedenfalls die Richtigkeit der Wiener EXPO-Politik, sagte Zilk. (Schluß) ger/bs

Hatzl: „Grüne sollen keine Märchen erzählen!“

Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Energiestadtrat Johann HATZL unterstützte Dienstag den Ottakringer Bezirksvorsteher Alfred BARTON im Hinblick auf dessen Forderungen zur Müllverbrennungsanlage Flötzersteig. „Es stimmt sehr wohl, daß Bürgerinitiativen mit Unterstützung der Grünen jahrelang eine Sanierung der Müllverbrennungsanlage verhindert haben. Die Grünen sollen daher keine Märchen erzählen“, sagte Hatzl in bezug auf eine Presseaussendung der Grünen. „Wir werden den Flötzersteig nun nach den strengen Vorgaben des Luftreinhaltegesetzes sanieren, an eine Ausweitung über die derzeitige Kapazität hinaus ist nicht gedacht“. (Schluß) roh/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 25. Oktober 1989

Blatt 2379

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Ehrenzeichen für Parlamentarier (2380/2381/FS: 24.10.)
- Ministerpräsident Adamec trug sich ins Goldene Buch ein (2382/FS: 24.10.)
- Zentralfriedhof für PKW gesperrt (2383)
- Kommenden Montag Sitzungen von Landtag und Gemeinderat (2385)
- Räumung eines Ausländerquartiers (2386)
- 800 Wehrmänner in Simmering angelobt (2387)
- Smejkal gegen Legalisierung der Drogen (2388)

Bezirke:

- Sitzungen von Bezirksvertretungen (2387)

Kultur:

- Schubert-Autograph für Stadt- und Landesbibliothek (2384)
- Buchwoche im Rathaus: Es wird mehr gelesen (2389)

Ehrenzeichen für Parlamentarier

Bereits am 24. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK überreichte am Dienstag nachmittag im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses an 12 Parlamentarier Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Zilk legte ein Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie ab. Demokratie und Freiheit gebe es nur dort, wo es freie Parteien gebe, wo es das freie Wort zwischen den Politikern und zwischen Politikern und Bürgern gebe. In einer Demokratie müsse man über alles reden können, müsse man aber auch alles hinterfragen können. Derzeit, so Zilk, müsse man aber auch über die Kultur der Politik selbst nachdenken und darüber, wie das Ansehen der Politik und der Politiker in der Öffentlichkeit verbessert werden kann.

Zilk dankte den Ausgezeichneten, die sich seit vielen Jahren in der demokratischen Politik bewährt haben. „Sie alle haben durch viele Jahre hindurch eine rechtschaffene und redliche Arbeit für die Bevölkerung unserer Heimat geleistet“.

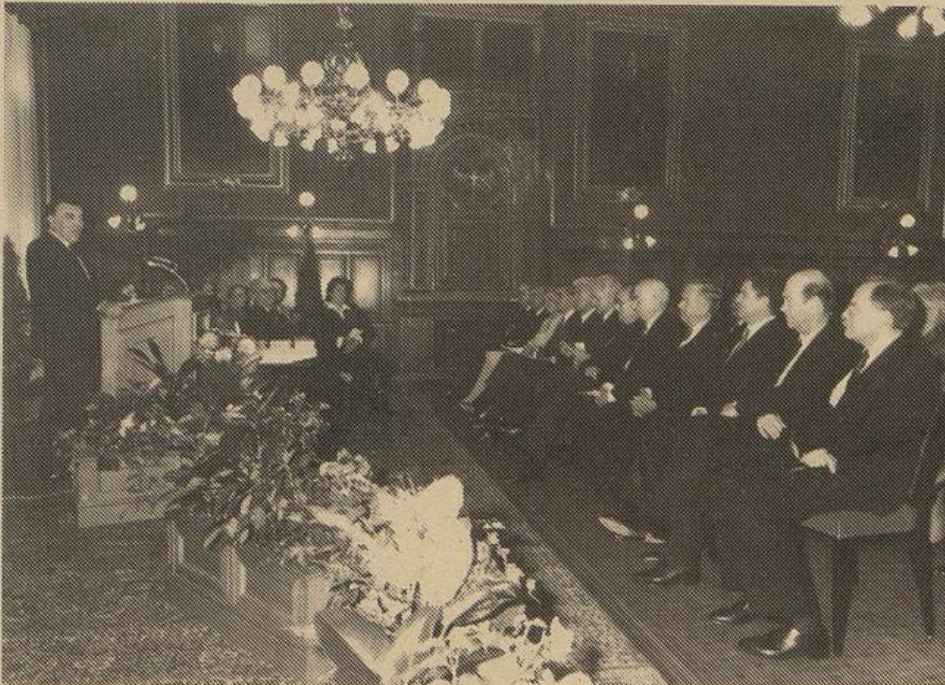


Foto: PID/Hutterer

Die geehrten Parlamentarier

Das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielten: Gemeinderat Dkfm. Dr. Adolf AIGNER, er gehört dem Gemeinderat seit 1977 an und ist derzeit Vorsitzender des Kulturausschusses. Gemeinderat Hans BROSCHE; er gehört dem Gemeinderat seit 1969 an. Gemeinderat Kmpl. Rat Werner HAUBENBURGER; er gehört dem Gemeinderat seit 1978 an. Gemeinderat a.D. Karl HENGELMÜLLER; er gehörte dem Gemeinderat von 1978 bis 1987 an. Abgeordneter zum Nationalrat a.D. Ing. Hans HOBL; er war von 1964 bis 1970 Bezirksvorsteher von Ottakring und gehörte von 1970 bis 1986 dem Nationalrat an. Abgeordneter zum Nationalrat Ing. Ernst NEDWED; er war von 1969 bis 1978 Gemeinderat und gehört seither den Nationalrat an. Gemeinderat a.D. Ernst NUSSBAUM; er gehörte dem Gemeinderat von 1973 bis 1988 an. Gemeinderat Gerhard OBLASSER; er gehört dem Gemeinderat seit 1978 an und ist derzeit Vorsitzender des Finanzausschusses. Gemeinderat Prof. Dr. Wolfgang PETRIK; er gehört dem Gemeinderat seit 1979 an, ist seit 1986 Vizepräsident des Wiener Stadtschulrates und seit Samstag, dem 21. Oktober, Landesparteiobmann der Wiener Volkspartei. Gemeinderätin a.D. Dkfm. Dr. Sigrun

Forts. auf Blatt 2381

SCHLICK; sie gehörte dem Gemeinderat von 1978 bis 1987 an. Gemeinderat Oswald STRANGL; er gehört dem Gemeinderat seit 1978 an.

Das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielt Abgeordneter zum Nationalrat Kurt EDER; er war von 1987 bis 1989 Wiener Gemeinderat und ist heuer in den Nationalrat übergewechselt.

An der Feierstunde im Wiener Rathaus nahmen zahlreiche aktive und ehemalige Wiener Spitzenpolitiker teil, unter ihnen Mitglieder des Wiener Stadtsenates mit den beiden Vizebürgermeistern Ingrid SMEJKAL und Hans MAYR sowie die Stadträte Dr. Ursula PASTERK, Dr. Michael HÄUPL, Rudolf EDLINGER, Maria HAMPEL-FUCHS und Komm.Rat Wilhelm NEUSSER, weiters die Landtagspräsidenten Ing. Fritz HOFMANN, Gertrude STIEHL und Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN, die Klubobmänner Ing. Karl SVOBODA und Dr. Erwin HIRNSCHALL, der frühere Landtagspräsident Hubert PFOCH und zahlreiche Mitglieder des Nationalrates, Bundesrates und des Wiener Landtages. (Schluß) fk/bs

Forts. von Blatt 2380

Ministerpräsident Adamec trug sich ins Goldene Buch ein

Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Der tschechoslowakische Ministerpräsident Ladislav ADAMEC, der sich derzeit zu einem offiziellen Besuch in Wien aufhält, stattete heute, Dienstag nachmittag, dem Rathaus eine Visite ab. Der Gast wurde von Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK empfangen und trug sich ins Goldene Buch der Stadt Wien ein. Zilk hob in seiner Ansprache die geschichtliche Verbindung zwischen Wien und Prag hervor, wie sie beispielsweise durch die 190.000 tschechoslowakischen Namens-träger in der Bundeshauptstadt dokumentiert wird. Im Europa von heute müßten das Blockdenken und die Grenzen abgebaut werden, betonte der Landeshauptmann.

Der Eintragung wohnten Landtagspräsident Fritz HOFMANN, die Vizebürgermeister Hans MAYR und Ingrid SMEJKAL, die Stadträte Dr. Ursula PASTERK, Dr. Michael HÄUPL und Johann HATZL, die Klubobmänner Ing. Karl SVOBODA und Dr. Erwin HIRNSCHALL sowie Magistratsvize-direktor Dr. Alfred PEISCHL bei. (Schluß) red/gg

Bereits am 24. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet

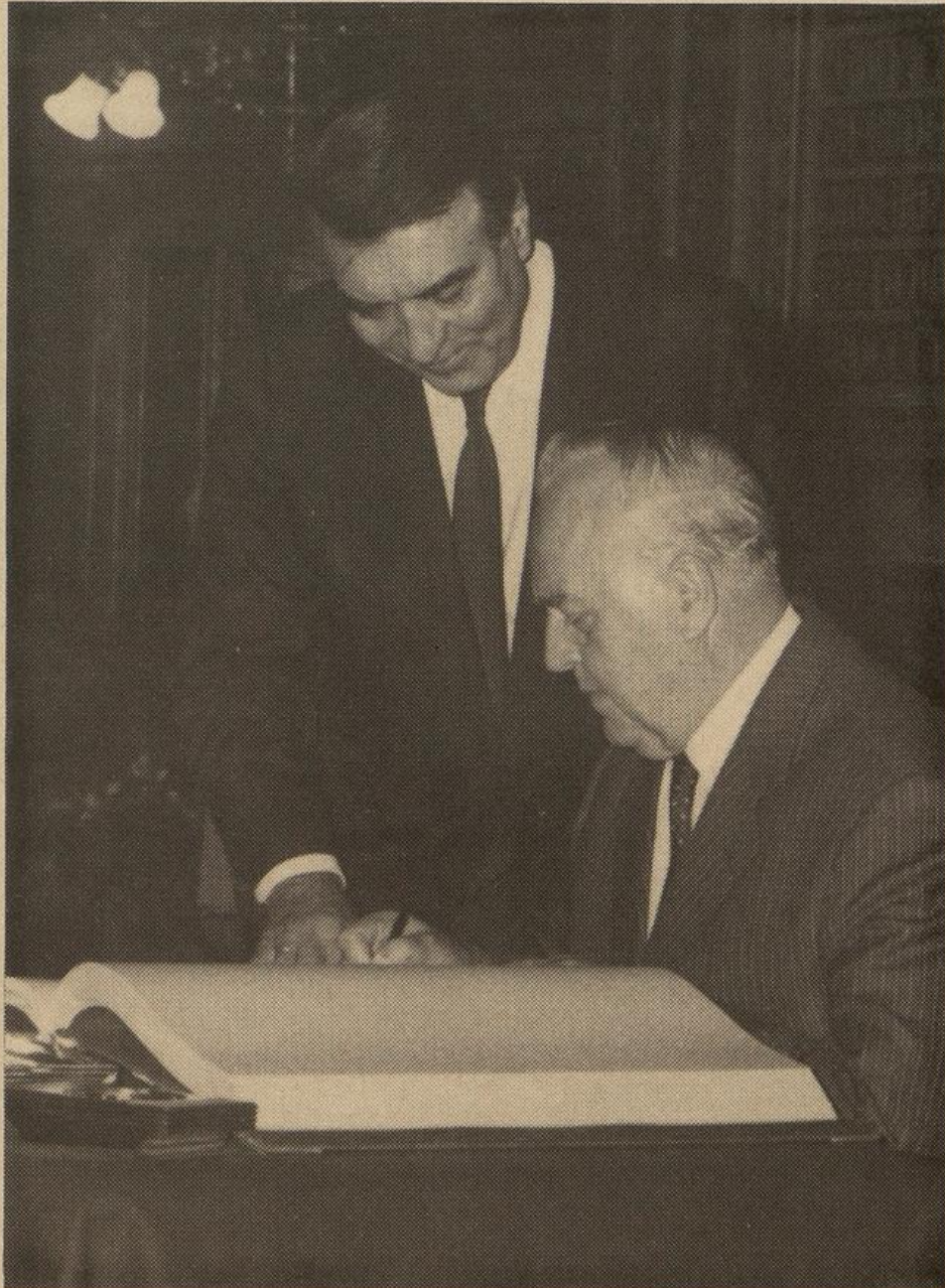


Foto: PID/Hutterer

Zentralfriedhof für PKW gesperrt

Wien, 25.10. (RK-KOMMUNAL) Aus Rücksichtnahme auf die zahlreichen Friedhofsbesucher um Allerheiligen muß zu den Feiertagen und am Wochenende die Einfahrt in den Zentralfriedhof gesperrt werden. Am 26., 28. und 29. Oktober sowie am 1. November ist keine Einfahrt mit PKW oder Fahrrädern möglich.

Am 1. und am 2. November werden die Öffnungszeiten aller städtischen Friedhöfe verlängert (7 bis 18 Uhr). (Schluß) roh/gg

Schubert-Autograph für Stadt- und Landesbibliothek

Wien, 25.10. (RK-KULTUR) Die Wiener Stadt- und Landesbibliothek konnte das Autograph einer Tanzkomposition von Franz Schubert, und zwar der „Eccosaise D 145 Nr. 8“, erwerben. Dieses Autograph, eine wirkliche Rarität, das die Bibliothek aus Privatbesitz erwarb, ist ein wichtiger Zuwachs der bedeutenden Schubert-Sammlung.

Dieses Manuskript wurde als Albumblatt für Seraphine Schellmann, Tochter von Schuberts Gastgeber Albert Schellmann in Steyr, wohl im Sommer 1819 geschrieben und vom Komponisten eigenhändig noch mit Widmungsworten versehen. Der in der Schubert-Literatur immer wieder gern zitierte Text dieser Widmung — das Blatt wurde mehrmals auch als reizvolle illustrative Beigabe faksimiliert — lautet:

„Hüpfen Sie mit diesem Eccosaise
froh durch jedes Ach und Weh!
Franz Schubertmpia“.

Es ist nicht nur ein auch optisch außergewöhnlich schönes Manuskript, sondern der Wert ist für die Schubertsammlung der Stadt Wien noch aus einem anderen Grund beträchtlich: Autographe von Schubertschen Tanzkompositionen sind im Gegensatz zu seinen Liedmanuskripten so gut wie nicht im Handel. Dieser Tatbestand ist leicht erklärbar: Schubert hat zwar eine Serie von Tanzkompositionen geschrieben, aber der überwiegende Teil dieser Manuskripte gilt als verloren. (Schluß) gab/bs

Kommenden Montag Sitzungen von Landtag und Gemeinderat

Wien, 25.10. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Landtag und der Wiener Gemeinderat treten am kommenden Montag, dem 30. Oktober, zu Geschäfts-sitzungen zusammen. Die Sitzung des Landtages beginnt um 9 Uhr mit einer Fragestunde. Auf der Tagesordnung steht das Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien zur Auslieferung des Landtagsabgeordneten Dr. Erwin RASINGER (ÖVP) wegen des Verdachts der üblen Nachrede. Das Immunitätskollegium schlägt die Ablehnung des Auslieferungsbegehrens vor.

Im Anschluß an die Sitzung des Landtages tritt der Gemeinderat zusammen. Die Sitzung wird ebenfalls mit einer Fragestunde eingeleitet. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die sogenannte Polenmilliarde, Berichte des Rechnungshofes über die EBS und über die GESIBA sowie eine Reihe von Subventionen für die Bereiche Sport, Kultur und Wissenschaft und zahlreiche Flächenwidmungsänderungen.

Da der bisherige Dritte Vorsitzende des Gemeinderates, Karl DALLER (ÖVP), sein Mandat zurückgelegt hat — Daller gehörte dem Gemeinderat seit 1973 an — wird auf Vorschlag der ÖVP GR Johannes PROCHASKA für diese Funktion vorgeschlagen. Prochaska gehört dem Gemeinderat seit 1974 an. Das Mandat von Karl Daller aus dem Wahlkreis Donaustadt übernimmt Dkfm. Robert HOTTER, der zwischen 1983 und 1987 bereits ein Gemeinderatsmandat innegehabt hatte. (Schluß) fk/rr

Räumung eines Ausländerquartiers

Ohne Konzession als „Pension“ geführt

Wien, 25.10. (RK-LOKAL) Seit Mittwoch früh befinden sich Dienststellen der Stadt Wien sowie Polizei und Fremdenpolizei in Mariahilf, Dürergasse 9, im Einsatz: In diesem Haus waren mehr als 30 Ausländer, Ungarn, Rumänen, Türken und Polen, untergebracht, obwohl der Besitzer dafür keine Konzession besaß und den Beherbergungsbetrieb gar nicht hätte führen dürfen.

Auf das Ausländerquartier war die Polizei im Zuge einer Amtshandlung gestoßen. In weiterer Folge gab es gegen den Besitzer — offizieller Name: Dr. Ion Donosa GesmbH. — bereits zwei rechtskräftig abgeschlossene Strafverfahren.

Da die „Pension“ unverändert weitergeführt wurde, entschied das Magistratische Bezirksamt auf die „Beschlagnahme von Gegenständen, die zur Ausübung des Gewerbes dienen“.

Beschlagnahmt werden heute Betten, Bettzeug, Tische, Sessel, Kästen und weitere Einrichtungen. Diese werden in das Zentrallager der Stadt Wien gebracht, danach wird von der Gewerbebehörde entschieden, was weiter damit zu geschehen hat.

Die Wohnungen selbst werden nicht versperrt. Damit Bewohner nicht plötzlich kein Dach über dem Kopf haben, wurden mehrsprachige Flugblätter angebracht, in denen die Möglichkeit angeboten wird, kostenlos in Meidling, Kastanienallee 2, ein provisorisches Quartier zu beziehen. Außerdem steht ein Bus der Wiener Verkehrsbetriebe zur Verfügung, damit daran interessierte Personen samt ihrem persönlichen Besitz ohne Mühe dorthin fahren können. (Forts.mgl.) ull/bs

Räumung eines Ausländerquartiers (2)

Wien, 25.10. (RK-LOKAL) Wie berichtet, wurde Mittwoch früh ein Ausländerquartier in Mariahilf, Dürergasse 9, geräumt, in dem mehr als 30 Ausländer gewohnt haben, obwohl der Besitzer dafür keine Konzession besaß und den Beherbergungsbetrieb gar nicht hätte führen dürfen. Dienststellen der Stadt Wien und der Polizei waren mehrere Stunden im Einsatz, in denen sie jene Gegenstände beschlagnahmten, die zur Ausübung des nicht bewilligten Gewerbes gedient haben. Insgesamt wurden 38 Betten, etliche Tische, Kästen und andere Wohnungseinrichtungsgegenstände in das Zentrallager der Stadt Wien gebracht.

Vier Personen — drei Rumänen und ein Türke — machten bisher von der Möglichkeit Gebrauch, in Meidling, Kastanienallee 2, vorläufig ein kostenloses Ersatzquartier in Anspruch zu nehmen. Aufgrund deutlich angebrachter Informationszettel in mehreren Sprachen können das auch später heimkehrende Personen tun. (Schluß) ull/gg

800 Wehrmänner in Simmering angelobt

Wien, 25.10. (RK-KOMMUNAL) 800 Wehrmänner der Garnison Wien wurden Mittwoch vormittag am Sportplatz „Unter der Kirche“ in Simmering in Anwesenheit von Stadtrat Johann HATZL, Bezirksvorsteher Franz HAAS und Militärkommandant Divisionär Karl MAJCEN angelobt.

Stadtrat Hatzl erinnerte daran, daß dies eine Angelobung auf die republikanische Staatsform und die demokratische Verfassung unseres Landes sei, während noch vor 55 Jahren Soldaten gegen das eigene Volk mißbraucht, vor 51 Jahren nicht zur Verteidigung dieses Staates gerufen und vor 50 Jahren hunderttausende in einer fremden Uniform in einen Millionen Menschen mordenden Krieg gehetzt wurden. Seine politische Aufgabe sei es, sagte Hatzl, die Soldaten zum immerwährenden Widerstand gegen den Faschismus aufzurufen um dies als erste Pflichterfüllung und Soldatentugend zu betrachten.

Wir bekennen uns zur allgemeinen Wehrpflicht, zum milizartigen Wehrsystem, nicht aber zur militärischen Großmannssucht, sagte Hatzl. Sehr wohl bekenne er sich aber zu ordentlichen Unterkünften, sinnvollen Ausbildungsgeräten und glaubhaften Verteidigungsgeräten.

Hatzl bat die jungen Soldaten, ihren Dienst im Sinne einer glaubwürdigen Verteidigungsbereitschaft, der Hilfe bei zivilen Katastrophen und für den internationalen Friedenseinsatz zu verstehen und dankte ihnen für ihre Bereitschaft zu dienen. An die Offiziere und Unteroffiziere richtete Hatzl die Bitte, die jungen Menschen immer als kostbarstes Gut zu betrachten und ihnen den notwendigen persönlichen Respekt nicht zu versagen. (Schluß)
roh/rr

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Wien, 25.10. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretungen folgender Bezirke treten in nächster Zeit zu einer Sitzung zusammen:

- Leopoldstadt: Dienstag, 31. Oktober, 16 Uhr, BV 2, Karmelitergasse 9;
- Hernals: Mittwoch, 8. November, 16 Uhr, BV 17, Elterleinplatz 14.

(Schluß) red/bs

Smejkal gegen Legalisierung der Drogen

Wien, 25.10. (RK-KOMMUNAL) Bei der Eröffnung des neuen Polizeigebäudes am Liechtenwerd sprach sich Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL am Mittwoch erneut gegen die Legalisierung von Drogen aus. Die Wiener Stadtverwaltung sei sich darüber einig, so Smejkal, daß eine Liberalisierung nicht zielführend sei. Sie ist weder aus therapeutischen Gründen noch aus Gründen der Vorsorge berechtigt. Die Vorschläge zur Liberalisierung seien sicherlich gutgemeinte Überlegungen, meinte Smejkal. In Wirklichkeit bedeute aber eine derartige Freigabe die Kapitulation der Gesellschaft vor den Problemen und ein Resignieren sowie ein Eingestehen, daß man nicht mehr weiterwisse.

Es gehe nicht darum, zu bestrafen, sondern denen zu helfen, die sich selbst nicht mehr helfen können, betonte die Vizebürgermeisterin. (Schluß) fk/bs

Buchwoche im Rathaus: Es wird mehr gelesen

Wien, 25.10. (RK-KULTUR) In den Festräumen des Wiener Rathauses findet vom 26. bis 31. Oktober die Buchwoche '89 statt. 114 Verlage präsentieren ihre neuesten Bücher. Dazu kommen mehrere Sonderschauen, wie „Österreichische Literatur“ mit 300 Bänden, „Bücher aus der Schweiz“, die mit 800 Büchern einen Einblick in das Schweizer Buchschaffen gibt.

Resümee in der Pressekonferenz am Mittwoch: Es wird mehr gelesen. Nach jüngsten Erhebungen sind 12 Prozent der Bevölkerung als „Vielkäufer“ zu bezeichnen. Sie kaufen 11 und mehr Bücher pro Jahr, 18 Prozent kaufen zwischen sechs und zehn Büchern.

Die schönsten Bücher Österreichs 1989

Auf Vorschlag einer Fachjury wurden in den Sachgruppen Allgemeine Literatur und Sachbücher, Kunstbände, Fotobücher und Faksimileausgaben, Kinder- und Jugendbücher, wissenschaftliche Bücher und Lehrbücher sowie Schulbücher dreizehn Titel ausgewählt und als die schönsten Bücher Österreichs prämiert. Auch diese Bücher werden auf der Buchwoche gezeigt. (Schluß) fk/bs

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Druck: Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 27. Oktober 1989

Blatt 2390

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Bürgermeister Dr. Helmut Zilk vor dem Budapester Stadtparlament (2401-2405)

Kommunal/Lokal:

Bürgermeister Zilk besuchte Wilhelminenspital (2391/2392/FS: 25.10.)

Evangelisches Krankenhaus: Neuerlich Baueinstellung verfügt (2393/FS: 25.10.)

Neu- und Umbau von Ampelanlagen in Simmering (2394/FS: 26.10.)

Drachensteigen am Familiensonntag (2395/FS: 26.10.)

Ab Mitte November: Zum 21. Mal Jugendeislaufaktion (2397)

Umbau in der Hietzinger Hauptstraße (2398)

Neues Boltzmann-Institut für Orthopädische Rheumachirurgie (2399)

Neue Volksschule in Hernals (2400)

Terminvorschau vom 30. Oktober bis 10. November (2406)

3 Jahre dezentralisierte Psychiatrie im Franz-Josef-Spital (2407)

Info-Tag in der Modeschule Hetzendorf (2409)

Kultur:

Benefizkonzert zu Gunsten des Stephansdomes (2396/FS: 26.10.)

Eröffnung von „Wien Modern“ (2408)

Bürgermeister Zilk besuchte Wilhelminenspital

Bereits am 25. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 25.10. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen seiner Informationsbesuche in Wiener Krankenanstalten besuchte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK mit Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch vormittag das Wilhelminenspital. In der Diskussion mit der kollegialen Führung und mit Primärärzten des Krankenhauses betonte der Bürgermeister, daß im Spitalswesen neue, vernünftige Strukturen geschaffen werden müßten, da es in der Organisation Schwachstellen gebe. Die Spitalsreformkommission wird sich daher auch vorrangig mit der Dezentralisierung des Spitalswesens beschäftigen. Die Krankenanstalten müßten weitgehend Budget- und Personalhoheit erhalten.

Bürgermeister Zilk kündigte an, daß er sich von der Spitalsreformkommission in wenigen Monaten Vorschläge für die Strukturreform der Spitäler erwarte. In der ersten Hälfte 1990 solle dann die selbständige Verwaltung in einem großen Krankenhaus eingeführt und ausprobiert werden. Der Bürgermeister unterstrich auch, daß die Stadt Wien derzeit gewaltige Summen für den Spitalsbau aufwende: für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses und für die Errichtung des 920-Betten-Schwerpunktkrankenhauses im SMZ-Ost, aber auch für die ständigen Erneuerungen und Verbesserungen in den anderen Spitälern. Es sei allerdings nicht möglich, alle Wünsche in kürzester Zeit zu erfüllen.

Im Schwerpunktkrankenspital Wilhelminenspital gibt es derzeit drei größere Bauvorhaben: die Errichtung einer Aufnahmestation, die Neustrukturierung der Abteilung für Kinderinfektionskrankheiten und interne Kinderkrankheiten sowie über die Errichtung einer Reservestation für Epidemiefälle.

Die Aufnahmestation nimmt Patienten kurze Zeit zur Beobachtung ihrer Spitalsbedürftigkeit auf und überweist sie dann auf die entsprechende Abteilung im Krankenhaus oder entläßt sie wieder nach Hause. Sie wird über 12 Betten verfügen, rund 7,6 Millionen Schilling kosten und im Sommer des nächsten Jahres in Betrieb gehen.

Die Reservestation wird in einem vorhandenen Pavillon des Wilhelminenspitals eingerichtet und mit ihren 30 Betten im Falle einer Epidemie oder von Katastrophen in Betrieb genommen werden. Die Adaptierungsarbeiten, die rund 4,5 Millionen Schilling erfordern, werden Anfang November abgeschlossen werden.

Die Umstrukturierung der Abteilung für Kinderinfektionskrankheiten und interne Kinderkrankheiten ergibt sich aus dem Rückgang der Kinderinfektionskrankheiten. Bisher waren in 12 Pavillons 210 Betten vorhanden, von denen aber schon 73 wegen geringer Auslastung vorübergehend gesperrt waren. Nach dem Umbau wird es in sieben Pavillons nur mehr 67 Betten geben. Die Arbeiten haben vor kurzem begonnen und werden bis 1992 dauern. Die Kosten für die Bauarbeiten und die Einrichtung betragen rund 59 Millionen Schilling, von denen 5 Millionen Schilling Mehrkosten im Sinne der Denkmalpflege sind. Wie Stadtrat Stacher erläuterte, sind diese Investitionen geradezu typisch für den permanenten Modernisierungsprozeß in den älteren Wiener Spitälern — das Wilhelminenspital konnte immerhin vor einem Jahr seinen 100. Geburtstag feiern.

Das Wilhelminenspital ist — nach dem Allgemeinen Krankenhaus — mit fast 1.600 Betten die zweitgrößte Wiener Krankenanstalt. 1988 wurden hier mehr als 35.000 Patienten mit mehr als 486.000 Pflagetagen stationär betreut. Außerdem wurden knapp 112.000 ambulante Patienten registriert. Rund acht Prozent der stationären Patienten kamen aus anderen Bundesländern zur Behandlung nach Wien.

Forts. auf Blatt 2392

Im Wilhelminenspital hat die Zahl der Leistungen in der medizinischen Spitzenversorgung in den zwei Jahren von 1986 bis 1988 um 3.700 auf 16.500 zugenommen. Nur aus diesen Spitzenleistungen ergab sich innerhalb von zwei Jahren eine Kostensteigerung um 46 Millionen Schilling (1986: 130 Millionen, 1988: 176 Millionen Schilling). Bei etwa gleichbleibender Bettenanzahl ist von 1973 bis 1988 die Zahl der Ärzte im Spital um mehr als 40 Prozent auf 355, die Zahl der Pflegepersonen um 60 Prozent auf 951 angestiegen. (Schluß) sc/bs/rr

Bereits am 25. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet
Forts. von Blatt 2391

Evangelisches Krankenhaus: Neuerlich Baueinstellung verfügt

Wien, 25.10. (RK-KOMMUNAL) Aufgrund einer Anzeige einer Anrainerin, wonach auf der Baustelle des Evangelischen Krankenhauses in Wien 18, Hans-Sachs-Gasse 12, trotz der verfügten Baueinstellung weitergebaut werde, nahm heute, Mittwoch, die Baupolizei im Beisein des Büros für Sofortmaßnahmen einen Lokalaugenschein vor. Die Baupolizei verfügte hierauf neuerlich, daß keine Arbeiten zur Fortsetzung des Neubaus durchgeführt werden dürfen. Sie wird auch noch genau untersuchen, welche Arbeiten nach der seinerzeit verfügten Baueinstellung durchgeführt wurden, um beurteilen zu können, ob es sich um Sicherungsarbeiten oder um Fortsetzungsarbeiten gehandelt hat. (Schluß) ger/bs

Bereits am 25. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Neu- und Umbau von Ampelanlagen in Simmering

Wien, 26.10. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit dem Umbau der Simmeringer Hauptstraße ist vorgesehen, auf der Kreuzung Simmeringer Hauptstraße/Kaiser-Ebersdorfer-Straße eine automatische zentralgesteuerte Verkehrslichtsignalanlage zu errichten.

Weiters soll die auf der Kreuzung Simmeringer Hauptstraße/Hasenleitengasse bestehende Ampelanlage den Verkehrserfordernissen entsprechend umgebaut werden. Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie genehmigte in seiner Sitzung die für diese beiden Vorhaben veranschlagten Kosten in der Höhe von 2,45 Millionen Schilling. (Schluß)
pz/gg

Bereits am 26. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Drachensteigen am Familiensonntag

Wien, 26.10. (RK-KOMMUNAL) Gleich an zwei Orten in Wien ruft das Landesjugendreferat am kommenden Familiensonntag, dem 29. Oktober, zum Drachensteigen auf: Drachenfreunde treffen sich entweder im Stadtwäldchen Simmering (11, Meidlgasse/Nemethgasse), wo von 14 bis 17 Uhr die Kinderfreunde Simmering zum Drachenbasteln und Drachensteigen einladen, oder auf den Steinhofgründen, (16, Johann-Staud-Gasse bei der Feuerwache), wo die „Wiener Kinderwelt“ von 14.30 bis 17 Uhr einen Drachenwettbewerb veranstaltet.

Die Teilnahme an beiden Veranstaltungen ist kostenlos. (Schluß) emw/bs

Bereits am 26. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Benefizkonzert zu Gunsten des Stephansdomes

Wien, 26.10. (RK-KULTUR) Im Marmorsaal des Oberen Belvedere findet am Dienstag, dem 31. Oktober, ein Benefizkonzert statt, dessen Reinerlös zu Gunsten des Stephansdomes bestimmt ist. Das Jess Trio Wien, Johannes, Elisabeth und Stefan Kropfisch, Jutta Seifert, Rosario Marciano und Kurt Schmied spielen Werke von Franz Schubert, Franz Liszt und Meinhard Rüdener. Das Konzert beginnt um 19.30 Uhr. Platzreservierungen sind unter den Telefonnummern 31 87 67 und 3109280 möglich. (Schluß) red/bs

Bereits am 26. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Ab Mitte November: Zum 21. Mal Jugendeislaufaktion

Wien, 27.10. (RK-LOKAL) Mitte November wird bereits zum 21. Mal die Jugendeislaufaktion gestartet, die das Sportamt auf den Anlagen des Wiener Eislaufvereines und in der Donauparkhalle durchführt. Angeboten werden fünf Kursarten, die einmalige Anmeldegebühr beträgt 100 Schilling, der über Monate dauernde Kurs selbst ist kostenlos. Ziel der Aktion ist die Einführung in die Grundschule des Eislaufens sowie die Fortgeschrittenenschulung für Kinder von drei bis 15 Jahren.

In der Donauparkhalle läuft die Aktion vom 14. November 1989 bis 16. März 1990, beim Wiener Eislaufverein vom 13. November 1989 bis ca. Ende Februar 1990.

Anmeldungen bereits am 7. und 8. November

Aufgrund der regen Beteiligung erfolgen die Anmeldungen bereits am 7. und 8. November ausschließlich für alle Kurse in der Zeit von 14 bis 18 Uhr in der Donauparkhalle. Der genaue Einteilungsplan:

- I Grundkurs: Für 6- bis 15jährige, und zwar vom Anfänger bis zum Fortgeschrittenen.
Donauparkhalle: Dienstag und Donnerstag jeweils von 13.30 bis 14.50 Uhr bzw. 15 bis 16.20 Uhr
Wiener Eislaufverein: Montag und Mittwoch von 14.30 bis 15.50 Uhr
- II Mutter-Kindkurs: Für Mütter oder Väter mit ihren Kindern von 3 bis 6 Jahren. Die Begleitperson muß die Grundkenntnisse des Eislaufens beherrschen.
Donauparkhalle: Freitag von 13.30 bis 14.50 Uhr
Wiener Eislaufverein: Mittwoch von 14.30 bis 15.50 Uhr
- III Kleinkinderkurs: Für Kinder von 4 bis 6 Jahren.
Donauparkhalle: Dienstag und Donnerstag von 13.30 bis 14.50 Uhr
Wiener Eislaufverein: Montag und Mittwoch von 14.30 bis 15.50 Uhr
- IV Perfektionskurs: Einführung und Training für Eiskunstlauf
Donauparkhalle: Dienstag von 15 bis 16.20 Uhr
- V Eishockeykurs: Einführung und Training für Eishockey.
Donauparkhalle: Freitag von 15 bis 16.20 Uhr

Nähere Auskünfte über die Jugendeislaufaktion gibt das Sportamt unter der Telefonnummer 42 800/4188. (Schluß) hof/rr

Umbau in der Hietzinger Hauptstraße

Wien, 27.10. (RK-KOMMUNAL) Im 13. Bezirk ist im Zuge der Hietzinger Hauptstraße, und zwar im Bereich zwischen der Schrutkagasse und der Rohrbacher Straße, ein Umbau der Hauptfahrbahn vorgesehen; die Arbeiten dazu beginnen kommenden Montag, 30. Oktober, und werden voraussichtlich bis Jahresende dauern. Die Umleitung des Verkehrs erfolgt stadteinwärts als Einbahn (in der Nebenfahrbahn) von der Costenoblegasse bis und in Richtung Geylinggasse; der stadtauswärts führende Verkehr wird über die Straßenzüge Geylinggasse — Auhofstraße — Firmiangasse zurück zur Hietzinger Hauptstraße beziehungsweise zu deren Endbereich Wolf-rathplatz umgeleitet. Während der Bauarbeiten ist die Schrutkagasse von der Hietzinger Hauptstraße bis und in Richtung Gylinggasse nur als Einbahn befahrbar. (Schluß) pz/bs

Neues Boltzmann-Institut für Orthopädische Rheumachirurgie

Gesundheitsausschuß genehmigte Zusammenarbeitsvertrag

Wien, 27.10. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen genehmigte einen Zusammenarbeitsvertrag zwischen der Stadt Wien und der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft — Österreichische Vereinigung zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung — über die Errichtung und den Betrieb des Ludwig-Boltzmann-Institutes für orthopädische Rheumachirurgie an der Orthopädischen Abteilung des Pulmologischen Zentrums der Stadt Wien.

Das Forschungsprogramm des neuen Institutes wird sich auf zwei Hauptprobleme konzentrieren, die sich bei der chirurgischen Behandlung der chronischen Polyarthritis (an mehreren Gelenken gleichzeitig auftretende Gelenkentzündung) ergeben. Das sind die spezielle Pathomorphologie der erkrankten Gelenke und die mit der Erkrankung einhergehende Veränderung der Knochenstruktur.

Durch Nachuntersuchung von Gelenksimplantationen auf Haltbarkeit, Funktion und Beschwerden sollen Informationen über die bisher verwendeten Methoden von operativem Gelenkersatz gewonnen werden. Durch die Entwicklung von zementfreien Implantationstechniken sollen verbesserte Fixierungssysteme, vor allem am Knie- und Hüftgelenk, gefunden werden. Durch die systematische Anwendung der Ultraschalldiagnose an rheumatischen Gelenken sollen exakte Richtlinien für den günstigsten Zeitpunkt für verschiedene orthopädische Eingriffe an entzündeten Gelenken erarbeitet werden.

Mit der Leitung des neuen Forschungsinstituts wird der Vorstand der Orthopädischen Abteilung des Pulmologischen Zentrums der Stadt Wien, Primarius Univ.-Prof. Dr. Wolfgang SCHWÄGERL, betraut werden.
(Schluß) sc/bs

Neue Volksschule in Hernals

Wien, 16.10. (RK-KOMMUNAL) Hernals soll eine neue Volksschule erhalten: Der Schulbau ist zwischen der Knollgasse, Dornbacher Straße und Promenadengasse geplant und soll elf Klassen Platz bieten. Das bewilligte der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales.

Die derzeit in der Knollgasse 6 befindliche Volksschule stammt aus dem Jahre 1886 und entspricht nicht mehr den Erfordernissen eines modernen Unterrichts. Es sind keine Pausenflächen vorhanden, die schmalen Gänge dienen gleichzeitig als Garderoben, der „Turnsaal“ ist nur 100 Quadratmeter groß und besitzt weder einen Geräteraum noch ein Bad. Dazu kommt, daß die Schule ab dem Schuljahr 1989/90 zehn Klassen führt, im Gebäude jedoch nur sieben Klassenräume vorhanden sind. Im Pausenhof müßten drei mobile Klassen aufgestellt werden. Aus diesen Gründen soll die Volksschule durch einen Neubau ersetzt werden. (Schluß) ull/rr

Bürgermeister Dr. Helmut Zilk vor dem Budapester Stadtparlament

Die Rede im Wortlaut

Budapest, 27.10. (RK-POLITIK) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK hielt am Freitag eine Rede vor dem Budapester Stadtparlament. Die RK bringt diese Rede in vollem Wortlaut:

„Unsere Verhältnisse haben sich, was die Vereinigung der italienischen und ungarischen Nation zu einem gemeinsamen Krieg gegen Österreich betrifft, dermaßen entwickelt, daß wir unsere Hoffnungen auf die Befreiung unseres Vaterlandes als gesicherter denn je bezeichnen können; vorausgesetzt, daß die italienische Regierung bei der Ausführung unserer Vereinbarungen ebensoviel Energie bekundet, als sie während der Verhandlungen gezeigt hat.“

Mit diesen Sätzen leitet der große ungarische Nationalheld Ludwig Kossuth den dritten Band seiner „Schriften aus der Emigration“ ein, die Worte stammen aus dem Jahr 1860, 11 Jahre nach dem Blutgericht des Jahres 1849 und 12 Jahre, nachdem sich Ungarn — genauso wie Wien — gegen Habsburg erhoben hatte.

Ich beginne mit diesem Zitat, um zu zeigen, wie grausam, mühselig und widersprüchlich das, was oft als „gute alte Zeit“ nostalgisch verklärt wird, gewesen ist.

Es gibt keinen kakanischen Traum, für Ungarn gab es über Jahrzehnte nur eine bedrückende, deprimierende Realität.

Und deshalb können wir auch diese „gute alte Zeit“ nicht mit einem pseudo-historischen Zuckerguß überziehen und vor Ehrfurcht vor der Vergangenheit erstarren.

Unsere Aufgabe darf nicht sein, verklärt in die Vergangenheit zu blicken, sondern die Zukunft zu gestalten!

Die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn waren in unserer langen gemeinsamen Geschichte noch nie so gut wie heute!

Wir haben das gemeinsame Erbe weltweit bekannter Künstler, Intellektueller, Nobelpreisträger, Philosophen, Techniker und Forscher, entscheidend ist aber, was wir mit diesem Erbe für die Zukunft leisten.

Wir haben ja das Glück, in einer schicksalhaften und bewegten Zeit zu leben — sicherlich der ereignisreichsten seit 1945. Die Weltpolitik ist in Bewegung geraten.

Die Entspannungsbemühungen der Großmächte sind spürbar, aber sie sind für keinen Kontinent wichtiger als für unseren, für Europa!

Unser Kontinent hat in diesem Jahrhundert zwei Weltkriege gelitten, aber von Europa sind auch beide Weltkriege ausgegangen. Bei allem, was die Länder Europas trennen mag, muß es eine Gemeinsamkeit geben: Von diesem Boden darf kein Krieg mehr ausgehen, hier darf es keinen Kriegs-anlaß, kein Sarajevo mehr geben: Denn das nächste Sarajevo wäre ein nukleares Sarajevo — und das wäre wohl das Ende unserer Kultur.

Und die Menschen Europas diskutieren diese Fragen heute mehr denn je: in der UdSSR, in Polen, in der DDR, zunehmend auch in der CSSR und in Bulgarien.

Und weil wir an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend stehen, müssen wir sorgen, daß jede europäische Politik unter einem Primat steht — dem des Friedens!

Bei allem, was uns trennen mag, muß es ein gemeinsames Ziel geben: Von diesem Boden aus darf nie wieder ein internationaler Konflikt ausgelöst werden.

Gerade deshalb hat mich sehr bewegt, was Michail Gorbatschow in seinem Buch „Perestrojka. Eine neue Politik für Europa und die Welt“ (Seite 253) über Europa schreibt:

„Dieser Kontinent hat an Krieg und Tränen mehr als genug gehabt. Als ich das Panorama dieser schwerkgeprüften Länder an mir vorüberziehen ließ, wurde ich mir der Künstlichkeit der gegenwärtig Konfrontation der Blöcke und der veralteten Vorstellung vom 'Eisernen Vorhang' bewußt. Europa ist ein gemeinsames Haus, wo Geographie und Geschichte die Geschicke von Dutzenden von Ländern und Völkern eng miteinander verwoben haben. In diesem Haus hat jede Familie eine eigene Wohnung, und es gibt auch verschiedene Eingänge. Doch nur zusammen, gemeinschaftlich, und in den vernünftigen Regeln der Koexistenz, können die Europäer ihr Haus bewahren und es vor Feuersbrunst und anderen Katastrophen schützen.

Falls die Welt neuer Beziehungsmuster bedarf, dann vor allem in Europa. Man darf sagen, daß die Staaten Europas sie unter Schmerzen hervorgebracht haben und verdienen. Die Vorstellung eines 'gemeinsamen europäischen Hauses' ist die Verbindung von Notwendigkeit und Möglichkeit.“

Notwendigkeit und reale Möglichkeit bedeuten heute: Internationale Verständigung, Frieden, Abrüstung, insbesondere der Nuklearwaffen. Wir alle wollen nicht in einer Welt leben, in der jeder Europäer nicht nur einmal, sondern fünfmal und öfter vernichtet werden kann. Daher fordern wir einen Verzicht auf Atomwaffen und eine atomwaffenfreie Zone in Europa.

Wir fordern auch einen Stop der Atomtests von Nevada bis Alma Ata!

Wir wollen auch nicht in einer Welt der Eisernen und sonstigen Vorhänge leben, einer Welt der Paßkontrolle, der Grenzsperrren, der Sichtvermerke und Ausreiseverbote.

Ungarn und Österreich sind hier schon vor vielen Jahren einen international beispielgebenden Weg gegangen.

Wenn man vor hundert Jahren ohne Paß von Budapest nach Triest und noch weiter reisen konnte, so soll das auch heute möglich sein — alle, die das nicht wollen, leben nicht in der heutigen Zeit, sondern in einer Welt von gestern.

Lassen Sie es mich deutlich sagen: Es gibt keine erfolgreiche Alternative zu einer Politik der offenen Grenzen. Nur wer frei ausreisen kann wird auch das Gefühl haben, in einem Land zu leben, in das er gerne zurückkehrt, für das sich eine Rückreise lohnt!

Wenn ich von „Europa“ gesprochen habe, dann endet für mich Europa nicht im Westen. Meine Generation, die den Krieg noch miterlebt hat, hat immer die Vision eines größeren Europa in sich getragen, so wie es den alten historischen und kulturellen Beziehungen entspricht. Es kann keine „Vereinigten Staaten von Westeuropa“ oder „Vereinigten Staaten von Osteuropa“ geben, sondern es muß ein größeres Europa, Ein Europa vom Atlantik bis zum Ural geben, eine Europa auf der Basis der gegenseitigen Akzeptanz, der Gleichberechtigung, des Friedens, der Menschenrechte und der Reisefreiheit.

Diese Welt der Zukunft, dieses „gemeinsame Haus Europa“ werden wir nicht durch Proklamationen, sondern nur durch viele kleine Schritte erreichen.

Das Projekt unserer gemeinsamen Weltausstellung ist ein solcher Schritt, eine Initiative übrigens, die in der Geschichte der Weltausstellung einmalig ist.

Und dieses Projekt hat eine feste Grundlage, eine Basis außerhalb der Berechnungen der Raumplaner und der Tourismusexperten: Die Basis der Sympathie und der freundschaftlichen Gefühle der Österreicher gegenüber den Ungarn und des ungarischen Volkes gegenüber Österreich!

Forts. von Blatt 2401

Forts. auf Blatt 2403

Wenn ich durch die Vaci Utca gehe, dann sprechen mich immer wieder Ungarn freundlich an — auch gestern und heute. Und so ging und geht es auch meinem Budapester Amtskollegen in Wien.

Diese Freundschaft müssen wir intensivieren, und deshalb lade ich nicht nur meinen Budapester Amtskollegen nach Wien zu einer Rede im Gemeinderat und Landtag der Stadt Wien ein, sondern ich stelle mir vor, daß die Budapester und die Wiener Gemeinderäte bzw. Landtage einmal jährlich eine gemeinsame Sitzung abhalten — in Budapest und in Wien, bis zur Weltausstellung und darüber hinaus!

Denn zwischen Ungarn und Österreich besteht eine Freundschaft, wie sie oft innerhalb von Staaten, die einer einzigen Sprach- und Kulturgemeinschaft angehören (denken Sie etwa an die Bundesrepublik Deutschland und die DDR) nicht möglich ist. Auf dieser psychologischen Basis werden wir die Weltausstellung realisieren.

Aber dieses Projekt ist eine reale ökonomische Chance für unsere Städte, unsere Länder, und es ist ein Modell für Europa und die Welt.

Die Welt muß dankbar sein für Initiativen wie diese — wie ich aus zahllosen Kontakten zu japanischen, amerikanischen, sowjetischen Freunden, aus Gesprächen mit Politikern in den Nachbarländern, insbesondere auch in der CSSR, weiß, findet dort unser Projekt heute schon größte Bewunderung und Anerkennung.

Natürlich gibt es auch Kleingeister, die sich das alles nicht zutrauen, zögern, Befürchtungen hegen.

Ich kann sie beruhigen: Für jeden Ungarn, der eine zu große Konkurrenz durch Österreich befürchtet, kann ich Ihnen zwei Österreicher nennen, die fürchten, daß zu viel nach Ungarn abfließen wird.

Wir hätten dieses Projekt nicht initiiert, wenn wir nicht wüßten, daß wir nur alle gemeinsam dadurch gewinnen können!

Es werden die Städte gewinnen, es werden unsere Länder gewinnen und es werden auch andere Regionen in unseren Ländern davon profitieren.

Das Projekt der Weltausstellung berührt unsere Hauptstädte ganz real und deshalb wird es auch von uns, von den Städten zu realisieren sein.

Alle zukunftsweisenden Entwicklungen haben ja immer in den Städten begonnen; Städte sind der Seismograph politischer Entwicklungen, die faszinierendste und verletzlichste Form des menschlichen Zusammenlebens gleichzeitig (wie verletzlich, haben die letzten Kriegswochen gezeigt — in Budapest und in Wien).

Alle neuen Bewegungen sind in den Städten entstanden, auf dem Gebiet der Kultur, des Umweltschutzes, von neuen Formen des menschlichen Zusammenlebens, neuer gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen.

Darum müssen die Städte eine stärkere Rolle spielen, weil sie das Experimentierfeld zukünftiger gesellschaftlicher Entwicklungen sind, weil sie die Richtung, in die die Politik eines Landes gehen wird, am frühesten spüren.

Auch die Demokratie- und Bürgerrechtsbewegung, die Mitbestimmungsdiskussion und die Bürgerinitiativen haben in den Städten begonnen.

Wir erleben ja heute im Westen und im Osten eine faszinierende Vielfalt solcher Bewegungen, vom egoistischen Anrainerprotest bis zu neuen Wohn- und Kommunikationsformen, von der immer stärkeren Auflösung traditioneller weltanschaulicher Bindungen bis zum Entstehen einer völlig neuen Parteienlandschaft.

Wir alle müssen uns diesen Bewegungen stellen, und gerade Ihr Land geht ja hier einen international bewunderten und respektierten, faszinierenden Weg.

Forts. von Blatt 2402

Forts. auf Blatt 2404

Es ist ein Weg auf die Menschen zu, ein Weg der Reformen von Menschen für die Menschen.

Ich bin bei der Vorbereitung auf diese Rede auf einen Erinnerungsband gestoßen, den einer der geistig und politisch bedeutendsten Ungarn, nämlich Istvan Szechenyi in Wien (1857) anonym geschrieben hat.

Es ist ein glühend patriotisches Buch und eine Abrechnung mit der verständnislosen österreichischen Politik nach 1848.

Szechenyi bringt dafür unzählige Beispiele und Anekdoten, und eine davon erscheint mir gerade für unsere heutige Politik, Demokratisierungspolitik, amüsant und passend:

Er berichtet, daß es bei der Ausrüstung der altösterreichischen Armee mit Stiefel nur ZWEI Modelle gegeben habe: Große und kleine. Dies führte dazu, daß so gut wie keinem österreichischen Soldaten die Stiefel wirklich paßten, und die österreichische Armee weltweit die größte Zahl an fußmaroden Soldaten hatte.

Nun baten diese Soldaten flehentlich, ihnen nicht die SCHUHE zur Verfügung zu stellen, sondern bloß das LEDER. Sie würden sich dann die Schuhe selbst machen oder machen lassen — dann würden sie auch passen.

Diese flehentlichen Bitten verhallten — so Szechenyi — jahrelang unerhört — bis ein findiger ungarischer Husarenoberst das Gerücht in Umlauf brachte, daß die österreichische Heeresleitung in China eine größere Anzahl von Fußpressen, wie sie dort für Frauen verwendet werden, bestellt habe. Dieses Gerücht setzte sich in Windeseile fort — nicht die Schuhe sollen den Füßen angepaßt werden, sondern die Füße nach der Form der Schuhe gepreßt werden! (wie bei den chinesischen Frauen ...) Und als dieses Gerücht unausrottbar war und zu einer ernstlichen Beunruhigung in der ganzen Armee wurde, entschloß sich die österreichische Heeresleitung endlich, Schuhe zu produzieren, die auf die Füße paßten. Und die Zahl der Marschunwilligen, fußkranken Soldaten sank augenblicklich.

Soweit Szechenyi, 1857 in Wien.

Welche Symbolik er dieser Geschichte in Bezug auf die Politik der Wiener Zentralstellen Ungarn gegenüber gab, ist klar.

Ich frage mich aber, ob wir heute nicht auch in einer Zeit leben, in der vielen Menschen die vorgefabrizierten Stiefel zu wenig sind, in einer Zeit der Forderung nach mehr Mitbestimmung, erwachender Bürgerbewegungen, eines neuen Pluralismus und neuer Organisationen. Wir alle können heute nur versuchen, den Menschen das Leder zur Verfügung zu stellen, die Schuhe nach ihren Füßen zu formen — und nicht umgekehrt.

Dieser Politik gehört die Zukunft, denn nur diese Politik wird das Leben der Menschen, wird die Praxis verändern, so wie es Lenin mit seiner berühmten Forderung „das Kriterium der Wahrheit ist die Praxis“ meinte — und Ihr bedeutender Philosoph Györgyi Lukacs hat sich ja immer wieder mit dieser Forderung auseinandergesetzt.

Wir müssen die Praxis für den Menschen ändern — und nicht versuchen, die Menschen nach einem theoretischen Überbau zu verändern oder umzuerziehen. (Solche Versuche waren — von Thomas Morus' „Utopia“ über Campanellas „Sonnenstaat“, von Fouriers „Phalansteres“ bis in die Gegenwart — selten erfolgreich.)

Lassen Sie mich einige persönliche Worte zum Schluß sagen.

Ich habe den größten Teil meines Lebens außerhalb der Politik verbracht. Seit ich Politiker bin, weiß ich, wie schwer es ist, den Status Quo aufrecht zu erhalten, und wieviel unendlich schwerer es ist, diesen Status Quo zu überwinden.

Wenn dies heute in Ungarn geschieht, dann verdienen Sie zu Recht auch die

Forts. von Blatt 2403

Forts. auf Blatt 2405

Aufmerksamkeit und Achtung, die Bewunderung und die Sympathie, die Ihrem Land heute in der Welt entgegengebracht werden.

Meine persönliche Vision von Politik war immer die eines sozial geprägten Humanismus, so, wie es die Arbeiterbewegung in der Zwischenkriegszeit mit dem Schlagwort ausgedrückt hat: „Wo es Starke gibt — auf der Seite der Schwachen“.

In moderner Abwandlung fand ich diesen Gedanken bei dem ungarischen Philosophen, Soziologen und Schriftsteller György Konrad, der einmal formuliert: „Sozialismus ist nicht nur das bestehende, sondern auch das, was wir wollen. Nicht nur unsere Enge, sondern auch unsere Unruhe. Ob wir es wahrhaben wollen oder nicht: Unsere Geschichte. Auch in diesem Raum wird es eine Zukunft geben; zu bestimmen oder gar zu prophezeien, wie diese Zukunft aussehen wird, dazu ist niemand in der Lage. Sicher wird der Wille der Bürger ein ausschlaggebender Faktor sein.“ (György Konrad: Stimmungsbericht. edition Suhrkamp 1394, S. 174 f (a.d. Ungarischen von Hans Henning Paetzke, ungar. EA 1987, at. 1988).

Ich danke Ihnen für die Einladung, ich hoffe, Sie alle in Wien wiederzusehen:

Az osztrak es magyar nep baratsagara!

(Auf die Freundschaft zwischen Ungarn und Österreich!)

A Sikeres együttműködésere!

(Auf eine gute Zusammenarbeit!)

Köszönök önöknek mindent, tiszelt hölgyeim es uraim!

(Ich danke Ihnen für alles, geschätzte Damen und Herren!)

(Schluß) red/bs/rr

Forts. von Blatt 2404

Terminvorschau vom 30. Oktober bis 10. November

Wien, 27. 10. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 30. Oktober bis 10. November hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 30. OKTOBER:

ab 9.00 Uhr, Wiener Landtag und Wiener Gemeinderat

DIENSTAG, 31. OKTOBER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Pasterk an Dr. Herbert Fleissner, Dr. Ferdinand Mühleder und Dr. Adam Zwass (Stein. Saal, Rathaus)

15.00 Uhr, Überreichung des Dekretes „Regierungsrat“ durch Vbgm. Mayr an OAR Erich Pecka (Roter Salon, Rathaus)

MONTAG, 6. NOVEMBER:

11.00 Uhr, Pressegespräch der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

15.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Swoboda an Franz ANNERL, Komm.-Rat Heinz APENZELLER, Josefa BUTZ, Emilie DOROTIC, Wladimir HOFIREK, Walter KARPELES, Stanislaus KUDLIK, Johann KUDRNA, Josef LANDGRAF, Oskar MRAS, Johann MICHEROLI, Franz NEUWERTH, Alice RUSZ, Eva STEUER und posthum an Franz DUSEK (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

18.30 Uhr, Pressekonferenz der Wiener SPÖ (Rathauskeller)

DIENSTAG, 7. NOVEMBER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 8. NOVEMBER:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Stadtbaudior i. R. Dipl.-Ing. Ernst FILZ (Arb.-Zi, Bgm.)

11.00 Uhr, Abschlußveranstaltung der Aktion „Minus 10 Prozent“ für das Aktionsjahr 1988/89/StR. Hatzl (Wappensaal, Rathaus)

14.30 Uhr, Benennung der städtischen Wohnhausanlage 10, Sonnwendgasse 24 in „Ernst-Kirchweg-Hof“ StR. Edlinger

15.00 Uhr, Eröffnung Tagesheim für Behinderte, Jugend am Werk (Vbgm. Smejkal; 2., Im Werd 19)

DONNERSTAG, 9. NOVEMBER:

10.00 Uhr, Pressekonferenz Bgm. Zilk/StR. Pasterk „Tanz 90“ (PID)

FREITAG, 10. NOVEMBER:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Pasterk an Prof. Fritz Janschka (Rathaus, Steinerne Saal I)
(Schluß) red/gal

3 Jahre dezentralisierte Psychiatrie im Franz-Josef-Spital

Stacher: Mehr als 2.500 Patienten stationär betreut

Wien, 27.10. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER besuchte Freitag die vor drei Jahren geschaffene Psychiatrische Abteilung im Franz-Josef-Spital. In der Abteilung, die unter der Leitung von Primarius Dr. Heinrich DONAT steht, wurden seither mehr als 2.500 Patienten stationär behandelt. Wie Stadtrat Stacher erklärte, wurde 1986 zum ersten Mal in Österreich eine psychiatrische Fachabteilung in einem Schwerpunktkrankenhaus eingerichtet. Ihre Aufgabe ist es, den bevölkerungsstärksten Bezirk von Wien, Favoriten — die „viertgrößte Stadt Österreichs“ —, mit psychiatrischen Leistungen zu versorgen.

Die dezentrale Versorgung der Bevölkerung mit psychiatrischen Leistungen ist ein wichtiger Bestandteil der international anerkannten Wiener Psychiatriereform. Stacher unterstrich in diesem Zusammenhang, daß auch im neuen Schwerpunktkrankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost eine psychiatrische Abteilung mit 120 Betten eingerichtet wird. Sie wird regional vor allem die beiden großen Bezirke Donaustadt und Floridsdorf versorgen.

Die Psychiatrie im Franz-Josef-Spital hat zwei Stationen mit je 25 Betten. Eine davon ist für Patienten mit psychiatrischen Erkrankungen des höheren Lebensalters vorgesehen. Stacher: „Damit tragen wir der Entwicklung Rechnung, daß die Menschen immer älter werden und im hohen Alter auch öfter unter psychiatrischen Erkrankungen leiden“. Die Ärzte der psychiatrischen Abteilung im Franz-Josef-Spital betreuen auch Patienten anderer Abteilungen des 1.000-Betten-Krankenhauses, wenn bei ihnen neben den organischen Grundkrankheiten psychiatrische Auffälligkeiten auftreten. In den vergangenen drei Jahren wurden mehr als 6.500 solche Konsiliarbegutachtungen vorgenommen.

Das Behandlungsprogramm der Psychiatrischen Abteilung umfaßt, so Primarius Donat, Milieuthérapie, medikamentöse Behandlung mit Psychopharmaka, Psychotherapie, Ergotherapie, Sozialtraining durch Ausgänge usw. Eine wesentliche Bedeutung hat die Zusammenarbeit mit den Angehörigen: Information der Angehörigen über die Krankheit und über Schwierigkeiten sowie die Lösung von Konflikten zwischen Patienten und ihren Angehörigen. Es besteht eine intensive Kooperation mit den Nachbetreuungseinrichtungen, wie dem psychosozialen Dienst, den niedergelassenen Ärzten, psychotherapeutischen Einrichtungen und den sozialen Diensten. Primarius Donat hob hervor, daß durch die psychiatrische Versorgung in einem Allgemeinkrankenhaus ein wesentlicher Schritt zur Gleichstellung körperlich Kranker und psychisch Kranker gesetzt wurde.

Gesundheitsstadtrat Stacher besuchte im Franz-Josef-Spital auch die Psychosomatische Ambulanz, die vom Leiter der 1. Medizinischen Abteilung, Primarius Univ.-Prof. Dr. Karl TRAGL, vor einem Jahr eingerichtet wurde. Seither wurden in der Ambulanz 136 Patienten betreut.

Die häufigsten Beschwerden der Patienten waren, so Prof. Tragl, Depressionen, Magen- und Darmbeschwerden, Angstneurosen und Panikattacken, psychovegetative Beschwerden, Bauchbeschwerden und Kopfschmerzen. 39 Patienten wurden mit autogenem Training behandelt, 22 Patienten wurden einer aufdeckenden, tiefenpsychologisch orientierten Psychotherapie im maximalen Ausmaß von 20 Stunden unterzogen. Mit allen Patienten wurden ausführliche Gespräche von einer Stunde bis zu fünf Stunden geführt. 31 Patienten wurden testpsychologisch untersucht und befundet. (Schluß) sc/bs/rr

Eröffnung von „Wien Modern“

Wien, 27.10. (RK-KULTUR) Mit einem Konzert im Mozart-Saal des Wiener Konzerthauses wird am Samstag, dem 29. Oktober, das Festival „Wien Modern“ eröffnet. Es steht, wie das mit 20.000 Besuchern überaus erfolgreiche erste Modern-Festival im Vorjahr, unter der Leitung von Claudio ABBADO. Heuer stehen bei über dreißig Veranstaltungen im Konzerthaus, im Musikverein und im Odeon neben dem Schaffen von Friedrich Cerha, Sofia Gubaidolina, Bruno Maderna und Karlheinz Stockhausen auch Werke junger Österreichischer Komponisten auf dem Programm. Mit der Einbindung von Ausstellungen, Literaturveranstaltungen und Theater wird „Wien Modern“ zu einem alle Sparten umfassenden Kulturereignis.

Die junge heimische Komponistengeneration ist durch Beat Furrer, Herbert Willi und Karlheinz Essl vertreten. Furrers im Auftrag der Staatsoper geschriebene Oper „Die Blinden“ kommt im Odeon zur Aufführung, Herbert Willis „Der Froschmäusekrieg“, ein Auftragswerk der Ersten Österreichischen Sparkasse, wird im Musikverein aufgeführt. Neben den etablierten Ensembles wird auch das Gustav Mahler-Jugendorchester für die im Odeon stattfindenden Staatsoperproduktionen von Strawinskis „L'histoire de soldat“ und Stockhausens „Setz die Segel zur Sonne“ eingebunden.

Literaturabende, die Ingeborg Bachmann, E.M. Cioran sowie Claudio Magris und Predrag Matwejewic gewidmet sind, Ausstellungen von Albert Burri im italienischen Kulturinstitut und im Museum Moderner Kunst und eine ebenfalls im Palais Liechtenstein zu sehende Schau zeitgenössischer Kunst, die von den bei „Wien Modern“ aufgeführten Komponisten ausgewählt wurde, ergänzen das Musikprogramm. Das Burgtheater paßt seinen Spielplan unter anderem mit Aufführungen seiner Thomas Bernhard-Inszenierungen der Thematik an.

Wie im Vorjahr finden auch heuer wieder in der Alten Schmiede Begleitveranstaltungen zum Musikprogramm statt, ein Symposium über das „Wort-Ton-Verhältnis im 20. Jahrhundert“ an der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst komplettiert das Programm.

Karten für die Konzerte sind am jeweiligen Veranstaltungsort — für das Odeon auch an den Bundestheaterkassen — erhältlich.

Wie im Vorjahr wird auch heuer wieder für „Wien Modern“ ein Generalpaß aufgelegt, der an den Tageskassen des Konzerthauses und des Musikvereines zum Preis von 490 Schilling erhältlich ist. Der Generalpaß berechtigt zum Besuch des größten Teiles der Konzerte. Nichtinkludierte Konzerte sind für Generalpaß-Inhaber um 20 Prozent ermäßigt. (Schluß) gab/bs

Info-Tag in der Modeschule Hetzendorf

Wien, 27.10. (RK-KOMMUNAL) Wer einmal einen Blick hinter die Kulissen der weltberühmten Modeschule Hetzendorf werfen will, der hat dazu am kommenden Dienstag, dem 31. Oktober, Gelegenheit. An diesem Tag lädt die von der Stadt Wien geführte Modeschule in der Zeit von 9 bis 15 Uhr zu einem Info-Tag. InteressentInnen haben an diesem Tag Gelegenheit, in den Klassen der Modeschule beim Zeichenunterricht und beim Modeentwurf zuzusehen und die verschiedenen Lehrwerkstätten zu besichtigen. Wer Ambitionen hat, selbst die Modeschule zu besuchen, kann sich an diesem Tag auch persönlich über die Aufnahmebedingungen und über anderes mehr beraten lassen. Die Modeschule der Stadt Wien befindet sich im Schloß Hetzendorf, 12, Hetzendorfer Straße 79. (Schluß) emw/bs

Arbeitszeiten:
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonntag und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Setzer in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 30. Oktober 1989

Blatt 2410

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Häupl: Keine Smogalarmgefahr in Wien (2411/FS: 27.10.)
- Franz-Josef-Spital: Wasserleitungs-Generalsanierung (2412/FS: 28.10.)
- „Die Waffen nieder“ nun auch in Budapest (2413/FS: 28.10.)
- Straßenumbau im 11. Bezirk (2414/FS: 29.10.)
- Mit „Öffentlichen“ zum Friedhof (2414/FS: 29.10.)
- Intensivstation in Kinderklinik ermöglicht mehr Herzoperationen (2415)
- Europameister fährt historische Postkutsche zum Gaswerk Simmering (2416)
- Simmeringer Innovations- und Gründerzentrum eröffnet (2417)
- Stacher: Bund muß Kosten für Anästhesisten im AKH übernehmen (2418)
- Wiener Landtag (2419-2421)
- Wiener Gemeinderat (2422-2429)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- Baumfällungen in der Shuttleworthstraße (nur FS)
- Kindergarten wegen Kellerbrand vorübergehend evakuiert (nur FS)

Häupl: Keine Smogalarmgefahr in Wien

Wien, 27.10. (RK-KOMMUNAL) „Für Wien besteht keine aktuelle Smogalarmgefahr“ erklärte der Wiener Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL Freitag zu diesbezüglichen Äußerungen des FP-Stadtrates Dr. PAWKOWICZ.

Alle Meßergebnisse der einzelnen Meßstellen (Halbstundenmittelwerte) zu den belastetsten Tageszeiten und an den belastetsten Stellen haben in den letzten Jahren Werte erkennen lassen, die in Wien weit unter den im Bundessmogalarmgesetz festgelegten Grenzwerten liegen. Für die Gesamtbeurteilung der Luftsituation in unserer Stadt (nach dem Bundessmogalarmgesetz) werden auch jene Meßstellen, die im Wald- und Wiesengürtel liegen, nicht herangezogen. Im übrigen seien die Luftmeßstellen nach den Luftausbreitungsberechnungen von meteorologischen Fachleuten und nicht nach den Wünschen der Stadtverwaltung aufgestellt worden. Vorschläge zur Reduzierung des Individualverkehrs bei Smogalarmereignissen sind demgegenüber natürlich willkommen und selbstverständlich im vorliegenden Entwurf zur Smogalarmverordnung des Landeshauptmannes von Wien enthalten.

„Die übrigen Wünsche von Dr. Pawkowicz zum Smogalarm nehme ich gerne zur Kenntnis und werde sie an den Bundesgesetzgeber zur allfälligen Novellierung des Bundessmogalarmgesetzes weiterleiten“, schloß StR. Dr. Häupl. (Schluß) red/bs

Bereits am 27. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Franz-Josef-Spital: Wasserleitungs-Generalsanierung

Wien, 28.10. (RK-KOMMUNAL) Das Wasserleitungssystem des Franz-Josef-Spitals — vor zirka 90 Jahren errichtet — ist teilweise bereits überaltert, wodurch laufend aufwendige Reparaturen erforderlich sind. Eine Generalsanierung ist daher dringend notwendig geworden. Der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen beschloß in seiner letzten Sitzung, die Wasserversorgungsleitungen in der gesamten Anstalt zu erneuern sowie neue beziehungsweise zusätzliche Zuleitungen zu schaffen. Die dafür erforderlichen Kosten werden sich auf 14,5 Millionen Schilling belaufen. (Schluß) zi/szm

Bereits am 28. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet

„Die Waffen nieder“ nun auch in Budapest

Wien/Budapest, 28.10. (RK-KOMMUNAL) Die Plakataktion der GEWISTA, „Die Waffen nieder“, hat nun auch in Budapest ihren Niederschlag gefunden. Zum 75. Todestag von Bertha von SUTTNER und 100 Jahre nach dem Erscheinen ihres berühmten gleichnamigen Buches haben nun die Bürgermeister von Wien, Zilk, von Budapest, Bielek, und von Preßburg, Bartak, diese Plakatserie im Zentrum der ungarischen Hauptstadt affiziert.

Es war dies gleichzeitig die erste Affizierung eines Plakates eines westlichen Unternehmens in Ungarn. Die GEWISTA arbeitet ab sofort mit dem ungarischen Werbeunternehmen MAHIR eng zusammen. Die drei Plakate der Serie „Die Waffen nieder“ zeigen den Buchtitel der Nobelpreisträgerin „Die Waffen nieder“ in deutscher Sprache, dann jeweils ein Porträt des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail GORBATSCHOW mit dem englischen Text „Lay down your arms“ und das Porträt des amerikanischen Präsidenten George BUSH mit dem Wahlspruch auf russisch in cyrillischer Schrift. (Schluß) fk/gg



Die drei Bürgermeister bei der Plakataktion. Von links nach rechts: Zilk (Wien), Bielek (Budapest), Bartak (Preßburg)
Foto: PID/Hutterer

Bereits am 28. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Straßenneubau im 11. Bezirk

Wien 29.10. (RK-KOMMUNAL) Zur Aufschließung einer großen Wohnhausanlage sind im 11. Bezirk im Bereich Trinkhausgasse — Oberleitengasse der Neu- beziehungsweise der Umbau der umgebenden Straßenzüge erforderlich. Im besonderen sind Änderungen der Höhenlage im Straßenzug Fuchsröhrenstraße — Trinkhausstraße, der Neubau der Oberleitengasse und der Dr.-Leopold-Arbelles-Gasse, die Adaptierung der Eissteingasse im Bereich Kopalgasse sowie der Einbau einer Straßenentwässerung notwendig.

Die Fahrbahnen werden in Bitumenbauweise hergestellt, dazu erfolgt das Anlegen von Parkspuren und Fußwegen. Das mit Gesamtkosten von 9,2 Millionen Schilling verbundene Straßenbauvorhaben wurde vom Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie in seiner letzten Sitzung beschlossen. (Schluß) pz/szm

Mit „öffentlichen“ zum Friedhof

Wien, 29.10. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Verkehrsbetriebe verstärken auch heuer wieder in der Woche um Allerheiligen die Straßenbahn- und Autobuslinien zu den Friedhöfen.

Die in Richtung Reumannplatz fahrenden Autobusse der Linie „66 A“ werden bis Donnerstag, den 2. November jeweils von 8 bis 18 Uhr über Kolbegasse und Büttnergasse zum Inzersdorfer Friedhof geführt.

Am 1. November werden in der Zeit von 8 bis 18 Uhr City-Busse — mit dem Liniensignal „39 A“ — ab der Sieveringer Straße/ Karthäuserstraße zum Sieveringer Friedhof geführt.

Bis Donnerstag, den 2. November fährt außer der Linie „71“ auch die Straßenbahnlinie „6“ bei Bedarf bis zum Zentralfriedhof, wobei am 1. November auch Züge ab Urban-Loritz-Platz geführt werden.

Am Mittwoch, dem 1. November werden darüber hinaus auch die Linien „29“ und „35“ zum Zentralfriedhof geführt. Die Linie „29“ wird vom Friedrich-Engels-Platz über Marchfeldstraße — Dresdner Straße — Schwedenplatz — Invalidenstraße — Ungargasse — Rennweg zum Zentralfriedhof betrieben. Die Linie „35“ wird ab Althanstraße/ Augasse über Porzellangasse — Ring — Schwarzenbergplatz — Rennweg geführt.

Die Schnellbahn S 7 wird am 1. November ab Praterstern, Wien Nord über Landstraße, Wien Mitte — Rennweg zum Zentralfriedhof Tor 9 und 11 verstärkt geführt.

Bei Bedarf wird der öffentliche Verkehr zu allen wichtigen Friedhöfen verstärkt geführt. (Schluß) roh/bs

Bereits am 29. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Bereits am 29. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Intensivstation in Kinderklinik ermöglicht mehr Herzoperationen

Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Die neue Kinder-Intensivstation in der Universitäts-Kinderklinik im Wiener Allgemeinen Krankenhaus wird in einigen Wochen ihren Betrieb aufnehmen. Wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER bei einer Besichtigung erklärte, wird es dann möglich sein, mehr Herzoperationen an Kindern durchzuführen, da der Engpaß bei Herzoperationen nicht in der Chirurgie besteht, sondern in der Intensivpflege nach der Operation. Es werden also künftig die Wartefristen für Operationen an Kindern mit angeborenen Herzfehlern kürzer werden.

Die Station für eine besonders intensive Betreuung der Kinder hat acht Betten; vier davon sollen im allgemeinen Kindern nach Herzoperationen zur Verfügung stehen, die vier anderen krebserkrankten Kindern, die eine besonders intensive Pflege benötigen, oder Kindern mit Verbrennungen oder nach Unfällen. Die acht Intensivbetten haben den höchsten Standard der Intensivmedizin. So befinden sich bei jedem Bett Überwachungsgeräte für die Herzfrequenz und die Herzleistung, für Temperatur und Atemfrequenz, den Blutdruck, die Sättigung des Blutes mit Sauerstoff sowie für den Sauerstoffgasdruck im Blut (an der Hautoberfläche gemessen). Die Daten werden in einem Computer zusammengefaßt und geben einen Überblick über den Krankheitsverlauf. In der Intensivstation können auch die Lungenmechanik sowie der Wasserverlust von der Hautoberfläche gemessen werden. Außerdem stehen eine künstliche Niere und ein computerunterstütztes EKG-Gerät zur Verfügung.

Die Gesamtkosten für die neue Kinder-Intensivstation betragen mehr als 35 Millionen Schilling. Davon entfielen rund 13 Millionen Schilling auf Bauarbeiten, rund 22 Millionen Schilling auf medizintechnische und sonstige Einrichtungen. 62 Prozent der Kosten trägt die Stadt Wien, 38 Prozent der Bund.

Auch in der Kardiologie der Universitäts-Kinderklinik wurde in den vergangenen Monaten die Ausstattung verbessert: 14 Betten verfügen nun auch hier über Überwachungseinheiten. Für eine besonders kinderfreundliche Einrichtung der Kardiologie mit Tischen, Regalen, Wanddekorationen, einem Fernsehgerät, einem Rasenteppich von 40 Metern Länge auf dem Balkon und mit Spielzeug sorgten 40 Firmen und rund 500 Privatpersonen, die rund 105.000 Schilling gespendet haben. (Schluß) sc/gg

Europameister fährt historische Postkutsche zum Gaswerk Simmering

90 Jahre kommunale Gasversorgung in Wien

Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Morgen, Dienstag, finden die Feierlichkeiten anlässlich des 90jährigen Bestehens einer kommunalen Gasversorgung in Wien statt. Um 10 Uhr gibt es einen Festakt im Gaswerk Leopoldau, von dort fährt anschließend eine historische Postkutsche, gelenkt vom Europameister im Gespannfahren Leopold HEWERA, zum Gaswerk Simmering. Im Gaswerk Simmering wird um 12 Uhr die Ausstellung „90 Jahre kommunale Gasversorgung in Wien“ durch Stadtrat Johann HATZL eröffnet.

Die Geburtsstunde der kommunalen Gasversorgung in Wien hatte am 31. Oktober 1899 mit der Inbetriebnahme des Gaswerkes Simmering geschlagen. Damit wurde den zahlreichen Problemen hinsichtlich Preisgestaltung, Erhaltung und Versorgung durch die bis dahin dominierenden privaten ausländischen Gesellschaften ein Ende gesetzt. Wurde das Gas ursprünglich zur Beleuchtung und dann zum Kochen eingesetzt, erfolgte Ende der 60er Jahre der Durchbruch der umweltfreundlichen Gasheizungen. Zwischen 1970 und 1978 erfolgte in Rekordzeit die Umstellung der Wiener Gasversorgung auf Erdgas. Heute hat Wien eines der dichtesten Gasrohrnetze der Welt, mit einer Länge von über 3.000 Kilometern entspricht es in etwa der Strecke Wien — Lissabon. 742.000 Gaszähler werden von den Wiener Gaswerken betreut. (Schluß) roh/bs

Simmeringer Innovations- und Gründerzentrum eröffnet

Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Das Simmeringer Innovations- und Gründerzentrum — Kurzform S.I.G. — ist Montag durch Vizebürgermeister Hans MAYR und Handelskammerpräsident Karl DITTRICH offiziell eröffnet worden. Das S.I.G. ist Ergebnis einer Kooperation zwischen Unternehmern (Job Creation und Wiener Allianz) mit öffentlichen Stellen (Handelskammer, Wiener Wirtschaftsförderungsfonds und Vereinigung Österreichischer Industrieller). Das Baurecht selbst ist vom Wirtschaftsförderungsfonds der Z-Leasing übertragen worden, die wiederum einen Vertrag mit dem S.I.G. hat.

In dem ehemaligen Gebäude einer Plastikfabrik mit der Adresse Simmeringer Hauptstraße 24 und Am Kanal 27 sind derzeit bereits 17 Unternehmungen mit insgesamt 80 Arbeitsplätzen untergebracht. Drei weitere Firmenneugründungen werden außerhalb des S.I.G. selbst betreut. Es ist damit zu rechnen, daß die gesamte zur Verfügung stehende Betriebsfläche von 3.000 Quadratmetern mit Jahresende durch rund 25 Unternehmen genutzt werden wird.

Die Betreuung der Neuen Firmen wird vom S.I.G. sowohl im betriebswirtschaftlichen Bereich als auch durch Beistellung zentraler technischer Einrichtungen — Empfang, Post-, Telefon- und Telefaxdienst, Besprechungsräume — vorgenommen. Die Miete im Innovations- und Gründerzentrum liegt bei 90 bis 100 Schilling pro Quadratmeter. Ziel dieser zentralen Betreuung ist es, die Kosten eines Unternehmens gerade in der Gründungsphase möglichst niedrig zu halten.

Die neuen Unternehmer wurden schwerpunktmäßig aus Meisterprüfungsabsolventen und jungen Managern ausgewählt. Im kommenden Jahr wird eine Aktion für Hochschulassistenten, die sich selbständig machen wollen, durchgeführt. Das Gesamtprojekt S.I.G. soll 1992 abgeschlossen sein und bis dahin insgesamt 300 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen haben.

Es wird nämlich bereits über eine Erweiterung des Simmeringer Innovations- und Gründerzentrums verhandelt, das notwendige Grundstück, das wiederum dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds gehört, befindet sich im Anschluß an das derzeitige Gebäude. Wenn die Verhandlungen mit allen notwendigen Stellen und Institutionen planmäßig weitergehen, kann mit dem Beginn der Bauarbeiten in der ersten Hälfte des kommenden Jahres gerechnet werden. Mit der Verwirklichung dieser zweiten Phase würde das S.I.G. zum größten Innovationszentrum Österreichs werden.

Die bisherigen Kosten für das Simmeringer Innovations- und Gründerzentrum haben für die notwendigen Investitionen 20 Millionen Schilling betragen. Dieses unternehmerische Risiko trägt die S.I.G.-Gesellschaft mit den Gesellschaftern Job Creation und Wiener Allianz. Der Verein zur Förderung des S.I.G., dem derzeit die Wiener Handelskammer und die Vereinigung Österreichischer Industriellen angehören, schießt für den Betrieb der ersten fünf Jahre 14,5 Millionen Schilling zu. (Forts. mgl.)
red/bs

Stacher: Bund muß Kosten für Anästhesisten im AKH übernehmen

Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch forderte Wiens Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER am Montag den Bund auf, die Kosten für die Anstellung der derzeit sieben Anästhesisten im Wiener AKH zu übernehmen. Derzeit refundiert Wien diese Personalkosten an den Bund. Stacher: „Ich verstehe den Wissenschaftsminister nicht.“

Damit der Operationsbetrieb aufrecht bleiben kann, hat Stacher die Weisung erteilt, daß die Personalkosten bis Ende dieses Jahres nochmals zu Lasten der Klinkgelder zur Verfügung gestellt werden. „Der Kampf um Personalkosten darf nicht auf dem Rücken der Patienten ausgetragen werden.“

Es gäbe derzeit nur zwei Möglichkeiten, so Stacher: entweder den Betrieb einzuschränken, was unsinnig und unverantwortlich wäre; oder die Stadt Wien müßte die nötigen Personalkosten aus den Ambulanzgeldern nehmen, die derzeit von den Kliniken zur freien Verfügung für die Forschung aufgewendet werden.

Ähnliche Probleme, so Stacher, bestünden auch im Bereich der Strahlentherapie. Auch dort fehlen Ärzte und auch dort gibt es Probleme mit deren Bezahlung. (Schluß) fk/bs

Wiener Landtag

Dank an Eleonore HOSTASCH

Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Am Montag fand unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Ing. HOFMANN (SPÖ) eine Landtagssitzung statt. Einleitend dankte Hofmann der in den Nationalrat übersiedelten Eleonore HOSTASCH für ihre Tätigkeit im Gemeinderat zwischen 1987 und 1989. Hostasch gehörte dem Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie an.

Fragestunde

Auf die ERSTE ANFRAGE von LABg. Mag. KABAS (FPÖ), welche Maßnahmen gemeinsam mit dem Bund ergriffen werden, um das Problem der schätzungsweise 90.000 Ausländer, die ohne Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung in Wien leben, in den Griff zu bekommen, antwortete Landeshauptmann Dr. ZILK, daß es konkrete statistische Zahlen nur für die Differenz zwischen den vorliegenden Arbeitsgenehmigungen und den Bewerbungen darum gibt. Diese Zahl beträgt 26.000. Obwohl die Frage eigentlich Angelegenheit des Bundes ist, will sich Wien nicht der Verantwortung entziehen. Doch dürfe auch nicht Wien allein damit belastet werden.

Zilk fordert daher einen österreichischen Flüchtlingsfonds. In der nächsten Zeit wird ein Hearing zu diesem Thema stattfinden. Wien werde jedenfalls für Zu- oder Durchwanderer offen sein, zumal hier auch ein beträchtlicher Bedarf an gutausgebildeten Arbeitskräften bestehe. Auf eine ZUSATZFRAGE erklärte Zilk, die Stadt Wien werde Betriebe, die Ausländer ohne Bewilligung beschäftigen, aus ihrem Kontrahentenverzeichnis streichen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LABg. BROSCH (SPÖ), welches Ergebnis die Prüfung einer möglichen Befangenheit von Stadtrat Edlinger im Zusammenhang mit einer Auftragsvergabe zur Sanierung des Karl-Marx-Hofes ergeben hat, antwortete Landeshauptmann Dr. ZILK, daß das Bundeskanzleramt — Verfassungsdienst eine solche Befangenheit nicht sieht. Der Verfassungsdienst stützt seine Meinung unter anderem darauf, daß Edlinger nicht als Person, sondern als Vertreter der Stadt Wien bei dem inkriminierten Unternehmen den Vorsitz führt.

Auf die DRITTE Anfrage von LABg. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP), welche Straßenprojekte auf dem Autobahn- und Bundesstraßensektor in Wien bis zur EXPO 95 finanziell gesichert sind, antwortete StR. HATZL (SPÖ), daß zahlreiche Projekte bereits jetzt entsprechend sichergestellt und in Bau sind, wie die Verlängerung der Südost-Tangente im Norden bzw. Maßnahmen im Bereich des Gürtels und der B 1.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob bis zur EXPO die B 301 (Südrandstraße) bis zur Ostautobahn verlängert wird, antwortete StR. HATZL, daß mit Niederösterreich und dem Bund noch Fragen der Trassenführung und Finanzierung zu klären seien. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob bis zur EXPO die Autobahnabfahrt Simmering eröffnet wird, sagte Hatzl, daß dies von einer Zustimmung der ÖBB zu einer Querung des Zentralverschiebebahnhofes abhängt. Er werde mit dem Generaldirektor der Bundesbahnen jedenfalls Gespräche führen.

Auf die VIERTE ANFRAGE von LABg. STRANGL (SPÖ), ob der Bund seiner Verpflichtung zur Mitfinanzierung der Wiener Privattheater nachkomme, antwortete Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ), daß 1986 vereinbart wurde, daß jährlich 150 Millionen Schilling Bundessubventionen an die Wiener Privattheater gezahlt werden. Dies habe 1987 und 1988 funktioniert. Im Jänner dieses Jahres wurde seitens des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport bekanntgegeben, daß der Bund heuer dieser Verpflichtung nicht zur Gänze nachkommen kann.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob dem Land Wien daraus ein klagbarer Rechtsanspruch erwächst, antwortete Mayr, daß dies der Fall sei. Man habe auf die vertragliche Verpflichtung des Bundes hingewiesen. Die Kürzung erfolge zu Unrecht, da sie keine Ermessensausgabe ist. Man habe überdies im Budgetvoranschlag 1990 für Wien Vorsorge getroffen, daß keine automatische Aufallsübernahme durch Wien erfolgt. Er hoffe aber auf eine gütliche Bereinigung, sagte Mayr.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LAbg. Mag. KAUER (ÖVP), wann mit einer Novellierung des Wiener Veranstaltungsgesetzes zu rechnen sei, antwortete Stadträtin Dr. Ursula PASTERK, daß in der heutigen Sitzung des Landtages ein Initiativantrag eingebracht werde, der Änderungen bei der Anmeldung von Vorträgen und Vorlesungen vorsieht. Auf eine ZUSATZFRAGE sagte sie, sie habe einen Brief an den Wiener Polizeipräsidenten geschrieben, um bis zum Inkrafttreten des Gesetzes diesbezüglich Polizeieinsätze zu verhindern.

Die SECHSTE ANFRAGE, wie hoch die Ozon-Belastungen in Wien seien und welche Maßnahmen zu deren Verringerung gesetzt werden, stellte LAbg. SCHIEL (SPÖ). Darauf antwortete Stadtrat Dr. HÄUPL, Messungen hätten im Wiener Waldbereich 40 bis 60 ppb ergeben, die Werte lägen in manchen Teilen der Stadt höher, in anderen — etwa der Lobau — niedriger. Der internationale Spitzenwert liege in Kalifornien, wo bis zu 600 ppb regelmäßig gemessen werden. Es gelte, etwa durch die Einführung von Gaspendelleitungen bei Tankstellen sowie durch die Verringerung von Kohlenwasserstoffen, die beispielsweise in Putzereien oder bei der Lackherstellung entstehen, eine Reduktion der Ozon-Werte zu erreichen. An entsprechenden Maßnahmen müßte der Bund maßgeblich mitwirken.

Initiativantrag zum Wiener Veranstaltungsgesetz

Die SPÖ-Fraktion brachte einen ANTRAG zur Änderung des Wiener Veranstaltungsgesetzes ein. Damit sollen Ausnahmebestimmungen für musikalische Veranstaltungen in Gastgewerbebetrieben im Sinne der alten Wiener Tradition des Konzert-Cafes berücksichtigt werden.

Der Antrag wurde dem Kulturausschuß zugewiesen.

Auslieferungsbegehren Dr. Rasinger

LAbg. Mag. ZIMA (SPÖ) stellte den Antrag des Immunitätskollegiums, der Wiener Landtag möge dem Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen um Zustimmung zur strafrechtlichen Verfolgung des LAbg. Dr. RASINGER (ÖVP) wegen Verdachts des Vergehens der üblen Nachrede nicht stattgeben. Die Anzeige war vom Arbeitsteam jener Beamten erstattet worden, die im Auftrag der Magistratsdirektion die Vorfälle in Lainz untersucht haben. Dr. Rasinger hatte gegenüber der APA davon gesprochen, dieser Bericht stelle eine Vorverurteilung dar, sei einseitig und unvollständig. Rasinger hatte damals gegenüber der APA von einem „Skandal“ gesprochen. Die SPÖ, so Mag. Zima, lehne die Auslieferung aus formalrechtlichen Gründen ab. Dies bedeute keine Zustimmung zu den Aussagen Dr. Rasingers.

Klubobmann Ing. Karl SVOBODA (SPÖ) betonte, es sei nicht üblich, daß der Landtag einer Auslieferung zustimme. Deshalb stimme die SPÖ auch heute nicht zu. Aus diesem Verhalten der Sozialisten dürfe aber nicht abgeleitet werden, daß seine Fraktion mit den Aussagen Dr. Rasingers einverstanden sei oder zustimme. „Wir verurteilen seine Aussagen“. Dieser Fall solle nun Anlaß dazu sein, die Immunität neu zu überdenken und neu zu diskutieren. Man müsse eine Neuregelung anstreben, die die freie politische Arbeit ermögliche, ohne daß Ehrenbeleidigungen und Unterstellungen gegenüber anderen Bürgern straffrei seien. Die verbale Radikalisierung habe in letzter Zeit zugenommen, und es bestehe die Gefahr, daß

Forts. von Blatt 2419

Forts. auf Blatt 2421

damit der Politik und den Politikern kein guter Dienst geleistet werde.

Klubobmann Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) warnte vor mißverständlichen Interpretationen der Immunität. Sie dürfe kein Freibrief für Ehrabschneidungen und Beschimpfungen sein. Es müsse aber einem Abgeordneten jederzeit möglich sein, harte Sachkritik ohne Furcht vor einer Flut von Klagen auszuüben. Hier gebe es einen Unterschied zwischen Abgeordneten von Regierungsparteien und von Oppositionsparteien. Zum Fall selbst meinte Hirnschall, die Kritik Rasingers sei durchaus vertretbar.

Klubobmann Dr. GOLLER (ÖVP) verwies auf die Versuche in letzter Zeit, Oppositionsabgeordnete für deren kritische Anmerkungen mit Zivilrechtsklagen zu verfolgen. Durch die oft willkürliche Festsetzung des Streitwertes komme es zur Existenzbedrohung dieser Politiker. Die Immunität dürfe nicht als Schutzschild gesehen werden, es müsse aber die uneingeschränkte und ungehinderte Rede, Kritik und Kontrolle geben ohne Angst vor einer Millionenklage. „Es muß einige geben, die alles sagen dürfen, damit es niemanden gibt, der alles tun darf“, zitierte Goller. Die ÖVP werde einen Vorschlag zur Neuüberdenkung der Immunität ausarbeiten.

ABSTIMMUNG: Der Antrag auf Auslieferung wurde einstimmig abgelehnt.

Die Sitzung des Wiener Landtages endete um 10.55 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 2420

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 30.10. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an die Sitzung des Wiener Landtages trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von GR Eveline ANDRLIK zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR Dr. RASINGER (ÖVP), über eine weitere Suspendierung von Primarius Dr. PESENDORFER nach der Einstellung des Disziplinarverfahrens durch die Disziplinarkommission für gerechtfertigt hält, sagte Bürgermeister Dr. ZILK, daß die Suspendierung Pesendorfers von der Disziplinaroberkommission als zuständigem Gremium bestätigt worden ist. Er selbst nimmt keinen Einfluß auf diese Untersuchung, die durch das Gesetz festgelegt ist.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR Karin LANDAUER (FPÖ), welche Maßnahmen zur Beseitigung des akuten Mangels an Anästhesieärzten in den Wiener städtischen Spitälern ergriffen werden, sagte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER, daß in Wien mit derzeit 78 Anästhesisten in Ausbildung die meisten Ausbildungsstellen im Vergleich aller Bundesländer vorhanden sind. Allein in den Gemeindespitälern gibt es 29 Ausbildungsstellen. Um dem Mangel an Anästhesisten im AKH zu begegnen, hat die Stadt Wien hier zwischenzeitlich die Kosten für eine Reihe von Anästhesiestellen übernommen. Hier muß allerdings eine Regelung mit dem Bund gefunden werden.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR Erika STUBENVOLL (SPÖ), wie weit die Verhandlungen mit den Banken bezüglich der Beteiligung an der Kredit- und Schuldnerberatungsstelle der Stadt Wien gediehen sind, sagte Stadträtin Christine SCHIRMER, daß entsprechende Gespräche im Frühjahr eingeleitet worden sind und die Banken in Einzelfällen Verständnis gezeigt haben. Auf Grund internationaler Erfahrungen wird angestrebt, in Not geratenen Schuldner in Kooperation mit den Banken zu helfen. Bereits jetzt ist die Beratungsstelle gut frequentiert und erfolgreich tätig. Ein Fonds soll auf Grund der derzeitigen Erfahrungen nicht gegründet werden.

Auf die diesbezügliche VIERTE ANFRAGE von GR Dr. HAWLIK (ÖVP) antwortete StR. HATZL (SPÖ), daß bei der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig bisher Überschreitungen um das Zwei- bis Vierzehnfache des im Luftreinhaltegesetz festgelegten Grenzwertes von 0,1 Nanogramm Dioxin-äquivalent gemessen wurden. Die Betreiberfirma werde bis Ende Oktober Sanierungsanträge nach dem Luftreinhaltegesetz beim Magistrat einbringen. Für die vorgesehenen Aktivkohlefilter sei seines Wissens keine Ausweitung der Grundfläche erforderlich.

Ein Pfandsystem nur für „PET-Flaschen“ halte er nicht für sinnvoll, vielmehr sollte ein solches für alle Einweggebinde eingeführt werden, antwortete StR. Dr. HÄUPL (SPÖ) auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR OBLASSER (SPÖ). Ein Pfandsystem nur für „PET-Flaschen“ würde nur zu Marktverschiebungen innerhalb der Einweggebinde führen. Häupl sprach sich für die Einführung eines Entsorgungsbeitrages für Einweggebinde aus, um die marktwirtschaftliche Benachteiligung und damit den höheren Preis der Mehrweggebinde auszugleichen. Am Hausmüll-Volumen haben die PET-Flaschen einen Anteil von 0,5 bis 0,7 Prozent, alle Einweggebinde zusammen von sieben bis zehn Prozent.

Die Wasserverluste im Wiener Wassernetz betragen 1988 10,3 Prozent und wurden damit innerhalb der letzten vier Jahre um fast drei Prozent reduziert, sagte StR. HÄUPL in Beantwortung der SECHSTEN ANFRAGE von GR Dr. NEUBERT (ÖVP). Bei der Inbetriebnahme des Grundwasserwerks Donauinsel-Nord bestehe keinerlei Zeitdruck, weil die Hochquellwasserversorgung mit der Einspeisung der Pfannbauernquelle gewährleistet sei. Die

Inbetriebnahme der 3. Wiener Wasserleitung hänge derzeit einerseits vom Bescheid der obersten Wasserbehörde über die genehmigte Wasserentnahme, andererseits von der Sanierung der Fischerdeponie ab.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. GINTERSDORFER (FPÖ) nach der Bereitschaft der Stadt Wien, einen Beitrag für die Renovierung des Volkskundemuseums zu erbringen, antwortete Stadträtin Dr. Ursula PASTERK (SPÖ), daß das Museum in erster Linie eine staatliche Einrichtung ist und daher primär vom Bund unterstützt werden muß. Der Bund trägt den Sachaufwand und die Personalkosten. Das Museum ist mit einem symbolischen Zins von 100 Schilling Mieter in einem Gebäude der Stadt Wien. Im Gegenzug hat sich das Museum verpflichtet, die bauliche Instandhaltung sicherzustellen. Dafür wurden inzwischen auch aus Mitteln des Altstadterhaltungsfonds der Stadt Wien beträchtliche Beträge aufgebracht. Wenn der Bund seine Teilfinanzierungsbereitschaft für die Sanierung des Gebäudeinneren aufrechterhält, könnte, eine positive Begutachtung durch den Altstadterhaltungsbeirat vorausgesetzt, auch Wien zu den Kosten beitragen.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Mag. ZIMA (SPÖ) nach den Initiativen der Stadt zur Pflege und Erforschung der Tradition Wiens als Weltstadt auf dem Gebiet der Geistes- und Kulturwissenschaften antwortete Stadträtin Dr. Pasterk, daß sich Wien auf diesem Gebiet sehr engagiere. Für die Erforschung des Wiener Aufbruches ins 20. Jahrhundert sei in den letzten Jahren sehr viel getan worden. Pasterk erinnerte an das Canetti-Symposium und an die Veranstaltungen zur Bewahrung des Erbes von Schlick, Wittgenstein und Freud. Auch für das kommende Jahr werden bedeutende Experten für die Wiener Vorlesungen gewonnen werden können.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dr. WÖBER (ÖVP) nach dem aktuellen Stand der Übersiedlung des Meiselmartkes auf das ehemalige Gelände des Wasserbehälters antwortete Stadträtin Christine SCHIRMER, daß derzeit an der Erstellung eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes gearbeitet werde. Der Zeitplan für die Marktübersiedlung werde nicht von ihrem Ressort erstellt, sagte Schirmer. Für die künftigen Marktgebühren sind die Kalkulationen noch nicht abgeschlossen.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Maria PAUL (SPÖ), welche Fortschritte hinsichtlich des ökologischen Beschaffungswesens im Rahmen des zentralen Einkaufs zu verzeichnen sind, antwortete Stadträtin Christine SCHIRMER, daß hierbei nicht nur das Produkt, sondern auch die Verpackung und die Wiederverwertung in Betracht gezogen werden. So wird beispielsweise bei der Verpackung weitgehend auf PVC verzichtet, es werden keine Treibgassprays angeschafft, keine schädlichen Reinigungsmittel und keine Möbel aus Tropenhölzern. Schulhefte aus Recyclingpapier bilden bereits die Regel. Gemeinsam mit dem Ökologie-Institut werden die Bemühungen weiter verstärkt.

Die Fragestunde endete um 12.01 Uhr.

Im Anschluß an die Fragestunde wurde Dkfm. Robert HOTTER (ÖVP) als Gemeinderat angelobt. Gemeinderatsvorsitzende Eveline ANDRLIK würdigte die Verdienste seines Vorgängers GR. Karl DALLER.

Anschließend meldete sich Bürgermeister Dr. ZILK zu einer Mitteilung über seine Gespräche in Ungarn. Er habe dabei vorgeschlagen, daß die Stadtparlamente jeweils einmal im Jahr in der jeweils anderen Stadt Arbeitssitzungen abhalten sollten. Der Vorschlag fand große Zustimmung bei den Ungarn. Zilk teilte ferner mit, daß bei ausführlichen Gesprächen mit den wichtigsten politischen Gruppen eine durchwegs positive Einstellung zur Weltausstellung erkennbar war. Allerdings leiden manche Oppositionsgruppen unter Informationsmangel. Im Hinblick auf die Weltausstellung plant Ungarn den Ausbau einer leistungsfähigen Bahnstrecke und der Autobahn bis zur Grenze mit Österreich bis 1993. Für Wien bedeutet das, rasch Vorbereitungen für eigene entsprechende Verkehrsanbindungen zu treffen.

Forts. von Blatt 2422

Forts. auf Blatt 2424

Neuer 3. Vorsitzender

Anstelle des aus dem Gemeinderat ausgeschiedenen 3. Vorsitzenden Karl DALLER (ÖVP) wurde GR Johannes PROCHASKA (ÖVP) einstimmig zu seinem Nachfolger gewählt.

Grundstückstausch

GR Christine SOTONA (SPÖ) beantragte den Abschluß eines Tauschvertrages mit der KAWOG-Wohnungseigentumsgesellschaft. Er betrifft Teilflächen von Hetzendorf und eine Liegenschaft in Obersievering bzw. eine Liegenschaft in Margareten, Grüngasse 23.

Er sei grundsätzlich für diesen Tausch, stellte GR Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) in seiner Wortmeldung fest. Dies gelte jedoch nur für die Grundstücke in Hetzendorf gegen jenes in Margareten. Es sei aber unverständlich, daß dem Inhaber der KAWOG „im Paket“ auch ein 2.604 Quadratmeter großer Weingarten angeboten werde. Er sehe einfach keinen Zusammenhang, weshalb zwei Weingartenparzellen im Wald- und Wiesengürtel in diesen Grundstückstausch eingebaut werden sollen. Hirnschall forderte daher eine getrennte Abstimmung.

GR Ing. RIEDLER (SPÖ) sagte, auf der Eckparzelle Grüngasse 21, die schon lange im Besitz der Stadt Wien sei, kürzlich ein kleiner Park errichtet worden ist. Das Nebengrundstück, Grüngasse 23, gehöre der KAWOG. Man habe vier Jahre lang verhandelt, um dieses Grundstück erwerben und den Park vergrößern zu können. Dies sei nun möglich geworden. Allerdings habe der Besitzer der KAWOG auch Weingartenflächen in Obersievering verlangt, die an seinen bereits vorhandenen Weingarten anschließen. Es bestehe dabei keine Gefahr für den Wald- und Wiesengürtel.

In einer getrennten Abstimmung wurde der Tausch der Liegenschaft in Hetzendorf gegen jene in Margareten einstimmig, der Verkauf der Liegenschaft in Obersievering mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Einmalige Entschädigung für Krankenpflegepersonal

GR Gertrude OSTRY (SPÖ) stellte den Antrag auf Gewährung einer einmaligen Entschädigung für das Krankenpflegepersonal in Höhe von 2.000 bis 5.000 Schilling je nach Dienstalter und Verwendungsgruppe.

GR Karin LANDAUER (FPÖ) begrüßte diese einmalige Entschädigung, es sei dies endlich eine Anerkennung für diese Personengruppe. Das Krankenpflegepersonal erwarte aber grundlegende Änderungen. GR Landauer sprach sich gegen die Nivellierung der Bezahlung im Krankenpflegeberuf aus, der Gehaltsunterschied zwischen den Stationsgehilfinnen und dem diplomierten Personal sei zu gering. Außerdem bezeichnete GR Landauer die Arbeitszeit des Personals als zu hoch, es gebe noch immer Wochenarbeitszeiten von 48 Stunden und im Extremfall bis zu 60 Stunden.

Diese einmalige Entschädigung könne nur ein erster Schritt sein, betonte GR Dkfm. Hilde FESTGE-WEINROTHER (ÖVP). Die ÖVP habe sich schon lange für eine finanzielle Besserstellung im Krankenpflegeberuf ausgesprochen. Daneben müßten allerdings auch noch andere Maßnahmen gesetzt werden, wie eine neue Dienstenteilung und die Möglichkeit zu mehr Teilzeitarbeit. Außerdem müsse ein Programm für BerufsrückkehrerInnen verwirklicht werden. Die Rednerin sprach sich für eine Verstärkung des 2. Bildungsweges und für Lehrgänge für Maturanten aus.

GR SCHIEL (SPÖ) verwies darauf, daß derzeit bereits 192 Personen den 2. Bildungsweg ergriffen haben und im Jänner weitere 80 dazu kommen. Zu den Forderungen nach einer Dienstzeitänderung meinte Schiel, die Schwestern haben sich für den „Radldienst“ ausgesprochen. Das mit 1. Jänner in Kraft tretende neue Besoldungsschema berücksichtige die speziellen Erfordernisse im Krankenpflagedienst. Zahlreiche neue Dienst-

Forts. von Blatt 2423

Forts. auf Blatt 2425

posten seien geschaffen und bereits besetzt worden. Und der Betten-schlüssel, Verhältnis Pflegepersonal zu je hundert Betten, liege in Wien deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) sagte, es gebe noch immer gravierende Mängel im Wiener Krankenpflegesystem. So sei noch nichts von der Ausgliederung der Spitäler aus der Verwaltung und von dem von der Spitalsreformkommission gewünschten Testspital zu bemerken. Hampel-Fuchs kritisierte auch den Mangel an diplomiertem Personal und den Überbelag an Patienten in den Wiener Spitälern. Generell sei eine neue Systematisierung des Pflegepersonals notwendig. Schließlich sprach sich Hampel-Fuchs für verstärkte Heimpflege der Senioren aus und wies auf die Auswirkungen eines neuen Arbeitszeitgesetzes im Spitalsbereich hin.

Berichterstatterin Gertrude OSTRY (SPÖ) sagte zur Teilzeitbeschäftigung, man müsse sich im klaren sein, daß weniger Arbeit mit weniger Bezahlung parallel gehe. Viele Frauen würden sich dies nicht leisten können.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Rechnungshofbericht EBS

Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) beantragte, den Bericht über das Ergebnis der Überprüfung der Gebarung der Entsorgungsbetriebe Simmering Gesellschaft mbH. durch den Rechnungshof zur Kenntnis zu nehmen.

GR Mag. KABAS (FPÖ) stellte fest, es habe trotz der positiven Aspekte des Rechnungshofberichtes über die EBS, wie dem Beitrag zur Sondermüllentsorgung und erfolgreiche Umweltschutzprojekte, auch negative Entwicklungen gegeben. Kabas hob vor allem die Kritik an der Kostenentwicklung bei der Gesamterüchtigung von 1,6 auf 2,4 Milliarden Schilling, die Vertragsgestaltung bei den bisherigen sechs Geschäftsführern sowie die fehlende Lösung etwa bei der Entstickung oder der Dioxinproblematik hervor.

Kabas forderte, so lange keine Sonderabfälle aus anderen Bundesländern zu entsorgen, bis diese selbst Maßnahmen zur Sondermüllentsorgung setzten und eine Analyse der Reststoffe bezüglich des Dioxin- und Furan-gehaltes.

Als vernichtendes Urteil über die Vorgangsweise bei der Errichtung und Sanierung der EBS bezeichnete GR FÜRST (ÖVP) den Rechnungshofbericht. Die Garantiewerte der Rauchgasreinigungsanlage seien bei Quecksilber und Sulfaten häufig überschritten worden, Probeläufe nicht aussagekräftig gewesen. Der Terminplan sei bei der Schlammverbrennung und der Hauptkläranlage nicht eingehalten worden, die Kosten explodiert. Die Übernahme durch die Holding um 20,3 Millionen Schilling aufgrund einer Weisung des damals zuständigen Stadtrates sei vertragswidrig gewesen. Fürst forderte die Bekanntgabe des Namens des damals weisunggebenden Stadtrates.

Den vermeidbaren Mehraufwand bei der EBS-Sanierung bezifferte Fürst mit 330 Millionen Schilling.

Die Folgerungen seines Vorredners bezeichnete GR Erich HUBER (SPÖ) als ungeheuerlich und unzulässig. Die Quecksilberemissionen erreichten bei den Drehrohröfen 0,03 Nanogramm pro Kubikmeter, bei den Wirbelschichtöfen maximal 0,06 Nanogramm.

Der gesetzliche Grenzwert werde um 0,05 Nanogramm unterschritten. Mängel aus dem Probebetrieb seien behoben worden. Die Pilotanlage zur Abscheidung der Dioxine und Furane funktioniere bestens.

Der Rechnungshofbericht bestätige, sagte GR. HUBER zusammenfassend, daß die Stadt Wien grundsätzlich auf dem richtigen Weg sei. Das Fehlen einer Sondermülldeponie wertete Huber als Kritik am Bund bzw. an der Umweltschutzministerin.

Forts. von Blatt 2424

Forts. auf Blatt 2426

Zur Hauptkläranlage stellte Huber fest, daß das Rechengut ab Ende dieses Jahres, wie vom Rechnungshof gefordert, im Wirbelschichtofen verbrannt werde. Das vom Rechnungshof kritisierte Kanalnetz wird im Rahmen eines 15jährigen Programmes saniert, das Neubauprogramm im Kanalnetz bis 1996 abgeschlossen. Der vom Rechnungshof geforderte dritte Wirbelschichtofen werde binnen zwei Jahren in Betrieb genommen.

Die Mehrkosten seien auf zusätzliche Maßnahmen und Verbesserungen zurückzuführen.

Jeder wisse, sagte GR. Huber abschließend, daß StR. Veleta damals die Weisung zur Übernahme der EBS gegeben habe, weil keine Chancen bestanden, einen Prozeß über Abfertigungszahlungen zu gewinnen.

Vizebürgermeister MAYR sprach in seinem Schlußwort bezüglich der Äußerungen von GR Fürst ironisch von einer „Sternstunde des Parlamentarismus“. Fürst habe hinsichtlich der Quecksilberemissionen unvollständig zitiert und den diesbezüglichen Absatz des Rechnungshofberichtes nicht zu Ende gelesen, was ein „entschuldbarer Fehler“ Fürsts sei, wie Mayr sagte. In Wirklichkeit bestätige der Rechnungshof einen ausreichenden Reinigungsgrad der Rauchgasreinigungsanlage. Der von Fürst genannte vermeidbare Mehraufwand sei zumindest aus einem Grund weit überholt, er enthalte einen Betrag, der vom Wasserwirtschaftsfonds noch rückerstattet werde.

Die Stadt Wien habe mit der EBS eine Pionierleistung erbracht und österreichweit ein Beispiel gesetzt, stellte Mayr fest. Anlaufschwierigkeiten seien bei neuen Technologien durchaus verständlich, jetzt aber zum Großteil bereits überwunden.

Die Übernahme von Sondermüll aus anderen Bundesländern einzustellen, sei nicht zielführend, weil damit die Entsorgungsmoral in Österreich noch weiter verschlechtert würde.

In einer tatsächlichen Berichtigung erklärte GR. FÜRST, er habe nicht unvollständig oder falsch aus dem Rechnungshofbericht zitiert und las die betreffende Stelle aus dem Bericht nochmals vor.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Rechnungshofbericht GESIBA

VbGm. MAYR (SPÖ) legte den Rechnungshofbericht über die GESIBA zur Kenntnisnahme vor.

StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte das Dienstverhältnis des früheren GESIBA-Generaldirektors, das ohne öffentliche Ausschreibung und unter bemerkenswerten Umständen zustande gekommen sei. Die Bezahlung war unüblich hoch. Der GESIBA warf Pawkowicz vor, die ÖNORM nicht zu beachten. So habe es, allerdings zeitlich verschoben, bei Bauprojekten neben der öffentlichen auch immer wieder beschränkte Ausschreibungen gegeben. Beim Wohnbauprojekt Carabelligasse sei die GESIBA gleichzeitig Prüforgan und Errichter gewesen. Die GESIBA habe für einen SPÖ-Kalender einen Druckkostenbeitrag von 100.000 Schilling geleistet. Pawkowicz forderte Edlinger auf, diesen Betrag samt Zinsen an die GESIBA und deren Mieter zurückzuzahlen. Die Unrechtmäßigkeit des Kostenbeitrags sei vom Rechnungshof und Prüfverband festgestellt worden. Es sollte eine unabhängige Kontrolle durch die Stadt Wien für „Gemeinnützige“ eingerichtet und diese Aufgabe nicht allein dem Revisionsverband überlassen werden.

GR Ing. MANDAHUS (ÖVP) erklärte, der Rechnungshof spreche aus, was die ÖVP immer festgestellt habe: Unregelmäßigkeit bei Vergaben. Er verwies auf Beispiele, wo nicht die Billigst-, sondern die Zweitbieter zum Zuge gekommen seien, nachdem mit diesen Verhandlungen über Preisnachlässe stattgefunden hatten. Aus diesen Erstaufträgen resultierten häufig Fol-

Forts. von Blatt 2425

Forts. auf Blatt 2427

geaufträge, die teurer als notwendig waren. In einem ANTRAG verlangte Mandahus, bei unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich konkreter Anwendung der korrekten Vergaberichtlinien sollte im Ausschuß das Geschäftsstück zurückgestellt und vom Kontrollamt beurteilt werden. Aufgrund dessen Meinung soll sich der Ausschuß weiter damit befassen.

GR SRAMEK (SPÖ) verwies auf die Werbewirksamkeit eines Werbeträgers mit 250.000 Exemplaren Auflage, wie es der erwähnte SPÖ-Kalender gewesen sei. Die Hauptkritik des Rechnungshofes beziehe sich auf die 70er Jahre und die Tätigkeit des damaligen Geschäftsführers. Heute würden andere Vergaberichtlinien bei der Holding angewendet, die sich bewährt haben.

Die GESIBA baue seit 1953 als Treuhänder der Stadt Wien und habe bereits 17.000 Wohneinheiten errichtet, die von hohem Wohnwert seien.

GR Ing. Karl SVOBODA (SPÖ) stellte zu Mandahus Aussagen fest, daß dieser im Oktober 1986 eine Überprüfung des Projektes Oeverseestraße 13-19 verlangt habe, weil er meinte, die Ausschreibung habe Scheinpositionen enthalten. Die SPÖ habe in einem Zusatzantrag an das Kontrollamt um Prüfung ersucht, ob bei Mandahus kein Interessenskonflikt vorgelegen sei, weil ja dieser gleichzeitig Ausschußmitglied und Anbieter gewesen sei. Den Verdacht der Scheinpositionen habe er erst nach der Ausschreibung geäußert. Die Frage war, ob sich Mandahus Vorteile aus der Kenntnis von Kalkulationsunterlagen aller anbietenden Firmen hätte verschaffen können. Das Kontrollamt habe diese Frage für diesen Fall verneint. Mandahus habe im konkreten Fall keine Vorteile ziehen können.

GR. Dr. WÖBER (ÖVP) sprach allen Prüforganen seinen besonderen Dank aus, ohne deren Kontrollen wären weit mehr Mißstände zu befürchten. Er betonte, der Großteil des Berichtes des Rechnungshofes beschäftige sich mit der Vergabeproblematik, der Vergabe von sogenannten Anhängerverfahren und mit Baubetreuungsleistungen. Er forderte Konsequenzen für die Verantwortlichen, im übrigen solle die Holding die begleitende Kontrolle verstärken. Grundsätzlich sei eine echte Privatisierung der Wiener Holding zu fordern.

In einer zweiten Wortmeldung sagte GR. Ing. MANDAHUS (ÖVP), es gehe nicht um Untersuchungen. Es habe aber niemand vor Vorliegen eines Berichtes das Recht, damit in die Öffentlichkeit zu gehen.

In seinem Schlußwort betonte Vizebürgermeister MAYR, eine Annonce als Parteispende anzusehen, entspreche nicht den Fakten. Zu den gegen Ing. Mandahus erhobenen Vorwürfen stellte er fest, auch gegen ihn seien schon viele massive Vorwürfe erhoben worden. Vielleicht könne man sich darauf einigen, daß in diesem Haus Menschen sitzen, die die Interessen der Stadt wahrnehmen. Zur Forderung nach Konsequenzen für die Verantwortlichen meinte er, ein solcher Bericht, wie er vom Rechnungshof erstellt worden ist, würde in der freien Wirtschaft angesichts der erfolgreichen Resultate sicher keine wie immer gearteten Folgen haben.

ABSTIMMUNG: Einstimmig. Der Beschluß- und Resolutionsantrag wurde einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Polenhilfe

Vizebürgermeister Finanzstadtrat MAYR (SPÖ) stellte den Antrag zur Genehmigung der sogenannten „Polenhilfe“.

Zur Förderung von Exporten Wiener Unternehmungen nach Polen wird die Stadt Wien gegenüber einem Finanzierungskonsortium, bestehend aus Zentralsparkasse und Kommerzbank und Creditanstalt-Bankverein, für Exportfinanzierungen nach Polen für jeweils 70 Prozent des Finanzierungserfordernisses im Gesamthaftungsrahmen von einer Milliarde Schilling die Haftung übernehmen. Die Exportunternehmen müssen ihren

Forts. von Blatt 2426

Forts. auf Blatt 2428

Sitz in Wien haben und mindestens 50 Prozent der Lohnsummensteuer in Wien aufbringen, der Anteil der österreichischen Wertschöpfung muß 60 Prozent betragen. Mayr verwies darauf, daß die Entwicklung im Osten und speziell in Polen diese Hilfe erfordere. Solche Kredithaftungen seien zwar mit Risiken verbunden, das größte politische Risiko sei aber das Scheitern der Auflockerungsbemühungen im Osten.

FPÖ-Klubobmann Dr. HIRNSCHALL meinte, Aufgabe des Westens sei es, die demokratische Entwicklung im Osten durch Wirtschaftshilfe zu fördern. Insofern habe die FPÖ die gleiche Zielsetzung. Die gegenwärtige Polenhilfe der Stadt Wien sei aber ein Muster dafür, wie man es nicht machen sollte. Derartige Aktionen müßten in Zusammenarbeit mit der Kontrollbank und dem Finanzministerium durchgeführt werden. Hirnschall stellte den ANTRAG, derartige Förderungen auch auf Ungarn und bei Fortschreiten der politischen Entwicklung auch auf die CSSR und die DDR auszudehnen. Der Bund müsse sich an der Aktion beteiligen, ebenso wie die anderen Bundesländer. Den Banken wäre ein höheres Risiko, 50 Prozent statt 30 Prozent, zuzumuten. Bei der Exportförderung müßten auch Klein- und Mittelbetriebe berücksichtigt werden.

GR Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP) gab bekannt, daß die Volkspartei der Polenhilfe zustimmen werde. Die Entwicklung im Ostblock, das Scheitern von kommunistischen Regierungen und die erste nichtkommunistische Regierung in Polen verdienen diese Unterstützung. Derartige Entwicklungen seien vor einigen Jahren nicht vorhersehbar gewesen. Viele haben nicht daran geglaubt, als ÖVP-Mandatare vor Jahren Kontakte zu Polen und zur Solidarnosc aufgenommen haben. Maier forderte die SPÖ auf, dafür zu sorgen, daß auch der Gewerkschaftsbund endlich die Solidarnosc anerkenne.

GR Margarete DUMSER (SPÖ) meinte, man müsse das hohe Tempo der Aufbruchstimmung positiv beurteilen. Daher begrüße sie die Initiative von Bürgermeister Dr. Zilk und verstehe die Kritik der Freiheitlichen überhaupt nicht, da die Hilfe derzeit rasch nötig sei. Die Polenhilfe der Stadt Wien schließe überhaupt nicht aus, daß sich die anderen Bundesländer und der Bund künftig daran beteiligen.

Vizebürgermeister MAYR begrüßte den Antrag der FPÖ, Bund und Länder in die Polenhilfe miteinzubeziehen. Wien hat zunächst ein Signal gesetzt.

ABSTIMMUNG: Die Polenhilfe wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen, der FPÖ-Antrag einstimmig dem Finanzausschuß zugewiesen.

Erweiterung Sozialmedizinisches Zentrum Ost

Stadtrat Univ.-Prof. STACHER beantragte die Erweiterung des Schwerpunktkrankenhauses Sozialmedizinisches Zentrum Ost um die dritte und letzte Ausbaustufe. Der erforderliche Sachkredit wird von 5.251 auf 5.681 Millionen Schilling aufgestockt, die Anforderungen für die Einrichtungskosten von 770 auf 872 Millionen Schilling erhöht. Stacher wies in diesem Zusammenhang auf Änderungen durch die fortgeschrittene Medizintechnik hin.

GR. DINHOF betonte, daß das SMZ-Ost im Bezug auf Bauzeitplan und Baukosten im Rahmen der Planung liege. Dinhof wies in diesem Zusammenhang auf die Verdienste von Stadtrat Stacher hin. Das SMZ-Ost werde eines der modernsten Krankenhäuser sein, besonders hervorzuheben sei jetzt schon die Schwesternschule, in der schon 220 Schwestern ausgebildet worden sind.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Rohrpostanlage Krankenhaus Lainz

GR Erich HUBER (SPÖ) beantragte die Sanierung der Rohrpostanlagen im Krankenhaus Lainz um insgesamt 7,96 Millionen Schilling.

Forts. von Blatt 2427

Forts. auf Blatt 2429

GR Dr. RASINGER (ÖVP) unterstrich die Bedeutung eines Spitales jenseits der Donau. „Wir bekennen uns zum SMZ-Ost, die Kosten sind aber mit 6 Milliarden zu hoch, die Bauzeit im internationalen Vergleich zu lang“, sagte Rasinger.

Die Kommunikation sei für die Motivation des Krankenpflegepersonals sehr wichtig, sagte Rasinger. Er begrüße das neue Gehaltsschema und die zusätzlichen Planposten im Spitalswesen sowie die Zeitungswerbung für Pflegepersonal, jedoch: „Wir warten bis heute auf grundlegende Reformen im Spitalswesen.“ Den Ankündigungen von Bürgermeister Dr. Zilk, Vizebürgermeister Mayr und Stadtrat Stacher bezüglich einer Dezentralisierung seien keine Taten gefolgt. Die Suspendierung von Primarius Dr. Pesendorfer bezeichne Rasinger als Eigenmächtigkeit des Bürgermeisters, die die Stadt Wien noch 3 Millionen Schadenersatz kosten werde.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Sperrbrunnen Lobau

GR. Erich HUBER (SPÖ) beantragte eine Sachkrediterhöhung um 5,1 Millionen auf 41,44 Millionen für die Errichtung einer Sperrbrunnenreihe in der Unteren Lobau.

GR Dr. NEUBERT (ÖVP) sagte, Sonden hätten massive Kohlenwasserstoffeinflüsse vom Tanklager Lobau zum Grundwasserwerk gemeldet. Nun sollen Sperrbrunnen errichtet werden, um weitere Verunreinigungen zu verhindern. Vom zuständigen Ministerium seien die Sperrbrunnen bereits 1964 verlangt worden. Jetzt habe das Gesundheitsamt in einem Bescheid die sofortige Errichtung gefordert. Den Zeitdruck hätte man sich ersparen können, wäre man der seinerzeitigen ministeriellen Forderung bereits nachgekommen.

Die Tanklager und die Öllinsen bedeuten eine latente Gefahr für das Grundwasser. Längerfristig müßte das Wasserwerk abgesiedelt werden. Neubert verwies darauf, daß die Sperrbrunnen die Austrocknung der Lobau verschärfen werden. Es sei daher interessant, wann die Dotation der Lobau funktionieren werde.

GR STOCKINGER (SPÖ) führte aus, die Vollversorgung mit Hochquellenwasser könne außer Wien keine andere Stadt der Welt bieten. Die Sperrbrunnen werden jetzt gebraucht und daher auch jetzt errichtet. Die erwähnten Verunreinigungen träten am Rand des Wasserschutzgebietes auf. Die Vergabe des Bauauftrages an die WIBEBA sei erfolgt, weil diese zuständige Kontrahent der Wasserwerke für diesen Stadtteil sind. Eine Ausschreibung wäre in dieser Phase wegen zu vieler Unabwägbarkeiten nicht zielführend gewesen.

Bei der 3. Wasserleitung sollte das Verfahren jetzt rasch abgeschlossen werden, damit Wien sein Wasserrecht konsumieren kann. Die Realisierung der Sperrbrunnen bedeutet die Vorsorge dafür, daß das Grundwasserwerk Lobau erhalten bleibt.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Errichtung des Augartenradweges

GR Ing. Rolf HUBER (SPÖ) beantragte für den Ausbau des Augartenradweges 10,5 Millionen Schilling.

GR ZEIHSEL (FPÖ) kritisierte, daß der Akt mit einer Notverordnung nach Paragraph 98 abgesegnet worden ist. Es sei im übrigen unvernünftig, nachdem man das Pflaster in der Nordwestbahnstraße kürzlich entfernt habe, diese Straße erneut zu bepflanzen.

GR Josefa TOMSIK (SPÖ) stellte fest, am 12. September 1989 sei im Gemeinderat ein Sachkreditantrag gestellt worden, am 25. September war bereits Baubeginn, und am 17. Oktober erfolgt die Vergabe im zuständigen Ausschuß. Damit erkläre sich der Notparagraph 98. Im übrigen habe es einen Einspruch der Handelskammer wegen „Einschränkung des Parkraumes zuungunsten der Wirtschaftstreibenden“ zu erklären.

StR. HATZL (SPÖ) betonte, daß Unterstellungen, Pflastersteine wären aufgrund von Interventionen verwendet worden, völlig aus der Luft gegriffen sind. Einzig sachliche Erwägungen hätten entschieden.

ABSTIMMUNG: Mit Mehrheit angenommen.

Der Gemeinderat schloß um 18.10 Uhr. (Schluß) red

Prof vom Dienst:
800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Son- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verleger: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Druck: in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 31. Oktober 1989

Blatt 2430

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Die Wiener Rettung im September (2431)
- Totengedenken der Wiener Feuerwehr (2432)
- Wintersperre im Lainzer Tiergarten und im Laaer Wald (2432)
- Ungarische Krankenschwestern für Wiener Spitäler (2433)
- Wiener Garagenförderung soll attraktiver werden (2434)
- Mayr zu Kurzparkzonen (2435)
- Wohnungsberatungszentrum: Eingeschränkter Parteienverkehr (nur FS)

Die Wiener Rettung im September

Mehr als 7.000 Einsätze der Rettungsgemeinschaft

Wien, 31.10. (RK-KOMMUNAL) 7.053 Einsätze hatte die Wiener Rettungsgemeinschaft, das sind der städtische Rettungsdienst, die Krankenbeförderung im Rettungseinsatz, das Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariter-Bund und die Johanniter-Unfall-Hilfe, im Monat September zu leisten. Die Rettungsfahrzeuge legten dabei 74.373 Kilometer zurück. Von den 6.905 Patienten, zu denen Ärzte und Sanitäter der Rettungsgemeinschaft gerufen wurden, wurden 5.098 in Spitäler gebracht.

Die Rettung intervenierte im September bei 3.740 akut Erkrankten; bei 107 von ihnen wurde ein Herzinfarkt diagnostiziert, in 541 Fällen waren es sonstige Herzerkrankungen. Außerdem wurden 2.413 verletzte Personen betreut, davon 563 nach Verkehrsunfällen, 202 nach Betriebsunfällen und 73 nach Sportunfällen. 200 Personen waren schwer, 1.056 Personen unbestimmten Grades verletzt. In 16 Fällen lagen Verbrennungen, in 288 Fällen Vergiftungen, in 41 Fällen Psychosen vor. Bei 17 Geburten wurde Hilfe geleistet.

Der Rettungsdienst intervenierte bei 92 Rauschgift- und Drogenkranken, 516 Personen standen unter Alkoholeinfluß, 40 Personen hatten Selbstmordversuche unternommen. 227 Personen konnten nicht mehr gerettet werden. Die Todesursache war in 68 Fällen Herzinfarkt, in 16 Fällen Selbstmord und in sechs Fällen ein Verkehrsunfall.

Die Krankenbeförderung hatte im September 5.134 Ausfahrten und transportierte 5.025 Patienten. Die 18 Einsatzwagen legten dabei insgesamt 78.415 Kilometer zurück. (Schluß) sc/gg

Totengedenken der Wiener Feuerwehr

Wien, 31.10. (RK-KOMMUNAL) Aufgrund ihrer politischen Überzeugung mußten zahlreiche Feuerwehrleute im Österreichischen Bürgerkrieg und im Widerstand gegen das totalitäre Regime des Dritten Reiches ihr Leben lassen. Aus diesem Anlaß findet am 1. November in Anwesenheit von Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL um 10 Uhr vor der Zentralfeuerwache, 1, Am Hof 9, eine Kranzniederlegung statt. Anschließend wird an der Gedenkstätte beim ehemaligen Hinrichtungsplatz auf dem Gelände des Donauparks ein Totengedenken abgehalten. (Schluß) du/gg

Wintersperre im Lainzer Tiergarten und im Laaer Wald

Wien, 31.10. (RK-KOMMUNAL) Wie jedes Jahr schließen der Lainzer Tiergarten und das Erholungsgebiet Laaer Wald am Donnerstag, dem 2. November, ihre Pforten über den Winter. Aufgesperrt wird wieder am Palmsonntag, dem 8. April 1990. Während der Wintersperre ist der Zugang zur Hermesvilla über das Lainzer Tor außer Montag und Dienstag ungehindert möglich. (Schluß) du/gg

Ungarische Krankenschwestern für Wiener Spitäler

Wien, 31.10. (RK-KOMMUNAL) Wie Vizebürgermeister Hans MAYR Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters mitteilte, hat die Wiener Spitalsverwaltung gestern, Montag, 40 ungarischen Krankenschwestern und drei Hebammen zugesagt, daß sie bald in Wiener Spitälern arbeiten können. Damit starten die Wiener Spitäler einen ersten Pilotversuch zur Beschäftigung von ungarischen Krankenschwestern und Pflegern.

Ein erster Kontakt mit ungarischen Stellen ergab, daß viele ungarische Spitalsbedienstete an einer Arbeit in Wien interessiert sind. Allein auf Grund von Mundpropaganda deponierten 57 Personen ihren Wunsch für eine Beschäftigung in Wien. Allerdings sind noch zwei Hürden zu überwinden: Die ungarischen Diplome müssen anerkannt werden, zum zweiten bedarf es einer Sprachausbildung. Die Wiener Spitalsverwaltung plant dabei ab 1. Jänner 1990 Deutschkurse für ungarisches Spitalpersonal. Die Gespräche mit den bisherigen Interessenten haben gezeigt, daß in den meisten Fällen gute passive Deutschkenntnisse vorhanden sind, es jedoch Mängel im Sprechen gibt. (Schluß) sei/gg

Wiener Garagenförderung soll attraktiver werden

Wien, 31.10. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR beauftragte den Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, neue Förderungsmodelle zu erarbeiten. Als Richtlinie gelten zwei Vorschläge: Der erste Vorschlag sieht eine Beteiligung an der jeweiligen Garagenerrichtungsgesellschaft vor, der zweite Vorschlag zielt auf einmalige, nicht rückzahlbare Zuschüsse ab. Das wurde Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters bekanntgegeben.

Ein Anlaß für die neuen Überlegungen sind die zu erwartenden Mehreinnahmen aus dem Parkscheinverkauf. Seit Übernahme der Überwachung der Kurzparkzonen durch die Gemeinde Wien zeichnet sich ein verstärkter Verkauf von Parkscheinen ab. Nach wie vor konstant ist die Zahl der Organmandate. Seit Juli werden im Monat mehr als 40.000 Organmandate in den Wiener Kurzparkzonen ausgestellt.

Derzeit wird der Garagenbau in Wien durch ein Darlehen (30 Prozent der Errichtungskosten) gefördert, wobei eine Rückzahlung erst dann fällig wird, wenn die Garage in die Gewinnzone kommt. Diese Förderung soll durch eine neue abgelöst werden, wobei zwei Modelle derzeit überlegt werden:

- Die Stadt Wien beteiligt sich als stiller Gesellschafter an der Garage — dadurch könnte die Größenordnung der Förderung auf 40 Prozent der reinen Baukosten angehoben werden.
 - Die Stadt Wien gibt einen einmaligen nicht rückzahlbaren Baukostenzuschuß in der Größenordnung von 10 Prozent der Kosten. (Schluß)
- red/rr

Mayr zu Kurzparkzonen

Wien, 31.10. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit der Überwachung von Kurzparkzonen sagte Vizebürgermeister Hans MAYR Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters, daß Tätlichkeiten gegen Beamte der Stadt Wien nicht hingenommen werden und in jedem Fall Anzeigen erfolgen. Zu einigen „Spaßvögeln“, die neuerdings Strafzettel einsammeln und gebündelt an den Magistrat schicken, betonte er, dies läge keineswegs im Sinne der betroffenen Autofahrer, denn dadurch komme es nicht zu einer Reduzierung der Strafgebühr, sondern, ganz im Gegenteil, zu einer Erhöhung. (Schluß) ull/gg



